



HESSISCHER LANDTAG

26.11.2003

21. Sitzung

Wiesbaden, den 26. November 2003

	Seite
Amtliche Mitteilungen	1247
<i>Entgegengenommen</i>	1247
Präsident Norbert Kartmann	1247
 7. a) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004) – Drucks. 16/1168 zu Drucks. 16/834 –	1247
b) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2004 – Drucks. 16/1169 zu Drucks. 16/784 –	1247
<i>Beratung begonnen</i>	1349
Jürgen May	1247
Vizepräsidentin Ruth Wagner	1349
 Einzelplan 01	
Präsident Norbert Kartmann	1247
 Einzelplan 02	
Jürgen Walter	1247
Ministerpräsident Roland Koch	1257
Tarek Al-Wazir	1268, 1294
Jörg-Uwe Hahn	1279
Dr. Franz Josef Jung (Rheingau)	1288
Vizepräsident Lothar Quanz	1294
 Einzelplan 03	
63. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Einstellungsstopp für die Wachpolizei – Drucks. 16/1194 –	1294
<i>Nach Aussprache dem Innenausschuss überwiesen</i>	1304
Günter Rudolph	1294
Birgit Zeimetz-Lorz	1297
Jürgen Frömmrich	1299
Jörg-Uwe Hahn	1300
Minister Volker Bouffier	1301
Vizepräsident Lothar Quanz	1303
 Einzelplan 05	
Heike Hofmann	1304
Axel Wintermeyer	1305
Nicola Beer	1307
Dr. Andreas Jürgens	1308
Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil	1309

Seite

Einzelpläne 06, 17 und 18	
24. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Verkaufserlöse für Landeseigentum reinvestieren	
– Drucks. 16/1006 –	1309
<i>Nach Aussprache dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	1316
Einzelplan 07	
Reinhard Kahl	1309
Gottfried Milde (Griesheim)	1310
Mathias Wagner (Taunus)	1311
Roland von Hunnius	1312
Minister Karlheinz Weimar	1314
Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil	1316
Einzelplan 08	
Uwe Frankenberger	1316
Clemens Reif	1318
Michael Denzin	1320
Evelin Schönhut-Keil	1322
Minister Dr. Alois Rhiel	1323
Vizepräsidentin Ruth Wagner	1325
Einzelplan 09	
Gernot Grumbach	1338
Ursula Hammann	1340
Dr. Walter Arnold	1341
Martin Häusling	1343
Margaretha Hölldobler-Heumüller	1344
Heinrich Heidel	1345
Minister Wilhelm Dietzel	1347
Vizepräsidentin Ruth Wagner	1348
Einzelplan 10	
Vizepräsidentin Ruth Wagner	1348

	Seite		Seite
Einzelplan 11			
Vizepräsidentin Ruth Wagner	1349		
49. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen			
– Drucks. 16/876 –	1349		
<i>Beschlussempfehlungen angenommen</i>	1349		
Vizepräsidentin Ruth Wagner	1349		

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsident Lothar Quanz
Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil
Vizepräsidentin Ruth Wagner

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner
Kultusministerin Karin Wolff
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Silke Lautenschläger
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretärin Oda Scheibelhuber
Staatssekretär Bernd Abeln
Staatssekretär Harald Lemke
Staatssekretär Herbert Landau
MinDirig Dr. Heinrich Berthold
Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard
MinDirig Peter Leimbert
Staatssekretär Karl-Winfried Seif
Staatssekretär Gerd Krämer

(Beginn: 9.03 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 21. Plenarsitzung des Hessischen Landtags, heiße Sie herzlich willkommen und wünsche Ihnen einen guten Morgen. Ich stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Erledigt sind die Tagesordnungspunkte 1 a und b, 2, 3, 6 und 64. Vereinbarungsgemäß tagen wir heute durchgehend bis 19 Uhr, also ohne Mittagspause. Wie in der Tagesordnung ausgedruckt, werden wir uns heute ganz dem Haushalt 2004 zuwenden.

Wir beginnen mit dem Tagesordnungspunkt 7 a, zweite Lesung des Haushaltsgesetzes 2004, Drucks. 16/1168 zu Drucks. 16/834, und dann dem Tagesordnungspunkt 7 b, zweite Lesung des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2004, Drucks. 16/1169 zu Drucks. 16/784.

Der Einzelplan 06 wird mit dem Tagesordnungspunkt 24 aufgerufen, dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Verkaufserlöse für Landeseigentum reinvestieren, Drucks. 16/1006, und dem Tagesordnungspunkt 33, dem Antrag der FDP betreffend Erstellung eines Beteiligungs- und Privatisierungsberichtes, Drucks. 16/1164.

Aus Ihnen bekannten Gründen ist Herr Staatsminister Riebel in Berlin wegen der Vorbereitung der Bundesratsitzung am kommenden Freitag.

Ich rufe also Tagesordnungspunkt 7 mit seinen Facetten auf. **Tagesordnungspunkt 7 a:**

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004) – Drucks. 16/1168 zu Drucks. 16/834 –

Berichterstatter ist Herr Abg. May.

Ich rufe ebenfalls **Tagesordnungspunkt 7 b** auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2004 – Drucks. 16/1169 zu Drucks. 16/784 –

Hier ist ebenfalls der Kollege May Berichterstatter, und ich erteile ihm das Wort.

Jürgen May, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushaltsausschuss hat in seiner Sitzung am 19. November 2003 von 9.00 bis 22.25 Uhr

(Allgemeiner Beifall)

bei einer 20-minütigen Pause

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben uns beeilt!)

folgende Beschlüsse gefasst:

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004), Drucks. 16/834, hierzu: Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucks. 16/925 bis 16/993 und 16/995, Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 16/1007 bis 16/1035, 16/1038 bis

16/1109, 16/1112 bis 16/1154 und 16/1157, Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP, Drucks. 16/1155.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unverändert in zweiter Lesung anzunehmen.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, zu den Einzelplänen folgende Beschlüsse zu fassen – so wie es Ihnen ausgedrückt vorliegt, das waren insgesamt rund 220 Änderungsanträge mit verschiedenen Voten zu den einzelnen Anträgen.

Am Schluss stellte der Haushaltsausschuss fest: Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 19. Plenarsitzung am 5. November 2003 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden. Die Änderungsanträge wurden dem Haushaltsausschuss je nach Eingang vom Präsidenten überwiesen.

Die Berichterstatterinnen und Berichterstatter haben in der Zeit vom 4. bis 11. November 2003 die kurSORische Lesung der Einzelpläne durchgeführt.

Der Haushaltsausschuss hat die Kommunalen Spitzenverbände und den Landeswohlfahrtsverband Hessen in seiner Sitzung am 19. November 2003 angehört.

In seiner Sitzung am 19. November 2003 hat der Haushaltsausschuss den Gesetzentwurf, die Einzelpläne und die Änderungsanträge behandelt. Daraufhin hat der Haushaltsausschuss mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die anfangs meiner Ausführungen wiedergegebene Beschlussempfehlung gefasst. – Wiesbaden, 19. November 2003.

Zu Tagesordnungspunkt 7 b darf ich Ihnen berichten:

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz, Drucks. 16/784.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 19. Plenarsitzung am 5. November 2003 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Haushaltsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 19. November 2003 beraten und mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die anfangs genannte Beschlussempfehlung gefasst. – Wiesbaden, 19. November 2003.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank, Herr Kollege May. – Wie Sie der Tagesordnung sowie der Anlage zu Tagesordnungspunkt 7 a entnehmen können, werden wir verschiedene Tagesordnungspunkte mit Einzelplänen aufrufen. Die Abstimmung über die Einzelpläne findet allerdings vereinbarungsgemäß erst am Ende der Beratungen statt, d. h. am morgigen Donnerstag – dieses zur Information für alle.

Aus der Anlage zu Tagesordnungspunkt 7 a können Sie ebenfalls die für jeden Einzelplan vorgesehene Redezeit für jede einzelne Fraktion entnehmen. Wir haben uns im

Ältestenrat darauf verständigt, dass die Redezeit von zehn Minuten je Fraktion und Einzelplan in Fünf-Minuten-Schritten erhöht bzw. verringert werden kann, wobei die Summe der Redezeiten nicht überschritten werden darf. Das ist ein neues Verfahren, sodass wir auf Wunsch der Fraktionen ein bisschen Flexibilität eingebaut haben. Wir versuchen, das hier oben einigermaßen so zu steuern, dass wir am Ende gut dabei herauskommen.

(Heiterkeit des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Ja, Kollege Hahn, es gibt Dinge, die sind auch für uns kompliziert. Es liegt mit an Ihnen, dass Sie dabei mitmachen.

Ich rufe nunmehr

Einzelplan 01 – Hessischer Landtag –

auf. Es wurde vereinbart, dass hierzu keine Aussprache stattfindet. Ich sage auch nichts dazu. – Keine Wortmeldung. Damit ist der Einzelplan 01 besprochen.

Ich rufe

Einzelplan 02 – Hessischer Ministerpräsident –

auf. Hier soll eine Aussprache von je 60 Minuten pro Fraktion erfolgen. Ich erteile Herrn Abg. Walter von der Fraktion der SPD das Wort.

Jürgen Walter (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der 2. Februar dieses Jahres, an dem die Bürgerinnen und Bürger des Landes diese Regierung mit absoluter Mehrheit gewählt haben, war ein schmerzlicher Tag

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(Beifall bei der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU):
So können Sie weitermachen!)

Mittlerweile steht aber fest, dass die Folgen dieser demokratischen Entscheidung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes nicht nur schmerzlich, sondern geradezu peinigend sind.

(Lachen bei der CDU)

Es steht fest, dass sich die konservative Alleinregierung in unserem Lande zunehmend als wirtschaftspolitische Wachstumsbremse, als bildungspolitische Tragödie und als sozialpolitische Katastrophe erweist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser 2. Februar war in der Tat ein schwarzer Tag für unser Bundesland Hessen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die letzten acht Monate haben auch gezeigt, dass für einzelne Politiker die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Herr Ministerpräsident, der 2. Februar war nicht nur der Höhepunkt Ihrer politischen Karriere, er war zugleich auch der Scheitelpunkt. Seit dem 2. Februar geht es nämlich bergab.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Sie sind plötzlich nicht mehr der Macher. Sie sind der Getriebene. Sie treffen falsche Entscheidungen, oder Sie haben das Pech, dass andere Sie von Entscheidungen, die Sie angehen, nicht rechtzeitig informieren. Ihr Handling von krisenhaften Lagen ist erschreckend unprofessionell. Sehen Sie: Es sind doch Ihre Abgeordneten und Funktionäre, die sich in den Bürgerhäusern die wütende Frage stellen lassen müssen, warum Frauenhäuser geschlossen und auf der anderen Seite gleichzeitig Vorstandsgehälter für den Fraport-Vorstand um 150.000 € erhöht werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Mit dieser Frage werden Sie doch konfrontiert. Herr Ministerpräsident, Sie haben nach dem 2. Februar Ihre politische Fortune verloren. Sie haben Ihr Gespür für Stimmungen im Volk verloren. Sie haben am 2. Februar ganz offensichtlich Ihren Zenit überschritten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Horst Klee (CDU): Diese Verlogenheit!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Mitte des Hauses würde es wahrscheinlich jetzt heißen: „Sie haben am 2. Februar die FDP verloren“, was die rechte und harte konservative Grundhaltung dieser Landesregierung nunmehr vollständig und offen zutage treten lässt.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, es gehört aber zur Redlichkeit, dass auch Sie an der Verabschiedung der Megaverschuldungshaushalte 2002 und 2003 mitgewirkt haben. Auch Sie tragen deshalb ein Stück Verantwortung für die katastrophale Haushaltsslage, in der wir uns befinden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umso mehr freut es mich, dass nunmehr alle drei Oppositionsfaktionen dieses Hauses, wenn auch mit unterschiedlicher Begründung und unterschiedlichen Schwerpunkten, diesen Haushalt 2004 grundsätzlich ablehnen. Darüber hinaus, das ist vielleicht jenseits der Tagespolitik weitaus wichtiger, schickt sich die konservative Alleinregierung an, die Grundlinien zu verschieben.

Unser Bundesland Hessen hat eine lange Tradition als sozialer, als liberaler, als weltoffener und toleranter Rechtsstaat. Etwas später ist dann – das war das Verdienst nicht nur, aber vor allem der GRÜNEN – die ökologische Komponente hinzugekommen, das Wissen, dass wir mit den natürlichen Ressourcen unseres Landes verantwortungsvoll umgehen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine rechtskonservative Tradition hat unser Bundesland bislang nicht. Bislang stand Hessen nicht für soziale Kälte und Herzlosigkeit, die am Kahlschlag der sozialen Infrastruktur deutlich werden. Bislang stand Hessen auch nicht für illiberale Tendenzen, die daran deutlich werden, dass bei der Rede des Hessischen Ministerpräsidenten vor jüdischen Bürgern in einer Synagoge die jüdischen Bürger dieselbe aus Protest verlassen. Eine rechtskonservative Tradition wollen wir in diesem Lande nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn der Herr Ministerpräsident nach mir an das Rednerpult tritt, wird er am

Anfang, in der Mitte und am Ende seiner Rede über Bundespolitik sprechen. Er wird alles Schlechte nach Berlin verorten.

(Zurufe von der CDU: Es ist ja auch so!)

Er wird sagen: Alles Gute wird hier in Wiesbaden gemacht, schuld an allem ist die rot-grüne Bundesregierung.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Das ist die Wahrheit!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehen Sie, es ist relativ einfach: Wenn man anfängt, über Märchen zu erzählen, ist es immer das Gleiche – dann freuen die sich und fangen an zu klatschen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich will einige der bekannten Argumente sozusagen antizipieren, um dem Herrn Ministerpräsidenten die Möglichkeit zu geben, zu reagieren und nicht nur im luftleeren Raum zu parlieren.

(Frank Lorz (CDU): Sei nicht so frech!)

Der zentrale Vorwurf wird sein, dass die Bundesregierung für die Bundesrepublik Deutschland über drei Jahre eine wirtschaftliche Stagnation zu verantworten hat und dass wir uns im unteren Drittel des wirtschaftlichen Wachstums befinden.

(Michael Boddenberg (CDU): Ja! – Clemens Reif (CDU): Das ist auch so!)

– Es ist objektiv so. Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber ich halte dieses Argument für einigermaßen schäbig. Es blendet nämlich komplett die Dimension der deutschen Wiedervereinigung aus.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Es waren noch bis zum Ende der Neunzigerjahre Ihre Argumente. Auch im Jahre 2003 waren die Transferleistungen von West nach Ost immer noch ein hoher zweistelliger Milliardenbetrag.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

– Herr Kollege Reif, zu Ihnen komme ich später noch. Hören Sie sich doch wenigstens einmal die Zahlen an. – Allein beim Länderfinanzausgleich, der insgesamt ein Volumen von 7,3 Milliarden € im Jahre 2002 hatte, flossen 5,8 Milliarden € in die neuen Bundesländer. Das sind 80 % des gesamten Transfervolumens.

Wenn man überlegt, was dies allein für die Finanzsituation des Landes Hessen bedeutet: Wir haben im Jahre 2002 1,9 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich eingezahlt. Man kann natürlich so nicht rechnen, aber 80 % weniger davon – jedem der Kolleginnen und Kollegen wird relativ schnell klar, was dies für den hessischen Haushalt bedeuten würde. Meine sehr verehrten Damen und Herren, hinzugerechnet die Sozialtransfers, die Transfers der Bundesmittel, dann wäre die Bundesrepublik Deutschland nicht am Ende des Rankings, sondern dann wären wir an der Spitze des europäischen Rankings. Das wissen Sie ganz genau. Deshalb: nicht dieses schäbige Argument.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten alle über die Wiedervereinigung froh sein. Wir sollten – Herr Ministerpräsident, ein Satz, den Sie auch

schon gesagt haben – ein Stück weit stolz darauf, dass wir es in so relativ kurzer Zeit nach vierzigjähriger Teilung geschafft haben, dieses Land wieder – –

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Wir reden über die Wiedervereinigung, und die Leute beklagen sie? Ich bin über die Position ausgesprochen verwundert.

Ich gebe Ihnen ja Recht. Natürlich befindet sich Deutschland in einer schwierigen Situation. Wir haben strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt. Wir haben strukturelle Probleme bei den sozialen Sicherungssystemen. Wir leiden unter der weltwirtschaftlichen Krise, verstärkt durch verbrecherische Terrorangriffe von verblendeten Fundamentalisten, und wir stehen vor einem dramatischen demographischen Wandel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Deutsche Bundestag hat die notwendigen Reformen auf den Weg gebracht. Die Gesetze sind verabschiedet und liegen vor. Nur, deren Umsetzung wird bislang von den B-Ländern im Bundesrat blockiert, vorneweg der Ministerpräsident, der nachher nachhaltig bestreiten wird, dass er eine Blockadehaltung einnimmt.

Herr Ministerpräsident, wie erklären Sie sich denn Ihre Äußerungen vom Oktober dieses Jahres, dass „wir diese Bundesregierung“ – wir, die Union – „durch schnörkellose, glasklare Opposition im Bundesrat stürzen sollen“? – Ich habe Ihnen vorhin gesagt, dass Sie am 2. Februar Ihren Zenit überschritten haben. Dies zeigt sich bei dieser Debatte. Da haben Ihnen Frau Merkel und die Unionsführung ordentlich einen mitgegeben.

Der „Wiesbadener Kurier“ hat Recht, wenn er am 22.10. titelt: „Umstürzler Koch allein in der Union“.

Auch Herr Stoiber hat Recht, wenn er Ihnen sagt: „Wir können keine Obstruktionspolitik betreiben.“ Auch Herr Wulff hat Recht, wenn er Ihnen sagt:

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

„Wir sind dem Land verpflichtet und nicht einer Partei.“ Herr Ministerpräsident, wenn Sie nachher reden, klären Sie uns auf.

(Frank Gotthardt (CDU): Das tut Not!)

Wir sind wissbegierig. Obstruktion ja oder nein? Wenn nein, wo sind Ihre Kompromisslinien? Klären Sie uns vor allem darüber auf, was Folgendes bedeutet

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– jetzt zitiere ich Ihren Haushaltsentwurf –: „... in Erwartung haushaltsentlastender bundespolitischer Maßnahmen 390 Millionen € global an Steuermindereinnahmen zu erzielen.“

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Herr Ministerpräsident, 390 Millionen € sind ein großer Batzen des Haushalts. Ich nehme an, dass Sie diese Zahl in irgendeiner Art und Weise errechnet haben.

(Heiterkeit bei der SPD)

Im Haushaltsausschuss konnte der Herr Finanzminister aber nicht sagen, welche haushaltsentlastenden bundespolitischen Maßnahmen vorliegen. Er wird geschenkt. Dieser Haushalt ist nicht im Finanzministerium geschrieben worden. Diesen Haushalt haben Sie in Ihrer Staatskanzlei geschrieben. Es ist mittlerweile ganz offensichtlich, nicht nur für die Damen und Herren im Parlament,

dass Sie Ihrem Finanzminister die Kompetenzen komplett entzogen haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts des gesteigerten Chaos, das Herr Weimar die letzten Jahre über anrichtet, kann ich das auch verstehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wäre aber besser, ihm nicht nur die Kompetenzen zu entziehen, sondern ihm auch das Amt wegzunehmen und ihn der Personalvermittlungsstelle in unserem Land Hessen für schwer Vermittelbare zu melden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, aber wieder ernsthaft.

(Michael Boddenberg (CDU): Bis jetzt war es nicht ernsthaft! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): War das ernst gemeint? – Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Wir haben als Haushaltsgesetzgeber einen Anspruch darauf, zu erfahren, was die Grundlage Ihres Haushaltsentwurfes ist. Wir haben als Haushaltsgesetzgeber einen Anspruch darauf, zu erfahren: Was steht hinter den 390 Millionen €? Was sind die haushaltsentlastenden bundespoltischen Rahmengesetze? – Beschränken Sie sich bei Ihrer Antwort aber bitte nicht auf das Koch-Steinbrück-Papier, das Sie wie eine Monstranz vor sich hertragen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, denn zum einen weist dieses Papier eine ganze Reihe von handwerklichen Fehlern auf. Sie haben die Zahlen aus dem Jahr 2000 zugrunde gelegt. Mittlerweile sind aber viele Finanzhilfen, die Sie kürzen wollen, entweder bereits abgesenkt oder, wie beispielsweise das Programm zur Förderung der Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik, sie existieren schon gar nicht mehr.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich gestehe Ihnen zu, dass der politische Widerstand für Kürzungen bei Programmen, die überhaupt nicht mehr existieren, ausgesprochen begrenzt sein wird.

(Heiterkeit bei der SPD)

Zu erklären, wie man dadurch Geld einsparen will, dass man Programme kürzt, die auf null stehen, erfordert allerdings eine gewisse intellektuelle Frische.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, von diesen handwerklichen Fehlern aber ganz abgesehen: Das Bundesfinanzministerium schätzt die Mehreinnahmen für das Land Hessen im Jahr 2004 bei konsequenter Umsetzung des Koch-Steinbrück-Papiers auf ungefähr 10 Millionen €.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Es bleibt also eine Differenz zu den von Ihnen eingenommenen 390 Millionen € in Höhe von 380 Millionen €. – Herr Ministerpräsident, wenn Sie nachher wieder eine halbe Stunde Ihren Textbaustein „Beschimpfung der Bundesregierung“ abspulen, vergessen Sie bitte nicht, uns darüber zu informieren, was die Grundlage dieser 380 Millionen € ist und vor allen Dingen welchen haushaltsentlastenden Maßnahmen Sie im Bundesrat zustimmen wollen und welchen nicht.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie über Bundespolitik reden, wenn Sie über den Bundesrat reden, schweigen Sie nicht über die Gewerbesteuer.

(Zurufe der Abg. Dr. Peter Lennert und Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Unsere Kommunen brauchen ein klares Bekenntnis zum Erhalt und zur Stärkung der Gewerbesteuer. Dies ist im Übrigen auch die Beschlusslage der Unionsfraktionen im Landtag. Herr Ministerpräsident, im Steuerkonzept des Herrn Merz, von dem Sie sagen, es weise den richtigen Weg, ist aber ein Wegfall der Gewerbesteuer vorgesehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies wäre eine Katastrophe für die hessischen Kommunen. Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie daher auf: Geben Sie Ihre Blockade bei der Gemeindefinanzreform, wie sie vom Bundestag beschlossen wurde, auf. Dieser Gesetzentwurf stärkt die Gewerbesteuer spürbar. Er verbreitert die Basis. Es werden Steuerschlupflöcher gestopft, und es wird dafür gesorgt, dass sich die katastrophale Finanzsituation der hessischen Kommunen nachhaltig verbessern wird.

Auch Ihre eigenen Bürgermeister in Hessen demonstrieren, weil sie verhindern wollen, dass die Gemeindefinanzreform im Bundesrat scheitert.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Es ist ein Witz. Einen Tag nach der Debatte im letzten Plenum über die Gemeindefinanzreform erreicht mich ein Brief des Marburger Oberbürgermeisters Möller – wahrlich kein Sozialdemokrat.

(Gerhard Bökel (SPD): Das stimmt! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber Jäger!)

Herr Möller fordert mich auf, mich gemeinsam mit der SPD-Fraktion dafür einzusetzen, dass die Gemeindefinanzreform im Bundesrat eine Mehrheit erhält.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bürgermeister demonstrieren, der Herr Ministerpräsident blockiert, und nachher schimpfen alle auf Rot-Grün, weil nichts passiert. Eine größere Rosstauscherei ist kaum vorstellbar.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, lassen Sie uns auch über Hartz III und IV reden. Sie werden wieder sagen: Das hat mit Hessen nichts zu tun. – Das ist zentral wichtig für Hessen.

(Clemens Reif (CDU): Für Sie wäre eine Rosskur besser! – Gegenrufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! – Norbert Schmitt (SPD): Tiefflieger!)

Ich glaube, dass ein Großteil der Kollegen der CDU-Fraktion überhaupt nicht weiß, was es bedeuten würde, wenn dieses Existenzsicherungsgesetz des Herrn Ministerpräsidenten wirksam werden würde. Der Unterschied des Vorschlags des Herrn Ministerpräsidenten und der Hessischen Landesregierung zu den Vorschlägen der Bundesregierung besteht darin, dass die Bundesregierung die Verantwortung für die arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen auf die Bundesagentur übertragen will, der Herr Ministerpräsident aber auf die Kommunen. Die Kommunen verweigern sich allerdings zu Recht, und zwar nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern auch weil sie mit der Aufgabe überfordert wären.

(Michael Boddenberg (CDU): Gerster scheint auch überfordert zu sein! – Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Wissen Sie, was das Gesetz bedeutet?

(Günter Rudolph (SPD): Das wissen die doch gar nicht!)

Das Gesetz verpflichtet die Kommunen unmittelbar, einen Beschäftigungsvertrag mit allen arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen abzuschließen.

(Zurufe der Abg. Horst Klee und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Ministerpräsident, Sie verkünden hier, dass der Staat sich auf seine Kernaufgaben beschränken soll, dass wir in den nächsten Jahren 10.000 Stellen im Landeshaushalt abbauen wollen. Gleichzeitig wollen Sie den hessischen Kommunen Zehntausende zusätzlicher Beschäftigungsverhältnisse aufdrücken. Ihr Herr Innenminister, der anwesend ist, sagt: In der Perspektive müssen wir die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen zumindest einschränken.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Gleichzeitig wird ein gigantischer öffentlicher Beschäftigungssektor geschaffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Landesregierung ist ordnungspolitisch gesehen ein Geisterfahrer.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Es stellt sich auch die Frage, welche Beschäftigung diese ganzen arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen bei den Kommunen dann ausüben sollen.

Letzten Freitag habe ich mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, dass der Herr Ministerpräsident auch dafür Antworten hat. Jetzt reden wir über Hamburg. Hamburg hat 50.000 arbeitsfähige Langzeitarbeitslose.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Für die müsste man eine Beschäftigung suchen. Der Herr Ministerpräsident hat sie gefunden. Er sagt: Sozialhilfeempfänger sollen Krabben pulen. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, 50.000 Hamburger sitzen nebeneinander und pulen Krabben im Auftrag der Stadt Hamburg.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, auch die gesteigerte Unsinnigkeit Ihrer Vorschläge macht deutlich, dass Sie Ihren Zenit überschritten haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU: 11.11.!)

– Am 11.11., Herr Kollege. Der Vorschlag mit dem Krabbenpulen ist von Ihrem Ministerpräsidenten; er ist nicht von mir. – Sie sehen also: Auf der Bundesebene sind die Vorschläge Ihres Ministerpräsidenten mehr als schädlich für unser Bundesland Hessen.

Der zweite Teil der bundespolitischen Rede wird die Klägemauer sein, das Klagen, dass es in Hessen eigentlich ganz gut laufen könnte, dass aber an allem, was schlecht läuft, die Bundesregierung schuld sei.

(Zuruf von der CDU: Bravo!)

Herr Ministerpräsident, ich glaube, es wird Zeit, dass Sie aufhören, den Eindruck zu vermitteln, als Landesparlament und als Landesregierung hätten wir an den großen Fragen der politischen Entwicklung dieses Landes sozusagen nur marginalen Anteil,

(Michael Boddenberg (CDU): Er hat noch keinen Satz zur Landespolitik gesagt!)

wir könnten nichts bewegen, wir seien von anderen abhängig.

(Michael Boddenberg (CDU): Sagen Sie doch einmal etwas zur Landespolitik!)

So ist es nicht. Wir können die zentralen Fragen der hessischen Landespolitik in unserem Land selbst beeinflussen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das würde allerdings eine Landesregierung erfordern, die die Kraft hat, die Angelegenheiten Hessens auch anzugehen. Die Landesregierung darf sich nicht darauf beschränken, weinerlich in Richtung Berlin zu deuten und zu sagen: Wir können überhaupt nicht anders. – Herr Ministerpräsident, wenn Sie nicht die Kraft aufbringen, die Aufgaben unseres Landes anzugehen, dann, so glaube ich, sollten Sie besser zurücktreten und den Job jemanden machen lassen, der sich zutraut, diese Kraft zu haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte jetzt über die desaströse Haushaltsslage des Landes sprechen. Natürlich ist die desaströse Haushaltsslage unseres Landes hausgemacht. Die Kollegen Kahl und Schmitt haben Ihnen mehrfach vorgerechnet, dass es im Bundesland Hessen in der letzten Legislaturperiode mit die höchsten Ausgabensteigerungen aller Bundesländer gab.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Allein die Nettoneuverschuldung der letzten beiden Jahre summiert sich auf fast 4 Milliarden €. Daraus ergibt sich bei einer Verzinsung von 4 % – das ist niedrig angesetzt – für das Jahr 2004 eine zusätzliche Zinsbelastung von 160 Millionen €. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist fast das Fünffache von dem, was Sie jetzt dadurch einsparen wollen, dass Sie die soziale Infrastruktur unseres Landes vernichten.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Mathias Wagner (Taunus) und Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Ministerpräsident, darüber hinaus haben Sie verschuldet, dass die Kreditwürdigkeit dieses Landes herabgestuft worden ist. In der letzten Plenarsitzung haben Sie uns aufgefordert, zu vergleichen. Ich will das gerne tun. Solange Hans Eichel Ministerpräsident dieses Landes war,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

hatte Hessen ebenso wie Bayern und Baden-Württemberg die beste Einschätzung. Hessen hatte die beste Einstufung bei der Ratingagentur.

(Clemens Reif (CDU): Das ist ja der Hammer! – Zuruf von der SPD: So war es! – Weitere Zurufe)

Ich sage es noch einmal: Solange Hans Eichel Ministerpräsident dieses Landes war, hatte Hessen die beste Einstufung bei der Ratingagentur.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle fest, dass die Ratingagentur die Premiumklasse für Bayern und Baden-Württemberg kürzlich bestätigt hat.

(Reinhard Kahl (SPD): Das gilt auch für den Bund!)

Aber Hessen wurde aus der Premiumklasse heraus abgestuft. Dies wurde mit der katastrophalen Haushaltspolitik dieses Landes begründet. Die Haushaltspolitik ist schlechter als in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Schlimme daran ist, dass Sie für Ihr politisches Versagen nun die Menschen unseres Landes die Zeche zahlen lassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es trifft dabei nicht alle Menschen unseres Landes. Die Funktionäre der Vertriebenenverbände und die Pferderennsportliebhaber haben von dieser Landesregierung nichts zu befürchten. Dafür werden die Schwächsten der Schwachen dieser Gesellschaft erbarmungslos und herzlos geopfert.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer die Zuschüsse für die Schuldnerberatungsstellen auf null stellt, der ignoriert die wachsende Not vieler Menschen. Wer die Mittel für die Gesundheitsprävention streicht, der überlässt die HIV-Infizierten und Aidskranken ihrem Schicksal, der verabschiedet sich auch von der Aufklärung junger Menschen über die Gefahren einer HIV-Infektion. Wer die ambulante Jugendhilfe zerstört, der führt unseren Jungendknästen Nachschub zu. Wer die Einrichtungen zur beruflichen Qualifizierung von Frauen schließt, der zeigt sein konservatives Weltbild, demzufolge das mit der Berufstätigkeit der Frauen doch irgendwie ein Fehler der Moderne sein muss. Wer bei den Frauenhäusern die Zuschüsse um bis zu 100 % kürzt, der nimmt vielen Frauen und geschlagenen Kindern die einzige Zufluchtsstätte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Sozialministerin, ich hoffe, dass Sie mir insgeheim Recht geben. Denn Sie müssten von den Mitgliedern dieser Landesregierung noch am ehesten wissen, welche Notlagen durch diese Einsparungen und Kürzungen im Sozialbereich entstehen. Frau Sozialministerin, selbst wenn Sie dies insgeheim tun, würde dies nicht reichen. Als Sozialministerin müssten Sie für Ihr Ressort kämpfen. Ich glaube, Frau Kollegin Fuhrmann hatte recht, als Sie Ihnen in der letzten Plenarsitzung gesagt hat: Angesichts solcher Einsparungen müsste eine Sozialministerin zurücktreten, wenn sie ihr Gesicht wahren will.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ein Kriterium zur Beurteilung der Gesellschaft das ist, wie diese mit den Außenseitern, den Schwächsten in der Gesellschaft, umgeht, dann muss man sagen, dass unser Bundesland Hessen unter dieser Landesregierung an einem Tiefpunkt angelangt ist. Herr Ministerpräsident, angesichts der Tatsache, dass Sie Ihr Kabinett noch vor wenigen Monaten um einen Minister aufgeblättert haben, und angesichts der Tatsache, dass Sie Ihren neuen Dienstsitz mit einer Luxusausstattung versehen wollten, was inzwischen auch der

Rechnungshof gerügt hat, ist es geradezu obszön, dass Sie das Geld hierfür nun bei den Schwächsten der Schwachen einsammeln wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kürzungen im Sozialbereich werden unser Land ärmer machen. Vieles von dem, was Sie jetzt zerstören, wird unwiederbringlich zerstört sein. Herr Ministerpräsident, wegfallen werden die Landesmittel, nicht die Aufgaben. Wegfallen werden die Institutionen. Wegfallen werden nicht die Menschen, die die Hilfe brauchen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben den Kürzungen im Sozialbereich, also neben dem sozialpolitischen Kaischlag, zeichnet sich dieser Haushaltsentwurf durch eine beispiellose Wachstums- und Wirtschaftsfeindlichkeit dieser Landesregierung aus. Eine der Ursachen für die Probleme unseres Landes ist die seit Jahren währende Stagnation der Wirtschaft. Wir wissen alle, dass wir nachhaltiges Wirtschaftswachstum brauchen, wenn wir die finanzielle Not der öffentlichen Hände auf allen Ebenen beheben wollen. Wir wissen alle, dass wir nachhaltiges Wachstum brauchen, wenn wir den Wohlstand unseres Landes selbst nur bewahren wollen. Nach der Prognose aller wichtigen Wirtschaftsinstitute – dies sind nicht nur die nationalen, sondern auch die internationalen – haben wir die Chance, die Stagnation im nächsten Jahr zu überwinden. Es besteht im nächsten Jahr die Chance, dass ein nachhaltiger Aufschwung beginnt. Wir alle wissen, dass Vorreiter dieser Entwicklung die Exportwirtschaft ist. Deutschland ist schon in diesem Jahr wieder Exportweltmeister. Das heißt, kein Land dieser Erde exportiert mehr Waren und Dienstleistungen als die Bundesrepublik Deutschland.

(Heinrich Heidel (FDP): Dies ist trotz Hans Eichel so!)

Unser Problem ist die Binnenkonjunktur. In dieser Situation müssten wir eigentlich alles tun, um die Wachstumsimpulse zu verstärken. Herr Ministerpräsident, anders ausgedrückt, bedeutet dies: Es verbietet sich alles, was das wirtschaftliche Wachstum bremsen könnte. – Mit Ihrer Politik bremsen Sie jetzt aber. Es ist, ökonomisch betrachtet, geradezu widersinnig, dass Sie die ohnehin unzureichenden Landesinvestitionen im nächsten Jahr noch weiter zurückfahren wollen. – Der Wirtschaftsminister ist jetzt nicht da. – Wie wollen Sie denn glaubhaft an die Wirtschaft appellieren, mehr zu investieren und mehr Arbeitsplätze zu schaffen, wenn Sie genau das Gegenteil tun?

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Ministerpräsident, Sie schütteln jetzt den Kopf. Sie kürzen beim Hochbau. Sie kürzen beim Straßenbau. Sie setzen damit genau die falschen Signale.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Kollege, ich komme noch auf den Straßenbau zu sprechen. – Sie setzen damit genau die falschen Signale.

(Clemens Reif (CDU): Das müssen ausgerechnet Sie sagen!)

– Herr Kollege, Sie wollen doch auch immer auf Wirtschaftspolitiker machen. – Die Einsparungen, die Sie jetzt vornehmen werden, werden unser Bundesland Hessen teuer zu stehen kommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir, die Mitglieder der SPD-Fraktion, beantragen daher, dass mehr Mittel für Investitionen bereitgestellt werden. Wir wollen mehr investive Mittel für die Kommunen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sie wollen die Steuer erhöhen, sonst nichts!)

Wir wollen die Kommunen damit in die Lage versetzen, die lange aufgeschobenen und vor Ort notwendigen Investitionen zu tätigen. Denn das schafft Arbeitsplätze vor Ort. Herr Kollege, wir wollen mehr Investitionen des Landes für den öffentlichen Personennahverkehr, für den Hochbau und insbesondere für den Landesstraßenbau.

(Clemens Reif (CDU): Das ist etwas ganz Neues! – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ausgerechnet Sie!)

Wir wollen damit dazu beitragen, die Infrastruktur dieses Landes zu verbessern. Denn diese Investitionen würden weitere Investitionen nach sich ziehen. Es würde dann auch zu Investitionen von Privaten kommen, die zusätzlich Arbeitsplätze schaffen würden.

(Clemens Reif (CDU): Da wollen wir doch einmal hören, was die GRÜNEN dazu sagen!)

– Da rufen Sie dazwischen. Das ist Ihnen offensichtlich egal. Das ist doch die zentrale Aufgabe der Politik in diesem Land Hessen. Wir müssen Arbeitsplätze schaffen. Ihre Politik wird aber zum Verlust von Arbeitsplätzen führen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben uns in der letzten Sitzung aufgefordert, das zu vergleichen. Ich will gar nicht diese Statistikauslegungsgeschichten machen. Sie werden nachher wieder mit Blick auf die Pro-Kopf-Verschuldung relativ stolz erklären, dass z. B. Sachsen-Anhalt sich einen deutlich höheren Weg gewährt hat als das Bundesland Hessen. Das stimmt natürlich. Dabei unterschlagen Sie aber, dass Sie dieses Land Hessen 1999 von Hans Eichel und Rot-Grün in einem ordentlichen Zustand übernommen haben.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Clemens Reif (CDU): Sie sehen heute, was Hans Eichel hinkriegt! – Zurufe der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Ich will mich auf diese Art von Statistikexegese überhaupt nicht einlassen. Ich mache Ihrem Ministerpräsidenten einen Vorschlag: Wir reden über den zentralen Indikator. Ich glaube, es werden alle übereinstimmen, dass das zentrale Problem der Arbeitslosigkeit nicht ganz unwichtig ist. Lassen Sie uns über Arbeitslosigkeit reden. Es ist die Gretchenfrage der heutigen Zeit: Wie haltet ihr es mit der Arbeitslosigkeit?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei dieser Frage ist eine Statistikauslegung überhaupt nicht notwendig. Wir haben das Landesarbeitsamt, das freundlicherweise Monat für Monat die aktuellen Zahlen veröffentlicht.

(Clemens Reif (CDU): Die wollten Sie halbieren!)

Ergebnis: In Hessen ist der stärkste Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in keinem anderen Bundesland ist die Arbeitslosigkeit – Sie wissen es, Herr Ministerpräsident, deshalb nicken Sie – in den vergangenen zwölf Monaten so stark gestiegen wie in Hessen.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Im Oktober waren 13,5 % mehr arbeitslos als im Vorjahresmonat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mittlerweile hat Rheinland-Pfalz eine geringere Arbeitslosenquote als unser Bundesland Hessen, und dies hat Ihre Regierung zu verantworten, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da sich die Kolleginnen und Kollegen von der CDU immer freuen, wenn ich den Namen Hans Eichel in den Mund nehme: Herr Kollege, unter Hans Eichel war dieses Land Vorreiter bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Unter Ihrem Ministerpräsidenten sind wir Vorreiter bei der Schaffung neuer Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich beim Thema Wirtschaft noch einen zweiten Bereich ansprechen: die Regionen, wo Sie total versagen. Es ist doch so, dass die wirtschaftlich starke Region Rhein-Main, dass unser Ballungsraum im Vergleich zu anderen wirtschaftlich starken Regionen mittlerweile am Verlieren ist. Es ist doch so, dass Sie mit Ihrem Ballungsraumgesetz gescheitert sind. Unabhängig davon, wie der Staatsgerichtshof entscheiden wird – ob er sagt, es ist verfassungsgemäß, oder nicht –, schadet das Ballungsraumgesetz unserem Lande Hessen und nützt ihm nicht.

Der Herr Ministerpräsident hat noch am Montag gesagt: Wenn die sich nicht freiwillig einigen, dann werde ich die Kommunen im Umland per Kabinettsbeschluss und Verordnung zwingen, dass sie sich an der Finanzierung der Ausgaben der Stadt Frankfurt beteiligen. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist genau der falsche Weg.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Wer unter Regionalpolitik das Abkassieren der Kommunen versteht, der versteht nichts von Regionalpolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich will Ihnen auch Antworten geben und nicht nur kritisieren.

(Zurufe von der CDU)

Was wir zumindest im Rhein-Main-Gebiet brauchen, das ist eine mutige Strukturreform. Was wir jedenfalls im Ballungsraum brauchen, das ist die Zusammenführung der Landkreise und der Regierungspräsidien zu einer regionalen Ebene. Das spart Geld, das stärkt die Kommunen, es hilft den Bürgerinnen und Bürgern, und es ist im Interesse unseres Bundeslandes Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Thema Wirtschaft noch abschließend etwas zum Frankfurter Flughafen sagen. Das kann man relativ kurz machen. Die SPD als Partei im Lande Hessen und als Landtagsfraktion steht zu den Ergebnissen des Mediationsverfahrens.

(Clemens Reif (CDU): Davon merkt man aber wenig!)

Wir wollen, dass dieser Flughafen ausgebaut wird. Allerdings ist klar, dass jede Variante, egal welche, beklagt wird. Hier sind wir in der Tat in Sorge, dass diese Klagen mittlerweile Erfolg haben könnten, und zwar wegen handwerklicher Fehler dieser Landesregierung.

Wir hatten zum einen die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig, angeregt durch die CDU geführte Stadt Flörsheim und die SPD geführte Stadt Offenbach. Das Problem an dieser Zurückweisung an den Hof ist: Wenn der Verwaltungsgerichtshof nunmehr feststellt, dass beim Verfahren zur Aufstellung des Regionalplans Südhessen die Kommunen hätten angehört werden müssen, dann sind wir beim Ausbau des Frankfurter Flughafens möglicherweise um Jahre zurückgeworfen.

Wenn ich heute lese, dass die Bundesregierung einen Brief von der europäischen Behörde bekommen hat, dass die Kriterien der Seveso-II-Richtlinie wegen Ticona möglicherweise nicht eingehalten sind, dann ist dies ein zweites Problem.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir immer schon gesagt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion hat Ticona besucht. Ich kann Ihnen sagen, das ist richtig erkennbar. Man sieht, dass Ticona da steht. Sie haben Ticona im Raumordnungsverfahren schlichtweg vergessen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, wenn dieses Verfahren scheitert, dann ist dies fatal für unser Land Hessen. Aber dann tragen Sie die Verantwortung für das Scheitern dieses Verfahrens.

(Beifall bei der SPD – Clemens Reif (CDU): Aber Sie haben doch Ticona genehmigt!)

– Herr Kollege, Sie wissen doch: Aufsichtsrat und Ministerpräsident. Auch bei dem Thema Flughafen sieht man, dass euer Zenit und der des Ministerpräsidenten längst überschritten sind.

(Beifall bei der SPD)

Zum Haushalt. Die haushaltsentlastenden Maßnahmen von 390 Millionen € wird der Ministerpräsident nachher erklären. Es gibt noch zwei weitere ganz große Batzen in diesem Haushalt, die für uns erklärungswürdig sind. Da ist einmal die so genannte Mobilisierung von Landesvermögen. Mobilisierung von Landesvermögen bedeutet nichts anderes als den Verkauf von Landesvermögen. Das wollen Sie in Höhe von 395 Millionen € im nächsten Jahr vornehmen. Allein der Verkauf einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft an eine andere landeseigene Wohnungsbaugesellschaft soll dabei 250 Millionen € erbringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist natürlich ein reines In-sich-Geschäft. Tatsächlich wird das Landesvermögen um eben diese 250 Millionen € verringert; denn nach dem Geschäft gehören dem Land nach wie vor zwei Wohnungsbaugesellschaften. Allerdings sind der einen dann 250 Millionen € entzogen. – Sie nicken, aber Ihr Herr Finanzminister hat dies bislang immer bestritten. Wir sagen: Dies ist ein Schattenhaushalt. Der einzige Unterschied zu einer direkten Verschuldung ist, dass die

Schulden nicht im Landshaushalt stehen, sondern wahrscheinlich als Hypothek bei dieser Baugesellschaft.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Herr Ministerpräsident, Sie sind hier einmal angetreten und haben gesagt: Wir wollen das Prinzip durchhalten, dass wir Vermögen nur veräußern, um neues Vermögen zu schaffen. – An die Stelle dieses Prinzips ist getreten: Wir veräußern Vermögen, um laufende Ausgaben zu bezahlen.

(Beifall bei der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Die Schlussfolgerung war richtig!)

Das geht nicht auf Dauer. Es ist leicht nachvollziehbar: Wenn das Vermögen weg ist – es wird bald verfrühstückt sein –, dann wird es in den nächsten Jahren nicht mehr funktionieren.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das ist eine einmalige Unterstützung der Kommunen!)

Was wir brauchen, ist nicht diese Tagespolitik. Wir bräuchten strukturelle Reformen. Für diese nachhaltigen strukturellen Reformen fehlen Ihnen allerdings die Kraft und der Weitblick. Das wird bei den Kürzungen im Personalbereich ganz deutlich. Sie wollen in den nächsten Jahren insgesamt 9.703 Stellen abbauen. Auch wir sind der Auffassung, dass die Senkung der Personalkostenquote ohne Stellenabbau nicht möglich sein wird.

Herr Ministerpräsident, hier gehört allerdings an die erste Stelle eine Aufgabekritik. Wir müssen uns fragen: Was muss das Land im Interesse der Bürgerinnen und Bürger leisten? Und wie kann das am besten gemacht werden? Eine moderne Personalpolitik würde also zunächst die wichtigen Aufgaben beschreiben und dann das Personal schwerpunktmäßig für diese Aufgaben einsetzen.

Bei Ihnen läuft es umgekehrt. Bei Ihnen folgen nicht die Stellen den Aufgaben, sondern bei Ihnen folgen die Aufgaben den Stellen. Sie betreiben Stellenkürzungen nach dem Rasenmäherprinzip statt Organisationsentwicklung nach einer Schwerpunktsetzung.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, die Leitlinien Ihrer Personalpolitik stammen aus dem vorletzten Jahrhundert. Sie verlängern allen die Arbeitszeit, um die so gewonnenen Stellen abzubauen. Alle Dienststellen müssen bis zum März des nächsten Jahres das dann überschüssige Personal kennzeichnen und an die neue Personalvermittlungsstelle melden. Die Mitarbeiter, die dorthin gemeldet werden, laufen dann über Monate, vielleicht über Jahre mit dem Kainsmal herum, nicht mehr gebraucht zu werden.

(Günter Rudolph (SPD): Mobbing!)

Herr Ministerpräsident, Sie betreiben hier von Staats wegen organisiertes Mobbing.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Es geht auch anders. Dass es anders geht, dass es einen modernen Weg der Personalentwicklung gibt, zeigt Ihnen – auch in unserem Bundesland Hessen – die Privatindustrie. Erst kürzlich wurden bei Lufthansa und bei Opel Beschäftigungssicherungsverträge mit den Betriebsräten geschlossen. Diese Verträge werden von den Belegschaften getragen.

Allerdings haben Sie es nicht einmal für notwendig erachtet, vor der Verkündung Ihrer Operation mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu reden.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Alle haben Lohnkürzungen bekommen!)

Wir als SPD-Fraktion schlagen deshalb einen anderen, moderneren Weg vor. Wir fordern Sie auf, mit allen Mitarbeitern – übrigens auch mit den Angestellten; denn mit diesen werden Sie nächstes Jahr das Problem bekommen – über eine Vereinbarung zu verhandeln, die die Personalkostensteigerung langfristig auf 1 % jährlich begrenzt. Voraussetzung für einen solchen Personalsicherungsvertrag ist allerdings, dass Sie Vertrauen in die Mitarbeiter haben und diese nicht nur als Kostenfaktor begreifen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, mit Ihrem antiquierten Weltbild, das gerade bei der Personalpolitik deutlich wird, schaden Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der gesamten Verwaltung und dem Land Hessen überhaupt.

(Beifall bei der SPD)

Die Auswirkungen Ihrer Politik dürften am deutlichsten an den Schulen zutage treten. Wenn nach den Sommerferien beispielsweise an einer Grundschule zwei Mathematiklehrer in Pension gehen,

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Chaos!)

nützt es den Schülerinnen und Schülern doch nicht, wenn der Deutschlehrer länger arbeiten muss. Bei einer konsequenten Umsetzung Ihrer Vorschläge ist das Chaos an den hessischen Schulen vorprogrammiert. Noch größere Klassen, demotivierte Lehrkräfte, schlechter Unterricht: Das sind die Folgen Ihrer Politik, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns doch alle darüber einig, dass die Bildung tatsächlich der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes ist. Herr Ministerpräsident, trotzdem brechen Sie Ihr Wahlversprechen. Sie haben versprochen, 500 zusätzliche Stellen – es heißt ausdrücklich „Stellen“ – an den Schulen zu schaffen. Allein im nächsten Jahr werden wir an den hessischen Schulen 1.000 Stellen weniger haben.

Statt bei den Hochschulen in Lehre und Forschung zu investieren, brechen Sie den Hochschulpakt. Sie degradieren die Hochschulen zu Inkassostellen des Landes, und dann wundern Sie sich über den Widerstand auf den Straßen, zu dem es beispielsweise gestern Abend gekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Vertreter der Hochschulen selbst prophezeien Ihnen, dass diese Politik junge Menschen langfristig von einem Studium abhalten wird. Sie werden damit leben können, dass junge Menschen vom Studium abgehalten werden.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Die 50 € im Monat sollen die Leute vom Studium abhalten?)

– Herr Kollege, ich sage Ihnen: Damit werden Sie leben können; denn es entspricht doch Ihrer Ideologie, dass wir in den Bildungseinrichtungen möglichst viele Schüler aussortieren. Es entspricht Ihrer Ideologie, in den Schulen damit möglichst früh anzufangen und schon nach der vierten Klasse zu sagen, welche Wege einzuschlagen sind und

wer später einmal ein Studium beginnen kann. Es entspricht der Grundvorstellung der konservativen Bildungspolitik in Hessen, möglichst früh und möglichst hart auszusortieren und zu selektieren.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Was hat das damit zu tun?)

Nur, Herr Kollege, eines werden Sie damit nicht erreichen: Sie werden unser Bundesland Hessen dadurch nicht zukunftsfähig machen, weil – alle wissen das – wir mehr und nicht weniger Hochschulabsolventen brauchen, wenn wir unseren gesellschaftlichen Wohlstand erhalten wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Wir brauchen mehr Handwerker!)

– Mehr Handwerker, genau. Nach der vierten Klasse legen wir das alles fest und machen die Unis zu. Es ist gut, wenn sich der eine oder andere Ideologe gelegentlich zu erkennen gibt. Das wissen wir ja von Ihnen.

(Beifall bei der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Was haben Sie denn gegen Handwerker? – Clemens Reif (CDU): Erzählen Sie doch einmal ein bisschen, was Sie gegen Handwerker haben! – Weitere Zurufe von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der Auffassung, dass der vorgelegte Haushaltplanentwurf derart schlecht ist – eigentlich ist er sogar nicht beratungsfähig –, dass er besser zurückgezogen und neu erarbeitet werden sollte. In Anbetracht der Mehrheitsverhältnisse wissen wir aber, dass das Notwendige nicht geschehen wird. Wir haben uns daher auf drei Schwerpunkte geeinigt, um aus einem miserablen Entwurf einen besseren zu machen.

Erstens wollen wir den sozialen Kahlschlag in unserem Land verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens wollen wir ein nachhaltiges Zeichen für mehr wirtschaftliche Entwicklung, mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze in unserem Land setzen. Drittens wollen wir der jungen Generation Chancen auf mehr und bessere Bildungsangebote eröffnen.

(Beifall bei der SPD)

Zu diesen drei Bereichen werden wir nach der zweiten Lesung des Haushaltplanentwurfs Anträge vorlegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Ihnen die Menschen in unserem Land am Herzen liegen, stimmen Sie unseren Anträgen zu – in den Ausschüssen merkt es niemand –, und lassen Sie diese Anträge in einen neuen, veränderten Haushaltplanentwurf eingehen, den Sie im Dezember einbringen.

Ich möchte mit den Anmerkungen schließen, mit denen ich begonnen habe. Ich habe gesagt, dass die Popularität des Ministerpräsidenten am 2. Februar ihren Zenit überschritten hat. Seitdem geht es bergab.

(Clemens Reif (CDU): Wo leben Sie denn?)

Ich glaube, dass es mittlerweile auch Ihrer eigenen Fraktion nicht mehr ganz verborgen geblieben ist, dass Sie Ihre politische Fortune, Ihr Gefühl für Stimmungen im Volk verloren haben.

(Nicola Beer (FDP): Er hat die FDP verloren! Das merkt man!)

Ihre Abgeordneten werden von den Beamten beschimpft, weil ihnen das Weihnachts- und das Urlaubsgeld genommen werden, während Sie zur gleichen Zeit durchdrücken, dass Vorstandsvorsitzende 150.000 € mehr im Jahr bekommen. Dies ist für Sie sicherlich vergnügungsteuerpflichtig.

Präsident Norbert Kartmann:

Gestatten Sie Zwischenfragen, Herr Kollege Walter?

Jürgen Walter (SPD):

Nein. – Ich möchte der Frau Kollegin eines sagen: Tun Sie doch nicht so, als ob das völlig aus der Luft gegriffen wäre. Diese Fragen werden Ihnen allen in Ihren Wahlkreisen gestellt.

(Clemens Reif (CDU): Alle diese Fragen sollten Sie auch Herrn Klemm stellen!)

– Herr Reif, Ihnen werden diese Fragen nicht gestellt. Sie sind ja in keinem Wahlkreis unterwegs. Aber die Kolleginnen und Kollegen der CDU haben doch dieses Problem in ihren Wahlkreisen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Herr Ministerpräsident, lassen Sie uns über Ihre politischen Freunde reden.

(Clemens Reif (CDU): Lassen Sie uns über Herrn Klemm reden!)

Herr Stoiber hat Ihnen im Sommer wegen Ihrer katastrophalen Haushaltspolitik ordentlich etwas erzählt. Daraufhin haben Sie mit heißer Nadel Ihre Notoperation gestrickt. Ergebnis dieser Notoperation ist, dass jetzt Zehntausende von Bürgerinnen und Bürgern auf der Straße stehen und rufen: Koch muss weg.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Herr Ministerpräsident, es ist doch so, dass zurzeit alles, was Sie in Angriff nehmen, schief geht.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin davon überzeugt, dass Sie nicht nur als Ministerpräsident Ihren Zenit überschritten haben, sondern dass Sie auch an die Grenzen Ihres Politikmodells gelangt sind. Sie betreiben Politik als Ich-AG. Sie treffen Ihre Entscheidungen danach, ob sie Ihnen auf dem Weg nach Berlin nützen oder schaden. Sie stellen Machtfragen über Wertentscheidungen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So etwas geht nur eine Weile gut. Die Menschen in unserem Lande merken das, und sie merken es jetzt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie stoßen auch an die Grenzen dessen, was Ihre Partei mitmacht. Mitglieder Ihrer Partei haben über 20 Jahre lang Schwarzgeld aus dem Ausland nach Hessen importiert. Kein Widerspruch regte sich.

(Clemens Reif (CDU): Das hat noch gefehlt!)

Der Ministerpräsident sagt der Öffentlichkeit die Unwahrheit. Einige Tage später wird er auf dem Parteitag ohne Diskussionen mit, ich glaube, 99 % der Stimmen

wieder gewählt. Sie selbst vergleichen im Hessischen Landtag Gewerkschaftsführer mit – ja, das muss man sagen – Nazis, die Judensterne verteilen. Kein Protest hat sich in Ihrer Partei geregt.

(Zuruf von der CDU)

Nur jetzt, da es darum geht, einen Antisemiten aus der Partei auszuschließen, hagelt es Proteste und Parteiaustritte.

(Zuruf von der SPD: Das ist unglaublich!)

Selbst Landtagsabgeordnete wie Herr Irmer – der jetzt nicht anwesend ist – oder Herr Reif melden sich nunmehr kritisch zu Wort. Herr Ministerpräsident, merken Sie eigentlich, was das für eine Partei ist, der Sie in Hessen vorstehen?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An der mittlerweile großen Ruhe innerhalb Ihrer Fraktion merke ich, dass einige Ihrer Kolleginnen und Kollegen befürchten, dass ich Recht habe.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

– Herr Reif, Sie befürchten, dass ich Recht haben könnte; denn die Liste der politischen Fehleinschätzungen und Missgriffe, die dem Ministerpräsidenten in den letzten acht Monaten unterlaufen sind, ist sehr lang.

(Zurufe von der CDU)

Es fing doch schon mit der Regierungsbildung an: statt Sparen ein zusätzlicher Minister. Die 100-Tage-Bilanz: ein leeres Blatt Papier. Sie sind außerdem dabei, den Flughafenausbau in den Sand zu setzen: von Seveso II noch nichts gehört, Ticona übersehen, die Warnsignale aus Manila nicht sehen wollen und die Kommunen nicht angehört. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer so dilettantisch vorgeht, der wird noch nicht einmal die Baugenehmigung für eine Bushaltestelle, geschweige denn für eine Landebahn in einem Ballungsraum bekommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lebhafte Zurufe von der CDU – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Eine Bushaltestelle ist nur anzeigenpflichtig!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Ministerpräsident, unser Bundesland Hessen

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

hat eine lange Tradition als tolerantes, liberales, soziales und weltoffenes Land. Diese Landesregierung möchte von diesen Traditionen Abschied nehmen. Es wird ihr nicht gelingen. Wir alle werden sie gemeinsam daran hindern.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Bei Bökel haben sie früher genauso lange geklatscht!)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Ministerpräsident Koch.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Kollege Walter, wenn man sicher ist, dass man noch mindestens viereinhalb Jahre lang die Oppositionsbänke drücken muss, und wenn man sich in seiner eigenen Partei keineswegs sicher sein kann, wer nach dieser Zeit auf der Regierungsbank sitzen wird, dann wäre jetzt eigentlich eine gute Chance gewesen, etwas über Konzepte zu sagen, statt den Klamauk, den man sechs Wochen vor der Landtagswahl veranstaltet hat, auch noch ein halbes Jahr nach der Landtagswahl fortzusetzen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Wenn ich mir die Summe Ihrer Redebausteine betrachten – diese Rede haben Sie vor einem Jahr schon einmal gehalten –, dann finde ich es ziemlich enttäuschend, dass Sie nicht wahrnehmen, dass Ihre Kollegen, mit denen ich im Augenblick tagtäglich zu tun habe, die an anderer Stelle Verantwortung tragen, inzwischen eine sehr viel realistischere Sicht der Dinge und auch der Schwierigkeiten als Sie haben. Sie versuchen, öffentlich geltend zu machen, es gebe ein hessisches Sonderproblem, das mit der Haushaltssituation zu tun habe.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich gibt es das! – Michael Siebel (SPD): Die Haushaltsmisere!)

Am gleichen Tag lese ich, dass Studenten das Büro des Berliner Wissenschaftssenators besetzt halten, lese ich, dass die Landeskirchen in Hessen, ob in Nord- oder Südhessen, wegen der ausgefallenen Steuereinnahmen wesentliche Einrichtungen zur Disposition stellen oder schließen müssen, lese ich, dass in den Ländern, in denen Sozialdemokraten regieren, exakt die gleichen Entscheidungen getroffen werden wie hier – wenn auch an der einen oder anderen Stelle eine kleine Stufe vorsichtiger. Sie aber leben immer noch auf einer Eisscholle und rudern winkend durch die Landschaft, ohne zu bemerken, was tatsächlich los ist. Das ist der Situation nicht angemessen.

(Beifall bei der CDU – Lebhafte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde die Diskussion, die der Deutsche Gewerkschaftsbund heute Morgen in einer Meldung aufgenommen hat, interessant. Frau Engelen-Kefer, eine bekannte Sprecherin der Gewerkschaft, hat gesagt: Wenn die Arbeitsmarktreformen, die im Bund zurzeit diskutiert werden, kommen, dann könnte es zu einem Sinken des Lebensstandards in Deutschland kommen. – Der zweite Teil der Aussage ist richtig, der erste Teil der Aussage ist das Problem: Unser Lebensstandard ist in den letzten drei Jahren gesunken, weil wir in Deutschland kein Wachstum mehr hatten. Wir müssen mit den Folgen dieses Nullwachstums umgehen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Sie sind im Augenblick dabei – insbesondere in diesem Land, wo Sie keine Verantwortung tragen, aber auch auf nationaler Ebene –, jeder Interessengruppe zu sagen: Wir haben da zwar ein Problem, aber wir werden es schon irgendwie schaffen, dass es nicht ganz so schlimm wird, und wenn ihr betroffen seid, dann ist es auf jeden Fall ungerecht. – Der Bundeskanzler muss zwar einen Teil der Verantwortung übernehmen, weil er ja regiert, aber wenn man den Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei in Hessen zuhört, dann glaubt man, wir könnten in diesem

Land nach dem Prinzip „Allen wohl und keinem wehe“ leben. Das kann man aber nicht.

(Beifall bei der CDU – Michael Siebel (SPD): Sie haben überhaupt nicht zugehört! – Jürgen Walter (SPD): Das ist nicht richtig!)

Sie haben in Ihrem Bundesfinanzminister, Ihrem ehemaligen Landesvorsitzenden und meinem Amtsvorgänger, leider Gottes ein beredtes Beispiel dafür, weil er diesen öffentlichen Eindruck noch vertieft. Das, was vor zwei Tagen und gestern Morgen in Brüssel passiert ist, ist eine Katastrophe für den Euro und eine Katastrophe für den deutschen Ruf.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Jürgen Walter (SPD): Es ging um die Wahrnehmung deutscher Interessen! Das wissen Sie!)

– Das war das absolute Gegenteil der Wahrnehmung deutscher Interessen. Es war Deutschland unter Helmut Kohl und Theo Waigel, das durchgesetzt hat, dass andere Länder – das war damals unsere Sorge – nicht dauerhaft gegen die Stabilitätskriterien verstößen dürfen, weil wir als wirtschaftsstärkstes Land in der EU am meisten darunter leiden würden.

(Zurufe von der SPD)

Jetzt sind wir diejenigen, die den Stabilitätspakt mit Füßen treten, und wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn das andere in Zukunft ebenfalls tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Wenn man das sagt, muss man automatisch die Konsequenz ziehen, dass die Eingrenzung der Verschuldung Priorität vor allen anderen politischen Entscheidungen hat.

(Zurufe von der SPD)

Das ist ein wichtiger Streit. Den müssen wir führen. Für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung der Verschuldung sind in der Hauptsache Sie verantwortlich, weil das eine Angelegenheit der Bundespolitik ist, und wir, die Länder, wirken daran mit. Deshalb müssen wir auch entscheiden, an welcher Stelle wir Stopp sagen. Im Jahre 2000 lag die öffentliche Verschuldung bei 27 Milliarden €, im Jahre 2001 bei 47 Milliarden €, und im Jahre 2002 sind wir bei einer Verschuldung von 57 Milliarden € angekommen. Wir waren an dieser Steigerung zwar beteiligt, aber der Bund hatte immer eine doppelt so hohe Steigerungsrate.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Im Jahre 2003 wird es in der Bundesrepublik zu einer weiteren Steigerung der Verschuldung kommen. Herr Kollege Kahl, ausweislich des Nachtragshaushaltes werden Sie nicht bestreiten, dass wir in Hessen die Höhe der Verschuldung im Vergleich zum Vorjahr nicht mehr steigern.

(Lachen bei der SPD)

Nachdem Herr Kahl jetzt zugegeben hat, dass in Hessen die Verschuldung vom letzten zu diesem Jahr nicht steigt: Wie sieht trotzdem der Anstieg der Verschuldung in Deutschland insgesamt aus? In der Bundesrepublik Deutschland wird die Verschuldung von 57 Milliarden € auf 90 Milliarden € – oder sogar noch mehr – in einem Jahr steigen. Das ist die Bilanz, mit der wir es zu tun haben.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Deshalb ist die ganz einfache Frage: Ist es verantwortbar, diesen Kurs weiterhin zu fahren? Die ganz einfache Antwort dieser Landesregierung lautet Nein. Deshalb haben wir die Haushaltskürzungen vorgenommen, über die wir zurzeit reden.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich Ihre Haushaltsanträge sehe, in denen Sie das Prinzip „Allen Wohl und niemandem Wehe“ durch die Lande tragen, dann muss ich mir einmal überlegen, ob wir das umsetzen könnten.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

– Ja, aber Sie haben eine Pressekonferenz gegeben. Ich nehme Sie ernst. Herr Walter, ich nehme es ernst, wenn Sie sagen, Sie erwarten eine Mehreinnahme um 250 Millionen € über eine Erhöhung der Erbschaftsteuer.

(Michael Siebel (SPD): Ziehen Sie einen Haushaltsantrag, und beweisen Sie das!)

Ich muss das zumindest für eine Sekunde lang ernst nehmen. Anschließend sage ich Ihnen, dass das aus meiner Sicht für die Bundesrepublik Deutschland grober Unfug und in der Tat ein Verstoß gegen deutsche Interessen im Wettbewerb mit den Ländern ist, mit denen wir konkurrieren.

(Lachen bei der SPD)

Sie sind schon wieder bei Steuererhöhungen. Sie sagen als Antwort auf die Verschuldungsproblematik: Wir erhöhen die Steuern. – Wenn Ihnen das nicht reicht, dann gehen Sie an die Zahlen heran und sagen: Erhöht doch einfach die Annahmen des wirtschaftlichen Wachstums. Dann könnt ihr euch um ein paar Millionen Euro reicher rechnen. Gebt dieses Geld ruhig aus. Wenn am Ende des Jahres die Verschuldung wieder steigt, weil in den letzten Jahren die Zahlen nicht gestimmt haben, dann zahlen es eben unsere Kinder. – Das machen wir nicht mehr mit.

(Beifall bei der CDU – Lebhafte Zurufe von der SPD)

Sie müssen in Ihrer Widersprüchlichkeit aufpassen, wo Sie sich gerade befinden. Wenn Hans Eichel an einer Stelle mehr Einnahmen hat und wir davon wenigstens 50 % in unseren Haushaltsplan übernehmen, dann ist es eine unverantwortlich hohe Summe, die wir einplanen. Wenn wir im nächsten Jahr ein Wirtschaftswachstum von nur 1 % haben, dann fangen Sie an, an der Zahl zu spielen. Dann sagen Sie: Dieses Spielgeld, das wir damit erreichen, geben wir dort aus, wo wir am liebsten zusätzlich Geld haben. – So geht das nicht.

Ich behaupte nicht, dass es keine Entwicklung gibt. Sie haben nach den 390 Millionen € gefragt. Wenn ich den Bundeshaushalt zugrunde lege, dann müssten dem Land Hessen fast 800 Millionen € zusätzliche Einnahmen, aus den Vorgaben, die Hans Eichel mit seinen Gesetzen gemacht hat, zufließen. Ich glaube weder, dass er diese alle über den Bundesrat bringt, noch glaube ich, dass das ökonomisch eintritt.

(Zurufe von der SPD)

Deshalb darf man sie nicht einrechnen.

(Jürgen Walter (SPD): Tun Sie doch nicht so, als hätten Sie damit nichts zu tun!)

– Werter Herr Kollege, Sie reden doch immer von der Hessischen Landesregierung als Blockierer.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer hat denn den Korb I verhandelt? – Das ist einer der wesentlichen Teile, warum es den Kommunen im zweiten Jahr besser geht, weil es wieder Körperschaft- und Gewerbesteuer gibt. Dort ist auch ein Teil II verhandelt worden,

(Zurufe der Abg. Norbert Schmitt (SPD) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

über den jetzt der Bundesfinanzminister und andere im Vermittlungsausschuss reden. Wir gehen davon aus, dass wir dazu eine Übereinstimmung mit der Bundesregierung bekommen. Also wird es eine Einnahme sein, die zu berücksichtigen ist.

Wir haben keinen Zweifel daran, dass wir am Ende im Vermittlungsausschuss über die Teile, die Hans Eichel Steuerehrlichkeit nennt, oder Bekämpfung der Schwarzarbeit, Einigung erzielen können. Also haben wir sie auch eingerechnet.

Wer Ihnen im Bundesfinanzministerium gesagt hat, dass aus den Einsparvorschlägen der Subventionskürzungen, die Kollege Steinbrück und ich vorgelegt haben, insgesamt 10 Millionen € Wirkung im nächsten Jahr kämen,

(Norbert Schmitt (SPD): In diesem Jahr!)

der muss sicherlich vergessen haben, dass durch den Kompromiss bei der so genannten Halbjahres-AfA im nächsten Jahr einmalig ein Steuerzusatzvertrag von 2,4 Milliarden € entstehen wird. Da der unbestreitbar hälftig zwischen Bund und Ländern entsteht und wir immer mit der groben Größenordnung von 10 % daran beteiligt sind, werden Sie also eine Null hinzufügen und bei der nächsten Telefaxübertragung berücksichtigen müssen. Anders ist diese Rechnung nicht darzustellen.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich sage Ihnen Punkt für Punkt: Ja, wir haben eine politische Erwartung, dass wir in dieser Größenordnung, die wir eingesetzt haben, der Bundesregierung zutrauen können, dass wir am Ende eine solche Einnahme haben. Meine Damen und Herren, wenn Sie die in Zweifel stellen,

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

dann müssten Sie mir doch mehr Kürzungsvorschläge machen und nicht noch behaupten, wie ich mehr Geld ausgeben soll, als wir das im bisherigen Haushalt machen. Bleiben Sie doch wenigstens inhaltlich einmal konsequent.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Herr Walter lässt sich ja regelmäßig die intellektuelle Oppositionsführerschaft von Herrn Al-Wazir abnehmen. Vielleicht bekommen wir nachher dazu noch etwas geboten. Es muss doch wenigstens eine inhaltliche Logik in der Frage geben, ob man uns auf der einen Seite beschimpft, weil wir zu wenig ausgeben, oder auf der anderen Seite beschimpft, weil wir nicht die richtigen Einnahmen rechnen. Man kann doch nicht erwarten, dass man beides dem hessischen Volk vorenthält.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es denn so ist, dass wir jetzt eine Situation haben, in der wir uns – und nicht nur wir, wie ich dargelegt habe – damit auseinander setzen müssen, dass wir die Politik, wie

wir sie in den vergangenen Jahren in der Ausgabe gemacht haben, deshalb nicht fortsetzen können, weil wir heute real auf den Steuereinnahmen der Größenordnung von 1998 bis 1999 ruhen – wir können die Ausgabeentwicklung nicht vollständig so belassen, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt haben –, dann stellt sich die Frage, wie man das macht.

Es ist doch in Ordnung – ich will gar nichts dagegenhalten –, dass es an dieser Stelle Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Opposition über die Frage geben kann, wo die richtigen und falschen Prioritäten sind. Sie könnten mich jetzt aus anderen Punkten zitieren, die Sie vorhin zur Bundespolitik, der Sie viel Zeit gewidmet haben, aufgenommen haben: Es ist in der Tat so, die Opposition hat auch die Aufgabe, gegen das zu sein, was die Regierung macht. Das ist eine wichtige Aufgabe, und deswegen kann man Ihnen das nicht übel nehmen.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Man kann erwarten, dass man das ein bisschen geschmeidiger tut, als Sie das machen, aber dass Sie dagegen sind, ist noch kein Grund.

(Hildegard Pfaff (SPD): Sie haben es nötig!)

Wir reden über 1 Milliarde €.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist doch schon ein Viertel!)

Einmal abgesehen von der Frage, wie Sie Vermögensveräußerungen bewerten, stelle ich fest, zu den übrigen Einsparungen außer in der Sozialpolitik sind Sie überhaupt nicht mehr angetreten, hier irgend etwas streitig zu stellen. Ich halte nach wie vor fest: Es ist ein großes Kompliment dafür, wie wir hier gearbeitet haben, um zu zeigen, dass es eine schwierige Operation ist.

(Zurufe von der SPD)

Sie picken sich den auch für uns menschlich schwierigsten Teil heraus, weil Sie längst wissen, dass Sie keine Alternative zu dem Gesamtkonzept haben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Quatsch!)

Dieses Konzept betrifft alle, wenn wir in diesem Land über Sparen reden müssen.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Blödsinn!)

Meine Damen und Herren, wenn das eben so ist, dass in diesen Bereichen keine Alternative besteht,

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

dann bleibt Ihre Fokussierung auf die Sozialpolitik.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Da will ich Ihnen auch sagen: Da treffen Sie uns durchaus. Das braucht man doch gar nicht zu verhehlen. Sie treffen jeden einzelnen Abgeordneten, auch der CDU-Fraktion, und jedes Mitglied des Kabinetts. Glauben Sie vielleicht, dass das etwas ist, was wir gerne machen?

(Zurufe der Abg. Kordula Schulz-Asche und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Hildegard Pfaff (SPD))

Herr Al-Wazir, es ist eine Art unanständigen zynischen Verhaltens, wenn Sie behaupten, uns würde das Spaß machen. Das finde ich unanständig.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme auf den Punkt von Frau Engelen-Kefer zurück: Die Absenkung des Lebensstandards in Deutschland, mit der wir uns im Augenblick auseinander setzen müssen, betrifft alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht alle!)

Wir müssen aufhören, zu behaupten, es gebe Punkte, in denen wir das nicht eingliedern könnten.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

5 % der Gesamteinsparung aller Maßnahmen, die wir vornehmen, betreffend den Sozialhaushalt.

(Michael Siebel (SPD): Das trifft nicht alle, Sie spalten die Gesellschaft!)

Dabei rechne ich die Investitionsmaßnahmen nicht mit, sondern rechne nur die rund 650 Millionen €, die wir als Einsparung betrachten.

(Michael Siebel (SPD): Haben Sie daran gedacht, es anders zu machen?)

Es wird nicht möglich sein, wie Sie das jetzt als Opposition leicht machen, an dieser Stelle zu sagen: Ja, wir machen alles in allen Bereichen, wir schweigen dazu, lassen die Regierung machen und hoffen, dass sie dadurch unpopulär wird und wir uns durch die Sozialpolitik profilieren können, und versprechen, dass keine Mark oder kein Euro gekürzt werden.

(Zurufe der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD) und Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ja, genau das sagen Sie, und das ist nicht redlich. Wenn der Staat an Leistungen sparen will, dann hat er keine Chance, irgendeinen Bereich auszunehmen. Es gehört zur Fairness, dass alle einen Beitrag dazu leisten.

(Beifall bei der CDU – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben Ihnen bewiesen, wie es gehen kann!)

Dann muss man allerdings auch wieder im Bereich der Sozialpolitik sagen, man muss dort Prioritäten setzen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu diesen Prioritäten im Sozialbereich muss klar gesagt werden: Wo es um Kinder geht, wo es um Kindertagesstätten geht, wird auch in einem schwierigen Jahr kein einziger Euro gekürzt. Das war eine der wichtigen Setzungen, die wir gemacht haben.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die zweite Setzung war, in den Bereichen, in denen es um die Sprachintegration junger Menschen geht, keine Kürzungen vorzunehmen.

(Zurufe der Abg. Michael Siebel (SPD) und Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie ist inzwischen eines der vorbildlichen Profile, mit denen wir uns in Hessen auseinander zu setzen haben und auf die wir stolz sind. Diese Sprachintegration junger Menschen aus anderen Ländern wird fortgesetzt, ohne sie zu kürzen.

(Beifall bei der CDU)

Der dritte Punkt ist, dass wir im Bereich der Altenpflege und Altenpflegeausbildung keinen Aufschub vornehmen. Wir können es uns bei der aktuellen Entwicklung nicht leisten. Hier werden also auch keine Kürzungen durchgeführt.

(Norbert Schmitt (SPD): Mit europäischen Mitteln!)

In der Tat haben wir zu anderen Bereichen gesagt, hier muss in einem vertretbaren Umfang von maximal 30 % bei den freien Trägern gekürzt werden. Von einigen wenigen Punkten glauben wir, dass sie so bestehen bleiben, oder es handelt sich um Einrichtungen, bei denen es möglicherweise Gefahren gibt, z. B. die psychosoziale Beratungsstelle. Hier kommen wir auch zu dem Ergebnis, dass wir uns Dinge, die wir vor zehn Jahren noch nicht hatten, möglicherweise im Augenblick nicht leisten können. Das ist eine der härtesten und schwierigsten Entscheidungen. Es gehört aber dazu, auch wenn Sie sich endlos darüber erregen. Es gehört dazu, die Möglichkeit zu haben, Prioritäten in allen Bereichen zu setzen, und nur so werden Sie im Lande einen fairen Ausgleich hinbekommen, denn jeder weiß, dass auch er ein Stück dazu beizutragen hat.

(Beifall bei der CDU – Lebhafte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So, wie das eine Entscheidung ist, die uns schwer fällt, weil Sie wissen,

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

dass manche in den Reihen der Christdemokraten zu denen gehören, die diese Einrichtungen mit geschaffen haben,

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

so gibt es andere Bereiche, in denen wir genauso klar sagen, dass wir den öffentlichen Protest, in der Form wie er zum gegenwärtigen Zeitpunkt stattfindet, nicht akzeptieren.

(Zurufe der Abg. Norbert Schmitt und Michael Siebel (SPD))

Herr Siebel, das will ich auch in dem Zusammenhang sagen, in dem Sie betroffen sind, nämlich mit den Studiengebühren. Wer im Bundesland Hessen studiert, muss wissen: Erstens haben wir in den letzten Jahren eine hohe Investition in den Universitäten getätigt, dies wird fortgesetzt.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Zweitens werden 80 % derjenigen, die in Hessen studieren, niemals von Langzeitstudiengebühren betroffen, wenn sie ihr Studium normal durchziehen.

Drittens haben wir 10 % von Studenten, die mehr als 16, 17 und 18 Semester studieren. Dazu sage ich ganz klar: Das Grundstudium ist für jeden kostenlos, aber wer in einem solchen Maß Ansprüche gegen den Steuerzahler hat, der muss in Zukunft in einem bescheidenen Umfang auch dazu beitragen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Michael Siebel (SPD): Sie signalisieren jetzt den 13.000 neuen Studenten, dass sie nicht anfangen können!)

Meine Damen und Herren, allen, die uns sagen, das sei sozusagen eine Eingrenzung der Leistungen der Hochschule, denen seien auch die Zahlen vorgehalten, die wir in der Entwicklung haben – das gilt für viele Bereiche, ich

komme darauf noch einmal –, seit 1999, seit wir die Verantwortung haben: um in Relation zu setzen, was jetzt gespart wird. Ich sehe, dass im Jahr 1999 der Ausgangspunkt bei den Hochschulen 991 Millionen € waren, als Ruth Wagner und ich damals die Verantwortung übernommen haben, und in diesem Jahr, im Jahr 2003, haben wir mit 1.147 Millionen € die höchsten Ausgaben für die Hochschulen, die wir je in der Geschichte des Landes hatten.

(Michael Siebel (SPD): Wir haben jetzt mehr Studenten in Hessen, und Sie geben weniger Geld in den Apparat – das ist die Realität!)

Davon nehmen wir für das nächste Jahr 8 Millionen € herunter und kommen mit den verbleibenden 1.141 Millionen € zu den zweithöchsten Ausgaben, die wir in der Geschichte dieses Landes für Hochschulen hatten.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, wenn ich sehe, dass der Anteil des Hochschulhaushaltes am Gesamthaushalt des Landes Hessen niemals in der Geschichte so hoch war wie im nächsten Jahr,

(Zurufe der Abg. Nicola Beer (FDP))

dann sollte man, so finde ich, bei dieser Diskussion ein kleines Stückchen die Kirche im Dorf lassen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Nicola Beer (FDP) und Michael Siebel (SPD))

Übrigens, wenn ich die aktuellen Meldungen lese – dass der Hochschulpräsident in Kassel die Studenten auffordert, noch ein bisschen engagierter zu demonstrieren,

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dann sagt, er sichert für die Hochschule zu,

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

dass die dann inzwischen an einigen Hochschulen drei Wochen Streik sich am Ende auf den Erfolg des Semesters nicht auswirken werden –, dann will ich freundlich sagen, dass ich meinen Minister frage, ob wir bei der leistungsorientierten Mittelzuweisung alles richtig bedacht haben: wenn so viel Luft in einem Semester ist, dass man darüber diskutieren kann.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine Unverschämtheit!)

Ich sage das sehr bewusst in einer harten Abgrenzung zwischen dem, was ich zuvor über die Schwierigkeiten und Nöte gesagt habe – die wir selbst bei dem sehen, was im Sozialbereich zu entscheiden ist –, und dem, wie es bei den Hochschulen ausgeht. Ich meine schon, man muss dann einmal offen sagen, dass ein Teil der Auseinandersetzungen, die jetzt stattfinden, offensichtlich von einem Hochschulpräsidenten durchaus nicht in einer richtigen Weise aufgeklärt werden: dass das in der Realität für 80 % der Menschen kein Problem ist.

(Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir machen eine der fairsten Lösungen für Langzeitstudiengebühren überhaupt.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN – Nicola Beer (FDP): Eine der bürokratischsten!)

Meine Damen und Herren, suchen Sie ein anderes Bundesland, in dem es diese Chancen für Erziehungsteilzeit und anderes gibt.

(Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Aber, meine Damen und Herren, wenn der Oppositionsführer Walter hierher kommt und in dieser Weise gegen diese Regeln der Langzeitstudiengebühren polemisiert,

(Zurufe der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Michael Siebel (SPD))

dann muss ich doch den „Netzwerker“ – wie seine Fraktion in der SPD heißt – einmal fragen: Habt ihr nicht vor wenigen Tagen ein Thesenpapier veröffentlicht, in dem Studiengebühren für alle in Deutschland gefordert wurden sind?

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP)

Mich stört an der Debatte nicht, ob die Opposition gegen die eine oder andere Maßnahme ist oder am besten vielleicht gegen alles, was die Regierung macht. Das ist unsere Aufgabenverteilung. Aber bei der einen Stelle, an der Sie kommen und sagen, wir rechnen uns die Zahlen gesund, um euch davon freistellen zu können, damit ihr glücklich seid, den anderen gegenüber behaupten wir, wir hätten es so nie gemacht, obwohl man klammheimlich die Papiere schreibt – meine sehr verehrten Damen und Herren, das Maß an Heuchelei in dieser Diskussion muss sich in Grenzen halten.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das gilt übrigens auch für die anderen Bereiche, in denen wir über Politik reden,

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gilt für alle Beteiligten!)

ob das die innere Sicherheit ist oder die Bildungspolitik.

(Norbert Schmitt (SPD): Der Ehrenmann Koch!)

Ich will Ihnen anhand ganz weniger Zahlen nur sagen, dass wir heute bei der inneren Sicherheit – ein weiterer wichtiger Punkt unserer Prioritäten –

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

mit den Polizeibeamtinnen und -beamten darüber reden, wie schwierig die Situation ist. Natürlich ist sie nicht einfach: Den Beamten und den Beamten zuzumuten, mehr zu arbeiten,

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

von 38,5 auf 42 Wochenstunden, das gehört auch nicht zu den Themen, die irgendjemandem Spaß machen.

Vielleicht sehen die Polizeibeamtinnen und -beamten das aus der Perspektive unserer bayerischen Kollegen – bayrischen Beamten soll es immer besser gehen als den anderen in Deutschland –, wo vom einen auf den anderen Tag die Altersgrenze von 60 auf 65 Jahre hochgesetzt wird, während wir entschieden haben, wir bleiben bei der Altersgrenze, die wir haben; wir setzen den Schwerpunkt an der einen Stelle, aber nicht an allen. Das ist vielleicht ein Punkt, der nachdenklich macht, wenn man sieht, welche Entscheidungen andere treffen.

Ich will Ihnen aber schon einmal sagen, was die Zahlen sind, die wir bei Ihnen vorgefunden haben. Das waren etwa bei den Ausgaben für die hessische Polizei in den Jahren 1997, 1998, 1999 jeweils die Beträge 760, 770, 773 Millionen €.

(Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Heute reden wir darüber, dass wir von einem Betrag von 862 Millionen € in diesem Jahr auf 843 Millionen € im nächsten Jahr gehen. Ja, meine Damen und Herren, wir kürzen, aber wir sind immer noch so viele Lichtjahre von Ihrer Entwicklung entfernt, dass wir uns jedenfalls Ihre Belehrungen über die innere Sicherheit ersparen können.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Es kann ja kein Zweifel bestehen. Das ist eine Tatsache, obwohl wir bei dem Steueraufkommen des Jahres 1998 liegen und deshalb all das irgendwo im Gesamthaushalt verkraften müssen.

Das gilt aber ebenso für den Bereich der Bildung. Ich sehe, dass im Augenblick an einigen Stellen versucht wird, Diskussionen in den Schulen anzuheizen – unter dem Motto: „Wie viele Vertretungsverträge gibt es im nächsten Jahr?“, und andere. Ich weiß sehr wohl, dass wir Lehrerinnen und Lehrern auch in dieser Zeit Beachtliches zumuten. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie war das denn zu Zeiten von Hartmut Holzapfel, als die 38,5-Stunden-Woche eingeführt worden ist?

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Wer war denn eigentlich die Landesregierung, die gesagt hat: „Wir müssen von Lehrerinnen und Lehrern erwarten, dass sie mehr tun als die anderen öffentlichen Bediensteten“, und die deswegen einen Stundenschlüssel eingeführt hat, mit dem sie eine weitere Ungerechtigkeit zwischen Lehrern und anderen Beamten organisiert hat?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wer wollte das rückgängig machen? Und wer gibt jetzt noch eine Stunde drauf? Das gibts doch gar nicht!)

Meine Damen und Herren, das habe ich übrigens damals für falsch gehalten. Wenn wir jetzt in einer Situation sind, in der wir von allen öffentlichen Bediensteten das verlangen,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist unfassbar!)

dann gehen wir nicht darauf ein und sagen, wir legen auf die holzapfelsche Erhöhung noch etwas drauf, sondern wir erhöhen die Arbeitszeit von Lehrern selbstverständlich im Augenblick – und das wissen Sie – weniger als die der übrigen Beamten.

(Widerspruch der Abg. Michael Siebel (SPD) und Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist aus meiner Sicht auch korrekt. Aber dann hören Sie doch auf, an dieser Stelle auf die Tränendrüse zu drücken. Wir entscheiden in einer Zeit, in der man kein Geld hat und keine höhere Verschuldung haben kann.

(Michael Siebel (SPD): Herr Koch, was heißt denn überhaupt Bildungspolitik?)

Auch Sie stellen keinen einzigen Antrag zur Bildungspolitik.

(Michael Siebel (SPD): Herr Koch, was heißt denn überhaupt Bildungspolitik?)

Irgendwann müssen Sie dann die Frage beantworten: Reduziere ich den Unterricht für die Kinder, oder erhöhe ich die Arbeitszeit für die Lehrer? – Wir haben uns dafür entschieden, das – leider und mit Bedauern, aber in einer schwierigen Zeit – lieber mit den Lehrerinnen und Lehrern im festen Anstellungsverhältnis zu machen

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

als mit der Generation der Kinder. Das ist richtig, und das werden wir deshalb auch in den Schulen vertreten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist auch wahr, am Ende wird es so sein, dass zum nächsten Schuljahr – entgegen Ihrer Darstellung – die Zahl der unterrichteten Wochenstunden höher sein wird als in diesem Schuljahr, nicht geringer. Sie versuchen immer, die Köpfe zu zählen. Als Staat haben wir aber nicht in erster Linie die Aufgabe, Köpfe zu zählen und Menschen in einer personalen Sollstellenzahl zu beschäftigen, sondern wir sind am Ende dafür verantwortlich, dass Unterricht erteilt wird.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir legen darauf Wert, dass es in jedem Jahr, seit Karin Wolff die Verantwortung hat, mehr Unterrichtswochenstunden in den hessischen Schulen gibt – in jedem Jahr.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das wird auch im nächsten Jahr der Fall sein.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann machen Sie doch ein 40-Wochenstunden-Deputat daraus! – Zurufe der Abg. Michael Siebel (SPD) und Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das Deputat, das wir jetzt festlegen, ist an der oberen Grenze, aber es ist verantwortbar. Ich brauche die Mitarbeit und die Mitwirkung der Lehrerinnen und Lehrer, denn ich habe das Geld nicht. Das Einzige, was ausgeschlossen ist, ist, dass der Staat weiter Schulden macht, um das zu tun. Das einzig Zwingende ist: Wir müssen mit der Verschuldung runter.

(Widerspruch des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist eine Verantwortung gegenüber der nächsten Generation. Trotzdem muss der Unterricht gewährleistet sein, und deshalb machen wir die Lösung, für die wir uns entschieden haben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Michael Siebel (SPD))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb wird es an den Stellen dazu kommen, wie Sie das bei den Demonstrationen sehen konnten, dass am Ende in der Tat – ob es Lehrer, Polizisten, Finanzbeamte sind – alle Beteiligten sagen: Ihr, Landesregierung und Landtagsmehrheit, nehmt uns bei der Arbeitszeit sehr in Anspruch.

Ich akzeptiere ausdrücklich, dass es dort Diskussionen gibt und geben muss, wenn man so etwas tut. Wenn ich sage, wir hätten eine solche Entscheidung lieber vermieden, dann sage ich aber auch: Wenn wir nur 1,5 oder 2 % durchschnittliches Wachstum in den letzten Jahren gehabt

hätten, hätten wir diese Entscheidung selbstverständlich vermieden, und deshalb ist es immer wieder die Frage, ob wir uns in unserer Gesellschaft noch dahin gehend begreifen und in der Lage sind zu organisieren, dass alles, was wir uns hier leisten, mit dem zusammenhängt, was wir erarbeitet haben. Wer hat die politische Kraft – und die scheinen Sie nicht zu haben –,

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

in den Zeiten, in denen es eben so ist, auch dafür zu sorgen, dass wir das Problem in unserer Generation lösen und nicht mit den Schultern zucken und es auf die nächste Generation schieben? Denn das können wir nicht verantworten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aber wenn man das erreichen will – das würde in der Tat die spannendere Diskussion sein –, dann muss man etwas dazu beitragen, dass künftige Entwicklungen so werden, dass es wieder wirtschaftliches Wachstum gibt. Diese Debatte würde sich durchaus auch bei uns in Hessen lohnen. Mit Verlaub, sie an der Frage – wenn ich schon in einer Krisensituation bin – Straßenbau festzumachen: Wenn ausgerechnet die SPD und vielleicht nachher sogar noch die GRÜNEN – ich weiß ja nicht, was einem hier alles noch passieren kann – Krokodilstränen über die Größe des Straßenbaus weinen, dann gehört das wieder zu dem Kapitel wie bei den Netzwerkern. Bleiben Sie doch bei Ihrer eigenen Überzeugung: Solange wir Straßen gebaut haben, haben Sie uns unverantwortliche Politik bei der Erhöhung der Investitionen für den Straßenbau vorgeworfen; und wenn wir jetzt in einer schwierigen Situation sind, dann schimpfen Sie mit uns, weil wir keine Straßen bauen. So beliebig darf Politik in einem Land nicht sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb bin ich dem Wirtschafts- und Verkehrsminister sehr dankbar, dass wir einen Weg gefunden haben, mit den finanziellen Möglichkeiten, die wir haben, die meisten Straßenbauprojekte zu beginnen und fortzuführen, und dass die Ausfälle, die es in diesem Bereich gibt, überschaubar bleiben. Ich sage Ihnen ganz verbindlich, es bleibt bei unserem Regierungsprogramm, und es bleibt bei dem Ziel,

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

wie viele Mittel wir insgesamt bis zum Jahr 2008 im Straßenbau ausgegeben haben werden. Wir gehen nämlich nach wie vor davon aus – offensichtlich Herr Al-Wazir nicht mehr –, dass es in Deutschland gelingen wird, dass der Druck der Bevölkerung irgendwann groß genug sein wird, dass wir wieder entsprechend unseren Möglichkeiten wirtschaftliches Wachstum und Erfolge haben werden. Wir wollen die letzten drei Jahre nicht bis zum Jahr 2008 fortschreiben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wäre wahrlich eine zu düstere Bilanz für dieses Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb gilt auch weiter: Es wird Kassel-Calden in seiner Entwicklung fortgesetzt, es wird die Entwicklung des Logistikstandortes Nordhessen fortgesetzt – mit beachtlichen Erfolgen. Mir macht die Arbeitslosenstatistik im Augenblick genauso wenig Freude wie Ihnen. Und deshalb habe ich an der Stelle auch genickt. Es sind nur zwei Probleme, die man miteinander verbinden muss. Wir sind nach wie vor eines der erfolgreichsten Länder in der

Bundesrepublik Deutschland in der Bereitstellung von Arbeitsplätzen. Wir sind immer unter den ersten drei oder vier Ländern und liefern uns im Augenblick aus statistischen Gründen einen heftigen Streit mit Rheinland-Pfalz. Bayern, Baden-Württemberg und Hessen sind nach wie vor die Spitzenländer in Deutschland. Nur, im Augenblick ist die Wirtschaftskrise so tief – das kann man an den Bankentürmen von Frankfurt und auch an anderer Stelle sehen – dass wir eben im Augenblick auf dem viel niedrigeren Niveau einen hohen Anstieg haben. Die Probleme, die die anderen Länder leider Gottes immer noch haben, nämlich die Arbeitslosigkeit von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und anderen Ländern, können wir unseren Bürgern wahrlich nicht wünschen. Wir können stolz sein auf die Ergebnisse, die die Wirtschaftspolitik in Hessen hat – auch mit Blick auf die Arbeitslosenstatistik vom heutigen Tag.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das gilt ganz besonders für Nordhessen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das glaubt nicht einmal Ihre eigene Truppe!)

Diese Entwicklung ist sehr beachtlich, und ich glaube, man darf sie nicht unterschätzen. Wir haben in den letzten Jahren – und das hat Sie immer gestört, das haben die Nordhessen uns aber dankbar honoriert –, wenn man die nordhessische Region mit den Regierungspräsidien vergleicht, die drum herum liegen, eindeutig das Ergebnis, dass in keinem anderen regionalen Bezirk ein auch nur annähernd so hoher Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen wie in der Kasseler Region vorhanden ist, also im Regierungsbezirk Nordhessen. Deshalb bestand natürlich eine berechtigte Sorge, dass in der Wirtschaftskrise diese gerade jung und neu entstandenen Arbeitsplätze relativ schnell wieder abschmelzen, dass sie am Ende gefährdet sind.

Es ist festzustellen, dass im Augenblick der Rückgang von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in Nordhessen prozentual signifikant geringer ist als in Mittel- oder gar in Südhessen, was eine ungewöhnliche Entwicklung ist, auf die wir gemeinsam – und das sollten wir dann wenigstens festhalten – einigermaßen stolz sein können, und zwar unter dem Gesichtspunkt, dass offensichtlich die perspektivischen Entscheidungen, was Kassel als einen Kongressstandort und die Region Nordhessen als Logistikstandort angeht, richtig gewesen sind, auch im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur. Ich habe gerade ein großes Unternehmen dort eingeweiht – unter der Beteiligung vieler Sozialdemokraten –,

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

und die bauen doch nur an dieser Stelle, weil sie inzwischen sicher sind, dass die A 44 irgendwann kommt. Diese Firmen hätten nie dort gebaut, wenn diese Regierung den Weg zum Logistikstandort Nordhessen nicht eingeleitet hätte, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Da wird es konkret, was es mit dem Wirtschaftswachstum in unserem Lande auf sich hat.

Das gilt auch für andere Bereiche. Wenn wir jetzt die Biotechnologie in Frankfurt mit dem Frankfurter Innovationszentrum für Biotechnologie neu zu etablieren versuchen,

(Nicola Beer (FDP): Und gleichzeitig die Mittel beim Wirtschaftsminister kürzen, Technologietransfer zusammengestrichen!)

dann ist das eine Entscheidung, die doch erst in den letzten vier Jahren möglich geworden ist. Ruth Wagner und andere haben mit uns gemeinsam dafür gesorgt, dass dieser Bau dort auch errichtet werden kann, nachdem Sie in den Jahren zuvor zunächst einmal dafür gesorgt hatten, dass die Wissenschaftler das Land verlassen haben. Das hat schon etwas mit Arbeitsplätzen für die Zukunft zu tun, und genau daran werden wir auch anknüpfen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist auch, weil es Hessen betrifft, ein gutes Beispiel. Wenn es Anfang der Neunzigerjahre die Absicht der damaligen Landesregierung von Rot-Grün gewesen wäre, die Biotechnologie mit allen ihren Elementen zu einem wichtigen Profil zu machen, dann wären viele Forscher und viele Unternehmen aus dieser Region nicht nach Amerika oder Japan gegangen, sondern sie hätten es hier gemacht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Und wenn sie es hier gemacht hätten, hätten wir heute neben der Finanzindustrie noch ein anderes Bein, das sich anders entwickeln würde. Denn wir sehen ja an den schmalen Pflänzchen, die wir zurückholen – –

(Norbert Schmitt (SPD): Was war denn zwischen 1987 und 1991? – Nicola Beer (FDP): Quatsch!)

– Denken Sie doch einmal daran, Sie haben die Forschungsanlage für Insulin fast unmöglich gemacht, und wir haben inzwischen die größte Produktionsanlage für Insulin daneben genehmigt. Das ist der Unterschied zwischen dem, was man leisten kann, und dem, was man nicht leisten kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das betrifft nicht nur diesen Bereich, das betrifft auch die Frage, wie in den vergangenen vier Jahren von der Landesregierung von CDU und FDP begonnen wurde, die Universitäten im Umfeld des Finanzplatzes umzubauen. Wer hat Sie anfangs der Neunzigerjahre daran gehindert, den Umbau der Universitäten, der dort notwendig ist – mit jungen Menschen, die dann dableiben, die nicht in London studieren müssen, während man sich wundert, dass sie nicht als Investmentbanker zurückkommen, sondern dort bleiben –, zu organisieren? Da sind in den letzten Jahren Entwicklungen eingeleitet worden, aus denen wir ein Wachstumspotenzial für das Land, für die Zukunft generieren werden, und wir sind optimistisch, dass wir das tatsächlich auch hinbekommen. Wir machen in diesem Land Schritt für Schritt, Abteilung für Abteilung, völlig unideologisch, ganz pragmatisch

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

eine Politik, damit zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

(Beifall bei der CDU)

– Wenn der Kollege Al-Wazir dabei lacht, dann ist das eine vergleichsweise günstige Gelegenheit

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei dem Wort „unideologisch“!)

– ja, bei dem Wort „unideologisch“ –, auf den Frankfurter Flughafen zu sprechen zu kommen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen: Von allen Jobmoto-
ren, die es in der Bundesrepublik Deutschland gibt, ist der
Frankfurter Flughafen der wirksamste und in seinen bis-
herigen Erfahrungen auch der erfolgreichste.

(Michael Siebel (SPD): Der hat aber einen besseren
Aufsichtsratsvorsitzenden verdient!)

Es ist ein Platz, an dem heute 75.000 Menschen arbeiten
und der, wenn wir die Erweiterung hinbekommen – das
zum Thema „Ideologie“, Herr Al-Wazir –, weitere 50.000,
60.000 oder 70.000 Arbeitsplätze schaffen kann. Das ist
ein Potenzial, das es an keiner anderen Stelle der Bundes-
republik Deutschland gibt.

Das ist zunächst einmal eine Chance. Herr Kollege Walter,
an dieser Stelle und in aller Freundschaft: Ich finde diesen
Versuch, den Sie beständig machen, zu sagen, die SPD sei
dafür – auch bei Ihnen gibt es ja den Main-Taunus-Kreis,
wo ich herkomme und andere Bereiche, die vom Lärm be-
lastet sind –, ideologisch, wenn Sie damit wegwischen wol-
len, dass die gesamte südhessische Sozialdemokratie –
und damit wollen wir wirklich einmal mit der Lärmbelas-
tung in Bensheim und im Odenwald sowie in anderen Be-
reichen vorsichtig sein, denn das hat nichts mit Lärmbe-
lastung zu tun – dagegen protestiert, und zwar gegen jedes
Flughafenprojekt und in jedem regionalen Planungspar-
lament Südhessens. Das ist Ihr Ergebnis.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb sage ich Ihnen auch an der Stelle: Das ist Heu-
chelei.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Man kann nicht hierhin gehen und sagen: „Ich sozialde-
mokratischer Landesführer bin für den Flughafen“, und
zwei Drittel Ihrer Parteimitglieder im Lande, die in Süd-
hessen sitzen, versuchen, ihn zu verhindern. Das ist keine
faire und solide Politik.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden die Punkte sorgfältig, Schritt für Schritt --

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Sie sind einer davon, Sie Oberbrüller Schmitt. Sie hören
nichts von Flughäfen, aber Sie kämpfen dagegen. Sie sind
einer davon, ganz genau, einer der Oberideologen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der
FDP)

Da braucht doch keiner zu sagen, dass das keine Wirkung
hat, wenn die Lufthansa und andere beobachten, dass eine
große Volkspartei, weil sie weiß, dass sie im Lande nieder-
gestimmt würde

(Zurufe des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– denn mehr als 60 % der Leute sind für den Flughafen in
diesem Lande –, versucht, Schönwetter zu machen, und je-
des Mal, wenn es unter den Tisch geht, in Wahrheit den
Flughafen bekämpft. Meine Damen und Herren, so wer-
den wir Ihnen das nicht durchgehen lassen. Sie werden
sich irgendwann an Ihrer Basis entscheiden müssen, ob
Sie es wollen oder nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wir sollen bei der alten Tradition bleiben. Ich schenke Ih-
nen jedenfalls den Landkreis Groß-Gerau unter dem Ge-
sichtspunkt, Ihnen politisch vorzuwerfen – – Nein, den
werfe ich Ihnen nicht vor. Ich glaube, dass regionale Be-

troffenheit ein Grund ist, auch von Parteilinien abzuwei-
chen.

(Jürgen Walter (SPD): Das stimmt doch nicht! –
Norbert Schmitt (SPD): Ah, ja!)

Aber wer ganz Südhessen nimmt, ist nicht regional be-
troffen. Da Sie einstimmig in der Fraktion der regionalen
Planungsversammlung gegen den Flughafen gestimmt ha-
ben, ist es nun einmal alles, was an Sozialdemokraten in
Südhessen anzubieten ist. Daran müssen Sie sich festhal-
ten lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir werden das Verfahren der Planung, das ein kompli-
ziertes Verfahren ist, gemeinsam mit dem Betreiber or-
dentlich abwickeln.

(Lachen bei der SPD)

Da wird es viele Schwierigkeiten geben. Es wird viele pro-
blematische Punkte der Abwicklung geben. Was ist das
dann für eine alberne Debatte, wenn jetzt gesagt wird, das
sei ein Punkt, der besonders schwierig ist? Nennen Sie mir
doch einmal irgendeine Ausbautrasse in Frankfurt – das
sind die GRÜNEN, am besten ist es, wenn man gegen al-
les ist, dann hat man es einfach –, die keine schwer ab-
wägbaren Hindernisse hat. Es ist am Ende ein ganz kom-
plizierter Abwägungsprozess zu verantworten, mitten im
Ballungsraum einen Flughafen auszubauen.

Das ist aber eine Banalität. Es ist nichts Neues dabei. Man
wird zwischen Sicherheitsinteressen, Lärmschutzinteres-
sen, ökologischen Interessen abwägen. Am Ende müssen
die Politik, die Genehmigungsbehörde und – unter der
Überprüfung – Gerichte entscheiden, ob all diese Argu-
mente überwindbar sind, in einer Abwägung zu sagen:
Das Gesamtbild ist so richtiger als ein anderes.

Jeder kann zu seinem Vergnügen jeden Tag, ob er Flughaf-
fengegner ist oder sonst was, wieder einen Ballon steigen
lassen. Ich bin sicher, dass der hessische Wirtschaftsminis-
ter so, wie das sein Vorgänger war, gelassen genug ist, das
nicht an sich herankommen zu lassen, sondern am Ende
eine Abwägungsentscheidung trifft und vorher einmal
seine Arbeit hat. Meine Damen und Herren, verlassen Sie
sich darauf, genau das wird passieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nun wäre es, denke ich, nicht ganz richtig, wenn ich nicht
an dieser Stelle – Herr Kollege Walter, so, wie Sie es ge-
macht haben – auch einen Satz zu der aktuellen Diskus-
sion über das Vorstandsgehalt sage. Wissen Sie, auch das –
jetzt verwende ich das Wort nicht, das ich vorher mehrfach
bekämpft habe – finde ich nur in Grenzen in Ordnung. Sie
wissen, dass ich der erste Ministerpräsident in Hessen war,
der entschieden hat, dass wir versuchen wollen, den Flug-
hafen und seine Leitungsgremien, also das Tagesgeschäft
jenseits der großen Fragen, ein wenig aus dem Streit zwi-
schen Opposition und Regierung herauszuhalten, und
deshalb die Opposition eingeladen habe, an dieser Leit-
ung mitzuwirken.

Ich sage jetzt, ohne es im Detail wiederzugeben: Die Ver-
treter des Landes Hessen – jedenfalls, solange ich Verant-
wortung trage – haben sich immer sehr intensiv beraten.
Hier ist keiner von anderen dominiert worden. Ich denke,
dass Lothar Klemm hier bestätigen würde, dass ich nicht
gesagt habe: „Du sitzt auf dem Regierungsticket, du musst
mitmachen“, sondern dass wir den Flughafen in der Weise
genutzt haben, wie wir miteinander umgegangen sind. Wir
haben alle Entscheidungen gemeinsam getroffen. Ich

glaube, wir haben einen Anspruch, nicht von Ihnen öffentlich – Sie wissen, dass einer Ihrer politischen Freunde dabei war – sozusagen als die Deppen und Ignoranten der Nation bezeichnet zu werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb müssen Sie sich ein Argument anhören. Dann können Sie anderer Meinung sein. Was wir in der Infrastruktur einrichtung Frankfurt machen, ist etwas, was es in ganz Deutschland und in ganz Europa – jetzt bin ich vorsichtig – und, ich vermute, in großen Teil der Welt nicht gibt. Wir bezahlen den größten Jobmotor, die größte Infrastruktur einrichtung, die wir haben, als Staat nicht selbst, sondern wir verdienen damit noch Geld. Der Münchener Flughafen konnte nur so gebaut werden, weil er mehr als 2 Milliarden DM als zinsloses Darlehen des Bundes und des Landes Bayern bekommen hat. Bei uns kann nicht einmal der Flughafen Reichelsheim ausgebaut werden, ohne dass wir das öffentlich finanzieren.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Keine Schärfen, bitte!)

Vom Großen bis zum Kleinsten. Es gibt in der Bundesrepublik kein anderes Beispiel. Die Franzosen sind überhaupt nicht auf die Idee gekommen, es anders als staatlich zu finanzieren. Die Briten haben erst die Landebahn ausgebaut, dann die British Airport Society gegründet und ihr es zu Null übergeben. Die machen heute als Aktiengesellschaft daraus Gewinne. Meine Damen und Herren, wir wollen – nein, das ist falsch –, wir müssen diese Infrastruktur einrichtung finanzieren, indem sie uns fremde Leute an der Börse von New York, an der Börse von London oder sonst wo in der Welt bezahlen, weil wir keine 3 Milliarden € haben. Das sind in etwa die Kosten des Ausbaus, den wir brauchen, um dort die nächsten 50.000 Arbeitsplätze zu haben. Das heißt, wir haben etwas gemacht, was nicht selbstverständlich ist.

Wir haben eigentlich ein mehrheitlich öffentlich-rechtliches Unternehmen in die Regeln des privaten Marktes gestellt, in die gesetzlichen, in die finanziellen und sonstigen Regeln. Nicht, weil wir verrückt geworden wären. Übrigens sind das Entscheidungen, die alle sozialdemokratischen Kollegen vorher vorbereitet haben und die ich vollzogen habe – damit es keinen Streit gibt –, indem ich gesagt habe, wir wollen in Zukunft, dass es der Börsenkurs möglich macht, dieses Projekt zu finanzieren. Wir haben dadurch Hunderte von Millionen eingespielt. Unser Vermögen – das Vermögen des hessischen Landeshaushalts – hängt zu einem nicht unbedeutlichen Teil inzwischen auch an diesem Börsenkurs. Gott sei Dank. Das ist kein Fehler. Aber es hängt daran.

Wenn Sie dann in einer Situation sind, in der Sie fragen, ob der Markt, von dem wir Geld bei uns eingeworben und damit abgenommen haben, das bestimmt, dann stellen Sie fest: Die bezahlen ihr Management genauso wie das Management von London oder von Amsterdam. Die holen sich dort einen Finanzchef, der internationale und nationale Reputation am Finanzmarkt hat. Den kaufe ich aus einem anderen Vorstand – völlig übereinstimmend Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter – unter dem Gesichtspunkt, den wollen wir haben, der ist der Richtige für dieses Unternehmen. Dann muss ich am Markt diesen Preis bezahlen. Ich sage meinen Gremien: Das mache ich aber nur, wenn wir nicht dadurch eine völlig irre Struktur des Vorstandes haben, sondern da müsst ihr wissen, wenn wir den zu dem Preis kaufen, dann bedeutet das etwas für andere. – Alle stimmten darüber am 18.12. letzten Jahres einstimmig ab: Das machen wir, weil wir den wollen.

Als Aufsichtsratsvorsitzender sage ich am Ende: Ich riske nicht die Reputation dieses Unternehmens, indem ich, weil eine Betriebsratswahl wiederholt werden muss, da hingeho und sage, jetzt verschiebe ich die Entscheidung, und alle Welt lacht über unsere Unfähigkeit, das zu tun, was wir verbindlich in einem Wirtschaftsunternehmen beschlossen haben.

Das mache ich nicht, das macht keiner von uns anderen, die das Land Hessen im Aufsichtsrat vertreten. Oder soll man so damit umgehen, wieder eine Neidkampagne zu strukturieren, nur weil man glaubt, man trifft damit an dieser Stelle den Ministerpräsidenten?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich sage das unter dem Gesichtspunkt – dahin kehre ich zurück -: Das sind unsere Jobmotoren. Die Biotechnologie mit dem Forschungszentrum, der Logistikstandort mit dem Straßenbau in Nordhessen, die Fragestellung, was wir mit den Universitäten und den Finanzen machen, die Frage, wie wir es mit dem Frankfurter Flughafen machen – es sind die Jobmotoren Hessens. Hessen hat davon mehr als andere. Das ist gut so. Deshalb haben wir eine bessere Arbeitslosenstatistik als andere. Darüber können wir alle froh sein. Das gibt uns die Chance, wenn die Wirtschaft in Deutschland wieder anspringt, dass wir schneller als andere dabei sind. Das ist das Ergebnis der Arbeit dieser Regierung, wie wir sie fortsetzen wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und das werden wir auch tun.

(Beifall bei der CDU)

Was richtig ist, das sei in einer Schlussbemerkung gesagt: Wir brauchen dafür bundespolitische Rahmenbedingungen. Ich kann Herrn Walters Erwartung nicht enttäuschen, etwas zur Bundespolitik zu sagen. Ich komme nicht mehr an seine Zeitdimensionen heran. Wir wollen dort eine Veränderung. Wenn sich das nicht in absehbarer Zeit bewegt, wenn wir so weit unter unseren Fähigkeiten sind: Sie sprechen von einem Aufschwung im nächsten Jahr. Je nach Streitpunkt des Wirtschaftsforschungsinstituts wird von 1,3 %, 1,4 % gesprochen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann muss man darunter lesen, dass allein 0,6 % dieses Wirtschaftswachstums daher kommen, dass zufällig einige Feiertage am Wochenende liegen. Das zeigt doch, wie bescheiden wir geworden sind, oder?

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wir generieren im nächsten Jahr nach den Prognosen die geringste Wachstumszahl aller europäischen Wettbewerbsländer zu einer Zeit, in der die Vereinigten Staaten von Amerika ein Quartalswachstum von 7,1 % haben, das natürlich Auswirkung auf uns hat.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir kommen in eine Situation, dass von diesem geringssten Wirtschaftswachstum noch einmal 0,6 % gar nichts mit dem Wettbewerb anderer zu tun haben. Sie haben nicht so viele Feiertage wie wir. Es hängt nur von dem Zufall ab, dass unsere Feiertage auf einen Sonntag fallen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wagen es, darauf noch stolz zu sein.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Das ist ein Armutszeugnis für das Land. Wir müssen andere Wachstumsbedingungen haben. Deshalb werden wir nicht aufhören, darüber zu reden, dass die Zukunftsfähigkeit dieses Landes vom Arbeitsmarkt abhängig ist – von nichts anderem.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Deshalb brauchen wir an diesen Stellen Veränderungen, die übrigens bei uns anfangen, in der Tat auch bei den Tarifauseinandersetzungen. Sie haben das genannt.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Sie kennen die Position der Landesregierung zu den öffentlichen Bediensteten. Wir glauben, dass auch der öffentliche Dienst so viel Vorreiterfunktion hat, zu sagen: Mit 38,5 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit ist die Zukunft dieses Landes nicht zu bewältigen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das ist so ein Quatsch!)

Wir werden in die nächsten Gehaltstarifverhandlungen mit der klaren Bedingung hereingehen – wir werden dazu in der Lage sein, so, wie wir die Verträge gestalten –: Ohne Mehrarbeit wird es kein zusätzliches Gehalt geben. Das ist völlig klar. Das kann hier nicht zur Disposition stehen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Die Betriebe machen Ihnen etwas anderes vor!)

Ich prophezeie Ihnen: Diese Diskussion wird im nächsten Jahr ziemlich gelassen geführt werden, weil bis zu dem Zeitpunkt im dritten oder vierten Quartal des nächsten Jahres, zu dem wir anfangen darüber zu verhandeln, sich so viele Branchen und Unternehmen in Deutschland Wege gesucht haben werden, zu dieser Lösung zu kommen, dass der öffentliche Dienst nicht mehr Vorreiter, sondern bestenfalls noch bescheidener Mitläufer der Entwicklung ist.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Da braucht man in diesem Land nicht weit zu schauen. Gehen Sie einmal zu Opel.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was machen sie denn?)

Wie sieht die Situation dort im Augenblick aus? Was machen die Opelaner? Um die Produktion aufrechterhalten zu können, senken sie dort mit erheblichem Gehaltsverzicht die Arbeitszeit und erhöhen ohne Gehaltserhöhung gleichzeitig die Arbeitszeit der Angestellten.

(Zuruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

Wir sind gerade dabei, das Gleiche zu machen. Wir wissen nämlich inzwischen alle – die Amerikaner sagen es –: Man kann nicht, wenn man 1.600 Stunden im Jahr arbeitet, mit Ländern einen Wettbewerb führen, die auf gleichem Wohlstandsniveau 2.000 Stunden arbeiten. Das wird nicht funktionieren. Das ist so banal, dass wir erwarten müssen, dass es sich auch in den Führungskreisen der Gewerkschaften herumspricht. Wenn das nicht so ist, dann muss es eine Chance geben, dass darüber dezentral Vereinbarungen getroffen werden. Das, was bei Opel gemacht wird, ist auch aus meiner Sicht eine gute Entscheidung. Man muss aber doch auch eines hinzufügen: Es ist eine Schweinerei, den mittleren und den kleinen Unternehmen gegenüber.

(Jürgen Walter (SPD): Warum haben Sie nicht mit Ihren Mitarbeitern geredet?)

Wie Sie sich vorstellen können, reden wir mit den Unternehmen auch über solche Entwicklungen. Wenn ich dann

frage: „Wie macht ihr das mit den Gewerkschaften?“, dann kommt der hiesige Landesvorsitzende der IG Metall und sagt: Na ja, wir haben ein paar Anpassungen in den tarifvertraglichen Regelungen vornehmen müssen. Im Interesse der Arbeitsplätze haben wir das natürlich gemacht.

Gut, prima, aber glauben Sie, dass der Stahlbaubetrieb Meier mit 85 Mitarbeitern bei der Gewerkschaft eine Postadresse findet, um die gleiche Abweichung vom Tarifvertrag zu bekommen wie Opel? Er braucht sie aber, weil es beim Stahlbaubetrieb Meier in der Summe mehr Beschäftigte gibt als bei Opel.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist es!)

Deshalb: Der Mittelstand braucht eine Chance. Wir brauchen selbstbewusste Betriebsräte, die prima ausgebildet sind, die von den Gewerkschaften organisiert, von ihnen geschult und rechtlich von ihnen beraten werden müssen. Es ist nicht so, dass wir in Zukunft keine Gewerkschaften mehr brauchen. Das ist doch alles Unsinn.

(Zuruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

Sie müssen aber eine Chance haben, dezentral zu sagen: Wir dürfen im Betrieb nicht streiken, denn im Zweifel gilt der Flächentarifvertrag. Wenn unser Unternehmen aber eine neue Chance haben will, wenn es einen zusätzlichen Auftrag bekommt – wenn es keine Angst vor Konkurs hat –, dann wollen wir mit unserem Arbeitgeber verhandeln können, wie unsere Bedingungen sind. Wenn wir ein paar Wochen hintereinander 42 Stunden in der Woche arbeiten, dann haben wir das zu vereinbaren, und keiner hat uns daran zu hindern; denn es geht um die Zukunft unserer Jobs.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Genauso ist es beim Markt für niedrige Löhne. Wir hatten in Deutschland in der Tat eine längere Zeitspanne, in der alle – da nehme ich nicht einmal diejenigen in der Union aus, zumindest nicht diejenigen, die in der Gewerkschaft und in den Unternehmerverbänden aktiv waren – gesagt haben: Was für ein Glück, dass wir diese relativ problematischen niedrigen Löhne nicht mehr haben. – Die Abschaffung der Leichtlohngruppen galt als eine große gesellschaftliche Errungenschaft.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kommt die Platte wieder!)

Das haben wir auch gedacht. Das werden wir auch bis zum Ende sagen. Denn das hat bedeutet, dass die Beteiligten glaubten, man könne diese Arbeit höher bezahlen. In Wahrheit gab es diese Arbeit in Deutschland anschließend nicht mehr.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Jürgen Walter (SPD): Die gibt es schon noch!)

Herr Kollege Walter, das Beispiel Krabbenpulen hatte eine zweifache Funktion. Erstens habe ich Ihre sozialdemokratischen Kollegen im Vermittlungsausschuss testen wollen, wie ernst sie Vertraulichkeit nehmen. Das ist gelungen.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das kann man nur mit solchen Beispielen. Wenn Sie im Augenblick meinen Job machen müssten, müssten Sie auch über gewisse Dinge Gewissheit erlangen.

Zweitens. Ich habe das Beispiel genommen, um in der Tat einen polemischen Streit an einem sehr konkreten Beispiel auf die Spitze zu treiben. Bei den Diskussionen geht

es nicht um die Frage, ob jemand von diesen Niedrigstlöhnen leben kann. Das hat nie jemand behauptet. Die Frage ist: Können wir nicht eine Regelung finden, sodass die Menschen, die derzeit nicht arbeiten und Sozialhilfe bekommen, wieder für sehr niedrige Löhne in den Arbeitsmarkt zurückkehren können, weil es diese Löhne und diesen Markt in Deutschland wieder gibt? – Im Augenblick können wir ihnen gar nichts anbieten.

(Zuruf des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn wir das anbieten, können wir, indem wir die Sozialhilfe oder die Arbeitslosenhilfe obendrauf zahlen, dafür sorgen, dass der Mensch erstens eine Beschäftigung hat und nichts mehr im grauen Markt geschieht. Zum Zweiten verdient er durch diese Aufstockung mehr, als er mit der Sozial- oder der Arbeitslosenhilfe verdienen würde. Das ist die absolute Bedingung. Er hat also ein besseres Endgehalt, und der Staat spart noch Geld, weil er, auch wenn der Mensch mehr verdient, weniger Lasten zu tragen hat. Lohnt sich dieses Modell, das in anderen Ländern wie Großbritannien längst gangbar ist? Amerika mögen Sie nicht so gern hören, aber da geht es auch. Es wird eingewandt: Das ist ein Verstoß gegen die Menschenwürde.

(Jürgen Walter (SPD): Nein!)

Ich referiere. Ich habe das in der Diskussion im Deutschen Bundestag vorgetragen. Darauf wurde gesagt:

(Jürgen Walter (SPD): Es geht um die Finanzhöheit!)

Ein Stundenlohn, der soundso viel Prozent unter dem Tariflohn liegt, ist ein Verstoß gegen die Menschenwürde. – Das sagen Ihre dortigen Kollegen. Das ist der Verhandlungsstand. Das sagen die Gewerkschaften.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 80 Cent war die Summe!)

– Mir ist es ziemlich egal, ob das 80 Cent oder 2 € sind. Es ist jedenfalls verdammt wenig.

Das Krabbenpulen habe ich nur aus einem Grund genannt. Wie ist es denn dann mit der Menschenwürde zu vereinbaren, dass wir die Krabben in Bremerhaven oder Bremen in ein Flugzeug stecken, nach Marokko fliegen, dann ein junges Familienmitglied einer dortigen Familie die Krabben pult, wir sie dann wieder zurückfliegen und der seit 15 Jahren in Deutschland lebende Bruder dieses Krabbenpulers in Bremerhaven Sozialhilfe bezieht und keine Arbeit findet, weil wir für ihn kein Angebot haben, obwohl er sei drei Jahren arbeitslos ist, dem wir es verwehren, in den Arbeitsmarkt hereinzukommen, obwohl er damit mehr Geld verdienen würde, als wir ihm derzeit an Arbeitslosen- oder Sozialhilfe zahlen?

(Frank Lortz (CDU): Sehr gut!)

Die Diskussion darüber, dass es menschenunwürdig sei, das Krabbenpulen wieder in Deutschland zu machen, selbst für 80 Cent, wenn der Betreffende dann mehr verdient, als er zurzeit als Sozialhilfe bekommt, und wenn man gleichzeitig sagt: „Fliegen wir nach Marokko, weil er es dort machen kann, ohne dass es ein Problem mit der Menschenwürde gibt“, ist absurd. Meine Damen und Herren, diese Diskussion müssen wir in Deutschland irgendwann beenden. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Von mir aus können Sie das Krabbenpulen weiterhin in Marokko organisieren. Mir geht es nicht um diese Frage.

Mir geht es um die Frage: Erschließen wir Märkte für Beschäftigungen, die derzeit in Deutschland nicht vorhanden sind, obwohl wir die Arbeit in Anspruch nehmen,

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

weil wir sagen: „Wir wollen nicht, dass diese Arbeit in Deutschland gemacht wird, weil uns der Preis zu niedrig ist; wir fragen diese Arbeit lieber im Ausland nach; da ist es uns völlig Wurscht, wie niedrig der Preis ist“? Das ist doch die Realität in Deutschland.

Es besteht die Gefahr, dass wir damit für 10 % der erwerbsfähigen Menschen in Deutschland keinen adäquaten Beschäftigungsmarkt mehr aufbauen. Denn zurzeit fehlt uns exakt das, was wir inzwischen in der stillen Reserve haben, was durch die unterschiedlichen Tricks der Statistik und die Frustration der Menschen aus der offiziellen Statistik heraus ist. In der Statistik sind fast 10 % Langzeitarbeitslose ausgewiesen. Eine moderne Gesellschaft wie wir – die sich so hoch entwickelt hat, weil sie so hohe Löhne bekommt, weil sie so erfolgreich ist – muss sich überlegen, ob das wirklich eine Berechtigung ist, zu behaupten, wir seien die guten Menschen, und alle diese niedrigen Löhne seien unzumutbar, wenn es auf der anderen Seite aber Menschen gibt, die keine höhere berufliche Qualifikation haben, und wir ihnen deshalb sagen: Ihr werdet staatlich alimentiert in die dauerhafte Arbeitslosigkeit entlassen. – Das halte ich für unverantwortlich. Das will ich in diesem Land ändern, damit wir an dieser Stelle eine andere Entwicklung bekommen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Darüber werden wir in den nächsten Tagen im Vermittlungsausschuss reden: ob es gelingt – denn dies ist die entscheidende Größenordnung –, dass wir wieder wirtschaftliches Wachstum bekommen.

25 % Selbstfinanzierung einer Steuerreform, für wie sinnvoll oder nicht sinnvoll man sie halten mag, das ist eine Größenordnung von 4,5 Milliarden €. Das kann man in der Tat, wenn man 1 % mehr Wachstum hat, wieder hereinholen. Dann muss es aber einen Anlass für 1 % mehr Wachstum geben.

Durch das Vorziehen der Steuerreform wird es jedenfalls nicht zu einem Wirtschaftswachstum kommen. Man müsste mir einmal erklären, warum die Sparquote in diesem Land steigt. Dass das Wirtschaftswachstum nicht kommt, liegt offensichtlich nicht daran, dass die Menschen kein Geld zur Verfügung haben. Vielmehr sind sie offensichtlich unter den im Augenblick bestehenden Bedingungen nicht bereit, ihr Geld auszugeben. Sie sehen das Risiko, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Sie sehen, dass der Geschäftsklimaindex steigt, weil Auslandsgeschäfte getätigter werden. Aber keiner denkt darüber nach, in Deutschland neue Jobs zu schaffen. Wenn sich das nicht ändert, dann wird es kein Wirtschaftswachstum geben. Dann wird jeder Euro und jeder Cent, den man investiert, fehlinvestiert sein. Deshalb vertritt die Hessische Landesregierung die Position, im Vermittlungsausschuss zu sagen: Wir wollen die Bundesregierung zwingen, dafür zu sorgen, dass es wieder Wirtschaftswachstum gibt. Wirtschaftliches Wachstum ist die entscheidende Voraussetzung. Das ist die entscheidende Bedingung für diesen Haushalt.

Zweitens wollen wir dafür sorgen, dass die Bundesregierung dabei den Pfad einschlägt, der verhindert, dass Deutschland permanent europäisches Recht bricht und

immer mehr Schulden auf der nächsten Generation aufgehäuft werden. Das ist der zweite Punkt, weshalb wir sagen: 75 % dieser Steuerreform müssen auf jeden Fall durch Steuern finanziert werden, falls man diese Steuerreform überhaupt machen will. – Eine Steuerreform kann man nur in dieser Kombination durchführen. Denn ansonsten wäre es unverantwortlich, sie zu machen. Wenn man sie so machen würde, dann kann man vielleicht mit dem leben, was das für unseren Haushalt bedeutet. Wenn man davon ausgeht, dass es zu einem Wirtschaftswachstum kommt, dann können die vorgelegten Zahlen erreicht werden. Aber ich kann keine zusätzlichen Schulden für diese Maßnahme aufnehmen. Die Reform in dieser Art ist aber nicht nur wegen der für die Zukunft entstehenden Schulden wenig sinnvoll. Vielmehr ist sie auch nicht sinnvoll, weil alle anderen Planungen, die wir haben, auch vom wirtschaftlichen Wachstum abhängen.

Aus meiner Sicht gehören zwei Elemente zusammen. Auf der einen Seite müssen wir zeigen, dass wir auch entgegen dem bisschen öffentliche Auseinandersetzung und dem Kampf, den die Opposition hier zeigt, in der Lage sind, in unbequemen Zeiten klar Spur zu halten. Gegenwärtig ist es eine unbequeme Zeit. Ich stehe dafür ein, dass wir in dieser schwierigen Zeit unsere Entscheidungen sorgfältig überlegen. Wir werden das dann aber auch berechenbar durchziehen.

Ich bedanke mich bei meiner Fraktion, für die das nicht einfach ist. Sie haben immer gehofft, angesichts der 56 Stimmen unserer Fraktion könnte es auch einmal sein, dass nur 55 zusammenkommen. Nein, das ist bei uns nicht so. Ich bedanke mich bei meiner Fraktion, dass wir diesen schwierigen Gang gemeinsam unternehmen. Denn er erfolgt im Interesse der hessischen Bürger und des Bundeslandes Hessen. Es ist auch im Interesse der Kinder des Bundeslandes Hessen, dass wir in Zukunft die Schulden verringern und das wirtschaftliche Wachstum stärken wollen.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

Wir werden deshalb den eingeschlagenen Weg fortsetzen.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fortsetzen!)

Die Kolleginnen und Kollegen der Opposition werden noch viereinhalb Jahre überlegen können, ob sie das richtig oder falsch finden. Am besten wäre es, wenn sie Konzepte dagegensetzen würden. Denn darin besteht unser Wettbewerb. Wir haben uns unseren Weg gut überlegt.

(Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen, dass das Beschreiten dieses Weges nicht einfach ist. Wir sind aber auch davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger am Ende nicht demjenigen zustimmen werden, der jeden Tag das erzählt, was am liebsten gehört wird. Vielmehr werden sie demjenigen zustimmen, von dem man über längere Zeit sagen kann: Der geht seinen Weg; wir gewinnen dadurch Vertrauen in seine Entscheidung und glauben, dass das am Ende zu positiven Konsequenzen führen wird. – Das Beschreiten genau dieses Weges werden wir fortsetzen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Als nächster Redner hat Herr Kollege Al-Wazir für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf den Abgeordneten der CDU, die jetzt gehen, hinterherrufen: Wer diese „Operation düstere Zukunft“ morgen beschließen will, der sollte sich wenigstens eine Stunde lang die Redner der Opposition anhören. Das wollte ich vorneweg gesagt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Frank Lortz (CDU): Das war doch schon eine Stunde! – Minister Stefan Grüttner: Eine Stunde hatten wir schon!)

Herr Ministerpräsident, Sie sollten Folgendes wissen: Heute Morgen haben wir in der Fraktion eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung darüber geredet, was heute denn wohl passieren wird. Ich gebe zu, das war ein bisschen zynisch. Ich habe gesagt: Na ja, er wird erstens mit Brüssel anfangen. Dann wird er sagen, dass es keine Alternative gibt. Dann wird er ein bisschen über die Weltpolitik reden. Zwischendurch wird er vielleicht ein klein wenig zum Haushalt sagen. Am Schluss wird er dann der Fraktion danken. – Herr Ministerpräsident, komischerweise haben Sie genau das gemacht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

Ich sage Ihnen noch etwas vorweg: Herr Koch, angesichts dessen, worüber wir hier reden, nämlich den Gesetzentwurf über den Haushalt des Jahres 2004 des Bundeslandes Hessen, wäre es wirklich an der Zeit, dass Sie sich von Herrn Metz ein paar neue Textbausteine bereitlegen lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Hildegard Pfaff und Marco Pighetti (SPD) – Frank Lortz (CDU): Du hast heute Morgen doch einiges gelernt!)

Herr Koch, zwischendurch haben Sie, zumindest für einen Ministerpräsidenten, dann doch ganz schön herumbrüllt. Herr Koch, ich stelle fest: Wer so herumbrüllt, wie Sie es im mittleren Teil Ihrer Rede getan haben, der muss ganz schön angefressen sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Hildegard Pfaff (SPD) – Frank Lortz (CDU): Ach du lieber Gott!)

Das hat etwas mit dem zu tun, was seit dem 2. September 2003 in diesem Bundesland passiert.

Meine Damen und Herren, ich setze nicht nur als Abgeordneter, sondern auch als Staatsbürger große Hoffnung in die Arbeit des Vermittlungsausschusses. Ich habe die Tatsache vernommen, Herr Koch, dass Sie da über Krabbenpulen reden wollen. Ich hoffe, Sie werden dort auch noch über ein paar andere Dinge reden. Herr Ministerpräsident, wir können aber erst einmal bei diesem Beispiel bleiben. Wenn Sie das wirklich ernst meinen, dann erhebt sich für mich die Frage, warum Sie bei Hartz IV gerade hinsichtlich der Frage, wie man und was man zum neuen Arbeitslosengeld II dazuverdienen kann, so blockieren, wie Sie das in diesem Jahr getan haben. Herr Ministerpräsident, warum haben Sie genau an diesem Punkt blockiert?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben sich dann hierhin gestellt und ernsthaft behauptet, Sie hätten die richtigen Prioritäten gesetzt. Dazu sage ich Ihnen: Nein, Sie haben genau die falschen Prioritäten gesetzt. Ich möchte Ihnen das an ein paar Beispielen verdeutlichen.

(Frank Lortz (CDU): Dann los! – Clemens Reif (CDU): Zack, zack!)

Wenn man es sich einmal unter dem Strich betrachtet, stellt man fest, dass Sie sehr wenig zum Haushalt gesagt haben. Es war aber schon mehr als in den letzten Runden, in denen Sie allein über Brüssel, Washington, die UNO, den Mond, Herrn Bush und ich weiß nicht wen geredet haben. Immerhin haben Sie über den Haushalt mehr geredet, als es die letzten Male der Fall war. Immerhin, Sie haben ein paar Dinge zum Landeshaushalt gesagt. Zum Sozialatlas haben Sie gesagt: Überall dort, wo es um Familie und Kinder geht, ist nicht gestrichen worden. – Herr Ministerpräsident, ich stelle hier fest: Das ist eine glatte Lüge gewesen – eine glatte Lüge.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Herr Ministerpräsident Koch, ich stelle Ihnen folgende Frage: Wenn es um die Erziehungsberatungsstellen geht, wenn es um die Spiel- und Lernstuben in den sozialen Brennpunkten geht, wenn es um die Frauenhäuser geht, die geschlossen werden, geht es da nicht um Kinder und Familien? Es kann sein, dass es da um Kinder und Familien geht, die am Rande der Gesellschaft stehen, die Sie nicht als Ihre Klientel betrachten. Aber genau das ist das Problem Ihrer Politik. Herr Ministerpräsident, genau darüber reden wir heute.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben gesagt: Na ja, die Unterstützung der psychosozialen Beratungsstellen können wir uns halt nicht mehr leisten. – Ich sage Ihnen dazu: Genau das ist das Kurzsichtige in Ihrer Politik. Genau das ist das Falsche an Ihrer Politik. Denn Sie machen nichts anderes als Menschen, die kleine Probleme haben, nicht mehr zu helfen. Das wird die Folge haben, dass diese Menschen dann große Probleme bekommen werden. Am Ende brauchen die dann keine psychologische Beratungsstelle mehr. Vielmehr werden sie am Ende in der Psychiatrie stationär ein Bett brauchen, was dann über den Landeswohlfahrtsverband die Kommunen bezahlen müssen. Herr Ministerpräsident, wenn das nachhaltige Politik ist, dann sind Sie ein ehrlicher Mann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Koch, ich komme zur Frage der Ehrlichkeit. Sie haben Herrn Kollegen Jürgen Walter vorgeworfen, er wäre ein Heuchler. Ich habe das genau mitgeschrieben. Das war die Stelle, an der die Mitglieder Ihrer Fraktion am meisten geklatscht haben. Sie haben wortwörtlich hier gesagt: „Das Maß an Heuchelei muss sich in Grenzen halten.“ Das sagte Roland Koch. Ich komme jetzt auf das Stichwort „psychologische Beratungsstelle“ zurück. Es kann sich da eigentlich nur um eine Projektion handeln. Ich hoffe, Sie wissen, was damit gemeint ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Koch, worüber reden wir denn? Wir reden über den Landeshaushalt des Jahres 2004. Im Entwurf des Landeshaushalts für das Jahr 2004 steht exakt das Gegenteil von dem, was Sie vor der Landtagswahl, die dieses Jahr stattgefunden hat, versprochen haben. Herr Koch, ich sage Ihnen: Das Maß an Heuchelei sollte sich eigentlich in Grenzen halten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Manche der eigenen Sprüche richten sich irgendwann gegen einen selbst, Herr Ministerpräsident.

Jetzt zum Punkt Alternativlosigkeit. 145 Änderungsanträge hat meine Fraktion vorgelegt. Ich habe sie alle mitgebracht: ein solch dicker Packen,

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

145 Änderungsanträge, die insgesamt 270 Millionen € in diesem Landeshaushalt umschichten sollen. Jeder einzelne dieser Änderungsanträge ist von der CDU-Fraktion im Haushaltungsausschuss abgelehnt worden.

(Frank Lortz (CDU): Aus gutem Grund! – Gegenruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD): Ohne Begründung!)

Herr Ministerpräsident, wir haben zu Ihrem Weihnachtsgeldvorschlag eine Gesetzesänderung eingebracht, die sagt: Ja, wir wollen bei den aktiven, im Dienst befindlichen Beamten – wie Sie das vorgetragen haben – ebenfalls 90 Millionen € bei den Personalkosten einsparen, aber wir wollen das sozial gerechter tun, indem wir das Weihnachtsgeld nicht auf 60 %, sondern auf 70 % einer Monatsbesoldung senken und das finanzieren, indem wir bei den oberen und obersten Gehaltsgruppen einen Deckel einziehen. – Sie haben das ohne ernsthafte Diskussion abgelehnt.

Wir haben Ihnen ein Sozialbudget vorgetragen – –

(Minister Volker Bouffier: Das ist doch Unfug!)

– „Unfug“, sagt der Innenminister.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit wann ist soziale Gerechtigkeit Unfug?)

Dann kommen Sie hierher, Herr Bouffier, und sagen, Sie hätten sich geirrt, sie stimmten doch noch zu. Wir sind gerne bereit, wenn Sie lernfähig sind, zu sagen: Okay, wir haben keine Häme, wir machen es so. – Aber sprechen Sie nicht von Unfug. Sie haben es schnöde abgelehnt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben Ihnen ein Sozialbudget vorgeschlagen und Ihnen gesagt, wie es unserer Meinung nach finanziert werden könnte. – Sie haben es abgelehnt.

Wissen Sie, ich kann es nicht mehr hören, dieses dumme Geschwätz von der Alternativlosigkeit, es gehe nicht anders, wir könnten nicht anders. Herr Ministerpräsident, ich kann es nicht mehr hören.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Im „Wiesbadener Kurier“ vom 19.11. schreibt Christoph Risch im Kommentar:

Wenn der Ministerpräsident nun fast täglich wiederholt, es gebe keine Alternative zur von ihm so genannten „Operation sichere Zukunft“, dann

stimmt das nicht. Die GRÜNEN haben ein Gegenkonzept vorgelegt, auf den Euro genau berechnet. Die Gewerkschaften schlagen Steuererhöhungen bzw.-wiedereinführung statt Sparprogramm vor. Es gibt also durchaus Alternativen, sie sind nur politisch nicht gewollt. Das sollte dann aber auch so gesagt werden.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Genau so ist es, Herr Koch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir über den Haushalt reden – darüber haben Sie kein Wort verloren –, dann müsste man auch darüber reden, warum Hessen in der Situation ist, und zwar in der besonderen Situation, in der wir jetzt stecken. Natürlich, die Haushaltsslage ist katastrophal.

Herr Ministerpräsident, wir haben 1996 unter rot-grüner Verantwortung die Ausgaben um 0,5 % im Vergleich zum Vorjahr gesenkt.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Wir haben 1997 die Ausgaben um 0,6 % im Vergleich zum Vorjahr gesenkt.

(Norbert Schmitt (SPD): Auch das ist richtig!)

Wir haben 1998 die Ausgaben um 0,7 % im Vergleich zum Vorjahr gesenkt, und zwar immer ohne Länderfinanzausgleich und sonstiges; es geht um die bereinigten Ausgaben des Landes Hessen.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Dann kam die Landtagswahl, dann kam Roland Koch, dann kamen CDU und FDP, und dann begann das brutalstmögliche Geldausgeben.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Plus 2,1 % im Jahre 1999, plus 0,8 % im Jahre 2000, plus 3,2 % im Jahre 2001, plus 1,9 % im Jahre 2002 und plus 3,2 % im Plan für das Jahr 2003.

(Norbert Schmitt (SPD): Alles unbestreitbare Zahlen!)

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie: Warum ist es denn so, dass die Ratingagentur Standard & Poor's Hessen in der Bonität abgewertet hat? Wenn immer nur die Wachstumsschwäche, der Bund und sonst wer daran schuld ist, dann frage ich Sie: Warum haben Bayern und Baden-Württemberg als Bundesländer ihr Triple-A behalten? Liegen die außerhalb der Bundesrepublik?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich frage Sie: Wenn der Bund so schlecht ist, warum hat der Bund sein Triple-A behalten?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Nein, wir haben es mit der Situation zu tun, dass wir hier momentan die Erblasten der ersten Regierung Koch bereden und nichts anderes, Herr Ministerpräsident.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Warum hat Herr Stoiber im Sommer gesagt: „Wer auf Bundesebene große Töne spuckt, muss erst einmal seinen eigenen Laden in Ordnung bringen“? Wie kommt er darauf?

(Petra Fuhrmann (SPD): Eine Ohrfeige!)

Herr Koch, Sie sind doch ein Getriebener der Erblasten Ihrer eigenen Politik der ersten Legislaturperiode.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie haben letztes Jahr einen schnöden schlichten Wahlbetrugshaushalt verabschiedet. Genau das bereden wir heute.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dann der zweite Textbaustein: „Wir haben keinen Einfluss auf die Einnahmen, Berlin ist schuld.“ Immer ist Berlin schuld. Herr Ministerpräsident, sagen Sie einmal, wo Sie Einfluss auf die Einnahmen haben. Nehmen wir einen Blick in die letzte Wahlperiode, ganz konkret zu den eigenen Einnahmen. Sie haben vor 1999 groß versprochen, Sie wollen die Gewässerschutzabgabe abschaffen. Das haben Sie im Laufe der Periode auch getan. Das Ergebnis ist: Nicht der Wasserpriis ist um diese Summe gesunken, aber 100 Millionen € fehlen im Landeshaushalt.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Nicht nur die Biobauern, nicht nur die Naturschützer, nicht nur die Erzeuger regenerativer Energien, sondern auch die Kommunen und die Handwerker, die durch die Investitionen aus der Gewässerschutzabgabe Aufträge bekommen haben, wären froh, wenn es diese Abgabe heute noch gäbe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Arbeitsplatzvernichtung!)

Stichwort: eigene Verantwortung. Herr Ministerpräsident, Sie haben die Änderungen, die die Bundesregierung bei der Entfernungspauschale vorgeschlagen hat, blockiert. Sie hätten einfach nur die Hand heben können. Sie haben gesagt, Sie hätten momentan einen Job im Vermittlungsausschuss, usw. usf., kurz gesagt: Sie fühlen sich als Fähleinführer des Blockadegeschwaders.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie einfach nur bei den vorgeschlagenen Veränderungen der Entfernungspauschale die Hand gehoben hätten, hätte Hessen in diesem Jahr 45 Millionen € mehr in der Kasse, im zweiten Jahr sogar 100 Millionen €.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– Wissen Sie, Herr Koch, der Pendler in Limburg hat nichts davon, wenn er weiter seine 40 Cent anrechnen kann, wenn er mit dem ICE nach Frankfurt fährt, am Bahnhof aussteigt und dort die Drogenszene von 1990 wieder findet, weil Sie die Drogenberatung zusammengestrichen haben. Davon hat er nichts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben im Steuervergünstigungsabbaugesetz die Änderungen zu Ausnahmen bei der Umsatzsteuer blockiert. Die hätten im nächsten Jahr 50 Millionen € mehr gebracht. Sie haben die Neuregelungen bei der Eigenheimzulage und der Dienstwagenbesteuerung blockiert. Das

würde Hessen im nächsten Jahr 26 Millionen € mehr in der Kasse bringen.

Außerdem haben Sie den Haushalt 2004 mit einer Wachstumsannahme von 1 % gerechnet. Die Wirtschaftsweisen sagen 1,7 % voraus, aber wir wollen uns nicht in irgendeiner Form vorwerfen lassen, dass wir nicht auf der sicheren Seite wären. Meine Fraktion hat nur mit 1,2 % Wirtschaftswachstum gerechnet. Das allein würde Mehreinnahmen von rund 30 Millionen € im nächsten Jahr bedeuten, wenn man nur diese Annahme von 1,2 % trifft.

Wenn man nun diese Wachstumsannahme und die Blockadepunkte, die Sie selbst im Bundesrat zu verantworten haben, zusammenrechnet, kommen wir auf einen Betrag von 150 Millionen €. Das sind mehr als fünfmal die Kürzungen im Sozialbereich und mehr als sechsmal der Verzicht auf die Studiengebühren. Herr Ministerpräsident, sagen Sie nicht, Sie hätten keinen Einfluss auf die eigenen Einnahmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ganz toll wird es, wenn Sie sagen, Sie müssten diese Politik so machen, Sie könnten die Schuldenmacherei den Kindern gegenüber nicht mehr verantworten. Abstrakt ist das völlig richtig, Herr Ministerpräsident. Aber dann schauen wir uns einmal an, welche Schuldenmacherei Sie vier Jahre lang betrieben haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich nehme nur den Haushalt inklusive Finanzplan, den wir hier verabschieden sollen. Es ist nicht so, dass wir weniger Schulden machen, sondern die ganze Operation haben Sie gemacht, um überhaupt die Verfassungsmäßigkeit gewährleisten zu können. Die Schulden steigen immer weiter.

Wenn man sich den Finanzplan bis 2007 betrachtet, stellt man fest, dass nach jetziger Rechnung – wie man Karlheinz Weimar und Sie kennt, ist die wahrscheinlich auch noch falsch – im Jahr 2007 der Gesamtschuldenstand des Landes bei 32 Milliarden € liegt. Herr Ministerpräsident, dann haben Sie in Ihrer relativ kurzen Regierungszeit 30 % der Schulden, die das Land Hessen seit dem Krieg gemacht hat, aufgenommen.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Erzählen Sie nie wieder, Sie würden das für die Kinder tun. Lassen Sie bitte an diesem Punkt die hessischen Kinder in Ruhe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, alle Länder haben Probleme. Alle Bundesländer haben mit ihrem Haushalt Probleme. Aber bei manchen Ländern wird die Krise, die alle trifft, zur Katastrophe. In Hessen haben wir jetzt genau diese Katastrophe, und das liegt an Ihrer Politik in den letzten vier Jahren, Herr Koch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wer auf der Bundesebene aus durchsichtigen parteitaktischen Motiven dauernd Mehreinnahmen blockiert, soll sich nicht über Berlin beschweren, wenn er kein Geld in der Kasse hat.

Die Haushaltsslage ist desolat; das stimmt. Natürlich müssen auch wir sparen. Aber auch beim Sparen kann man die richtigen Prioritäten setzen. Wir wollen die richtigen Prioritäten setzen, statt auf dumme und ideologische Weise einfach nur zu kürzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Deswegen haben wir – ich sage das noch einmal – einen Alternativentwurf auf den Tisch gelegt. Jeder der 56 CDU-Abgeordneten – sogar allein die vier, die noch hier anwesend sind – würde reichen. Ein einziger CDU-Abgeordneter würde schon genügen. Wenn Sie wollen, können Sie eine andere Politik machen. Sie, die Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion, müssen es nur wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, nennen wir einmal ein Beispiel für eine richtige Prioritätensetzung. Sie sparen nicht für, sondern gegen die kommende Generation. Wir als grüne Landtagsfraktion wollen nicht, dass im nächsten Jahr 1.050 Lehrerstellen gestrichen werden. Wir wollen nicht, dass die Mittel für 250 Vertretungslehrerinnen und -lehrer gestrichen werden. Wir wollen auch nicht, dass von den Studierenden Studien- und Verwaltungsgebühren erhoben werden, die für viele das Studium sehr erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen werden. Das wollen wir nicht.

Nach Ihrem Haushaltsplan kostet das 60 Millionen €. Wir haben selbst für diesen Haushalt – ohne Mehreinnahmen und ohne Bundesmittel – Kürzungsvorschläge in Höhe von 60 Millionen € vorgelegt. Herr Ministerpräsident, zu Ihrem immer wieder vorgetragenen Argument, alle müssten den Gürtel enger schnallen, passt der Haushalt der Staatskanzlei nicht ganz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben gesagt, es ist locker möglich, bei der Staatskanzlei mindestens 3 Millionen € weniger auszugeben, wahrscheinlich eher mehr. Wir sind auf der sicheren Seite geblieben und haben nur 3 Millionen € an Kürzungen beantragt, z. B. bei Regierungspropaganda und Ausstattung der neuen Staatskanzlei.

Wir haben gesagt, dass man, wenn man die Straßenbaumittel – wie wir finden – richtigerweise senkt, auch bei den Planungsmitteln ein wenig heruntergehen kann. Die Straßen, die man nachher nicht baut, muss man auch nicht planen. Wir haben bei Planungsmitteln und Verkehrsinfrastruktur Kürzungsvorschläge in Höhe von insgesamt 22 Millionen € gemacht.

Für andere Bereiche gilt das genauso. Das fängt bei ärgerlichen Kleinigkeiten wie der Internationalen Süddeutschen Reaktorsicherheitskommission von Herrn Dietzel an – Höhe: 411.000 € – und reicht über SAP, wobei wir mit 6 Millionen € Kürzungsvorschlag ganz auf der sicheren Seite geblieben sind, bis hin zu der Frage der Sachkosten bei den Ministerien. Wir haben alternative Kürzungsvorschläge vorgelegt, wie diese 60 Millionen €, die es kosten würde, keine Lehrerstellen und keine Vertretungsmittel zu streichen sowie keine Studiengebühren zu erheben, zu finanzieren wären. Sagen Sie bitte nie mehr, es gebe keine Alternativen. Wenn Sie das so machen wollen und wenn Sie unsere Vorschläge ablehnen, sagen Sie bitte: „Ich will das so“, aber nicht: „Wir können nicht anders“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Selbst in diesem Haushalt geht das. Beispiel Weihnachtsgeld für Beamte – ich habe das schon angesprochen –: 60 % für alle ist Ihr Vorschlag Es soll also nicht nur dem Ministerpräsidenten 26,3 % eines Monatsgehalts weggenommen werden, sondern auch dem kommunalen Feuerwehrbeamten und der Polizistin. Das ist eine Möglichkeit, für die sich CDU und FDP entschieden haben. Oder wir sagen, wir machen das sozial gerechter, kommen aber am Ende auf dasselbe Einsparvolumen.

Sie haben das abgelehnt. Sie sagen, Sie wollten die Arbeitszeit verlängern. Sie können offensichtlich alles nur „brutalstmöglich“, entweder brutalstmöglich Geld ausgeben oder brutalstmöglich die Arbeitszeit auf 42 Stunden verlängern.

Wir dagegen haben gesagt, wir seien bereit, und man könne mit uns darüber reden, die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf 40 Stunden zu erhöhen. Wir haben Ja zu 40 Stunden Arbeitszeit gesagt, fordern aber im Gegenzug einen Verzicht auf die Stellenstreichungen, die das Äquivalent von zwei Stunden Arbeitszeit wären. 25 Millionen € Mehrkosten: Wir haben dargestellt, wie das finanziert werden kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wir haben Ihnen das Sozialbudget vorgerechnet. Wissen Sie, ich war sehr erstaunt, als Sie hier vorhin gesagt haben, man könne keinen einzigen Bereich von Kürzungen ausnehmen, wenn man eine Konsolidierungspolitik mache.

Herr Koch, Sie sind schon ein bisschen länger im Parlament: Genau das kann man. Dass man es kann, haben Barbara Stelterfoht und Margarethe Nimsch im Jahr 1997 bewiesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Petra Fuhrmann und Evelin Schönhut-Keil haben es ebenfalls bewiesen. Ich habe Ihnen vorhin vorgetragen, dass wir die realen Ausgaben in den Jahren 1996, 1997 und 1998 gesenkt haben. Trotzdem haben wir gesagt, dass wir den Sozialbereich von Kürzungen ausnehmen und den freien Trägern, den Initiativen und den ehrenamtlich Tätigen einen gesicherten Finanzrahmen garantieren. Das haben wir trotz unserer Konsolidierungspolitik gemacht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es bedeutet, dass es geht, wenn man will. Aber dazu gehört auch eine Sozialministerin, die sich für ihr Ressort einsetzt, statt immer nur die Vorgaben der brutalstmöglichen Karriereplanung ihres Ministerpräsidenten zu erfüllen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben auch gesagt, dass die Abschaffung der Gewässerschutzabgabe ein Fehler war und dass wir sie wieder erheben wollen. Das würde den Verzicht auf den Einsatz der Kettensäge beim Hessen-Forst ermöglichen. Das würde eine Umweltpolitik in Hessen ermöglichen, die ihren Namen wieder verdient. Das würde ermöglichen, in Hessen wieder Klimaschutz zu betreiben. Das würde ermöglichen, dem Wasser als der Lebensgrundlage Nummer eins wieder den Stellenwert beim Umweltschutz einzuräumen, der in diesem Bereich auch nötig ist. Das würde

auch bedeuten, dass man Natur- und Landschaftsschutz wieder so betreiben kann, wie es der nachhaltigen Entwicklung dieses Landes zuträglich ist.

Herr Dietzel, was Sie mit dem ISET in Kassel – Sie haben gerade die Innovationen in Kassel und die Frage der Energie angesprochen – sowie mit dem Naturschutzzentrum Hessen und den Verbraucherschutzverbänden machen, ist nicht nur schäbig, sondern auch eine Katastrophe für die nachhaltige Entwicklung in diesem Bundesland.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir könnten mit unseren Anträgen endlich wieder den ÖPNV in Hessen stärken. Ich kann Ihnen sagen, er hat es nötig. Wir könnten mit den staatlichen Mitteln, die wir freischafeln, sogar eine Qualitätsoffensive in der Bildung – nein, kein bisschen Straßenbau, Herr Kollege Walter – wirklich ernsthaft angehen: Differenzierung und die Förderung von Begabungen nicht nur für ein paar Leute auf dem Hansenberg, sondern für alle Schülerinnen und Schüler in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir könnten mit der Einrichtung von Ganztagschulen in Hessen Ernst machen, die ihren Namen auch wirklich verdienen.

Wir haben Anträge vorgelegt, die die Ausbildungssituation in Hessen, katastrophal, wie sie im Moment ist, nicht einfach vernachlässigen und Ihre Politik nicht hinnehmen, die im Prinzip lautet: Wer keinen Ausbildungsplatz findet, ist selber schuld. – Das sagen Sie implizit. Vielmehr haben wir ein komplettes Paket vorgelegt. Herr Jung, wenn Sie das nicht wollen – wir können Ihnen noch einmal eine Chance geben und alle diese Anträge zur dritten Lesung wieder einbringen –, sagen Sie das. Aber sagen Sie nachher nicht: Wir können nicht anders, alles ist alternativlos.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Karlheinz Weimar: Es ist auch alternativlos!)

– Da ruft der Finanzminister von der traurigen Gestalt dazwischen, es sei auch alternativlos. Herr Weimar, zu Ihrer Finanzpolitik sage ich jetzt nichts mehr. Sie sind faktisch entlassen. Die Staatskanzlei hat alles übernommen. Deswegen werde ich mich mit dem Ministerpräsidenten beschäftigen.

Herr Ministerpräsident, angesichts Ihrer Aussagen zur Frage der Alternativlosigkeit gibt es Abgeordnete, die so oder andersherum mit dem Kürzungspaket umgehen. Es gibt Abgeordnete, die ducken sich weg. Die kommen gar nicht mehr. Die sagen den Initiativen, die vor dem Ruin stehen, die sich überlegen, ob sie schließen müssen: Ich komme nicht, ich habe keine Zeit, ich mache etwas anderes.

(Petra Fuhrmann (SPD): Völlig abgetaucht!)

Herr Fraktionsvorsitzender Jung, in diesem Zusammenhang muss schon die Frage erlaubt sein, ob so eine ordentliche Übernahme von Verantwortung durch die Abgeordneten einer Fraktion aussieht, die die absolute Mehrheit in unserem Landesparlament stellt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es gibt andere Abgeordnete – ich rechne ihnen das hoch an –, die zu den Betroffenen gehen. Der Abg. Reißer gehört dazu. Wenn die Sozialministerin nicht kommt, müssen immer der Abg. Reißer und der Herr Staatssekretär hingehen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Ausreißer! – Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und es gibt Leute wie die Wiesbadener CDU-Abgeordneten, die sich neulich der Diskussion gestellt haben. Darauf sind schöne Berichte im „Wiesbadener Kurier“ und im „Wiesbadener Tagblatt“ erschienen. Die eine Überschrift lautete: „Wir sind genauso bedrückt wie Sie“. Die andere Überschrift lautete: „Last auf der Abgeordnetenseele“.

(Petra Fuhrmann (SPD): Goldig!)

Ich nehme es einem Abgeordneten wie Horst Klee ab, dass das wirklich eine Last auf seiner Abgeordnetenseele ist. Herr Ministerpräsident, das Problem ist aber, dass in dem Artikel im „Wiesbadener Tagblatt“ steht:

Klee und seine Fraktionskollegen tragen schwer an den Kürzungen, die Ministerpräsident Roland Koch in eigener Entscheidungsbefugnis während der Sommerpause festgelegt hat: 1,03 Milliarden € in der Gesamtsumme, davon 30 Millionen € im Sozialatlas.

(Zurufe von der SPD)

Ich glaube, Sie brauchen hier ein bisschen Nachhilfe. Derjenige, der den hessischen Landshaushalt beschließt, ist immer noch der Hessische Landtag, nicht der Ministerpräsident.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Jeder einzelne der 56 CDU-Abgeordneten trägt am Ende die Verantwortung, ob er zu diesem Haushalt und zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten Ja oder Nein gesagt hat. Diese Verantwortung hat jeder Abgeordnete als Volksvertreter gegenüber dem hessischen Volk – nicht gegenüber dem Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Roland Koch. Genau das mahne ich bei der CDU-Fraktion an.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Einigen von Ihnen nehme ich ab, dass Sie schwer an den Kürzungen tragen. Anderen – dem Ministerpräsidenten vorneweg – aber sage ich: Nein, Ihnen nehme ich es nicht ab. – Deshalb habe ich vorhin gesagt: Ich nehme es Ihnen nicht ab, dass es Ihnen keinen Spaß macht, denn Sie nutzen den Rotstift dazu, Ihr eigenes Weltbild durchzusetzen. Das größte Problem Ihres Sparpakets ist die mangelhafte soziale Ausgewogenheit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich gebe Ihnen einmal ein paar Beispiele, Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, wo Sie eingreifen könnten. Alle diese Beispiele finden sich in unseren Anträgen wieder, und sie zeigen, was von dem Textbaustein „Alle müssen den Gürtel enger schnallen, und alle trifft es“ in Wahrheit zu halten ist.

Sie können eingreifen, wenn der Landesverband von pro familia alle Zuschüsse verliert und der Landesverband

des Bundes der Heimatvertriebenen alle Zuschüsse behält. Da können Sie eingreifen, und zwar in der Abstimmung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Sie können eingreifen, wenn die Pferderennbahn in Frankfurt – das ist sicher eine soziale Randgruppe – weiterhin Zuschüsse bekommt, aber die Schuldnerberatung in Hessen keinen Cent Landesgeld mehr erhält. Da können Sie eingreifen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Sie können eingreifen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, wenn im ökologischen Landbau kein Geld mehr für die Förderung von benachteiligten Bauern ausgegeben wird, aber gleichzeitig 15 Millionen € für den Neubau eines Weinkellers bei den Staatsweingütern ausgegeben werden. Da können Sie eingreifen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie können eingreifen – um ein weiteres Beispiel aus dem Verantwortungsbereich von Kettensägen-Wilhelm zu nennen –, wenn 330.000 € für das Institut für Solare Energieversorgungstechnik in Kassel weniger ausgegeben werden und gleichzeitig weiterhin 411.000 € für die völlig überflüssige Süddeutsche Reaktorsicherheitskommission ausgegeben werden. Da können Sie eingreifen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie können eingreifen, wenn der unabhängige Verbraucherschutz in Hessen zusammengestrichen wird, wenn die Verbraucherzentrale Beratungsstellen in Hessen schließen muss, während gleichzeitig 600.000 € für die Marketinggesellschaft zusätzlich ausgegeben werden. Da können Sie eingreifen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie alle können eingreifen. Jeder Einzelne von Ihnen kann das tun. Sie können eingreifen, meine Damen und Herren, wenn die Staatskanzlei über 8 Millionen € für die Neuausstattung mit Möbeln ausgibt und gleichzeitig acht Frauenhäuser in Hessen schließen müssen. Da können Sie eingreifen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ihre Politik ist so offensichtlich ungerecht, so offensichtlich mit genau den falschen Prioritäten versehen und so offensichtlich ideologisch begründet, dass das inzwischen auch dem Letzten in Hessen klar geworden ist – außer den 56 Abgeordneten der CDU-Fraktion. Genau das ist das Problem.

Seit dem 2. September, als die denkwürdige Pressekonferenz stattfand, in der der Ministerpräsident vorgetragen und der Finanzminister die Folien gewechselt hat, seit dem 2. September, als die „Operation düstere Zukunft“ verkündet worden ist – –

(Ministerpräsident Roland Koch: Ich habe die Folien selbst gewechselt!)

– Der Herr Ministerpräsident ruft dazwischen, das stimme gar nicht, er habe die Folien selbst gewechselt. Wofür

brauchen Sie denn dann Karlheinz Weimar überhaupt noch?

(Große Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich kann mich gut erinnern, wie der Textbausteinsprecher Dirk Metz nach dem 2. September freudestrahlend durch die Landtagskantine gelaufen ist und gesagt hat: Kaum Proteste, kaum Protestschreiben, alles im Griff, alle sagen, es muss so sein.

Seit dem 2. September ist vielen in Hessen klar geworden, was hier eigentlich passiert. Ich könnte die Beispiele für offensichtliche Ungerechtigkeit noch bis zum Ende meiner Redezeit fortsetzen, denn der ganze Haushalt wimmelt von solchen Beispielen.

Wenn demonstriert wird, wenn sogar Großdemonstrationen stattfinden, dann heißt das natürlich nicht, dass man sofort sagen muss: Oh, es haben viele demonstriert, wir müssen sofort alles anders machen. – Herr Kollege Jung, aber wenn in Wiesbaden die größte Demonstration stattfindet, die diese Stadt und dieses Bundesland seit 1981, seit der Übergabe der Unterschriften gegen den Bau der Startbahn West, gesehen haben, wenn hier rund 45.000 Menschen demonstrieren und sagen, diese Politik ist ungerecht, dann braucht man zwar nicht jede einzelne der Forderungen zu teilen, die von den verschiedenen Interessengruppen vorgetragen werden, aber man müsste zumindest nachdenklich werden. Genau das verlange ich von Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Man müsste zumindest einmal darüber nachdenken, ob man wirklich alles richtig gemacht hat und ob das alles wirklich alternativlos ist.

Das abenteuerlichste aller Argumente ist, dass der Ministerpräsident und sein Textbausteinfabrikant sagen: Die Tatsache, dass so viele demonstrieren, und die Tatsache, dass alle demonstrieren, zeigen, dass wir alles richtig gemacht haben. – Das fand ich das abenteuerlichste aller Argumente.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das ist Dialektik!)

– Andrea, das ist sogar höhere Dialektik. – Lassen wir uns einmal auf dieses Argument ein. Wenn alle protestieren, hat man entweder alles richtig gemacht, oder man hat alles falsch gemacht.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Wahrscheinlichkeit, dass man alles falsch gemacht hat, ist bei diesem Haushalt sehr viel größer als die, dass man alles richtig gemacht hat.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Um es anders auszudrücken – der Herr Ministerpräsident befindet sich ja seit seinem zweiten Lebensjahr auf einem Kreuzzug gegen 1968, obwohl es das damals noch überhaupt nicht gab –:

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben in diesem Bundesland eine lange Tradition der Studentenproteste. Ich meine, es sollte Ihnen schon zu denken geben, wenn es auf einmal nicht mehr die Kon-

frontation – hier Studierende, da die Polizei – gibt, sondern Studenten und Polizisten auf dem Dernischen Gelände gemeinsam demonstrieren. Das sollte einen doch zumindest nachdenklich machen, Herr Kollege Dr. Jung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Tatsache, dass Hochschulpräsidenten, inzwischen ohne Talare, ebenfalls gemeinsam mit ihren Studierenden auf die Straße gehen, sollte ebenfalls nachdenklich stimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Das bringt mich dann zu meinem nächsten Punkt: Herr Weimar, was machen eigentlich die Ministerinnen und Minister?

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Als Ministerin und Minister hat man eine Ressortverantwortung. Natürlich gibt es einen Ministerpräsidenten; dieser ist allerdings viel lieber im Bundesrat und spielt dort den Nebenkanzler, als dass er sich im Landtag mit den Folgen seiner eigenen Politik auseinander setzt.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Aus diesem Grund gibt es Ministerinnen und Minister. Es gibt ja nicht nur ein Ministerium, sondern es gibt verschiedene Ministerinnen und Minister, die jeweils für ihr Ressort Verantwortung tragen: Frau Wolff, Herr Dietzel, Frau Lautenschläger.

(Norbert Schmitt (SPD): Noch mehr! – Weitere Zurufe von der SPD)

Das oberste Prinzip in der Demokratie ist nicht, dass sie am Ende alle der Meinung sind: Wir haben eine einzige Meinung. – Das Prinzip lautet viel eher: Es gibt unterschiedliche Ministerien, die mit unterschiedlichen Personen besetzt sind, damit die unterschiedlichen Interessen, die es in einer Gesellschaft gibt, von unterschiedlichen Personen vertreten werden. – Meine Damen und Herren Ministerinnen und Minister, genau das machen Sie nicht, genau das ist Ihr Versagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie stehen in jedem Ressort vor einem Scherbenhaufen Ihrer Politik und vor einem Berg an gebrochenen Versprechungen und Versprechen.

Ich fange einmal mit der größten Katastrophe im Kabinett an, mit der Frau Sozialministerin.

(Norbert Schmitt (SPD): Was ist mit Weimar? – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

– Ja. Ich nehme das mit der größten Katastrophe zurück, weil dies ein Freispruch aller anderen wäre. Das haben sie nicht verdient.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie ist eine der größten Katastrophen!)

Frau Sozialministerin, ich zitiere einmal aus der Pressekonferenz der Liga der Wohlfahrtsverbände, das ist nicht irgendwer: Caritas, Diakonie, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Arbeiterwohlfahrt. Das sind diejenigen, die in Hessen für uns Sozialpolitik machen. Wir reden nicht um-

sonst immer von der Subsidiarität. Wir reden nicht umsonst immer vom Ehrenamt. Es gibt Leute, die haben diesen Staat und dieses Land damit beauftragt, dem sozialen Ausgleich in der Gesellschaft in irgendeiner Form näher zu kommen.

In der „Frankfurter Rundschau“ vom 15.11. dieses Jahres sagen diese Verbände: „Sie ist völlig abgetaucht“. Damit meinen sie die Sozialministerin.

„Wenn sie verantwortungsbewusst handeln würde, hätte Silke Lautenschläger uns längst zu einem Kriegsgespräch eingeladen“, sagte Hejo Manderscheid, Caritas-Direktor in Limburg ... Doch die Ministerin sei für die Liga seit Bekanntgabe der Sparbeschlüsse der Landesregierung „nicht ansprechbar“ gewesen. „Sie ist völlig abgetaucht.“

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Unglaublich!)

Frau Sozialministerin, eine Ministerin, die so etwas liest, müsste eigentlich vor Scham rot anlaufen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es kommt noch viel doller. Anne Franz, die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, ist gestern in einer Zusatzfrage während der Regierungsbefragung schon genannt worden. Sie steht Ihnen ja nicht fern. Sie ist uns nicht nah. Anne Franz ist sicherlich niemand, von dem man sagen könnte, sie sei eine verdeckte Vertreterin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Paritätischen Wohlfahrtsverband. Die Ihnen nahe stehende Anne Franz sagt: „Ja, sie hat keine Stärke gezeigt.“

(Zuruf des Ministers Stefan Grüttner)

Frau Lautenschläger, sie meint Sie.

„Sie hätte mehr kämpfen müssen“, sagt sie schließlich.

(Petra Fuhrmann (SPD): Sie hat gar nicht gekämpft!)

Vielleicht sei es kein Zufall, dass Roland Koch gerade sie auf den Chefsessel im Sozialministerium gesetzt habe. „Besetzen Sie ein Amt mit einer starken Persönlichkeit, müssen Sie auch mit Widerstand rechnen.“

Recht hat die Frau.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Herr Kollege Al-Wazir, wegen der Redezeit gehe ich einmal kurz dazwischen und unterbreche Sie an der Stelle. Ich denke, es ist ein Anlass, dass das ganze Haus applaudiert. Ich begrüße auf der Besuchertribüne ganz herzlich unseren ehemaligen Landtagspräsidenten Klaus Peter Möller. Ich freue mich sehr.

(Allgemeiner Beifall)

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Als unser ehemaliger Landtagspräsident, den ich ebenfalls herzlich begrüße, auch schon Landtagspräsident war, nämlich in der Legislaturperiode von 1995 bis 1999, haben

Barbara Stolterfoht und Margarethe Nimsch ein Sozialbudget durchgesetzt. Ich war damals in diesen Haushaltsverhandlungen dabei.

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar – Nicola Beer (FDP): Die können alle nicht so stark gewesen sein, denn ihr habt sie dauernd ausgetauscht, das war wie eine Drehtür!)

Glauben Sie doch nicht, dass Hans Eichel als Ministerpräsident oder gar Karl Starzacher als damaliger Finanzminister gesagt haben: Hurra, wir nehmen in Zeiten der Konsolidierungspolitik einen großen Bereich von jeglichen Kürzungen aus. – Sie waren doch davon nicht begeistert, da musste man hart arbeiten.

Sie sagen es immer lächerlich machend: Damals bei Rot-Grün haben die Haushaltsverhandlungen immer bis morgens um sechs gedauert und waren mit viel Schreierei behaftet. – Ich kann Ihnen inzwischen sagen: Genau so war es. – Es wäre vielleicht besser gewesen, Sie hätten in den letzten vier Jahren auch einmal Haushaltsverhandlungen bis morgens um vier gemacht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Frau Ministerin, auf der Demonstration der letzten Woche gab es ein Transparent auf dem stand: Silke Lautenschläger, die brutalstmögliche Sozialministerin. – Wenigstens ein solches Transparent sollte Ihnen dann in einem bestimmten Bereich zu denken geben, wie Sie Ihre Reaktionsverantwortung wahrnehmen, Frau Ministerin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Wir waren mit Ihrer Vorgängerin, Frau Mosiek-Urbahn

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jetzt keine Heuchelei, Herr Al-Wazir!)

die jetzt Mosiek-Müller heißt, wahrlich nicht immer zufrieden.

(Zuruf des Finanzministers Karlheinz Weimar)

Eher im Gegenteil. Herr Kollege Hahn, obwohl Frau Mosiek-Urbahn sicherlich nicht die beste Sozialministerin war, die wir je hatten, empfinden wir inzwischen fast sogar schon so etwas wie Sehnsucht nach ihr, wenn wir uns die Politik von Silke Lautenschläger betrachten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Boris Rhein (CDU) – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war jetzt doch Heuchelei!)

– Das war keine Heuchelei. Ich will Ihnen noch begründen, warum das keine Heuchelei ist.

(Ministerpräsident Roland Koch: Wie habt ihr sie damals behandelt!)

Herr Koch, wir sind Frau Mosiek-Urbahn in ihrer Verantwortung hart angegangen.

(Zuruf des Abg. Boris Rhein (CDU))

Herr Ministerpräsident, wir sind aber mit Frau Mosiek-Urbahn mindestens fünfmal netter umgegangen, als Sie mit allen Ministerinnen und Ministern der rot-grünen Koalition, als Sie noch in der Opposition waren. Genau Sie beide, die gerade auf den vordersten Plätzen sitzen: Roland Koch und Franz Josef Jung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident und liebe Frau Lautenschläger, die Begründung, warum dies ein solches Versagen ist: Wenn der wegweisendste Beitrag eines Sozialministeriums und einer Landesregierung zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung 2003 ist, das Blindengeld um 30 % kürzen zu wollen, dann stimmt im Staate irgend etwas nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir müssen in diesem Parlament vielleicht einmal wieder die Debatte führen, was eigentlich der Wert von Sozialpolitik ist.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Herr Ministerpräsident, wir müssen diskutieren, warum es nicht nur darum geht, den Rand der Gesellschaft – der Sie in Eschborn noch nie interessiert hat – einfach fallen zu lassen,

(Minister Karlheinz Weimar: Das ist alles unglaublich!)

sondern dass es um die Mitte dieser Gesellschaft geht, um die gesamte Gesellschaft. Wir müssen darüber diskutieren, was der Wert von Kinderbetreuung in sozialen Brennpunkten, von Jugendzentren, von Drogenberatung, von Sozialarbeit und Hausaufgabenhilfe im Brennpunkt ist. Sie schließen die Spiel- und Lernstuben. Wir müssen darüber diskutieren, was der Wert von Frauenhäusern, von Schuldnerberatung, von Straffälligenhilfe ist. Meine Damen und Herren, diese Debatte führen wir dann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Boris Rhein (CDU))

Frau Lautenschläger, wir fordern nicht Ihren Rücktritt. Nein, das machen wir nicht.

(Ministerpräsident Roland Koch: Keine Chance!)

Das machen wir nicht, weil für Sie Ähnliches gilt wie für Karlheinz Weimar: Roland Koch macht alles, und dann machen die Ministerinnen und Minister alles das, was Roland Koch will. – So haben sich die Väter und Mütter unserer Verfassung im Jahr 1946 die Wirklichkeit der Demokratie im Lande Hessen nicht vorgestellt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dann kommen wir zum zweiten Bereich: Was macht eigentlich Herr Wilhelm Dietzel als Verbraucherminister? – Er war ja sehr stolz darauf, dass er zu Beginn dieser Legislaturperiode Verbraucherminister geworden ist.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Was machen Sie jetzt? – Nachdem das erste Mal ein Ministerium in Hessen das Wort „Verbraucherschutz“ im Namen trägt, in diesem Jahr, in dem das so genannt worden ist, machen Sie den größten Angriff auf den unabhängigen Verbraucherschutz, den es je in Hessen gab.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Dietzel, emanzipieren Sie sich von Frau Apel im Verbraucherschutz. Sie müssen sich von dieser Herangehensweise emanzipieren, die sagt: Das wird alles weggemacht, das ist alles unnötig, die haben „Ökologie“ in ihrer Präambel drin, die sind nichts; wir geben alles dem Bauern-

verband. – Das genau ist nicht der Sinn eines Verbraucherschutzministeriums.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, Hessen ist immer noch waldreichstes Bundesland,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber nicht mehr lange!)

immer noch, trotz Wilhelm Dietzel, fünf Jahre lang. Herr Forstminister, Sie sehen den Wald – und das ist das Problem – nur noch als Geldquelle, wenn ich mir Ihre Pläne zum Hessen-Forst anschau. Jede andere Funktion des Waldes scheint Ihnen völlig egal zu sein. Herr Dietzel, ich sage Ihnen, wir werden das nicht unkommentiert stehen lassen. Sie werden auf unseren heftigen Widerstand treffen, wenn Sie versuchen, den Hessen-Forst zum Holzhackbetrieb zu machen. Genau das ist er nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, Naturschutz kommt noch weiter unter die Räder, als das in der letzten Legislaturperiode geschehen ist. Das hätten wir kaum für möglich gehalten. Herr Dietzel, in der Energiepolitik werden die letzten Reste von grüner Umweltpolitik in Hessen jetzt mit Stumpf und Stiel ausgerissen. Ich frage Sie einmal: Wie wollen Sie Ihre Vision 2015, die der Ministerpräsident hier verkündet hat – nämlich im Jahr 2015 15 % erneuerbare Energien – mit Ihrer Politik eigentlich erreichen?

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Minister, diese Frage werden Sie nachher beantworten müssen – es sei denn, Sie hoffen darauf, dass es in Berlin immer weiter grüne Umweltminister gibt; dann könnte es, sozusagen als Abfallprodukt, vielleicht selbst in Hessen klappen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Dietzel, Ihr Ministerium heißt „Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz“. So ist es zu Beginn dieser Legislaturperiode genannt worden.

Übrig geblieben ist noch nicht einmal ein Lobby-Ministerium für die Bauern. Im Gegenteil, die Bauern haben überhaupt nichts von Ihrer Politik. Übriggeblieben ist ein Bauernverbandslobby-Ministerium. Meine Damen und Herren, das genau ist nicht der Sinn von Umweltpolitik, wie wir sie in den letzten 20 Jahren hier verstanden haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Bitte, Herr Dietzel, Sie sind auch Abgeordneter. Sie könnten es auch ändern, jedenfalls bis zur dritten Lesung irgendwann Mitte Dezember. Aber wenn Sie das nicht ändern, dann benutzen Sie bitte nie wieder das Wort „Nachhaltigkeit“ in Ihren Sonntagsreden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen des Ministers Karlheinz Weimar)

Die anderen Minister; ich komme einmal zu Frau Wolff.

Der Ministerpräsident hat immer laut verkündet: „versprochen – gehalten“, und seine Regierungsprogramme vorgelesen. Wir haben uns einmal die Mühe gemacht – das ist ja alles noch nicht so lange her –, das CDU-Landtagswahlprogramm 2003 und das Regierungsprogramm 2003,

das hier im April vorgestellt worden ist, zu den verschiedenen Teilen zu lesen. Deswegen einige Zitate daraus.

Frau Wolff, Bildungspolitik: Regierungsprogramm, Seite 13:

Die vorgesehenen weiteren Verbesserungen der schulischen Ausbildung erfordern zusätzliche Anstrengungen. Die besondere Bedeutung der Bildungspolitik für die hessische CDU wird darin deutlich, dass dies der einzige Politikbereich ist, in dem wir bis zum Jahr 2008 einen Stellenzuwachs, nämlich 500 zusätzliche Lehrerstellen, vorsehen.

So weit das Regierungsprogramm, hier vorgestellt in diesem April. Das ist noch nicht so lange her. – Wir stellen fest: kein Zuwachs, sondern 1.050 Stellen weniger.

Dann steht dort weiter drin, Regierungsprogramm, Seite 14:

Das in der vergangene Legislaturperiode begonnene Programm „Unterrichtsgarantie plus“ werden wir konsequent fortsetzen. Damit wollen wir sicherstellen, dass auch bei Krankheit eines Lehrers der vorgesehene Unterricht stattfinden kann.

Wir stellen fest: über 200 Vertretungslehrer weniger. – Und dann kommt das Allertollste. Das fand ich so schön, Landtagswahlprogramm 2003 – Frau Wolff, ich glaube, Sie sind auch stellvertretende Vorsitzende dieser Partei, die hier die absolute Mehrheit gewonnen hat –:

Die CDU ist sich bewusst, dass die Belastung des Lehrerberufs in den vergangenen Jahren gestiegen ist, deshalb müssen die Arbeitsbedingungen verbessert und die Arbeitsbelastungen reduziert werden.

Und wie erreicht die CDU das? Indem eine Stunde Mehrarbeit verordnet wird. Na, das ist wunderbar. Frau Wolff, wie wollen sie eigentlich Qualität im Unterricht – jenseits der Bruttoregistertonnenphilosophie – sicherstellen? Das, was Sie hier machen, bedeutet weniger Qualität im Unterricht, mehr Unterrichtsausfall und in letzter Konsequenz schlechtere Bildung.

Das genau ist der Grund, warum wir in diesem Punkte unsere Änderungsvorschläge auf den Tisch gelegt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Bereich, Stichwort Bildung: Immerhin steht im Regierungsprogramm schon – da waren Sie ausnahmsweise ehrlich, auch schon im April –, dass Sie ein Modell von Langzeitstudiengebühren einführen wollen. Aber Sie schreiben dort viel von Ausnahmen und Härteklauseln.

Wir stellen jetzt fest: Im Studienguthabengesetz bleiben die Ausnahmen, die dort gemacht werden, noch deutlich hinter denen vom BAföG zurück – erster Versprechensbruch. Das Zweite ist – und das ist das Allertollste, Regierungsprogramm Seite 29, wenn es jemand von Ihnen nachschauen will –:

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Lieber nicht!)

Die auf diesem Weg eingenommenen Mittel werden auch zur Mitfinanzierung einer Hessischen Stipendiatseinrichtung („Löwen-Fonds“) eingesetzt.

Dazu stellen wir fest: Das Geld, das Sie dort einnehmen – unserer Meinung nach auch völlig zu Unrecht einnehmen, weil wir diese Studiengebühren falsch finden –, kommt dann noch nicht einmal irgendeinem „Löwen-Fonds“ oder irgendeiner Hochschule zugute, sondern verschwin-

det in irgendeinem schwarzen Loch des Haushalts von Herrn Weimar.

Meine Damen und Herren, so gehen Sie mit Ihren eigenen Ankündigungen vom April um.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie war das mit der Heuchelei?)

Herr Ministerpräsident, deswegen ein weiterer Bereich aus der Bildung, ebenfalls Regierungsprogramm:

Trotz extrem schwieriger Rahmenbedingungen werden wir unsere Zusagen gegenüber den Hochschulen einhalten. Auf dieser Basis werden wir auch Anfang des Jahres 2004 mit den Hochschulen über die Fortschreibung des Hochschulpakts verhandeln.

Wir stellen fest: Für das Jahr 2004 müssen Sie nicht mehr verhandeln, auch nicht Anfang des Jahres 2004, denn Sie haben den Hochschulpakt schon gebrochen. Herr Ministerpräsident, wie sagten Sie vor eineinhalb Stunden? „Das Maß an Heuchelei muss sich in bestimmten Grenzen halten.“ Genau so ist es.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Innenpolitik, Regierungsprogramm Seite 32:

Es ist unser Ziel, die Besetzungslücke bei der hessischen Polizei zu schließen. Hierzu wird die Ausbildungsoffensive bei der Polizei fortgesetzt.

Wir stellen fest: absolut falsch. Sie bilden weniger aus, als Sie vorher angekündigt haben, und Sie vollziehen jetzt durch Haushaltsbegleitanträge sogar die endgültige Umwandlung von Beamten- in Angestelltenstellen. Das bedeutet faktisch die Abschaffung der zweigeteilten Laufbahn durch die Hintertür, weil die Wachpolizei jetzt dauerhaft eingeführt sein wird. Meine Damen und Herren: versprochen – gebrochen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein letztes Beispiel aus dem Bereich der Innenpolitik, Regierungsprogramm Seite 32:

Wir werden mit einem Aktionsprogramm eine deutliche Erhöhung der Polizeipräsenz auf der Straße fördern. Dazu gehören

– jetzt genau hinhören –

die Optimierung von Dienstzeiten

– die Polizisten wissen jetzt, was damit gemeint ist, nämlich dreieinhalb Stunden mehr Arbeit pro Woche –

und die Fortentwicklung des Schichtdienstes ...

Und was ist das Ergebnis des Ganzen?

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine halbe Schicht mehr!)

Sie werden eine halbe Schicht mehr arbeiten, und gleichzeitig werden Sie im Gegenzug 500 Stellen bei der Polizei streichen. Meine Damen und Herren: versprochen – gebrochen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch ein letztes Beispiel aus dem Regierungsprogramm, Seite 47, zum Thema Arbeitsmarkt. Dort steht:

Unsere besondere Aufmerksamkeit genießen die Personengruppen, die überproportional von Ar-

beitslosigkeit betroffen sind: die Jugendlichen und die gering qualifizierten Arbeitslosen.

Wir stellen fest: Sie werden im nächsten Jahr weniger Ausbildungsplatzprogramme machen als in diesem Jahr, obwohl die Situation im nächsten Jahr noch katastrophaler sein wird als in diesem Jahr. Herr Ministerpräsident, auch hier „muss sich das Maß an Heuchelei in bestimmten Grenzen halten“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen Bereich möchte ich noch ansprechen, weil er mir sehr wichtig und in der öffentlichen Wahrnehmung bisher noch überhaupt nicht vorgekommen ist: Sie nehmen die Hälfte der revolvierenden Mittel aus dem sozialen Wohnungsbau heraus und werfen sie in ein großes Loch im Landeshaushalt.

Ich weiß ganz genau, wie lange wir bei dem Stichwort „Gründung der Investitionsbank Hessen“ darum gekämpft haben, dass wir ein ähnliches System bekommen, wie es bei den Mitteln aus dem Marshall-Plan bis heute funktioniert, nämlich dass man Geld verleiht, dieses Geld zurückkommt, es revolvierend wieder ausschüttet und deswegen einen Grundsockel hat, um Wohnungsbau zu betreiben. Da nehmen Sie jetzt die Hälfte heraus. Das ist das Gegenteil von nachhaltiger Politik, das ist das Gegenteil von vorausschauender Politik, und das ist das Gegenteil von dem, was Sie versprochen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Deswegen als Fazit: Erstens. Herr Ministerpräsident, Sie lösen Probleme, die Sie teilweise selbst geschaffen haben. Wenn Sie den Konsolidierungspfad, den wir im Suchan-Papier und in den Haushalten 1996, 1997 und 1998 angelegt haben, nur mit minus 0,5 % Jahr für Jahr weiter gegangen wären, dann hätten wir heute 1,1 Milliarden € weniger Ausgaben im Landeshaushalt. Das bedeutet, der gesamte Bedarf Ihres Kürzungspakets, Ihrer „Operation düstere Zukunft“ wäre nicht da gewesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Zweitens. Sie lehnen jede sinnvolle Erhöhung der Einnahmen auf Bundesebene ab.

Drittens. Sie benutzen die Finanznot, die Sie selbst herbeigeführt haben, dazu, um Ihr Weltbild mit dem Rotstift durchzusetzen.

Viertens. Sie verschwenden weiterhin Geld, von der Pferderennbahn über SAP bis hin zur Ausstattung der Staatskanzlei.

Fünftens. Sie zerschlagen die soziale Infrastruktur in Hessen, mit unabsehbaren Folgen nicht nur für den Rand, sondern auch für die Mitte der Gesellschaft.

Sechstens. Sie betreiben Bildungspolitik gegen die Interessen der jungen Generation, gegen die Zukunftschancen dieses Landes.

Siebenten. Sie setzen die nachhaltige ökologische Entwicklung Hessens aufs Spiel, und es kommt dazu, dass Sie jede sinnvolle Alternative zur „Operation düstere Zukunft“ hier im Parlament ablehnen.

Deswegen lassen Sie mich zum Schluss noch einen Satz zu den Titeln sagen, die wohl aus der Textbausteinwerkstatt von Herrn Metz stammen.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na klar!)

Wie man ein solches Projekt, ein solches Kürzungsprogramm, das unter anderem im Sozialbereich zwischen 1.000 und 1.500 Leute direkt arbeitslos macht, „Operation sichere Zukunft“ nennen kann!

(Petra Fuhrmann (SPD): Eine Zumutung!)

Ich sage Ihnen schon jetzt, das Wort „Zukunftssicherungsgesetz“ werden wir bei Herrn Schlosser an der Universität Frankfurt als Vorschlag für das Unwort des Jahres einreichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, wenn George Orwell noch leben würde, würde er Ihnen dafür einen Orden überreichen.

Meine Damen und Herren, einer solchen Politik werden wir nicht die Hand reichen – im Gegenteil. Herr Ministerpräsident, Sie befinden sich auf einem Kreuzzug – wahrscheinlich schon, seitdem Sie die Junge Union in Eschborn gegründet haben; da scheint es irgendein Trauma gegeben zu haben, das bis heute vorhanden ist –, der jede gesellschaftliche Veränderung, die seit 1968 in dieser Republik stattgefunden hat, für Teufelszeug hält.

(Frank Lortz (CDU): 1968!)

Herr Kollege Lortz, das Gesellschaftsbild Ihres Ministerpräsidenten wirkt so, als wäre es 1963 im Taunus eingefroren worden und 2001 in Wisconsin wieder aufgetaut. Genau das ist das Problem Ihrer „Operation düstere Zukunft“ und der Prioritäten, die Sie gesetzt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Was viel schlimmer ist: Nicht nur was die Abgeordneten angeht, die Mehrheit dieses Parlaments, sondern wie die Regierung selbst mit ihren Bediensteten umgeht, das hat schon Züge von neofeudalistischer Politik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Diese Personalvermittlungsstelle, diese Mobbingagentur, die Sie da geschaffen haben

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das Wort haben wir erfunden, zahlt wenigstens Honorar dafür!)

– dafür bekommen Sie das Copyright, bitte sehr –, die Tatsache, dass Sie nicht nur gesagt haben, Sie wollen soundso viele Stellen streichen, sondern auch den einzelnen Dienststellen und Ämtern gesagt haben, sie sollen Ihnen bis nächsten April melden, wer überflüssig ist – Herr Ministerpräsident, das ist neofeudalistisch, das ist Mobbing auf der höchsten Stufe, und das kann nicht Wirklichkeit im Lande Hessen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Tarek Al-Wazir, Sie müssen zum Ende kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. – Meine Damen und Herren, Sie müssten sich nur einmal vorstellen, Sie würden Wilhelm Dietzel, Silke Lautenschläger und Karlheinz Weimar ein „künftig wegfallend“ auf die Brust heften; dann wüssten Sie, was das in einer Gruppe auslösen wird.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gute Idee! – Jürgen Walter (SPD): Da hätten Sie meine Zustimmung!)

Nein, Sie zerschlagen nicht etwa irgendwelche rot-grünen Spielwiesen – das ist mein letzter Satz, Frau Präsidentin –, sondern Sie gefährden die soziale und ökologische Infrastruktur dieses Landes. Sie gefährden die nachhaltige Entwicklung dieses Landes, den sozialen Zusammenhalt dieses Landes und damit auch die Chancen der jungen Generation. Deswegen sage ich Ihnen: Sie haben noch bis Mitte Dezember Zeit, auf diesem Weg umzukehren. Es wäre gut für dieses Land, wenn Sie es täten. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Karlheinz Weimar (CDU))

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Einige Zeit muss sein, das ist schon in Ordnung. – Jetzt möchte ich dem Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Jörg-Uwe Hahn, in der Aussprache das Wort erteilen.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist klassisch der Höhepunkt der Parlamentsarbeit, wenn in der zweiten Lesung über den Haushalt des Ministerpräsidenten oder, wie zur Stunde in Berlin, des Bundeskanzlers debattiert wird. Es ist klassisch die Möglichkeit für die Fraktionen des Parlaments, für die Parteien, die hinter ihnen stehen, deutlich zu machen, wie sie die Situation in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich sehen und welche Lösungsvorschläge sie haben.

(Frank Lortz (CDU): Richtig!)

Ich glaube, allen Beteiligten ist seit 9 Uhr klar geworden, dass wir bisher ein sehr ritualisiertes Verhalten zur Kenntnis nehmen mussten. Auf der einen Seite hat die Landesregierung durch den Ministerpräsidenten noch einmal deutlich gemacht, dass das, was sie vorlegt, das einzige Richtigste, das alternativlos Klare sei, was eigentlich vernünftigerweise von allen so mitgemacht werden müsste. – Beifall erwünscht.

Auf der anderen Seite haben die Oppositionsfaktionen von SPD und GRÜNEN erklärt, dass eigentlich alles, was die Landesregierung gemacht hat, ein bisschen blöd sei, dass auf alle Fälle die Einsparungen vollkommen neben der Sache liegen und dass sich eigentlich alle gemeinsam für die Kinder und Enkel in diesem Land einsetzen wollten, man wisse nur noch nicht genau, wie.

(Frank Lortz (CDU): Sehr richtig! – Petra Fuhrmann (SPD): Das ist unzutreffend!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben gar nicht gewusst, wie klug wir uns als FDP im Februar dieses Jahres entschieden haben. Wir können jetzt deutlich machen, dass es einen dritten Weg – ich sage ganz bewusst: ei-

nen Weg der Mitte und der Vernunft – in diesem Lande gibt.

(Beifall bei der FDP)

Die Menschen in diesem Land, auch die, die uns heute zu hören, sind es ein bisschen leid, wenn sie immer wieder diese Rituale hören. Ich habe mir eben einmal zehn Minuten Auszeit genommen – Herr Kollege Al-Wazir, ich bitte um Entschuldigung – und in „Phoenix“ die Übertragung aus dem Bundestag gesehen. Da läuft es genauso ab, nur ein bisschen andersherum. Die Menschen sind es ein bisschen leid, dass wir immer in dieses ritualisierte Verfahren verfallen.

Unser Job ist es doch nicht, hier deutlich zu machen, dass jeder von uns jeweils vollkommen Recht hat und diejenigen, die gerade die Macht haben, das dann machtvoll umsetzen, sondern unser Job ist es doch, hier darum zu werben, Lösungen zu finden, dass wir gemeinsam den Karren, den wir in Hessen gemeinsam in den Dreck gefahren haben, wieder herausziehen. Das ist die Aufgabe des Hessischen Landtags.

(Beifall bei der FDP)

Da kann man sich darüber streiten, ob die Berliner Politik schlecht oder nicht schlecht ist. Lieber Jürgen Walter, lieber Tarek Al-Wazir, meine persönliche Auffassung ist, sie ist grottenschlecht.

(Beifall bei der FDP)

Was eure Parteifreunde in Berlin abliefern, ist ungefähr das Allerschlechteste, was in dieser Republik jemals verzapft worden ist.

(Beifall der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) und Dr. Peter Lennert (CDU))

Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union, es hilft uns in Hessen leider nicht weiter, dass wir das feststellen.

(Beifall bei der FDP)

Das hilft uns in Hessen keinen Cent weiter. Da gibt es andere Ebenen, auf denen der CDU-Spitzenmann Roland Koch kämpft, auf denen die Kollegen Fraktionsvorsitzenden in ihren Ämtern in Berlin kämpfen, auf denen Landesvorsitzende kämpfen. Nur, liebe Kollegen, wir sind hier, und wir werden vom hessischen Volk dafür bezahlt, dass wir die hessischen Probleme lösen. Da hilft es uns nicht weiter, allein nach Berlin zu rufen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb sage ich Ihnen zu Beginn für die FDP-Fraktion: Wir sollten dieses ermüdende Ritual beenden. Wir haben es jetzt zum dritten Mal gemacht. Wir haben es im September gemacht, damals eine von der Union gesetzte Debatte zum Thema „Operation sichere Zukunft“. Wir haben es zu Beginn der ersten Lesung gemacht. Wir haben es eigentlich in der vergangenen Sitzungswoche noch einmal gemacht, ein bisschen zwischendurch, ungeplant. Dann machen wir es jetzt schon zum vierten Mal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was bringt das denn die Menschen in unserem Land weiter? Die Union erklärt immer wieder: „Wir haben Ende August, Anfang September etwas gemacht, das ist Klasse, das ist alternativlos“. Herr Koch, das ist ja falsch; Sie wissen es doch. Es ist nur eine Frage, welche Propagandamaschine länger hält. Da sage ich: Ihre nicht.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Die andere Seite sagt: „Alles falsch“. – Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist unsere Aufgabe, die verschiedenen Ideen zusammenzuführen, die man hat, wenn die Analyse richtig ist.

(Frank Lortz (CDU): Versöhnen statt spalten!)

Die Analyse ist komischerweise bei allen vier Fraktionen in diesem Hause einheitlich, indem wir alle beklagen – manche lauter, manche leiser; manche haben in den letzten Jahren auch mehr Verantwortung übernommen als andere –, dass es nicht so weitergeht, dass wir dauernd verfassungswidrige Haushalte fahren. Zum einen aus rechtsstaatlichen Gründen heraus: Wer kann denn Politik überhaupt noch ernst nehmen, wenn sie sich selbst noch nicht einmal an die Verfassung hält?

(Beifall bei der FDP und des Abg. Bernd Riege (SPD))

Zum Zweiten schlicht aus fiskalischen Gründen und Verantwortung gegenüber unseren nachfolgenden Generationen. Also sind wir uns einig darüber, es kann nicht sein, dass wir weiter so viele Schulden machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann müssen wir uns daranmachen, zu fragen, wie wir diese Schulden abbauen können. Dann müssen wir uns daranmachen, zu überlegen, wie wir unser Land organisieren können. Das ist unsere ureigenste Aufgabe. Wir müssen uns im Rahmen der Aufgabenkritik fragen, was von diesem Land zu tun ist oder nicht. Wir müssen uns fragen, ob das oder das Unternehmen tatsächlich noch sinnvollerweise im Landesbesitz ist, ob es nicht privatisiert werden und damit Erlöse bringen kann. Wir müssen uns fragen, ob die oder die Immobilie tatsächlich von dieser Behörde noch an dieser Stelle genutzt werden muss oder nicht besser verkauft wird, um Vermögen zu heben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann es nicht mehr hören, wenn von dem Wort „Tafelsilber verscherbeln“ gesprochen wird. Wenn es einer Familie wirtschaftlich schlecht geht, dann verkauft sie auch irgendetwas, was sie nicht mehr braucht. Genau das Gleiche gilt für Unternehmen, und genau das Gleiche gilt für den Staat; denn sonst kann man letztlich nur Schulden aufnehmen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Peter Lenert (CDU))

Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, wir Liberales sagen, der Titel ist falsch. Al-Wazir hat Recht. Was Sie vorgelegt haben, ist keine „Operation sichere Zukunft“. Das klang im September noch so sympathisch. Da sind Sie aufgetreten, gerade Sie beide, und haben erklärt: „Ich habe verstanden, das geht so nicht weiter, und deshalb arbeiten wir jetzt richtig daran“. Nachdem der erste Schall und Rauch verflogen und die ganzen Charts beiseite gelegt worden sind, haben wir gemerkt: Oh, oh, das war ja überfallartig gemacht. Da wurde gar nicht vorher in den Häusern geplant, da gibt es gar kein Konzept. Da wurde mit keinem von außen darüber geredet. Das war gar nicht mutig.

Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, ich prophezei Ihnen, heute fahren Sie bereits mit dem Entwurf, der morgen in zweiter Lesung hier beschlossen werden soll, hart an der Kante der Verfassungswidrigkeit, wenn Sie sie nicht schon wieder überschritten haben.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, das ist nicht der große Wurf, den Sie angekündigt haben. Das ist nicht alternativlos, wie Sie

immer wieder behaupten und auch eben behauptet haben. Es ist konzeptionslos, es ist hart an der Verfassungswidrigkeit. Meine Damen und Herren von der absoluten Mehrheit der CDU, deshalb sollten Sie sich gut überlegen, ob Sie tatsächlich dieses Werk morgen in zweiter Lesung annehmen oder es nicht in den Haushalt ausschuss zurückschicken, genau nach derselben Devise, nach der gestern Herr Bosbach und Herr Merz dies für den Bundeshaushalt in Berlin gefordert haben.

(Beifall bei der FDP – Frank Lortz (CDU): Unglaublich!)

Ich schätze Karlheinz Weimar persönlich sehr, und ich hoffe, dass das auch in wechselseitigem Verständnis gilt.

(Frank Lortz (CDU): Wenn du so weitermachst!)

Wenn Karlheinz Weimar gestern zum Abschluss der Nachtragshaushaltsdebatte sagt, der Haushalt 2004 sei deutlich besser als der Nachtragshaushalt 2003, dann kann ich mich nur fragen: Ist das nicht eine Geschichte aus Karlheinz Weimars „Wunderwelt“? Aus der Realität jedenfalls ist die Geschichte nicht.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Jürgen Walter, Reinhard Kahl (SPD) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Gernot Grumbach (SPD): Er hat noch keinen von beiden gelesen!)

Ich möchte mich nicht so sehr in die Bundespolitik verlieren. Das hat der eine oder andere Vorredner sehr intensiv getan. Außerdem habe ich dem Kollegen von der Union versprochen, dass ich nicht die volle Stunde ausfüllen werde. Deshalb möchte ich jetzt etwas zum Haushalt 2004 sagen.

Der Haushalt 2004 ist in eine Geschichte der Landesregierungen von Roland Koch eingebettet. Die erste Landesregierung 1999 von Roland Koch und Ruth Wagner – die jeweiligen Parteivorsitzenden, Ministerpräsident und Stellvertreterin – ist hier angetreten, und ein Aufbruch ist durch dieses Land gegangen. Man hat es überall bemerkt: Da haben die Regierenden die Ärmel hochgekrempelt, haben die Probleme erkannt und haben unverzüglich daran gearbeitet, sie zu lösen. Da wurde etwas geschafft, da wurde etwas verändert.

2003 – das Kabinett Roland Koch allein.

(Frank Lortz (CDU): Das tut weh!)

Was macht es? – Keine praktischen Vorschläge für die Politik, sondern eine „Vision 2015“. Liebe Kollegen von der Union, ihr müsst euch das schon anhören. Über die Hälfte der Regierungserklärung ging über die „Vision 2015“. Ich und die anderen Kollegen haben damals schon gesagt, dass das nicht gerade die praktischen Probleme in diesem Land erkennen und lösen heißt.

(Frank Gotthardt (CDU): Politik mit Weitsicht!)

Im letzten halben Jahr ist nicht viel passiert. Es ist keine Politik gemacht worden; da haben Sie vollkommen Recht. Welche Dinge sind uns denn im Gedächtnis? Fragen wir uns doch einmal selbst – geschiehe denn die Menschen, die uns zuhören –, was im letzten halben oder dreiviertel Jahr gemacht worden ist.

(Nicola Beer (FDP): Was hat er denn erzählt?)

Der Ministerpräsident selbst hat darauf hingewiesen, dass in letzter Zeit nicht viel gemacht worden ist. Nein, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Sie haben irgendwie versucht, sich vor dem Heute in Hessen wegzu-

ducken. Der Ministerpräsident hat in seiner Funktion als führender Bundes-CDU-Politiker die Landespolitik lieber mit der Schlafdecke belegt. Probleme, so wurde uns bis zu den Sommerferien erzählt, gibt es keine. Nach den Sommerferien wurde sich in Hektik und Konzeptionslosigkeit ergangen.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Jürgen Walter und Reinhart Kahl (SPD))

Wenn ich das mit 1999 vergleiche – ich war, wie alle hier im Raum wissen, sehr engagiert dabei –, so erinnere ich vor allem daran, was da für eine Stimmung auch untereinander war, wie mit Mut herangegangen worden ist. Ich will mich jetzt nicht über Rot-Grün davor unterhalten. Denn viele Zahlen, die die Kollegen Walter und Al-Wazir vorgetragen haben, kann man nur mit der Überschrift „Wir wollen die Geschichte ein bisschen schöner schreiben“ versehen.

Wir sind darangegangen und haben versucht, dieses Land zu verändern – offensichtlich so erfolgreich, dass die beiden Parteien am 2. Februar dieses Jahres gemeinsam über 56 % Unterstützung der wählenden Bevölkerung dieses Landes bekommen haben. Also ganz falsch kann das nicht gewesen sein.

Nur, Herr Ministerpräsident, Herr Kollege Dr. Jung, warum ändern Sie danach den Politikstil? Warum haben Sie auf einmal nach dem 2. Februar oder nach dem 5. April einen Schnitt gemacht? Warum gibt es nicht mehr diese Dynamik in diesem Lande? Warum wird nicht mehr davon geredet, „Hessen liegt vorn auf dem Weg zur Spalte“? Warum sind wir im bundesweiten Ranking nicht mehr dort, wo wir zu Beginn dieses Jahres in Teilen noch waren? Ich nenne nur einmal die Abteilung Arbeitslosigkeit. – Weil Sie ganz offensichtlich gedacht haben, sich auf einer absoluten Mehrheit mit 56 Stimmen in diesem Lande ausruhen zu können und Ihren Blick lieber auf 2015 als auf Hessen 2003 zu richten.

(Beifall bei der FDP)

Das scheint uns Liberalen die Ursache dafür zu sein, dass wir uns jetzt auch mit einer Finanzpolitik, mit einem Haushalt auseinander setzen müssen, den ich eben umschrieben habe – nicht ich hier zum ersten Mal, sondern der Kollege von Hunnius schon in vielen Sitzungen hier und im Haushaltausschuss – mit dem Motto: Er ist nicht alternativlos, sondern er ist konzeptionslos, und er muss dringend überarbeitet werden.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Jürgen Walter, Bernhard Bender (SPD) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dringend zu überarbeiten ist als Allererstes der Stil. Sie wissen ganz genau, dass die FDP-Fraktion in diesem Hause diejenige ist, die sagt, es muss mehr gespart werden. Herr Ministerpräsident, unser Angriff – wenn ich das verbal sagen darf – gegen Ihre Politik erfolgt nicht nach dem Motto „Sie sparen zu viel“, sondern „Sie sparen zu wenig“.

(Nicola Beer (FDP): An der falschen Stelle!)

Sie sparen zunächst einmal zu wenig. Nur, wenn man spart, dann muss man vorher mit den Betroffenen reden. Wenn man spart, muss man die Konzepte, die man hat, erörtern.

Es kann nicht sein – das passiert gerade einer Partei wie der CDU –, dass die Bischöfe und die führenden Geistlichen von der katholischen und der evangelischen Kirche

in diesem Lande uns sagen: Es ist eine Stillosigkeit, wenn man am Montagabend um 19.30 Uhr zum Appell bestellt wird, um das zu erfahren, was am Dienstagmorgen um 8 Uhr im Internet steht.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, das ist eine Stilosigkeit. Ich habe ganz bewusst die Kirchen herausgegriffen, weil ich weiß, dass die Union und auch Sie persönlich eine besondere Empfindung bei diesem Thema haben. Es reicht nicht, 50 Charts aufzulegen, einen Comicstrip aufzuführen, oder wie immer Sie das vorstellen wollten. Ich will jetzt gar nicht darüber streiten, ob Karlheinz Weimar oder Roland Koch die abgenommen hat oder nicht. Das reicht nicht, sondern man muss vorher mit den Betroffenen reden, jedenfalls mit den großen Gruppierungen der Betroffenen. Man kann nicht mit jedem Verein in X-Dorf oder wo auch immer reden.

Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, diese überfallartige Weise, wie Sie die Operation und den Haushalt angelegt haben, macht natürlich die Unsicherheit deutlich. Aber sie ist insbesondere die Ursache dafür, dass 40.000 bis 45.000 Menschen in der letzten Woche hier in Wiesbaden protestiert haben. Man muss es den Menschen vorher erklären und sie mitnehmen. Dann wollen sie auch gemeinsam sparen, weil sie wissen, dass wir sonst das Geld unserer Enkel verfrühtzücken. Wenn man ihnen aber vor den Kopf schlägt, dann werden sie nicht mitmachen, und dann haben Sie die Verstocktheit, die wir jetzt leider in diesem Lande erleben müssen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Bernhard Bender (SPD))

Zweiter Punkt: Vorbereitung. Wenn man an ein Werk geht mit dem Ziel, die Schulden zu reduzieren, so darf man das zuallererst nicht hektisch machen, weil es eine breit angelegte Aufgabe ist, weil sie alle Ressorts betrifft, weil sie nicht nur horizontal, sondern auch vertikal anzulegen ist. Da hilft es nicht, bis zur Sommerpause zu hoffen, dass man im Windschatten der anderen Bundesländer herumsegeln kann, und während der Sommerpause zu merken: „Erstens. Der Stoiber führt mich vor, das finde ich nicht gut. Zweitens. Es gibt diese kleine FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, die hat ein 45-Punkte-Programm zum Sparen und Konsolidieren vorgelegt. Drittens. Die Ratingzahlen gehen herunter“, um dann auf einmal irgend etwas zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, wegen dieser Hektik ist der zweite Fehler entstanden: Das Konzept fehlt – oder Sie verraten es uns nicht. Aber ich glaube, unser Intellekt ist so groß, dass wir es erkennen würden, wenn Sie es uns vortragen würden.

(Heiterkeit des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– Gell, Herr Ministerpräsident, das sehen Sie auch so. – Das Konzept verraten Sie nicht. Vielleicht gibt es das auch gar nicht. Vielleicht wurde relativ zufällig irgendetwas gesucht. Vielleicht wurde bei der Zufälligkeit auch irgendwo noch bedacht, dass man das und das sowieso noch nie gemacht hat. Vielleicht wurde das alles ein bisschen zusammengemischt, und dann kam dieses berühmte Eins-Komma-irgendetwas-Milliarden-Programm heraus, das zunächst – der arme Kerl ist heute schon häufig genannt worden, immer negativ; ich will es einmal positiv sagen – mit dem positiven Titel „Operation sichere Zukunft“ von Staatssekretär Dirk Metz belegt worden ist.

Jetzt wissen Sie alle, dass es das nicht ist. Deshalb haben Sie das Problem mit dem Zurückrudern und sagen jetzt immer noch hilflos – ich sage bewusst „hilflos“ –, es gebe keine Alternative.

Herr Ministerpräsident, der größte Fehler, den Sie gemacht haben, ist, dass Sie Ihre Richtlinienkompetenz angewandt haben. Ein solches Werk wie die Sanierung des Haushalts muss ein Gemeinschaftswerk des Kabinetts und der dahinter stehenden Fraktion sein; ansonsten funktioniert es nicht.

(Beifall bei der FDP)

Man kann es nicht von oben nach unten diktieren. Es ist ein Zeichen der Schwäche und nicht der Stärke, wenn man sagt: „Ich benutze die Richtlinienkompetenz, weil ich es sonst nicht durchgesetzt bekommen hätte“. Nein, Sie haben es offensichtlich deshalb nicht durchgesetzt bekommen, weil auch Ihre Kollegen im Kabinett wegen der Hektik die Konzeptionslosigkeit erkannt haben und deshalb nicht mitmachen wollten.

Der dritte Punkt nach dem Stil und der Vorbereitung ist der Mut. Darüber haben Roland von Hunnius und ich hier, Ruth Wagner und Dieter Posch auf unserem letzten Landesparteitag und alle Liberalen an vielen Stellen gesprochen. Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, Sie erklären den Menschen in diesem Lande, mit Ihrer alternativlosen Politik würden Sie weitere unnötige Schulden verhindern. – Der Herr Ministerpräsident hat gerade einen anderweitigen Termin. Das akzeptiere ich auch, das habe ich vorher schon akzeptiert. Deshalb sage ich es Ihnen, Herr Weimar, einmal das Handy beiseite: Was heißt denn das, was Sie uns dort versprochen haben? Sie haben so getan, als ob Sie in eigener Kraftanstrengung erreichen würden, dass dieses Land tatsächlich effektiv selbst verantwortet weniger Schulden aufnimmt. Das stimmt aber nicht, und Sie wissen es doch. Wir haben es Ihnen schon mehrfach vorgetragen.

Wir sind der festen Überzeugung, nach der Steuerschätzung in der letzten Woche und nach den desaströsen Beschlüssen von Brüssel in der vorletzten Nacht sind Sie schon darüber. Sie haben als Ziel ausschließlich die Hessische Verfassung angenommen. Sie haben als Ziel ausschließlich angenommen, dass für das Jahr 2004 der Haushalt in seinem Ansatz nicht verfassungswidrig werden darf. Herr Finanzminister, was ist denn das für ein Mut? Das ist ein Kleinmut.

(Beifall bei der FDP)

Das ist doch kein Ziel, das man unter dem Oberbegriff „Operation sichere Zukunft“ unseren Bürgerinnen und Bürgern in Hessen verkaufen kann. Sie müssen sagen: „Ich habe das Kleinste gemacht, was ich machen musste“. Sie sind auf die Verfassung vereidigt. Sie haben einen Haushalt vorzulegen, der verfassungsgemäß ist. Das ist keine Leistung in der Kür, sondern das ist eine Pflichtaufgabe für jedes Kabinett in diesem Lande.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Bernhard Bender (SPD))

Deshalb habe ich vorhin schon gesagt, der Erfolg der Propagandaschine in diesem Land wird nachlassen. Die Menschen werden es verstehen, und deshalb springen Sie alle zu kurz. Deshalb verstehe ich auch die Kollegen von den mit opponierenden Fraktionen nicht, die sagen, es darf gar nicht so viel gespart werden. – Nein, wir müssen den Menschen in diesem Land, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern endlich in die Augen schauen und ehrlich

sagen: Es muss mehr gespart werden. Wir leben über unsere Verhältnisse. Wir haben bereits das Geld unserer Generation verfrühstückt, wir sind zu 70 % erfolgreich gewesen beim Geld unserer Kinder, und bald geht es an das Geld unserer Enkel. Das geht so nicht weiter. Eine Generation muss selbst für ihre Aufgaben aufkommen und kann das nicht auf Kosten ihrer Kinder tun. – Das müssen wir den Menschen sagen. Da müssen Sie richtig mutig an das Sparen herangehen und nicht so, wie Sie es getan haben.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben bei der Mutlosigkeit – auch das ist nichts Neues, das sagen wir Ihnen seit Anfang September – die Steuerreform vergessen. Nein, nicht vergessen, Sie haben sie bewusst nicht mit aufgenommen, weil Roland Koch damit Parteipolitik machen will – nicht gesamtdeutsche Politik, sondern Parteipolitik. – Frau stellvertretende Ministerpräsidentin, da müssen Sie nicht den Kopf schütteln, wir wissen es doch. Es gibt doch Menschen außer Ihnen, die auch in Berlin sind und die auch manche Menschen kennen, übrigens auch von Ihrer Partei kennen, die das so sehen. Ich kann Ihnen mehrere Landesvorsitzende der Union persönlich nennen, mit denen ich in den letzten Wochen darüber gesprochen habe. Die sind gar nicht schwer zu finden. Sie müssen nur die öffentlichen Äußerungen von den Männern sehen, dann wissen Sie schon, welche ich meine.

Wenn ganz bewusst in einem Landshaushalt eine für diese Gesellschaft wichtige Sache ausgeklammert wird, um noch die Verfassungsgemäßheit zu erreichen, dann macht das die Mutlosigkeit Ihrer Politik noch deutlicher. Alle in diesem Raum wissen es, jedenfalls alle Eingeweihten wissen es – ich unterstelle einmal, dass die Kolleginnen und Kollegen alle eingeweiht sind –, dass heute Abend und spätestens am 10. Dezember weißer Rauch aus dem Vermittlungsausschuss aufsteigen wird. Ein Teil dieses weißen Rauches, der dort herauskommt, heißt Steuerreform. Lieber Karlheinz Weimar, ich wette einen hohen Einsatz, und das ist keine Geschichte aus der „Wunderwelt“: Es wird entweder ein Vorziehen der Steuerreform oder ein Einstieg in den Beginn der richtigen Steuerreform herauskommen. Aber irgendetwas wird dort herauskommen, und das können Roland Koch und Hessen nicht verhindern. Und das ist gut so, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Jürgen Walter und Bernhard Bender (SPD))

Was haben denn die Oppositionsfaktionen im Deutschen Bundestag in der vergangenen Woche gemeinsam beschlossen? Herr Finanzminister, genau dieses. Die Marschrichtung für Union und FDP im Vermittlungsausschuss lautet bei diesen Teilmengen, dass ein vernünftiger Einstieg in eine Wirtschaftspolitik gefunden wird, die es wieder möglich macht, Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen. Das ist die große Teilmenge Arbeitsmarktpolitik, Kündigungsrecht, Tarifvertrag usw.

Das Zweite ist, dass bei einer Gegenfinanzierung von 25 % Schulden das Vorziehen der Steuerreform in Kauf genommen wird. Ansonsten, liebe Kolleginnen und Kollegen – hier sitzen ja auch die Roten und die Grünen –, klappt die Veranstaltung nicht, fährt sie gegen die Wand. Aber sie wird nicht gegen die Wand fahren, weil die deutschen Politiker bereits so viel gegen die Wand haben fahren lassen, dass sie es nicht mehr überleben würden – die

deutschen Politiker –, wenn sie es in diesem Jahr noch einmal gegen die Wand fahren würden.

(Jürgen Walter (SPD): Hoffentlich haben Sie Recht!)

Liebe Freunde, das sage ich hier ganz bewusst: Wenn wir nicht – wann das auch immer ist, am 12., am 19., wann immer auch der Bundestag und der Bundesrat noch einmal zusammentreten müssen – in diesem Jahr den Menschen deutlich machen, dass wir alle verstanden haben, dann brauchen wir uns überhaupt nicht mehr zu wundern, dass die Zahl der anderen bei der Demoskopie weiter steigt. Die Menschen sind es leid, und deshalb sage ich, ohne ein Hellseher sein zu müssen – und auch kein Pharisäer, lieber Karlheinz Weimar: – Es wird bei der Steuerreform etwas herauskommen. Das ist im Haushalt 2004 des Landes Hessen zu beachten. Sie haben es nicht eingesetzt. Deshalb ist der Vorschlag, wie Sie ihn bisher unterbreitet haben, hart an der Kante der Verfassungswidrigkeit. Bessern Sie endlich nach, lieber Karlheinz Weimar, das ist Ihre Pflicht.

(Beifall bei der FDP)

Das sage ich ganz bewusst zur Union, schade, dass Roland Koch jetzt nicht da sein kann, aber ich werde ihm das nachher noch einmal persönlich sagen.

(Zuruf von der CDU)

– Er ist entschuldigt, ihr braucht euch alle nicht aufzuregen, alles vorher ausgemacht.

Wenn man so wie die Hessische Landesregierung argumentiert und sagt: „Für 2004 können wir die Steuerreform nicht vorziehen, weil die wirtschaftliche Situation so desolat ist, wie sie ist; die Gegeneinnahmen kommen nicht aus anderen Töpfen, wir müssen deshalb mit Schulden finanzieren, und das wollen wir überhaupt nicht“, dann setzt man sich der argumentativen Gefahr aus, eine Steuerreform nach Merz – ich würde eher sagen: abgeschriebener Dr. Solms – nicht mehr machen zu können, weil im nächsten Jahr die wirtschaftliche Situation noch schlechter sein wird, Kollege Karlheinz Weimar, als sie in diesem Jahr ist. Deshalb brauchen Sie gar nicht so zu tun, als wenn wir jetzt ein bisschen Muppet-Show veranstalten. Entweder will die Union die Steuerreform, dann muss sie da auch wirklich rangehen, oder sie will sie nicht. Aber sie kann nicht in diesem Jahr mit der Argumentation kommen: „Wir schaffen es wirtschaftlich nicht“, um abzublocken oder zu blockieren und nächstes Jahr zu sagen, wo wir doch alle wissen, dass die Situation nicht besser werden wird: „Wir machen es dann“.

Dann ist wohl das merzsche Konzept von „12/24/36“ nicht nur abgeschrieben, sondern es ist offensichtlich nur für die Presse gemacht worden. Da sage ich dann: „A la bonne heure! Euer Verkauf war um Längen besser als das, was wir gemacht haben, aber wir wollen das Ergebnis haben.“ – Das wird auch nachher Thema im Deutschen Bundestag sein. Wolfgang Gerhardt und andere werden das mit den großen Kollegen in Berlin noch einmal diskutieren. Die Union muss schon Spur halten oder sagen, wo die Spur ist. Entweder wollen Sie eine Steuerreform

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– dann müssen Sie sagen, welche Finanzierungskriterien Sie haben –, oder Sie wollen sie nicht. Aber nach dem Motto „Es ist jetzt schwer möglich, aber im nächsten Jahr ist es auf alle Fälle möglich“ vorzugehen, das kann man

wirklich nur in die „Wunderwelt“ von Karlheinz Weimar zurückführen, aber nicht in die reale Politik.

(Erneuter Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Nach allem, was die FDP für den Haushalt 2004 an negativen Dingen gesagt hat – und was ich jetzt eben auch ganz bewusst vorgetragen habe –, ist hier deutlich zu sagen, dieser Haushalt ist ein Einschnitt in der Finanzpolitik des Landes Hessen, und zwar ein positiver. Es ist ein Einschnitt hin zu einem Verantwortungsbewusstsein, dass das Geld nur dann ausgegeben werden kann – jedenfalls von der Theorie her –, wenn es da ist. Deshalb sind wir auch bei vielen, vielen Maßnahmen, die im Haushalt stehen, mit Ihnen vollkommen einer Meinung. Da gibt es überhaupt keinen Streit. Ich glaube, für eine Oppositionsfraktion ist es relativ mutig, was wir gemacht haben, aber wir Liberale sind nun einmal mutig.

(Beifall bei der FDP)

All das versteh ich bei Kollege Frömmrich aus mehreren Gründen nicht. Erstens kennt er uns sehr gut, zweitens kennt er Otto Wilke besonders gut. Wer da noch über Mutlosigkeit grübelt, der ist vielleicht ein bisschen außerhalb der Realität.

Es ist mutig, wenn eine Fraktion, die die kleinste in diesem Hause ist, sich zusammensetzt und dann ein 45-Punkte-Programm zur Sanierung des Haushalts vorlegt, in dem z. B. steht, dass die Arbeitszeit auf 41 Stunden erhöht wird. Das ist jetzt wirklich mutig, denn ihr GRÜNEN schafft es gerade auf 40 Stunden, aber ihr wollt ja immer unter der Latte bleiben, damit ihr draußen noch sagen könnt: „Wenn wir regieren würden, hättest ihr eine Stunde weniger zu arbeiten.“ – Blöde Art von Politik, das ist unehrlich.

Nein, wir haben gesagt, wir wollen vom Grundsatz her immer 41 Stunden haben, da sind wir die Ersten gewesen. Der Herr Ministerpräsident hat in der letzten Plenardebattue versucht zu erklären, dass dies alles von der Union erfunden worden wäre. Nein, schaut bitte in das Papier, es ist überschrieben mit „45 Punkte der FDP-Fraktion zur Konsolidierung und Sanierung des Hessenhaushalts“, da steht das drin.

Wenn Sie jetzt den Weg mit dem Stufenmodell „42 – 41 – 40“ gewählt haben, kann ich nur sagen: Es ist möglicherweise intelligenter als unseres, weil Differenzierung immer intelligenter ist. Also übernehmen wir das kritiklos, hier kritiklos an der Union, an der mit absoluter Mehrheit regierenden Union. Draußen nehmen wir die Kritik wieder auf, da sind wir nicht so die Spieler wie Rot-Grün, die auf der einen Seite hier erklären, es müsste alles anders werden, um nachher draußen die Fähnchen zu halten.

(Jürgen Walter (SPD): Wir haben einen konkreten Vorschlag gemacht, Herr Hahn!)

– Herr Kollege Walter, wir wissen doch alle, wovon wir reden. Die Arbeitszeit muss nun einmal erhöht werden, damit die Kosten gesenkt werden können. Das ist eine Binsenweisheit, die gilt für jedes Unternehmen, die gilt auch für Ihre Anwaltskanzlei – und sie gilt genauso für das Land Hessen. Wir brauchen uns darüber nicht zu streiten, es ist einfach so.

(Beifall bei der FDP – Jürgen Walter (SPD): Das ist doch genau das, was wir auch sagen! Wir kritisieren auch, dass sie das von oben machen!)

Wir sagen, eine Vielzahl der Punkte, die in dem Regierungskonzept stehen, ist richtig. Aber wir sagen an einer

sehr definierten Zahl von Punkten, dass da nicht die Intelligenz der Träger des Sparsen war, sondern eher die Dummheit. Wir sagen das z. B. beim Thema Bildung. Ich fange ganz bewusst mit dem Thema Hochschulen an. Natürlich weiß ich ganz besonders, wovon ich spreche, weil wir mit Ruth Wagner vier Jahre lang im Kabinett Koch/Wagner eine Hochschulministerin hatten, die das, was sie sonntags gesagt hat, von montags bis freitags umgesetzt hat.

(Beifall bei der FDP)

Und zwar hat sie es so umgesetzt – ich sage es bewusst: mit der Union in Hessen –, wie es mit den jeweiligen Menschen verabredet worden war. Ich brauche unseren Zuhörern nicht zu sagen, dass es Kämpfe in der Fraktion gegeben hat, Diskussionen mit dem Koalitionspartner, aber es gab auch ein gutes Ergebnis für die Hochschulen. Dann ist die Ministerin zu den einzelnen Hochschulen gegangen – oder vielleicht hat sie sie auch zu sich bestellt, das ist ihr gutes Recht, beides vielleicht, mal so, mal so, Frau Vizepräsidentin – und hat mit ihnen einen Vertrag vereinbart, mit jeder hessischen Universität einzeln. Dafür musste es natürlich Kriterien geben, denn es durfte nicht sein, dass die einen mehr, die anderen weniger vom System her bekommen. Da gab es auch viel Streit darüber. Ich kann mich noch erinnern, dass der eine oder andere Hochschulrat, als es um die Berechnungsmodelle ging, relativ motzig gewesen ist. Ich kann mich an Besuche in Marburg erinnern, wo ich das dann auch abbekommen habe, aber letztlich waren alle damit einverstanden. Sie konnten auch damit einverstanden sein, weil sie mehr Geld berechenbar und über viele Jahre hinaus zugesichert bekommen haben.

(Beifall bei der FDP)

Das nennt man Verträge abschließen.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

– Ja, unter etwas gebildeteren Menschen nennt man das „*pacta sunt servanda*“, aber das heißt einfach nur: „Verträge sind einzuhalten“. – Und das hat diese Landesregierung nicht getan. Sie können erzählen, was Sie wollen. Sie können versuchen, Bilder aufzustellen, wie Sie wollen. Verträge ändert man nur dann, wenn beide Seiten aus freien Stücken dazu bereit sind – und alle hier im Raum wissen es: Keine einzige Universität hat aus freien Stücken diese Veränderungen vorgenommen. Das haben sie auch nicht machen können. Ich bin sogar der festen Überzeugung, dass das mindestens für die jeweils Leitenden zu Folgen geführt hätte, meiner Meinung nach sogar zur Veruntreuung von Universitätsgeldern.

Aber darüber kann man sich streiten. In anderen Bereichen habe ich viel mit diesen Themen zu tun. Ich habe das Gefühl, dass einige Universitätspräsidenten das aus freien Stücken gar nicht hätten unterschreiben dürfen, sich meiner Meinung nach sogar strafbar gemacht hätten. Also hat diese Landesregierung zu einem Trick gegriffen und gesagt – ich überspitze bewusst –: Wir machen jetzt alles kaputt; aber wenn Ihr drei Viertel von den vier Vierteln haben wollt, dann sind wir einverstanden.

Das ist nicht „freie Stücke“. So geht man nicht miteinander um. Sie haben jetzt die Folgen. Es ist sozusagen im stillen Kämmerlein par ordre du mufti, von oben nach unten. Schöne Grüße an die freie Selbstverwaltung, Ruth Wagner und die FDP stehen für die Selbstverwaltung der Universitäten. Ich habe bei der Union das Gefühl, dass Sie die Kandare wieder anziehen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Unser Hauptvorwurf ist deshalb: So geht man nicht damit um – mit einer Planbarkeit, mit Vertrauen zwischen dem Staat auf der einen Seite und den Universitäten auf der anderen Seite, schon gar nicht, wenn man will, dass die Universitäten weiter in die Selbstständigkeit entlassen werden.

Ich muss Ihnen sagen, das Thema Gebühren und Langzeitstudenten hat für uns auch Wert, aber einen viel geringeren Wert in der politischen Auseinandersetzung, wie dieses Land Hessen damit umgeht und die Universität, eigentlich auf Augenhöhe stehend, herunterdrückt, um Geld abzuknöpfen, das vertraglich das Land Hessen mit den Unterschriften von Roland Koch und Ruth Wagner über Jahre zugesagt hat. Das geht so nicht. Da ist viel Vertrauen kaputtgemacht worden. Das muss repariert werden.

Darüber kann man sich bei der Frage der Gebühren streiten. Liebe Kollegen von der Mitopposition, da sind wir in der Auffassung differenzierter als Sie. Ich habe als Liberaler gelernt – meine Fraktion insgesamt auch –, dass derjenige, der eine besondere Leistung bekommt, dafür Gebühren bezahlen muss. Da muss man nicht mit den Augen rollen, das ist nun einmal so.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nicht mit den Augen gerollt!)

– Okay, dann habe ich es falsch verstanden. – Dann fragen wir einmal: Gibt es besondere Leistungen, die die Universität den Studenten zur Verfügung stellt? Ich glaube, die Frage zu stellen heißt, sie schon mit Ja zu beantworten. Dann muss man schauen, wie hoch das ist. Ich kann mich mit Ihnen von der Union oder von der versammelten intensiven Opposition streiten, ob 50 € gerade die richtige Zahl ist. Das muss man prüfen. Da sind wir wegen der fehlenden Unterlagen nicht in der Lage, ein abschließendes Urteil abzugeben. Nur, grundsätzlich zu sagen, dass man Gebühren – ich meine die Verwaltungsgebühren – einführt, dagegen kann eigentlich keiner etwas ernsthaft haben.

Man kann etwas dagegen haben, und das sagen wir sehr laut: Das gilt für die Langzeitstudiengebühren genauso, Herr Minister, Herr Kollege Corts. Dass man auf die Idee kommt, dieses Geld von den Universitäten als Inkassobüros eintreiben zu lassen, um es dem Karlheinz Weimar für den allgemeinen Haushalt zu geben, das war Ihr politischer Fehler.

(Beifall bei der FDP)

Sie hätten doch überhaupt nicht die Debatte, jedenfalls nicht in dieser Größe, hätten Sie es intelligenter ange stellt. Hätten Sie den Studenten gesagt: Dieses Geld ist tatsächlich dafür da, wofür wir es einnehmen, nämlich für die Hochschulen, die Universitäten. Okay, dann hätten wir die Argumentation sogar ordnungspolitisch liberal reinrassig führen können. Wir hätten nur noch das kleine Problem: Sind 50 € richtig, oder müssen es 48 oder 52 € sein? Quantité négligeable – hätten wir sofort zur Seite gelegt. Wenn Sie das für die Langzeitstudierenden noch toppen, indem Sie einen in unseren Augen verwaltungs mäßigen Moloch aufbauen,

(Beifall bei der FDP)

dann kann ich nur sagen: Sorry, irgendwie selbst daran schuld, dass Sie jetzt die Probleme an den Universitäten haben. – Dort gibt es ein anderes Modell. Ruth Wagner

und Nicola Beer predigen das seit vielen Jahrzehnten, vielen Jahren in diesem Haus.

(Jürgen Walter (SPD): Vielen Jahrzehnten?)

– Das ist nicht anzüglich. Ruth Wagner ist stolz darauf, dass sie eine derjenigen ist, die am längsten im Hessischen Landtag sitzt, auch wenn sie in der Ancienneté-Liste einen Bruch hat, weil sie vier Jahre lang das Mandat nicht innehatte. Frau Vizepräsidentin, ich glaube, ich darf das so sagen, dass Sie das schon über einige Jahre in diesem Hause machen.

Bildungsgutscheinsystem – das ist intelligenter. Dafür braucht man nicht so viel Verwaltungsaufwand wie für die Ausnahmesituation, die Sie auf der linken Seite im umgedruckten Gesetzentwurf hineingeschrieben haben. Ich habe ein, zwei Stunden gebraucht, um das alles zu kapieren, was darin steht. Schöne Grüße an den Verwaltungsbamten, der das umsetzen muss. Hier ist der Vorwurf nicht grundsätzlich, wie beim Hochschulpakt, den Sie gebrochen haben. Bei der Frage Verwaltungsgebühren, Langzeitstudiengebühr sind die Art und das Handling falsch, nach unserer Auffassung ist das Mittel bei der Langzeitstudiengebühr falsch. Aber Sie sind selbst daran schuld, dass Sie bei den Hochschulen jetzt die Probleme haben, die Sie haben.

Herr Ministerpräsident, Sie haben Recht, wenn Sie die heuchlerische Diskussion der Roten und Grünen zum Thema „im Bund wird alles kaputtgemacht, und hier müssen wir die Probleme jetzt anders lösen“ geißeln. Da bin ich voll und ganz an Ihrer Seite, oder da sind wir beide gemeinsam Seite an Seite. Heuchelei darf man bitte nicht selber machen. Ich habe Sie ein bisschen ertappt, glaube ich. Wenn Sie jetzt sagen, die Zahlen für die Hochschulen seien gestiegen, so haben Sie unzweifelhaft Recht. Nur muss man alles sagen. Heuchlerisch ist es auch, etwas Wesentliches nicht zu sagen.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP) – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt!)

Das haben Sie gemacht. Wenn Sie gesagt hätten – wir reden hier nicht nur unter uns, sondern es gibt viele Menschen, die uns zuhören und zusehen –, das liege daran, dass wir organisatorisch die Versorgungsleistungen aus dem Einzelplan 17 nunmehr zu den Hochschulen herübergebracht hätten,

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

dann stimmt es nicht. Herr Ministerpräsident, dann ist es ein Minus. Dann ist die Zahl ja noch mehr falsch. Wir hatten gehofft, dass Sie den Trick benutzt haben. Der Trick bedeutet nämlich – damit das alle Kollegen im Raum wissen –, die Versorgungsleistungen waren bisher im Einzelplan 17 etatisiert, sie sind jetzt im jeweiligen Einzelplan etatisiert.

(Ministerpräsident Roland Koch: Da wäre es viel höher!)

Deshalb ist natürlich die Ausgabeposition höher, weil die Altersversorgung eingerechnet worden ist.

(Beifall bei der FDP – Ministerpräsident Roland Koch: Die Zahl ist dafür bereinigt!)

Ich würde für das Protokoll festhalten, dass der Ministerpräsident behauptet, die Zahlen seien bereinigt. Wir werden das klären. Jedenfalls haben unsere Zahlen – das sind die, die im Finanzausschuss vorgelegt worden sind – gezeigt, dass es nur unbereinigt geht, eine Aussage zu ma-

chen, dass die Hochschulen mehr Geld zur Verfügung hätten.

Zweiter Punkt in der Detaildiskussion ist die Abteilung Wirtschaft und Verkehr. Ich gebe zu, da sind wir gerade noch „emotional verärgter“ über den Wandel in der Politik zwischen der bürgerlichen Regierung von CDU und FDP auf der einen Seite und der absoluten Mehrheit der Union auf der anderen Seite. Was haben wir ab dem Jahre 1999 – beginnend am 10. Februar mit den Koalitionsverhandlungen – dafür gekämpft, dass das Land aus der de solaten Finanzierung des Landesstraßenbaus endlich herausgebracht wird, Union und FDP gemeinsam.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich erinnere bewusst daran, weil ich manchmal das Gefühl habe, dass der amtierende Wirtschaftsminister alles das, was der Vorgänger gemacht hat, nicht mag, weil er meint, es wäre FDP-Politik gewesen. Vielleicht kann man Herrn Rhiel einmal ausrichten, dass es gemeinsame Politik der letzten vier Jahre gewesen ist, die Dieter Posch als Ressortchef erfolgreich verantwortet hat, aber eine gemeinsame Politik von uns.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich sage das ganz bewusst auch in dieser Diktion. Wir haben es geschafft, sogar über unser Wahlversprechen und über unsere gemeinsame Koalitionsverabredung hinaus, den Straßenbau zu finanzieren. Das war nicht immer vornugungsteuerpflichtig in den Verhandlungen. Natürlich hat Karlheinz Weimar eine andere Aufgabe gehabt und darauf hinweisen müssen, dass das alles etwas schwierig ist. Aber wir haben es mit der Umstrukturierung im Hause des Wirtschaftsministers Dieter Posch geschafft. Wenn Sie jetzt wieder auf die Mittel zurückfallen, die wir im Jahre 2000 gemeinsam eingesetzt haben, so hilft es mir nicht weiter, Herr Ministerpräsident, wenn Sie den Menschen versprechen, am Ende der zweiten Legislaturperiode Roland Koch wäre doch alles bezahlt. Nein, diese Versprechen gelten nicht mehr, weil Sie die in anderen Bereichen bereits nicht gehalten haben, Herr Kollege Koch.

(Beifall bei der FDP)

Das ist das Prinzip Hoffnung so nach dem Motto, irgendwann muss alles besser werden. Dann werden wir die 16,4 Millionen € – das ist die Zahl, die im Jahre 2004 im Vergleich zu 2003 weniger im Straßenbau ausgegeben werden soll – wieder einholen. Das glaubt derjenige, der es glauben möge.

Deshalb unterstelle ich zunächst: Dieses Geld ist für den Straßenbau weg. Dieses Geld können Sie auch nicht über das Kommunalinteressenmodell umfinanzieren. Es war die gemeinsame Idee von Clemens Reif und Michael Denzin, den wirtschaftspolitischen Sprechern der CDU und der FDP in der letzten Legislaturperiode, dieses Modell zu erfinden. Das war auch gut. Wir haben viel Geld für den Umgehungsstraßenbau geben können. Wir wissen es doch alle – das ist wieder die Abteilung Redlichkeit –, dass es fast keine Kommune in Hessen mehr gibt, die das KIM fahren kann, weil sie selber nicht mehr über Finanzmittel verfügt.

(Beifall bei der FDP)

Auf der einen Seite diskutieren wir die Frage: Den Kommunen geht es finanziell nicht gut – Änderungen bei der Gewerbesteuer usw. Auf der anderen Seite tun Sie so, als ob Sie über das KIM das eine oder andere bewegen woll-

ten. Ich würde mich freuen, wenn das klappen würde, aber ich befürchte, dass es nicht klappt.

Damit Rot und Grün nicht wieder dazwischenrufen, mache ich gleich vorneweg die Bemerkung: Wir haben von Anfang an gesagt, dass es eine Zwischenfinanzierung ist, die letztlich vom Land übernommen werden muss. Also ist auch das KIM, wenn man es ausweitet, letztlich eine Erhöhung der Verbindlichkeiten des Landes Hessen, dieses Mal aber nicht gegenüber einer Bank, sondern gegenüber den Kommunen.

(Beifall des Abg. Dieter Posch (FDP))

Die Technologieförderung und die Ausbildungsplatzförderung will ich als Themen nur noch anreifen. Wir meinen, dass sie in den entsprechenden Haushaltstiteln des Wirtschafts- und Verkehrsministers anders, intelligenter hätten bearbeitet werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die FDP muss auch einige Worte zum Flughafen sagen. Dies möchte ich in einer ähnlichen Art tun, wie das der Ministerpräsident getan hat, und wegen der unterschiedlichen Rollen sogar noch viel zurückhaltender. Wir, die Regierung von CDU und FDP der letzten Legislaturperiode, haben es geschafft, die Mitgesellschafter – das sind der Bund und die Stadt Frankfurt am Main – davon zu überzeugen, das Unternehmen in eine Teilprivatisierung zu führen. Ich gebe zu, dass es nicht besonders anstrengend gewesen ist, diese Grundsatzüberzeugung zu finden, weil wir auf der anderen Seite Finanzmittel heben wollten, um das tun zu können, was wir für diesen Flughafen meinen tun zu können – andersherum formuliert: was der Flughafen aus eigenen Mitteln nach unserer Meinung tun sollte.

Der IPO ist durchgeführt worden. Gott sei Dank ist eine Vielzahl der Aktien von Menschen gekauft worden, die im Umland des Rhein-Main-Flughafens wohnen. Gott sei Dank ist eine Vielzahl von Aktien von Menschen gekauft worden, die bei Fraport arbeiten.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Ich möchte mein Lachen erklären. Dass die Kollege Kaufmann und Al-Wazir Aktien gekauft haben, war ein Fehler im System.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

Es führt aber zu Belustigungen in Hauptversammlungen. Deswegen bin ich gar nicht böse darum, dass Sie die Aktien gekauft haben.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für die freie Marktwirtschaft! – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU) – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War eine teure Angelegenheit!)

Zurück zu dem ersten Thema Börsengang. Sowohl mit der Teilprivatisierung als auch mit dem Geldheben an der Börse haben wir insbesondere verbinden wollen – der Herr Ministerpräsident hat es schon gesagt –, dass wir die Jobmaschine Rhein-Main-Flughafen für das nächste Jahrzehnt, für das nächste Jahrhundert fit machen. Das heißt den Ausbau, nicht nur einer neuen Bahn, sondern das heißt auch den Ausbau eines neuen Terminals, das heißt auch, die Möglichkeit zu schaffen, in der CargoCitySüd weiterhin weltweit tätige Frachtunternehmen anzusiedeln. Das heißt auch, für die A 380 die entsprechenden Möglichkeiten am Flughafen zu erstellen.

Ich sage hier sehr deutlich – es möge jeder verstehen, wie er es will –: Als Vertreter des Landes Hessen seit viereinhalb Jahren im Aufsichtsrat bin ich sehr froh, dass es keine – ich sage noch einmal ganz bewusst: nicht eine einzige – Entscheidung gegeben hat, in der nicht der Bund und das Land, die beiden wichtigsten Anteilseigner, Hand in Hand gegangen sind. Das war auch vorgestern so.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Wir müssen alles daran setzen, dass der Flughafen weiterhin eine Jobmaschine ist. Wir dürfen uns nicht von irgendwelchen Briefen nervös machen lassen, auch dann nicht, wenn sie den Absender Brüssel haben. Wir müssen unsere Arbeit aber ordentlich machen, und zwar 100-prozentig.

(Jürgen Walter (SPD) und Michael Denzin (FDP): Ja!)

Es muss so weitergehen, wie es Dieter Posch in den letzten vier Jahren gemacht hat. Folgendes sage ich an die Adresse der Sozialdemokraten: Es gab den einen oder anderen miesen Beitrag, insbesondere des Kollegen Armin Clauss, zur Verhaltensweise von Dieter Posch. Armin Clauss sollte froh sein, dass Dieter Posch in dieser Frage wie ein Verwaltungsbeamter alles Stück für Stück abgearbeitet hat, damit keine verwaltungsrechtlichen Fehler passieren. Diese dummen Bemerkungen, von wegen er sei nur der Regierungspräsident und kein politischer Minister, wie es Armin Clauss mehrfach von diesem Pult aus gesagt hat, sind eine Ungezogenheit und sollten an dieser Stelle noch einmal energisch von der FDP zurückgewiesen werden.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich in knappen Worten aufzählen, wie wir Liberale es uns vorstellen, dass der Haushalt 2004 ordentlich auf die Füße gestellt wird – vom Kopf auf die Füße. Dabei könnten und würden wir sogar erreichen, dass wir weniger Schulden aufnehmen müssten. Zum einen ist das Aufgabenkritik. Was muss dieses Land überhaupt leisten? Welche Leistungen muss dieses Land anbieten? Ich sage Ihnen: Allein durch die Arbeit von uns neun mit unseren zahlreichen Beratern kommen wir auf Hunderte von Aufgaben, die das Land Hessen nicht zu bearbeiten hat. Sie gehören ersatzlos gestrichen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Punkt: Subsidiarität. Wenn die Aufgabe vom Land Hessen zu organisieren ist, muss geschaut werden, wo.

Herr Ministerpräsident, schöne Grüße. Nach dem Zuschnitt Ihrer Ministerien haben Sie sich sogar noch einen zusätzlichen Minister und einen Staatssekretär gegönnt. Sie sagen den Menschen – das finde ich richtig –: Wir müssen sogar das Instrument der betriebsbedingten Kündigung anwenden. – Gleichzeitig blähen Sie aber Ihr Kabinett um einen Minister und einen Staatssekretär auf. Das ist nicht rund.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb bin ich immer noch der festen Überzeugung, dass eine Umstrukturierung des Kabinetts dazu führen könnte, dass Sie sich von einem Minister und einem Staatssekretär befreien könnten. Sie würden dadurch Kosten für das Land Hessen sparen und könnten eine Vorbildfunktion innerhalb der Mitarbeiterschaft einnehmen,

(Michael Siebel (SPD): Und weniger Ärger!)

ohne dass auch nur eine einzige Aufgabe im Land Hessen schlechter bearbeitet würde. Aber Sie wollen ja nicht. Das hat auch etwas mit sehr starkem Selbstbewusstsein zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Punkt: Beteiligungs- und Privatisierungsüberlegungen. Aus vorangegangenem Tun weiß ich, dass das alles ganz schön schwierig ist. Aus vorangegangenem Tun weiß ich aber auch, dass wir damals in der Koalition irgendwann einmal beschlossen haben, die notwendigen technischen Hilfsmittel zusammenzustellen, damit das Land Hessen in der Lage ist – ich verbinde jetzt gleich die Immobilien mit dem Besitzen von Beteiligungen –, festzustellen, wo das Land Hessen was besitzt und was es wert ist.

SAP – das Zauberwort. Eine der Begründungen war: Wir müssen SAP einführen, damit wir im Holdingvorstand, im Kabinett, wo auch immer, wissen, wo die Wertleiste im Moment bei uns ist. – Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister und Herr Chef der Staatskanzlei, deswegen sind wir sehr überrascht, dass Sie nicht bereit oder in der Lage waren, auf die relativ einfachen Fragen der FDP-Fraktion hinsichtlich des Immobilienbesitzes des Landes Hessen zu antworten.

(Beifall bei der FDP)

Bei einer Vielzahl von Punkten müssen diese Angaben bereits am Anfang nächsten Jahres vorhanden sein.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Denn Sie müssen Eröffnungsbilanzen machen – nicht Sie als Kabinett, aber eine Reihe von unmittelbaren und mittelbaren Betrieben des Landes Hessen. Es wäre also ein Einfaches, uns wenigstens das vorzustellen. Sie haben uns aber auf den parlamentarischen Weg verwiesen. Herr Kollege Grüttner, ich danke Ihnen für diesen hilfreichen Vorschlag. Wir haben ihn gewählt. Jetzt werden wir schauen, dass wir Unterlagen bekommen, damit wir eine Entscheidung über unsere Immobilien treffen können.

Meine Damen und Herren, damit sind zwei Punkte verbunden. Zum einen ist es dort möglich, Geld zu heben, d. h. Schulden zu reduzieren. Zum Zweiten müssen Sie endlich einmal eine Standortscheidung treffen. Wenn Sie sagen, dass in dieser Legislaturperiode soundso viele Menschen aus dem Landesdienst ausscheiden, dann bedeutet dies, dass auch soundso viele Behörden eingestellt werden. Es gibt Diskussionen über Standorte, wo Behörden eingestellt werden. Man kann das alles miteinander verbinden und möglicherweise aus den teuren Ia-Lagen, wo sich eine Vielzahl von Behörden befindet – in Wiesbaden, in Frankfurt, in Darmstadt und in Kassel –, z. B. auf das flache Land oder nach Nord- oder Südhessen gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der SPD)

Unser Vorschlag ist sowohl ein Privatisierungs- als auch ein Beteiligungsbericht, damit man sehen kann, wozu man die Beteiligungen noch braucht.

Ich habe keine Antwort parat, wenn mich ein Mensch fragt, warum wir noch die Höchster Porzellanmanufaktur brauchen. – Ja, wir waren dabei, als sie gekauft worden ist. Ich gebe es zu. Das ist ordnungspolitisch nicht gerade ein liberaler Urknall. Wir haben aber gesagt: nur für eine kurze, befristete Zeit, bis die wirtschaftlichen Probleme dieses Ladens gelöst sind. – Ich höre, sie seien gelöst. Wa-

rum muss dann das Land Hessen weiterhin Anteilseigner an der Höchster Porzellanmanufaktur sein?

(Beifall bei der FDP)

Ich will damit eines deutlich machen: Es gibt eine Vielzahl von Angelegenheiten, bei denen man, die Zahlen beachtend, intelligent schauen und sich fragen muss, ob es nicht sinnvoller wäre, sich von der Beteiligung oder der Immobilie zu trennen, anstatt zusätzlich Schulden zu machen. Denn Sie machen zusätzlich Schulden. Damit das hier im Raum keiner falsch versteht, will ich es noch einmal sagen: Wir reden nicht darüber, dass Roland Koch und sein Kabinett im Jahre 2004 weniger Schulden machen wollen. Vielmehr reden wir nur darüber, dass nicht mehr ganz so viele Schulden gemacht werden. Schulden werden also auf alle Fälle gemacht werden. Sie liegen in der Größenordnung von 800 Millionen €. Das ist die jetzt genannte Zahl. Das wird auf alle Fälle zunächst einmal obendrauf kommen. Ich hatte vorhin schon etwas dazu gesagt. Herr Ministerpräsident, ein anderes Bild versucht nur noch die Propagandaabteilung aufrechtzuerhalten. Der Rest der Truppe weiß schon, dass das so nicht funktioniert.

Zum Personal will ich nichts mehr sagen. Ich habe eben schon bei den Kollegen Walter und Al-Wazir angemahnt, dass bei uns eine Gebühr für die Nutzung des Wortes Personalmobbingagentur zu zahlen ist. Denn das ist dafür das richtige Wort. Es wurde von Roland von Hunnius, einem Mitglied der FDP-Fraktion, erfunden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Er wollte damit beschreiben, dass man mit den Menschen nicht so umgehen kann, wie man es zurzeit macht. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil man weiß, dass die Festlegung der Zahl, wie viele Menschen eine Behörde einzubringen hat, relativ gegriffen ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur darauf verweisen, dass die Regierungspräsidien eine bestimmte Zahl an Personal einzubringen haben, ohne dass jemand genau weiß, warum gerade in dieser Höhe und nicht in einer anderen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss meiner Rede für die FDP-Fraktion noch Folgendes sagen. Obwohl ich eine Stunde Redezeit hatte, muss ich sagen: Die Zeit rast. – Lieber Franz Josef, ich habe mein Versprechen nur bedingt gehalten.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU) und Frank Gotthardt (CDU): Nicht eingehalten!)

Ich werde jetzt aber bald zum Schluss meiner Rede kommen.

Ich möchte auf das zurückkommen, was ich zu Anfang meines Redebbeitrags gesagt habe. Die Debatte hat gezeigt, dass wir endlich alle gemeinsam das Problem angehen sollten, dass der Haushalt konsolidiert werden muss. Ich sage ganz bewusst: Die FDP-Fraktion hat bereits im Mai dieses Jahres dem Ministerpräsidenten angeboten, gemeinsam einen Weg zur Lösung der finanziellen Probleme zu suchen. Ich lese mit Zufriedenheit, dass jedenfalls der Regierende Bürgermeister von Berlin, der sich in einer anderen Situation als Roland Koch befindet – das ist mir schon klar –, das Angebot der Opposition, das dort auch von der FDP vorgebracht wurde, angenommen hat.

Warum sind wir uns eigentlich zu fein, so etwas zu tun? – Ich schaue jetzt einmal Lothar Klemm und Roland Koch an. An anderer Stelle schaffen wir das doch ohne Probleme. Man kann eine gemeinsame Sprache finden und das Notwendige gemeinsam umsetzen. Vor 48 Stunden

haben wir das das letzte Mal getan. Warum müssen wir hier immer mit Gegenüber spielen? Auf der einen Seite sitzt die Regierung, die behauptet, sie mache immer alles richtig. Auf der anderen Seite sitzen die Vertreter der Opposition, die sagen, die Regierung mache alles falsch. Jetzt gibt es eine neue Art der Opposition, die sagt: Eine Vielzahl von dem, was die Regierung macht, ist richtig, aber in einigen Punkten muss die Regierung deutlich umsteuern. – Warum können wir uns nicht endlich einmal von der Vorstellung verabschieden, zu meinen, Politik müsse immer gegen die Parteien der anderen Couleur gemacht werden?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident, ich darf für die FDP-Fraktion festhalten: Obwohl wir ein halbes Jahr lang nach dem Motto vorgeführt wurden: „Wir brauchen eure Mitarbeit nicht, ihr habt keine Alternativen“, sind wir Liberalen weiterhin bereit, auch aus der Opposition heraus für eine bessere finanzielle Situation des Landes Hessen einzutreten. Wir erkennen, dass seit dem Februar bzw. dem April dieses Jahres die hessische Politik deutlich weniger aktiv und deutlich mutloser geworden ist. Wir führen das darauf zurück, dass die treibende Kraft, die FDP, in dieser Regierung fehlt. Wir arbeiten daran, dass das wieder anders wird. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Hahn, vielen Dank. – Ich darf nunmehr Herrn Dr. Jung für die CDU-Fraktion das Wort erteilen. Herr Dr. Jung, bitte schön.

(Beifall des Abg. Frank Gotthardt (CDU) – Frank Gotthardt (CDU): Franz Josef, der Beifall ist für dich!)

Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wer im Rahmen der Generalaussprache zum Entwurf des Einzelplans des Ministerpräsidenten heute Morgen die Redner der Opposition gehört hat – ich meine hier insbesondere die der SPD und der GRÜNEN –, der konnte feststellen, dass der Wähler am 2. Februar 2003 richtig entschieden hat, als er uns mit der absoluten Mehrheit ausgestattet hat.

(Beifall bei der CDU)

Wir nehmen mit diesem Haushaltsentwurf unsere Verantwortung wahr.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ei, ei, ei!)

Wir legen mit diesem Haushalt für das nächste Jahr die entscheidende Grundlage für eine erfolgreiche Landespolitik. Wir werden damit unser Land weiter nach vorne bringen. Dieser Haushaltsgesetzentwurf zeichnet sich ertens dadurch aus, dass wir unsere Wahlversprechen einhalten. Zweitens setzen wir damit das Regierungsprogramm um. Drittens nehmen wir mutige Einschnitte vor, um damit eine solide Finanzierungsgrundlage für eine sichere Zukunft des Landes Hessen zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ei, ei, ei!)

Natürlich haben wir mit diesem Haushaltsgesetzentwurf auch auf die schwerste wirtschaftliche und finanzielle Krise in der Geschichte Deutschlands nach dem Krieg reagiert. Wir setzen uns damit auch von den falschen Prognosen mit finanziellen Auswirkungen ab, die der Bundesfinanzminister im Hinblick auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands vorgenommen hat. Sie wissen, dass wir im Gegensatz zum Bundesfinanzminister, der ein Wirtschaftswachstum um 2 % angenommen hat, nur von einer Steigerung um 1 % ausgehen.

(Norbert Schmitt (SPD): 1,7 %!)

Damit befinden wir uns auf der sicheren Seite. Wenn mehr erreicht werden kann, wird sich das positiv auf die finanzielle Entwicklung dieses Landes auswirken. Das ist der richtige Weg. Das ist besser, als zu gute Zahlen anzunehmen und hinterher immer wieder feststellen zu müssen, dass die Schulden weiter wachsen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Walter, Sie hatten das angesprochen. Ich denke, das ist schon ein Punkt, mit dem man sich auseinander setzen muss. Es ist die Frage zu stellen, warum wir eigentlich feststellen müssen, dass die Situation hinsichtlich der Einnahmen genauso ist, wie sie im Jahr 1998 war, obwohl wir den Haushaltsgesetzentwurf für das Jahr 2004 beraten. Ich denke, man kommt nicht drum herum, sich die Gründe deutlich vor Augen zu führen. Das hängt damit zusammen, dass die Länder und auch die Kommunen das, was die Bundesregierung an fehlerhafter rot-grüner Politik gemacht hat, in finanzieller Hinsicht auszubaden haben. Die Wahrheit ist doch die: Rot-Grün steht in Deutschland nicht für Aufschwung, sondern für Abschwung und Niedergang. Das müssen wir uns hier in Hessen vergegenwärtigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie bestreiten noch immer die unmittelbaren Auswirkungen der schlechten Einnahmesituation. Ich denke, das wird aber deutlich, wenn man sich auch nur ganz kurz einmal die Bilanz der Politik der rot-grünen Bundesregierung vor Augen führt, wie sie sich derzeit darstellt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht schon wieder! – Lachen bei der CDU)

– Herr Kollege Kaufmann, ich kann verstehen, dass Sie das nicht gern hören. Denn eines muss man dazu sagen – insofern verstehe ich die Vertreter der SPD –: Sie haben das, was in Berlin geschieht, genauso mit zu verantworten. Sie sind für das Fiasko dieser Politik genauso verantwortlich. Das Fiasko zeigt sich in der Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Es hat drei Jahre lang kein Wachstum gegeben. Heute konnte man lesen, dass in den Vereinigten Staaten von Amerika ein Wirtschaftswachstum von 8,2 % zu verzeichnen ist.

Ein Vergleich innerhalb Europas zeigt, dass es nicht so ist, dass im Grunde genommen das alles von einem Faktor abhängig ist. Herr Kollege Walter, Sie haben das auch gesagt. Das fand ich schon ein Stück weit abenteuerlich. Sie wollen das jetzt alles auf die Wiedervereinigung schieben. Dazu muss ich schon sagen: Es ist absurd, die Wiedervereinigung für die wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in

Deutschland verantwortlich zu machen, die in der falschen Politik der rot-grünen Bundesregierung begründet sind. Ich finde, dieser Vorwurf gehört deshalb auch zurückgewiesen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens möchte ich festhalten: Es sind keine 3,5 Millionen Arbeitslosen, wie Ihr Bundeskanzler versprochen hat. Vielmehr läuft das schon wieder auf 4 Millionen Arbeitslose hinaus.

(Jürgen Walter (SPD): In Hessen geht das am schnellsten!)

– Herr Kollege Walter, Arbeitslose werden nicht dadurch vermittelt, dass man 1,3 Millionen € für Beraterverträge ausgibt. Arbeitslose werden vermittelt, indem man die Rahmenbedingungen so verändert, dass sie wieder in Arbeit kommen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Drittens. Voraussichtlich werden wir dieses Jahr einen Rekord an Konkursen – heute nennt man dies Insolvenzen – zu verzeichnen haben. Es läuft auf 50.000 Insolvenzen in Deutschland zu.

Viertens. Wir haben zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands eine Kürzung der Renten zu verzeichnen. Meine Damen und Herren, auch das gehört zu Ihrer Bilanz. Auch darüber muss man reden.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben den höchsten Schuldenstand, den es in Deutschland je gegeben hat. Der Bundesfinanzminister hat für dieses Jahr Schulden in Höhe von 18,9 Milliarden € prognostiziert. Am Ende wird es auf 43 Milliarden € hinauslaufen. Eigentlich müsste er sofort seinen Hut nehmen. Denn auch dadurch wird deutlich, dass er eine falsche Politik zu verantworten hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde, der Gipfel ist das, was wir gestern in Brüssel erlebt haben, dass wir auf der Anklagebank in Europa sitzen, wo wir doch alles dafür getan haben und es auch gegenüber unserer Bevölkerung überzeugend zu begründen versucht haben, dass der große Wert der Stabilität der D-Mark in die Stabilität des Euro übergeführt wird und dafür eine Grundlage geschaffen werden muss, der Stabilitätspakt. Dass er jetzt von Ihnen zerstört wird, das ist eine unverantwortliche Politik, die gerade jetzt von der Bundesregierung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern betrieben wird.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Fortgesetzte Zitate des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Walter, wer sich diese Bilanz anschaut und sich die Auswirkungen bei uns vor Augen führt, kann nur sagen: Wir sind das Schlusslicht in Europa. Wir sind der Bremsklotz in Europa. Wir zerstören den Stabilitätspakt. – Ein Bundeskanzler, der eine solche Bilanz hat, dürfte nicht nur achtmal mit seinem Rücktritt drohen, der muss es endlich tun, damit wir in dieser Republik neu anfangen können.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Hahn, ich denke, Sie stimmen mit mir überein – den Satz wiederhole ich –: Das beste Konjunkturprogramm für Deutschland wäre eine neue Regierung in Deutschland unter der Ver-

antwortung der Union und unter Beteiligung der Liberalen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Unter Verantwortung von beiden! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt bitte ein Wort zum Haushalt!)

Herr Kollege Walter, jetzt der zweite Punkt zur Situation der Parteien. Dass Sie das angesprochen haben, das wundert mich sehr. Denn Sie haben gerade einen SPD-Parteitag durchgeführt, zu dem der Kanzler vorher gesagt hat, es werde ein Parteitag des Aufschwungs. Aber er endete im Intrigantenstadel und im Grunde genommen mit einem Fertigmachparteitag. Es ist doch ein Armutszeugnis, was die SPD da festzustellen hat.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, Herr Walter, als Sie es gerade gesagt haben, ist mir eingefallen, dass ein berühmter Fußballtrainer einmal gesagt hat: Ich habe fertig. – Ich habe den Eindruck, das ist zurzeit auch die Situation der SPD. Wissen Sie, eine 25 %-Partei hat nicht mehr die Voraussetzung, Deutschland zu regieren und in eine gute Zukunft zu führen. Das muss man in diesem Zusammenhang auch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben angesprochen, der Ministerpräsident habe den Zenit überschritten. Wissen Sie, wir haben am 2. Februar über 48 % gehabt und damit die absolute Mehrheit bekommen. Nach den neuesten Umfragen haben wir derzeit 52 % und Sie 28 %. Wie Sie jetzt dazu kommen können, dass wir den Zenit überschritten hätten, dazu muss ich sagen, da fehlt mir jede Logik.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, eine letzte Passage dazu. Ich streite jetzt nicht über Wahlergebnisse von Generalsekretären oder über irgendwelche Stimmzettel, die gedruckt wurden. Aber man sollte sich vor Augen führen, dass diese Bundesregierung einen Superminister für Wirtschaft und Arbeit mit einem Aplomb installiert hat, dass es in Deutschland aufwärts gehe. Jetzt haben die eigenen Ge nossen diesen Mann mit 56 % auf dem Parteitag abgestraft und lassen ihn allein mit der Ausbildungsplatzabgabe. Das macht doch deutlich, wo die Fehlentwicklung der Politik in Deutschland stattfindet, nämlich bei Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Jetzt tut er gerade so, als hätte er ihn gewählt!)

Meine Damen und Herren, gerade deshalb ist es so wichtig, dass wir unsere Verantwortung wahrnehmen und der Ministerpräsident in Person die Interessen unseres Landes im Vermittlungsausschuss wirkungsvoll vertritt, damit wir zu einer Entwicklung kommen, mit der es in Deutschland endlich wieder aufwärts geht.

Lieber Herr Kollege Hahn, ich will eine Bemerkung zu Ihnen machen. Ich finde schon, dass es gut wäre, wenn es gelingen würde, eine vernünftige Steuerreform hinzubekommen, z. B. auf der Grundlage dessen, was Friedrich Merz vorgeschlagen hat und was wir auf dem Parteitag zu beschließen vorhaben, um der Botschaft „einfacher, niedriger und gerechter“ Rechnung zu tragen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hermann Otto Solms!)

Es ist zwingend, dass wir das endlich in Deutschland bekommen, was leider Gottes über Petersberg 1998 von der SPD und dem heutigen Bundeskanzler blockiert worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich füge auch hinzu: Wenn wir jetzt über eine Steuerreform diskutieren, für die ein Finanzierungsvolumen von 15 Milliarden € benötigt wird, und diese großartige Bundesregierung gerade einmal 2 Milliarden € finanziert hat, dann wird deutlich, dass diese Steuerreform mit einer seriösen Finanzierung nichts zu tun hat. Hier muss die Bundesregierung nachlegen. Die völlig falsche Botschaft wäre aber, wenn Sie jetzt beschließen, die Erbschaftsteuer zu erhöhen, oder wenn andere die Vermögensteuer beschließen. – Das ist Gift in einer solchen Debatte, in der es auch darum geht, wieder Kapital in Deutschland zu haben und einen Impuls für Wirtschaft und Beschäftigung in Deutschland zu setzen.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt einmal ein Wort zum Landeshaushalt!)

– Herr Kollege Al-Wazir, ich komme zu all den Punkten, aber das hängt mit der Einnahmefrage zusammen. Denn wenn wir in Deutschland kein Wachstum hinbekommen, dann werden wir in der weiteren Entwicklung und auch beim Schuldenabbau im Hessischen Landtag weitere Schwierigkeiten haben, weil wir dann weitere Einschnitte vornehmen müssen. Unser Ziel muss es sein, Rahmenbedingungen zu verändern, um die Grundlagen dieses Haushalts positiv in die Zukunft zu führen, damit die Einnahmesituation besser wird. Dazu gehört, dass wir in der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik vorankommen, dass wir die Kosten des Gesundheitswesens von den Kosten der Arbeit abkoppeln mit dem Vorschlag unseres Prämiensystems.

Meine Damen und Herren, ich will auch noch etwas dazu sagen, weil es kritisch angemerkt worden ist: Ich finde, der Ministerpräsident hat gemeinsam mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten einen großartigen Vorschlag erarbeitet, um endlich zu einem wirksamen Abbau von Subventionen in Deutschland zu kommen. Andere haben jahrelang nur darüber geredet, er hat es gemacht. Deshalb ist das positiv in der Entwicklung, die unseren Beitrag in Deutschland darstellt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Kollege Walter, ich möchte noch etwas aufnehmen, was Sie kritisch angemerkt haben. Ich finde, wir haben es gerade dem Einsatz unseres Ministerpräsidenten zu verdanken, dass dem Fehler bei der Körperschaftsteuer begegnet wird, der sich heute noch bei uns auswirkt. Obwohl wir im Jahr 2000 gegen diese Steuerreform gestimmt haben, haben wir die Entwicklung, dass wir von 2001 auf 2002 einen Rückgang von 1,74 Milliarden € bei den Einnahmen in Hessen zu verzeichnen haben. Deshalb war es dringend geboten, hier Korrekturen herbeizuführen. Ich denke, es ist dem Ministerpräsidenten mit seinem Einsatz gelungen, dass diese Korrekturen herbeigeführt worden sind.

Meine Damen und Herren, wenn man noch ein letztes Argument dafür braucht, wie falsch die bundespolitischen Prognosen sind: Wenn die Zahlen von Herrn Eichel gestimmt hätten, hätten wir in diesem Haushalt ein Einnahmeplus von 1,5 Milliarden €. Wir müssten nicht über

1 Milliarde € Einsparungen reden, wenn diese Prognose eingetreten wäre, die der Bundesfinanzminister selbst im Hinblick auf unsere eigene Einnahmesituation entwickelt hat.

(Beifall bei der CDU – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wir sollten trotzdem darüber reden!)

Wer dann noch davon reden kann, das habe alles nichts mit Berlin und der Bundespolitik zu tun, dem fehlt jede Einsichtsfähigkeit in Rahmenbedingungen, die gerade durch die Bundespolitik für unser Land gesetzt werden.

(Frank Gotthardt (CDU): Hans Eichel ist schon ein guter Mann, aber an der falschen Stelle!)

Meine Damen und Herren, ein letzter Gedanke, der einen Bezug hierzu hat und der deutlich macht, wie wir mittlerweile dastehen. Herr Kollege Walter, Sie haben den Länderfinanzausgleich angesprochen. Wissen Sie, von 1970 bis heute gab es unterschiedliche Regierungen. Aber von 1970 bis heute sind wir in etwa pari bei Zahlungen in den Länderfinanzausgleich und beim Schuldenstand. Wir haben so viel in den Länderfinanzausgleich gezahlt, wie dieses Land Schulden gemacht hat.

Aber wenn Sie die Zahlen von 1999 bis heute nehmen: Seit der Zeit, in der wir regiert haben, haben wir 9,9 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich eingezahlt, während Schulden von 4,4 Milliarden € entstanden sind. Wenn Sie so wollen, haben wir einen Überschuss von 5,5 Milliarden €. Allein aus dieser Zahl wird deutlich, wie vernünftig und wirtschaftlich positiv diese Regierung gearbeitet hat. Wenn wir diese Zahlungen nicht hätten verkraften müssen, bräuchten wir über die Rahmenbedingungen, die sich im Hinblick auf das Einsparvolumen bei diesem Haushalt stellen, wahrlich nicht zu reden. Aber der Vergleich von 1970 bis heute und von unserer Regierungszeit bis heute macht deutlich, wo die Unterschiede sind. Auch das gehört zum Thema.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, trotz dieser Rahmenbedingungen, die ich beschrieben habe – Herr Kollege Al-Wazir, Sie können es noch so lange bestreiten –, befindet sich dieses Land in Deutschland weiterhin in einer Spitzenposition. Ich denke, auch und gerade in der wirtschaftlichen Entwicklung sind wir weiterhin in der Spitzenposition, auch bei der Frage, wie sich die Situation der Arbeitslosigkeit insgesamt darstellt, aber auch bei der Steuerquote. Sie können andere Zahlen nehmen.

Wir reden jetzt über den Haushalt des Ministerpräsidenten. Dazu möchte ich von meiner Warte aus und für meine Fraktion sagen: Wir sind diesem Ministerpräsidenten dankbar für die Art und Weise, in der er sich für dieses Land einsetzt, um es nach vorne zu bringen, und dafür, dass er hier positive Akzente setzt. Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für Ihre Leistung im Interesse des Landes Hessen.

(Beifall bei der CDU)

Es läuft einfach besser in Hessen.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das ist die Wahrheit, auch wenn Sie das nicht hören wollen. Herr Al-Wazir, ich komme gleich sehr konkret auf Sie zurück. Die „Wirtschaftswoche“, die Sie vielleicht nicht so oft lesen – das kann sein –, hat festgehalten, dass gerade dieses Bundesland in diesem Jahr am besten gewirtschaftet hat. Sie hat für das Jahr 2004 prognostiziert, dass wir

uns an der Spitze aller Flächenländer befinden werden, was die wirtschaftliche Entwicklung anbelangt. Das sind Punkte, die Sie offensichtlich zwar nicht zur Kenntnis nehmen, wenn Sie solche Zwischenrufe machen, die aber trotzdem der Wahrheit entsprechen und auf einer richtigen Prognose beruhen.

(Frank Gotthardt (CDU): Einmal die „Wirtschaftswoche“ lesen, nicht nur „Micky Maus“!)

Mit unserer „Operation sichere Zukunft“ legen wir die Grundlage für die finanzpolitische Solidität und bürden unseren Kindern keine weiteren Schulden auf. Herr Al-Wazir, auch wenn Sie das nicht hören wollen – ich komme gleich darauf zurück –: Unsere „Operation sichere Zukunft“ ist alternativlos. Sie weist nämlich den Weg in die richtige Richtung, um Hessen wieder nach vorne zu bringen.

(Beifall bei der CDU – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein!)

Was ist denn Ihr Vorschlag? Sehen wir uns Ihren Vorschlag einmal konkret an. Sie empfehlen die Wiedereinführung von Hessensteuern, sprich: Sondersteuer Grundwasserabgabe. Ihr großer Einsparrahmen ist der Verfassungsschutz.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

Meine Damen und Herren, auch wenn Sie es noch nicht gemerkt haben: Gerade in der heutigen Zeit, angesichts der Herausforderungen durch den Terrorismus, wäre es unverantwortlich gegenüber den Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger, beim Verfassungsschutz Einsparungen vorzunehmen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SDP: So ein Quatsch!)

Herr Al-Wazir, ich fordere Sie von diesem Pult aus auf, die persönliche Beleidigung gegenüber dem Ministerpräsidenten, die Sie hier ausgesprochen haben – ich zitiere wörtlich: „Fähnleinführer des Blockadegeschwaders“ –, zurückzunehmen und sich bei ihm zu entschuldigen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Dieser Stil fällt auf Sie zurück. Wer in der politischen Debatte noch ernst genommen werden will, muss solche Entgleisungen aus der Welt schaffen, Herr Al-Wazir.

Herr Kollege Schmitt, ich nehme auch die Vorschläge der SPD auf. Was sind denn Ihre Vorschläge? Die SPD hat in einer Pressekonferenz nach der Klausurtagung – zugegebenermaßen liegen die Anträge noch nicht vor; Sie haben das gesagt – erstens angeregt, die Erbschaftsteuer zu erhöhen. Dabei rechnen Sie mit entsprechenden Einnahmen. Zweitens schlägt die SPD vor, die Schule für Hochbegabte, die im August auf dem Hansenberg eingeweiht worden und in Betrieb gegangen ist, wieder abzuschaffen.

(Norbert Schmitt (SPD): Jawohl!)

Die SPD zeigt damit, dass sie aus ihrem Denken, das auf Gleichmacherei abzielt, immer noch nicht herausgekommen ist.

(Beifall bei der CDU)

Wer in den hessischen Schulen Qualität will, braucht auch eine Schule für Hochbegabte. Deshalb ist unsere Entscheidung richtig, und wir werden sie auch weiterhin umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zu unseren Anträgen will ich nur Folgendes sagen – nachher haben wir die Einzelplanberatungen –: Die Fraktion trägt die Entscheidung für die „Operation sichere Zukunft“ mit, weil sie sie vom Grundsatz her für notwendig erachtet, um eine solide finanzpolitische Grundlage für unseren Haushalt zu schaffen. Aber wir haben auch einzelne Korrekturen vorgenommen. Wir wollen z. B. die Entscheidung in Bezug auf das Blindengeld korrigieren.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

Wir sind der Auffassung, dass wir gegenüber unseren blinden Mitmenschen eine besondere Verantwortung haben. Das Blindengeld soll daher nicht auf 409 €, sondern auf 503 € reduziert werden. Frau Kollegin Dörr wird das nachher im Einzelnen begründen.

Wir wollen unser Engagement für die Behinderten in unserer Gesellschaft verbessern. Wir wollen Frauen in sozialer Notlage helfen, und wir wollen auch Veränderungen bei der Landwirtschaft vornehmen; denn im Hinblick auf die Landschaftspflege und auf den Einsatz, den die Landwirte vor Ort für unser Land erbringen, ist es notwendig und wichtig, hier einen weiteren Akzent zu setzen. Aber es bleibt trotzdem dabei, dass das Einsparvolumen in Höhe von über 1 Milliarde € erreicht wird.

Das bedeutet natürlich auch eine enorme Kraftanstrengung. Wir haben über Arbeitszeiten gesprochen. Wenn ein privates Unternehmen eine Einnahmesituation wie im Jahr 1998 hätte, könnte es entweder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen – das haben die Banken zu Tausenden gemacht –, oder es könnte denselben Weg wie Opel gehen. Herr Kollege Walter, ich wundere mich immer über Ihr Beispiel. Opel hat nicht nur die Arbeitszeit reduziert, sondern auch Kürzungen bei Lohn und Gehalt vorgenommen.

(Jürgen Walter (SPD): Die haben sich mit ihren Mitarbeitern zusammengesetzt! Sie haben das nicht getan! Deshalb demonstrieren die Leute jetzt gegen Sie!)

Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Lande Hessen ist es lieber, etwas mehr Arbeit zu leisten, als dass Lohn und Gehalt reduziert werden. Das ist auch eine Wahrheit, die in dem Zusammenhang gesagt werden sollte.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben im öffentlichen Dienst in dieser Zeit eine Steigerung von insgesamt 726 Millionen €. Deshalb müssen wir hier auch einen höheren Beitrag verlangen. Wir fahren die Verwaltungskosten um 7,5 % zurück. Wir müssen einen Teil der Gebühren erhöhen, und wir müssen die freiwilligen Leistungen um ein Drittel kürzen. Aber das soziale Netz und die soziale Infrastruktur im Lande Hessen bleiben selbstverständlich erhalten.

Es wird immer verschwiegen und auch bei den Demonstrationen nicht erwähnt, dass die Sozialministerin einen wesentlichen Bereich überhaupt nicht tangiert hat: Die Offensive für Kinderbetreuung bleibt unangetastet. Die Arbeitsmarktprogramme bleiben unangetastet. Die Sprachförderung, die Frühförderung Behindeter und die Altenpflegeausbildung: Sie alle bleiben unangetastet. Wer dann durch das Land zieht und sagt, das sei sozialer Kahlenschlag, der verunsichert die Bürgerinnen und Bürger. Im Grunde genommen verkündet er bewusst die Unwahr-

heit; denn das, was wir hier tun, ist die Voraussetzung, um das soziale Netz und die Infrastruktur im Lande Hessen auch in Zukunft zu erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Wer das bestreitet, muss sich einmal die Zahlen anschauen. Der Landesanteil bei den Erziehungsberatungsstellen in kommunaler Trägerschaft liegt bei 4 bis 16 %. Bei den freien Trägern sind das 7 bis 30 %. Glauben Sie ja nicht, dass diese Kürzungen den Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion leicht fallen. Wir begeben uns natürlich in die Diskussion darüber. Aber wir werden gemeinsam dafür Sorge tragen, dass das soziale Netz erhalten bleibt.

Dazu gehört ebenfalls das Thema Studiengebühren. Ich habe manchmal den Eindruck – mir liegen Schreiben von Studenten vor –, dass die Dinge teilweise völlig durcheinander gehen.

Erstens. Um unser Anliegen noch einmal deutlich zu machen: Wir führen keine allgemeinen Studiengebühren vom ersten Semester an ein. Wir erheben vielmehr einen Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 50 € pro Semester.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Zweitens. Wir reden über Langzeitstudiengebühren. An diesem Punkt verstehe ich die Sozialdemokraten überhaupt nicht mehr. Diejenigen, die sich immer die soziale Gerechtigkeit auf die Fahne schreiben, sind im Grunde genommen nicht bereit, nachzuvollziehen, dass jemand, der eine Regelstudienzeit von beispielsweise acht Semestern nicht einhält und dann noch einmal vier Semester gebührenfrei studieren kann – also die Hälfte der für die Regelstudienzeit vorgesehenen Semesterzahl –, ab dem 13. Semester einen Beitrag leisten muss. Ich halte diesen Beitrag für ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das mit ihren Steuern finanzieren.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Deshalb bleibt es unser Ziel, dies umzusetzen. Ich kann nur sagen, dass die Aktionen, die jetzt in teilweise rechtswidriger Art und Weise von dem einen oder anderen Studenten durchgeführt werden, mit Nachdruck zurückgewiesen werden. Wenn auch noch versucht wird, zu blockieren und dadurch die Ausbildung an den Hochschulen unmöglich zu machen, wirken die Studenten im Grunde genommen ihrem Anliegen entgegen, eine ordentliche Ausbildung zu bekommen. Ich denke, dass wir in diesem Zusammenhang deutlich machen müssen, dass es ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit ist, Langzeitstudiengebühren einzuführen.

In dieser Debatte ist noch gar nicht angesprochen worden – deshalb will ich das jetzt erwähnen –, dass es bei der „Operation sichere Zukunft“ nicht darum geht, dass irgendjemand seine Gehaltserhöhungen, die er infolge der Tarifabschlüsse bekommen hat, zurückgeben muss oder in diesem Jahr gar nicht erhält. Die einzigen, die keine Gehaltserhöhungen bekommen, sind die Abgeordneten des Hessischen Landtags. Normalerweise stünde uns nach den Tarifabschlüssen eine Erhöhung unserer Bezüge um durchschnittlich 2,87 % zu. Die Abgeordneten haben aber entschieden, dass sie auf diese Erhöhung verzichten, um deutlich zu machen, dass sie ihren Beitrag zu der „Operation sichere Zukunft“ leisten und damit vorbildlich handeln. Auch das gehört zu dieser Debatte.

Ich sage das, damit die Debatte in der Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang nicht falsch geführt wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, dass auch deutlich wird, dass wir mit der Erhöhung der Arbeitszeit auch ein Mehr an Stunden erreichen – ein Mehr an Unterrichtsstunden bei den Lehrerinnen und Lehrern, aber auch ein Mehr an Stunden bei der Polizei.

Bei den Lehrerinnen und Lehrern kann man ausrechnen, dass der gesamte Stundenzuwachs dem Äquivalent von 1.300 Lehrerinnen und Lehrern entspricht. Wenn man davon ausgeht, dass im nächsten Jahr etwa 1.000 Lehrer aus dem Dienst ausscheiden werden, haben wir immer noch einen Zuwachs um ca. 300 Lehrerinnen und Lehrern an den hessischen Schulen.

Bei der Polizei entspräche, theoretisch gerechnet, das Mehr an Arbeitsstunden einem Äquivalent von 1.100 Polizeibeamtenstellen. Man muss aber deutlich machen, dass diese Rechnung infolge des Abbaus von Überstunden so nicht aufgeht. Trotzdem bin ich sicher, dass wir in den nächsten drei Jahren über 500 Polizeibeamte mehr haben werden. Auch das gehört zu der Debatte, weil es zusätzliche Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger bringt und weil wir damit all das korrigieren, was SPD und GRÜNE in ihrer unverantwortlichen Politik bis zum Jahre 1999 gemacht haben. Deshalb gilt für uns weiterhin: versprochen – gehalten.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will die drei zentralen Punkte noch einmal aufnehmen, weil sie mit diesem Haushalt letztlich fortentwickelt werden.

Die Bildungspolitik bleibt die Priorität Nummer eins. Im nächsten Jahr werden mehr Unterrichtsstunden erteilt. Ich habe es gerade dargestellt. Bei dem einen oder anderen gerät offensichtlich in Vergessenheit, dass pro Woche 100.000 Unterrichtsstunden ausgefallen sind, bevor wir die Regierung übernommen haben. Wir haben die Unterrichtsgarantie erfüllt, und wir werden jetzt die Qualitätsgarantie in der Schule umsetzen. Das ist eine Grundlage dieses Haushalts. Das ist unsere Politik, die wir für die Schülerinnen und Schüler in Hessen positiv umsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch das Thema „Familie, Kinderbetreuung, Möglichkeiten der Partnerschaft“ hängt unmittelbar mit dem Umfang an Betreuungsangeboten zusammen, die wir an den Schulen machen. Als wir die Regierung übernommen haben, gab es 288 betreuende Schulen in Hessen. Wir haben mittlerweile über 1.000 betreuende Grundschulen.

Wir haben im Hinblick auf die Qualität der Schulen jetzt dafür gesorgt, dass nur noch die Schülerinnen und Schüler in die Grundschule kommen, die Deutsch sprechen und Deutsch verstehen können. Meine Damen und Herren, das hat sehr viel mit Qualität zu tun, denn die Kinder, die in die Schule kommen und nichts verstehen, leiden unter diesem Zustand, und die Kinder, die Deutsch verstehen, leiden darunter, dass ihre Klassenkameraden kein Deutsch verstehen. Deshalb ist das ein Beispiel von Qualität an den Schulen, dass wir über 600 Sprachförderkurse anbieten, damit die Kinder, die in die Schule kommen, der deutschen Sprache mächtig sind und am Unterricht teil-

nehmen können. Eine der Grundlagen dieses Haushalts ist, dass diese Politik fortgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU)

Damit eng verbunden ist die Einführung der Abschlussprüfungen in den Haupt- und Realschulen im nächsten Jahr sowie von vergleichenden Prüfungen und von Orientierungsarbeiten an den Grundschulen. Ich habe auch die Schulen für Hochbegabte angesprochen.

Meine Damen und Herren, der Hochschulpakt wird fortgesetzt. Das sollte doch einmal gesagt werden. Der Wissenschaftsetat wird um nur 1,9 % reduziert. Wenn man das mit den anderen Einschnitten vergleicht, kann man wahrlieh nicht von einem „Zurückfahren“ sprechen. Dieser Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst ist der zweitgrößte seiner Art in Hessen. Aus ihm wird unter anderem die Forschung in Hessen finanziert. Herr Kollege Hahn, Sie sollten an dieser Stelle den Vorwurf der Heuchelei gegenüber dem Ministerpräsidenten zurücknehmen. Dieser Haushalt ist ein Beispiel dafür, dass wir weiterhin eine positive Forschungs- und Hochschulpolitik betreiben. Deshalb gilt der Hochschulpakt als eine der Grundlagen dieses Haushaltes fort.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Schwerpunkt war die innere Sicherheit. Wir haben ein Mehr an innerer Sicherheit. Ich habe das am Beispiel der Mehrstunden bei der Polizei dargelegt. Wir haben aber auch – gegen den Widerstand von SPD und GRÜNEN – den freiwilligen Polizeidienst eingeführt. Mittlerweile reißen sich die Gemeinden darum, dass der freiwillige Polizeidienst ausgebaut wird.

(Günter Rudolph (SPD): Er ist trotzdem Unsinn! Unsinn bleibt Unsinn!)

Auch das tun wir mit diesem Haushalt. Der freiwillige Polizeidienst bringt ebenfalls ein Mehr an Sicherheit für unsere hessischen Bürgerinnen und Bürger. Deshalb wird dieser positive Impuls fortgesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Kollege Rudolph, das gilt genauso für die Videoüberwachung. Auch der Umfang der Videoüberwachungen wird ausgebaut. Das haben wir damals gegen Ihren Widerstand im Hessischen Landtag beschlossen. Wir haben außerdem die Verbesserung der Rechtsgrundlagen für die Polizei besprochen. Ich erwähne die technischen Neuerungen, die dazu dienen, die Kriminalität besser bekämpfen zu können.

Ich komme zum Bereich Justiz. Regelvollzug ist der geschlossene Vollzug. Der erste Spatenstich für das teilweise privat finanzierte Gefängnis in Hünfeld ist erfolgt.

(Zurufe von der SPD)

Ich erwähne die Möglichkeiten der DNA-Analyse. Sie sehen, dass wir mit diesem Haushalt weitere Grundlagen dafür legen, Hessen sicherer zu machen. Damit halten wir ebenfalls ein Wahlversprechen ein.

(Beifall bei der CDU)

Der letzte Punkt, den ich herausgreifen will, betrifft die Wirtschaft und die Arbeitsplätze. Herr Kollege Walter, ich fand es schon ein starkes Stück, den ehemaligen Ministerpräsidenten Eichel als einen besonderen Schaffer von Arbeitsplätzen in diesem Lande darzustellen.

(Zurufe von der SPD)

Ich erinnere mich noch gut daran, dass aufgrund rot-grüner Entscheidungen 5.000 Arbeitsplätze in Hanau vernichtet wurden. Wie war das mit der Entwicklung der Biotechnologie in Hessen?

(Zurufe von der SPD)

Wir bauen jetzt die A 44. Die deutsche Einheit gibt es nun schon seit über zehn Jahren, aber in Hessen war man aufgrund der rot-grünen Politik nicht in der Lage, eine West-Ost-Verbindung zu bauen, die die wirtschaftliche Entwicklung Nordhessens vorangebracht hätte. Das war Ihr Versagen, und deshalb ist es absurd, heute derartige Behauptungen aufzustellen, wie Sie es getan haben.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Wir werden mit unseren Anträgen einen Beitrag zu einer weiteren perspektivischen Entwicklung des Frankfurter Flughafens leisten. Wir sehen nämlich vor, Verpflichtungsermächtigungen für den Flughafen Frankfurt-Hahn auszubringen, weil der Flughafen Frankfurt-Hahn ein Stück weit das Mediationsergebnis gewährleistet. Wir haben deutlich gesagt, dass mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens die Umsetzung des Nachtflugverbotes verbunden ist. Wenn man das Nachtflugverbot umsetzen will, dann braucht man eine Ausweichmöglichkeit in Gestalt des Flughafens Frankfurt-Hahn. Deshalb gehört das zusammen.

Die Jobmaschine Frankfurter Flughafen ist also eine entscheidende Grundlage für die Arbeitsplätze in unserem Land. Die Mediationsgruppe hat von 100.000 bis 200.000 Arbeitsplätzen gesprochen. Ich bleibe bewusst bei der geringeren Zahl, bei 100.000 Arbeitsplätzen, und frage: Welches Unternehmen, welche Regierung in Deutschland hat die Chance, über die Zukunft von 100.000 Arbeitsplätzen zu entscheiden? Wir haben aufgrund des Frankfurter Flughafens die Rahmenbedingungen, eine derartige Entscheidung treffen zu können, und wir werden sie positiv treffen. Ich fordere Sie alle auf, diesen Beschluss mitzu tragen, weil er eine entscheidende Weichenstellung für die Zukunft der Arbeitsplätze in unserem Lande darstellt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Sie sind gerade dabei, es zu verhindern!)

Herr Kollege Walter, der Herr Ministerpräsident hat Ihre Aussagen zum Landesstraßenbau bereits kommentiert. Ich habe eben das Beispiel A 44 angeführt.

Wir haben damals, auch unter Mitwirkung der FDP und des Kollegen Posch, den Anteil verdoppelt. Wir haben gerade in diesem Bereich des Landesstraßenbaus einen entsprechenden Impuls gesetzt, weil Sie in unverantwortlicher Weise diesen Haushalt während Ihrer Regierungszeit zurückgefahren haben.

(Jürgen Walter (SPD): Jetzt machen Sie den gleichen Fehler!)

Mit dem Haushalt 2004 wird eine gute Grundlage geschaffen, den Landesstraßenbau weiterhin fortzuentwickeln. Er ist doppelt so groß wie damals zu Ihrer Regierungszeit. Deshalb ist es ein positives Signal, das auch in diesem Bereich gesetzt wird.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Letzter Punkt: Zu der Frage der Unterstützung des Mittelstands und des Handwerks ist in Ihrer Rede zum Ausdruck gekommen, dass dies bei Ihnen nicht Platz

greift. Man muss sich aber immer noch deutlich vor Augen führen, dass dieser Bereich die größte Anzahl von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen in Hessen zur Verfügung stellt. Deshalb setzen wir unsere Politik weiter fort und unterstützen das Handwerk und den Mittelstand, fördern Existenzgründungen – auch das ist Grundlage dieses Haushalts.

Ihre Politik, jetzt eine Ausbildungsplatzabgabe zu beschließen oder den Meisterbrief abzuschaffen, ist der falsche Weg und wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr seid Reformer!)

Mit diesem Haushalt haben wir eine Verantwortung für unser Land, wir haben aber auch eine politische Verantwortung – das Beispiel Vermittlungsausschuss macht es mehr als deutlich –, uns durch positive Entscheidungen im Bundesrat einzubringen. Mir ist es aber auch ein Anliegen, hier noch vorzutragen, dass wir mit diesem Haushalt auch eine Verantwortung in Hinblick auf eine friedliche und freiheitliche Entwicklung in Europa haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen in Europa vor einer entscheidenden Weichenstellung. Wir hatten das Glück, die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit zu erhalten. Konrad Adenauer hat immer gesagt, die deutsche Einheit und die europäische Einigung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Das hat Helmut Kohl weiter fortgesetzt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab auch ein paar andere!)

Aus diesem Grund sind wir auch in der Verpflichtung, hier unseren Beitrag im Hinblick auf die Verfassungsgrundlage, die Grundrechtecharta, aber auch auf die Weiterentwicklung und den Brückenschlag nach Mittel- und Osteuropa zu leisten.

Meine Damen und Herren, wir haben die einzige Landesvertretung, in der nicht nur unsere Partnerregionen Emilia-Romagna und Aquitaine zu Hause sind, sondern auch unsere Partnerregion aus Polen, Wielkopolska. Aus diesem Grund leisten wir einen Beitrag zu einer positiven Entwicklung. Auch das ist Grundlage unserer Politik, die mit diesem Haushalt zum Ausdruck kommt.

Dieser Haushalt ist eine solide Grundlage, damit wir unser Land weiter nach vorne bringen, damit wir unseren Beitrag in Deutschland und Europa leisten und letztlich Hessen in eine gute Zukunft führen. – Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Dr. Jung hatte die Redezeit nicht ausgenutzt, der Applaus hat dies für die CDU wieder ein bisschen ausgeglichen. Herr Dr. Jung, vielen Dank für Ihren Beitrag.

Herr Al-Wazir bittet für eine persönliche Bemerkung gemäß § 81 GOHLT um das Wort.

(Zurufe von der CDU)

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Dr. Jung hat mich aufgefordert, zu einer Äu-

ßerung Stellung zu nehmen und vielleicht zur allgemeinen Güte hier in diesem Zusammenhang zu sprechen.

(Zurufe von der CDU)

Ich weiß nicht, woran Sie bei dem Wort „Fähnleinführer“ gedacht haben, aber ich kann Ihnen sagen, woran ich gedacht habe: Ich habe an Pfadfinder gedacht, und um ganz genau zu sein,

(Zurufe von der CDU: Ach ja!)

ist sogar eine Kindheitserinnerung aus den Micky-Maus-Heften hervorgekommen, nämlich der Fähnleinführer Fieselschweif.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genu so ist es!)

Ich weiß nicht, woran Sie gedacht haben, aber egal was es war, ich habe daran nicht gedacht. – Vielen Dank.

(Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache zu Einzelplan 02 beendet.

Wir kommen gemäß der Tagesordnung zur Aussprache über

Einzelplan 03 – Hessisches Ministerium des Innern und für Sport –

Dazu rufe ich **Tagesordnungspunkt 63** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Einstellungsstopp für die Wachpolizei – Drucks. 16/1194 –

Sie kennen das Verfahren, das verabredet ist: Insgesamt stehen für die Einzelpläne 60 Minuten Redezeit zur Verfügung. Die Fraktionen können diese Redezeit variabel handhaben. Es wird nun am Geschick des Präsidiums liegen, dass diese Einzelbeiträge extra gestoppt und festgehalten werden. Insgesamt werden hier oben am Pult 60 Minuten eingestellt.

Für den Einzelplan 03 hat die CDU 15 Minuten Redezeit beantragt, die SPD zehn Minuten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält sich nicht ganz an die Absprache, die nämlich lautete, die Zeiteinteilung in Fünf-Minuten-Blöcken vorzunehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat acht Minuten Redezeit beantragt, die FDP fünf Minuten. Ich gehe einmal davon aus, dass wir auch acht Minuten einstellen können und nicht nur fünf oder zehn. Wir probieren es einmal. So, die Spielregeln sind klar.

Zum Einzelplan 03 hat für die SPD-Fraktion der Abg. Rudolph für zehn Minuten das Wort.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Entgegen den Ausführungen und Behauptungen des verehrten Herrn Innenministers wird natürlich die „Aktion düstere Zukunft“ auch in Hessen zu Einsparungen bei dem Thema innere Sicherheit führen. Das will ich den Beratungen und Bemerkungen zum Einzelplan 03 vorwegschicken. Es wird zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung der inneren Sicherheit kommen. Der Innenminister kann behaupten, was er will, das ist Fakt.

(Beifall des Abg. Michael Siebel (SPD))

Entgegen seinen vollmundigen Versprechen hat sich in Hessen die Anzahl der Planstellen bei den Polizeivollzugsbeamten in den letzten Jahren kontinuierlich verringert. Während wir 1994 15.100 Stellen zur Verfügung hatten, sind es im Jahr 2003 lediglich 14.388 Stellen bei der Vollzugspolizei. Das bedeutet einen deutlichen Rückgang an innerer Sicherheit.

(Beifall bei der SPD)

Hinzu kommt die Tatsache, dass 173 Planstellen bei der Vollzugspolizei nicht besetzt sind. 244 Stellen werden von Wachpolizisten ausgefüllt. 204 Stellen von Angestellten und 110 von Arbeitern sind nicht besetzt. Das sind keine Zahlen der Opposition, sondern Zahlen dieses Innenministers. Im Ergebnis heißt das: ein deutlicher Rückgang an Sicherheit, weil Polizei präsent sein muss. Diese Präsenz ist damit nicht gewährleistet.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben auch zu verantworten, dass in den letzten Jahren nicht genügend Nachwuchs eingestellt wurde. Wir wissen, dass man bei der Polizei eine dreijährige Ausbildung machen muss. Das bedeutet einen gewissen Vorlauf und macht sich erst im Nachhinein bemerkbar.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Immerhin regieren Sie seit viereinhalb Jahren. Sie hätten schon in Ihrer letzten Regierungsverantwortung Zeit gehabt, die Situation zu verbessern. Auch das haben Sie zu verantworten.

(Ministerpräsident Roland Koch: Wo ist Bökel?)

– Ach, Herr Koch, bleiben Sie doch einmal ganz ruhig. Jetzt reden wir über Ihre Verantwortung und den Haushalt des Innenministers.

Dann kommen wir zu den Bewertungen und Behauptungen, allein durch die Arbeitszeitverlängerung der Polizeibeamten würden rechnerisch, nach Aussage von Herrn Bouffier, 1.100 zusätzliche Stellen gewonnen. Herr Dr. Jung hat eben davon gesprochen, 500 Stellen mehr stunden für die Polizei zur Verfügung. Sie müssen sich jetzt schon einmal einigen, wie viel mehr es sind.

Im Kern bedeutet es nämlich Folgendes: Es wird auf dem Rücken der Polizeibeamten ausgetragen. Die Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet für Polizeibeamte, die im Schichtdienst arbeiten, teilweise eine Belastung von bis zu 15 Tagen im Jahr mehr. Das ist ungeheuerlich für diejenigen, die einen besonders schweren Dienst zu verrichten haben. Das haben Sie, und zwar Sie allein, zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Dann kommt noch die erhebliche Belastung durch viele Überstunden hinzu. Im Moment bewegen wir uns etwa bei 1,5 Millionen Überstunden, die insbesondere auch durch viele Groß- und Sicherheitslagen entstehen. Manchmal hat man den Eindruck, mittlerweile ist jede kleine Demonstration ein Großereignis.

Um das einmal deutlich zu machen: Auf unseren Dringlichen Berichtsantrag in der letzten Sitzung des Innenausschusses, in dem es um die Anhörung zum Gesetzentwurf über die Studiengebühren ging, wurde uns mitgeteilt, es seien 40 Demonstranten gewesen – sicherlich eine riesige Zahl.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die waren so brav!)

Meine Damen und Herren, dafür waren sage und schreibe 370 Polizeibeamte aufgeboten. Nun mag man sagen, das ist ein heikles Thema. Wenn wir dann aber die Großdemo gegen die kochsche Sparpolitik sehen, mit 45.000 Menschen,

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

dann hatten wir dort sage und schreibe 800 Polizeibeamte. – Herr Bouffier, da stimmt die Relation nicht.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Nein, Sie versuchen offensichtlich, unangenehme Protestanten einzuschüchtern, und da steht der Aufwand in keinem Verhältnis zum Ertrag.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Gotthardt (CDU): Herr Rudolph, aber Protestanten werden bestimmt nicht eingeschüchtert!)

Übrigens will ich an dieser Stelle für uns sehr kritisch sagen: Ein Polizeibeamter hat auch nichts im Plenarsaal zu suchen. Er hat nicht festzustellen, wie viele Studenten bei der Anhörung hier anwesend sind. Das ist ausdrücklich nicht die Aufgabe von Polizeibeamten. Ich will das sehr deutlich sagen. Es ist die Aufgabe des Landtagspräsidenten, das Hausrecht auszuüben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nun rühmen Sie sich ja immer dafür, die Wachpolizei sei eine ganz tolle Sache. Sie rühmen sich für den freiwilligen Polizeidienst – eine ganz tolle Sache. Immer mehr Kommunen interessieren sich dafür, übrigens auch SPD-Oberbürgermeister. Das macht es nicht besser. Was falsch ist, bleibt falsch, auch wenn es von SPD-Leuten vertreten wird.

(Beifall des Abg. Michael Siebel (SPD))

Im Kern bedeutet das, Sie besetzen Planstellen mit nicht ausgebildeten Menschen. Das bedeutet im Kern einen Abbau bei der inneren Sicherheit. Wir bleiben bei der These: Wo „Polizei“ draufsteht, muss auch Polizei drin sein, und zwar echte Polizei und keine falsche oder kopierte Polizei.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen: Wie rechtfertigen Sie es eigentlich, dass die Kommunen den freiwilligen Polizeidienst bezahlen müssen – die bekommen ja 7 € pro Stunde –, gegenüber den vielen Tausend Ehrenamtlichen, etwa in den Feuerwehren? Wo ist die Rechtfertigung dafür, dass diejenigen, die in den Feuerwehren auch ihr Leben einsetzen, nichts bekommen, freiwillige Polizeibedienstete aber 7 € pro Stunde, die die Kommunen bezahlen müssen? Das heißt, hier wird ehrenamtliche Tätigkeit völlig unterschiedlich bewertet. Das ist ein ganz falscher Ansatz.

(Beifall bei der SPD)

Sie rühmen sich immer, wie viel Sie für das Ehrenamt tun.

Es gibt bei der Polizei weniger Sachmittel. Das wird sich auswirken. – Nun sagen Sie immer: Macht ein paar Einsparungsvorschläge.

Jetzt komme ich zu dem Thema, das wir Ihnen so lange vorhalten, bis Sie es endlich kapiert haben und das Programm einstellen oder es erheblich reduzieren: SAP R/3 bei der Polizei. Unterhalten Sie sich einmal mit ganz normalen Polizeibeamten. Herr Innenminister, ich weiß nicht, ob das bei Ihnen noch vorkommt, wahrscheinlich haben Sie in aller Regel mit Führungskräften zu tun und erhalten dann gefilterte Meinungen. Der normale Polizeibeamte sagt: Wir werden von der Datenfülle von SAP ertränkt; der politische und der sachliche Nährwert tendieren gegen null. – Herr Innenminister, deswegen: Hier können Sie Geld einsparen – das tut niemandem weh, aber es hilft dem Polizeihaushalt. Machen Sie es einfach.

(Beifall bei der SPD)

Aber auch hier haben wir den Eindruck: Die reine Lehre ziehen wir durch, ob das sinnvoll ist oder nicht. – Das ist ein anderes Problem.

(Michael Siebel (SPD): Ohne Sinn und Verstand!)

Weitere Einsparungen, die Sie politisch zu verantworten haben: beim Sport Kürzungen von 2,4 Millionen €. Ich fand es ganz rührend, dass der Präsident des Landessportbundes sagt, das sei gar nicht so schlimm. Hätten wir das getan, wäre das der Untergang des Abendlandes und des Sports gewesen.

Sie kürzen 500.000 € beim Katastrophenschutz. Auch das ist eine Summe, die durchaus nicht unerheblich ist.

Und Sie ändern die Förderrichtlinien beim Brandschutz. Auch dazu will ich etwas sagen. Es ist eine zugegebenermaßen nicht ungeschickte Abteilung Ihrer Propaganda: Zuständig sind jetzt die Kreise für die Erstellung der Prioritätenliste. Die dürfen die Liste nach Wiesbaden senden, und der Innenminister entscheidet gnädigst, wer die Zuwendung bekommt. Den Bescheid dafür erteilt natürlich auch der Innenminister. Die Ablehnung aber dürfen die Kreise machen.

Nein, meine Damen und Herren, andersherum wird ein Schuh draus: Die Finanzmittel gehören dorthin, wo die Verantwortung liegt. Dann hat es Sinn. Aber dann haben Sie einige Anlässe weniger, um Presseerklärungen abzugeben – Sie geben ja jeden Tag fünf bis zehn Presseerklärungen heraus. Deren Gehalt ist nicht immer groß. An dieser Stelle zeigt es sich aber, Sie schmücken sich mit fremden Federn. Das finden wir mehr als unangemessen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Im Bereich der inneren Sicherheit hören wir auch: Die Videoüberwachung ist ein ganz tolles Instrument, sie trägt zur Stärkung der inneren Sicherheit bei. – Was machen Sie denn im Moment? Sie machen Video a u f z e i c h n u n g e n.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Wenn Sie den Begriff der Videoüberwachung ernst nehmen, müssten Sie personell sicherstellen, dass die Videoaufzeichnung den ganzen Tag betreut wird – und nicht erst, wenn ein Hinweis auf eine Straftat vorliegt. Das heißt, Sie bräuchten auch die entsprechenden Personalressourcen.

Schauen Sie sich das einmal in Frankfurt an. Wir haben das mit unserem Arbeitskreis getan. Sie brauchen dafür auch Personal, wenn es sinnvoll sein soll. Deswegen ist auch das eine Mogelpackung.

Mit viel Aufwand wird Rasterfahndung betrieben. An dieser Stelle fragen wir auch sehr vorsichtig zurück: Steht

denn dieser Aufwand in einem vertretbaren Verhältnis zu den Ergebnissen? Wir sagen nicht, wir sind per se dagegen. Aber alles das muss doch in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen. Das gehört auch zu einem Rechtsstaat – die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Das aber vermissen wir an der einen oder anderen Stelle bei Ihnen sehr deutlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen: Das, was Sie jetzt mit der Änderung des HSOG vorschlagen, werden wir sehr kritisch prüfen, nicht nur hinsichtlich des Datenschutzes – das ist ein sehr wichtiges Argument –, sondern auch aus Gründen der Zweckmäßigkeit und der Verhältnismäßigkeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas zu einem weiteren wichtigen Punkt sagen, für den Sie auch Verantwortung tragen, nämlich zur Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes.

Hier haben Sie eine erneute Veränderung vorgenommen, nach Ihrem Ansatz aus dem Jahr 1999 unter dem rührenden Titel „Beschleunigung der Verwaltung“. Wir führen eine große Anhörung im Landtag durch, und Sie können keinen einzigen Fall vortragen, in dem beispielsweise Personalräte die Besetzung von Funktionsstellen in der öffentlichen Verwaltung blockiert haben. Blockiert haben das größtenteils unfähige Führungskräfte dieser Landesregierung, nicht Personalräte.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSE 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist Ihr Ansatz falsch. Sie haben auch zu verantworten, dass Sie mit der Änderung des HPVG in der „Operation düstere Zukunft“ den radikalen Personaleinschnitt vorbereiten wollen. Sie wollen keine mitbestimmenden Personalräte, sondern Sie wollen obrigkeitstaatliches Denken einführen. Das ist der völlig falsche Ansatz moderner Personalführung. Auch das haben Sie politisch zu verantworten, auch hier gehen Sie den falschen Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen sollen Sie sich einmal anschauen, was Sie mit solchen Dingen bei hoch motivierten Beamten und Angestellten des Landes erreichen. Wenn die zu Befehlsempfängern degradiert werden, können sie keine vernünftige Verwaltungsreform machen. Sie können auch nicht erwarten, dass in Zeiten harter Einschnitte Mitarbeiter dazu einfach bereit sind.

Damit will ich schließen. Auch Sie haben im Bereich Ihres Ressorts Einschnitte zu verantworten. Herr Minister, aber auch für Sie gilt, wie für den Großteil dieser Landesregierung: Wer Wasser predigt und gleichzeitig Champagner oder Sekt genießt, wird nicht glaubwürdiger. Auch Sie haben sich die Erhöhung von Verfügungsmitteln, von Belebungskosten genehmigt. Wenn das auch nur kleinere Beträge sind, so ist es ein Zeichen für Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit, mit gutem Beispiel voranzugehen. Es reicht nicht, die Propagandaabteilung tagtäglich ins Rollen zu bringen. Die Menschen wollen Polizeibeamte auf der Straße sehen. Die Menschen wollen nicht, dass Polizeibeamte für eine völlig falsche Ausgabenpolitik Ihres Hauses Verantwortung tragen. Die Menschen wollen eine ehrliche Politik. Dafür tragen Sie die Verantwortung.

Sie sind nicht der Garant für eine solche Politik. Deswegen lehnen wir Ihren Einzelplan konsequent ab.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Rudolph. Das war fast genau die verabredete Redezeit. Die Uhr läuft insgesamt für die Fraktion weiter. Es waren knapp zehn Sekunden über der Zeit. Nur für Sie als Hinweis: Wir bemühen uns, dass wir eine Minute vor Ablauf Mitteilung machen, damit sich jeder darauf einstellen kann. Ich meine, das ist gegenüber den Rednerinnen und Rednern fair.

Es liegt jetzt die Meldung von Frau Zeimetz-Lorz für die CDU-Fraktion vor. Bitte schön.

Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rudolph, ich finde es schon sehr bedauerlich, dass Sie sich hierhin stellen und einen Rundumschlag durch die Innenpolitik machen, dabei altbekannte Positionen wiederholen,

(Widerspruch bei der SPD)

ohne einen einzigen Vorschlag zu machen, wie denn der Haushalt besser gestaltet werden soll.

(Reinhard Kahl (SPD): Das hat er doch gesagt!)

So viel zur Kreativität der SPD-Fraktion in diesem Hause.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie lehnen doch eh alles ab!)

Dank der sattsam bekannten Haushaltssituation in diesem Lande – das ist heute schon mehrfach angesprochen worden – sind erhebliche Einsparungen unumgänglich geworden. Davon ist natürlich auch das Innenressort betroffen.

Für die CDU-Fraktion möchte ich allerdings nochmals ausdrücklich betonen, dass wir an unserem Schwerpunkt innere Sicherheit festhalten wollen.

(Beifall bei der CDU)

Es wird bei der Polizei keine einzige Dienststunde weniger geben. Wir halten es für vertretbar – für schmerzlich, aber vertretbar –, im Konzert mit den anderen Bundesländern und dem Bund die Arbeitszeit in der Landesverwaltung zu verlängern und dadurch zusätzliche Produktivität zu schaffen. Rein rechnerisch ergibt sich dadurch allein bei der Polizei ein Zuwachs von etwa 1.100 Stellen.

(Roland von Hunnius (FDP): Das ist kein Produktivitätsgewinn!)

Angesichts der dramatischen Haushaltssituation halten wir es für bedauerlich, aber vertretbar, im Konzert mit den andern Bundesländern und dem Bund das Weihnachtsgeld für Aktive auf 60 % und das der Versorgungsempfänger auf 50 % eines Monatsgehalts abzusenken und das Urlaubsgeld ab Besoldungsgruppe A 9 zu streichen

Uns ist bewusst, dass mit diesen Maßnahmen die Beamten des Landes einen deutlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Im Übrigen habe ich gespannt darauf gewartet, was sich in Berlin tut, denn die haben den Vorschlag von Hessen in diesem Bereich nahezu übernommen. Die GRÜNEN hatten hier vorgetragen, sie hätten ihre Fraktion in Berlin angeschrieben und den eigenen Alternativvorschlag präsentiert.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben wir auch!)

– Herzlichen Glückwunsch. – Aber mir ist bis heute nicht bekannt, dass das auch umgesetzt worden wäre. Ganz im Gegenteil, es ist bei der ursprünglich vorgesehenen Regelung geblieben.

Allerdings – darauf möchte ich schon hinweisen, weil das hier in der Öffentlichkeit des Öfteren fälschlich dargestellt worden ist – wird es 2004 keinen Beförderungsstopp geben, d. h. Beförderungsmöglichkeiten bleiben ausdrücklich bestehen. Im Haushaltplanentwurf sind dafür und für die Einstellung von Polizeianwärtern 3,5 Millionen € vorgesehen. Bei den ganzen Maßnahmen sollte man immer auch das Gesamte betrachten, und deshalb möchte ich schon noch einmal darauf hinweisen, dass wir auch davon abgesehen haben, beispielsweise Kürzungen bei der Beihilfe vorzunehmen, wie das andere Bundesländer getan haben. Das heißt, Hessen ist in diesem Bereich immer noch äußerst großzügig. Wir haben auch darauf verzichtet, an die Verlängerung der Lebensarbeitszeit heranzugehen, wie es beispielsweise Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen getan haben, die nun nachweislich und bekanntlich nicht CDU-regiert sind.

Die dramatische Haushaltssituation erfordert auch Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen im Haushalt des Innenressorts. Wir halten es daher für vertretbar, wenngleich schmerzlich, die freiwilligen Leistungen im Bereich des Sports und des Katastrophenschutzes um die vorgegebenen 33 % zu kürzen. Bei der Feuerwehr – darauf darf ich hinweisen – sieht der Haushaltplanentwurf keinen einzigen Euro weniger vor. Angesichts der Gesamtsituation des Haushalts halten wir es in der Abwägung aber für einigermaßen vertretbar, wenn der eine oder andere Sportstättenbau zu einem späteren Zeitpunkt angegangen wird. Deshalb ist vorgesehen, die Zuschüsse für das Aktionsprogramm „Sport und Gesundheit“, das Programm „Soziale Aufgaben“, für die Sportmedizin und für den Jugendsport jeweils um ca. 17 % zu kürzen und bei der Weiterführung der Vereinsarbeit sowie dem Sportstättenbau den Ansatz um etwa 48 % zu senken. Das bereitet weiß Gott kein Vergnügen und ist bedauerlich, aber in der Abwägung haben wir uns so entschieden, weil wir dies eben gerade noch für vertretbar halten.

Trotz dieser Kürzungen – darauf möchte ich schon noch einmal hinweisen – liegen wir immer noch über dem Ansatz des Jahres 1998, dem letzten von Rot-Grün verantworteten Haushalt. Deswegen bin ich einigermaßen überrascht und erstaunt über die Änderungsanträge der GRÜNEN in diesem Bereich. Ich finde es ja prima, dass Sie Ihr Herz für den Sport entdeckt haben. Wenn wir irgendwann einmal wieder in einer besseren Haushaltssituation sind, dann zähle ich fest auf Ihre Unterstützung, wenn es darum geht, die Mittel für den Sport wieder hinzufahren. Ich bin darauf sehr gespannt.

Um für die hessischen Bürgerinnen und Bürger ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewährleisten, werden wir weiterhin in Personal und Ausstattung der Polizei investieren. Es ist nämlich nicht so, Herr Kollege Rudolph, wie Sie versucht haben hier darzustellen. Ganz im Gegenteil, und ich will es Ihnen auch gerne vortragen: Allein in den nächsten drei Jahren – darauf ist heute schon hingewiesen worden – wird die Zahl der Polizeibeamtinnen und -beamten in Hessen um 500 Personen steigen. Es werden auch weiterhin sämtliche Polizeianwärter, die an der Fachhochschule ausgebildet werden, übernommen – nicht wie in anderen Ländern, die fertig ausgebildete Polizisten ins Nichts entlassen –, und es werden gleichzeitig neue Anwärter eingestellt. 2004 rechnen wir mit 250 neuen Anwärtern.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr habt aber deutlich mehr versprochen!)

– Wir haben 600 versprochen, für nächstes Jahr. – Ich darf darauf hinweisen, wir haben eine besondere Situation, und ich finde die Anmerkung schon ganz interessant, wenn man sich einmal anschaut, wer denn fertig ausgebildete Anwärter auf die Straße entlässt. Das ist nachweislich kein CDU-regiertes Land. Hamburg und Niedersachsen haben sich gefreut, dass die Berliner ihre Polizisten nicht übernommen haben, dass sie die Anwärter auf die Straße geschickt haben, um dann sozusagen in die Dienste der Länder Hamburg und Niedersachsen übernommen werden zu können. Insofern haben sie den beiden Ländern natürlich einen Dienst erwiesen. Aber ich finde, wer solche Maßnahmen zu verantworten hat, sollte lieber schweigen.

(Beifall des Abg. Boris Rhein (CDU) – Günter Rudolph (SPD): Wollen Sie mir den Mund verbieten?)

Ich möchte schon noch anmerken, dass die hessische Polizei nach wie vor die am besten bezahlte Polizei in Deutschland ist – und auch nach wie vor die am besten ausgestattete Polizei. Wir werden auch im kommenden Jahr – trotz angespannter Haushaltssituation – das Erneuerungsprogramm für die Polizeifahrzeuge fortführen. Ich finde es kühn, davon zu reden, dass die Ausstattung so katastrophal schlecht sei. Sie war katastrophal schlecht, als wir 1999 die Landtagswahl gewonnen haben, und ich kann mich noch sehr gut an die Schrottschleudern erinnern, die auf den hessischen Straßen herumgefahren sind. Die haben wir ausgetauscht, und wir werden auch weiterhin austauschen und dabei bleiben, dass kein Fahrzeug der Polizei, kein Streifenwagen, länger als fünf Jahre seinen Dienst macht.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus wird auch die Erneuerung des übrigen Polizeifuhrparks fortgeführt.

Ich möchte aber noch auf ein paar Maßnahmen hinweisen, damit hier nicht der Eindruck entsteht, die sächliche Ausstattung bei der Polizei wäre so schlecht. Herr Rudolph hat sich ja immer an der Oberfläche gehalten und Behauptungen in diesem Hause aufgestellt. Ich darf an das Programm „Schwer entflammbare Einsatzanzüge“ erinnern. Dieses Programm wird fortgesetzt, und im kommenden Haushaltsjahr stehen 0,51 Millionen € zur Beschaffung von 2.000 dieser Einsatzanzüge zur Verfügung. Oder: Sonderprogramm zur Verbesserung der Arbeitsplatz- und Büroausstattung bei den Polizeidienststellen 0,67 Millionen €, Modernisierung und Ergänzung technischer Geräteausstattung beim Hessischen Landeskriminalamt 0,97 Millionen €, Sonderprogramm „Technische Ausstattung der Sonderseinheiten“ 0,7 Millionen €. Die Mittel für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten an Dienstgebäuden erhöhen sich um zusätzlich 0,6 Millionen € auf immerhin 1,5 Millionen € im Jahr 2004. Allein für die Kfz-Beschaffung stehen 7 Millionen € bereit.

Für den freiwilligen Polizeidienst – ich weiß, der gefällt Ihnen nicht – stehen nach wie vor Mittel bereit. Für das Beschaffungsprogramm Pistolenholster stehen 0,2 Millionen € bereit; damit werden im nächsten Jahr 7.000 neue Pistolenholster zur Verfügung stehen. Videoüberwachung – das gefällt Ihnen auch nicht, aber wir halten daran fest – mit 300.000 €, für die arbeitsmedizinische Betreuung bei der Polizei zusätzlich 276.000 € für eventuell erforderliche externe Betreuung. Bereich Prävention: Einrichtung einer Geschäftsstelle für das Netzwerk gegen Gewalt

beim Hessischen Landeskriminalamt. Ich denke, damit wird deutlich, dass wir weiterhin mit großem Nachdruck an unserer Priorität für innere Sicherheit festhalten.

Noch ein paar Sätze zu unserem Änderungsantrag. Wir schlagen Ihnen mit unserem Änderungsantrag eine Stellenbereinigung im Bereich der Polizei vor. Wir möchten damit einen Beitrag zur Haushaltssicherheit und -wahrheit leisten. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass dieses Verfahren schon seit über zehn Jahren geübt wird. Das ist keine Erfahrung dieser CDU-Landesregierung, und ich finde es ziemlich müßig, dass wir uns in jeder Plenarrunde darüber unterhalten, wie viele Polizeivollzugsdienststellen nun nicht besetzt sind, denn da schwanken die Zahlen. Bei Rot-Grün waren es zwischen 750 und 1.100; faktisch und tatsächlich sind es, Herr Kollege Rudolph, zum Stichtag 31.08.2003 136 Stellen im Polizeivollzugsdienst, die unbesetzt sind. Die werden demnächst alle besetzt sein, weil wir in den nächsten drei Jahren – wie bereits ausgeführt – 500 Polizeidienststellen mehr haben, und das gehört dann auch zum Thema Haushaltsehrlichkeit. Ich denke, dass wir damit ein Stück weit diese Diskussion zu Ende führen können, denn sie bringt uns niemanden, und im Übrigen stehen durch diese Maßnahmen, durch diesen Änderungsantrag, nicht ein Mann weniger, nicht eine Frau weniger und auch nicht eine Maus weniger in Hessen als Polizisten zur Verfügung.

Ganz im Gegenteil: Bei diesen Stellen – Sie haben immer von Stellen geredet, Herr Rudolph – muss man den Unterschied zwischen Planstellen und Köpfen machen, die zur Verfügung stehen. Fakt ist, es werden mehr Köpfe zur Verfügung stehen. Stellen helfen uns an diesem Punkt überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nun komme ich noch zu dem Antrag der GRÜNEN zum Thema Verfassungsschutz. Es ist sattsam bekannt, Sie möchten den Ansatz für Maßnahmen im Bereich des Verfassungsschutzes nahezu halbieren.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist zu hoch! – Boris Rhein (CDU): Ungeheuerlich!)

Wir kennen Ihre Haltung zum Verfassungsschutz. Wir können uns noch sehr genau an Ihre herzhaften Bemühungen zu Ihrer Regierungszeit erinnern, den Verfassungsschutz geradezu zu entbeinen. Sie haben in den Antrag „Ist 2000 zugrunde gelegt“ geschrieben – das ist richtig. Sie wissen selbst, dass wir mittlerweile so weit sind, dass die zusätzlich geschaffenen Planstellen nahezu vollständig besetzt sind und gerade im operativen Bereich die Mittel zum jetzigen Zeitpunkt nicht konkret festgelegt werden können.

Ich finde es genauso wie mein Fraktionsvorsitzender außerordentlich unverantwortlich, gerade in Zeiten anhaltender weltweiter terroristischer Bedrohung hinzugehen und den Verfassungsschutz, den wir gerade mühsam personell wie materiell auf sichere Füße gestellt haben, wieder zu entbeinen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also „entbeinen“!)

– Herr Kollege Al-Wazir, Sie werden nicht überrascht sein, wenn wir diesen Antrag selbstverständlich nicht mittragen können.

(Beifall des Abg. Boris Rhein (CDU))

Lassen Sie mich noch einen Satz zu Ihrem Dringlichen Antrag betreffend Wachpolizei verlieren. Sie verlangen einen sofortigen Einstellungsstopp für Wachpolizisten. Ich darf dezent darauf hinweisen, dass wir seit dem 02.09. dieses Jahres einen generellen Einstellungsstopp haben. Jetzt brauchen wir nach Auffassung der GRÜNEN noch einen zusätzlichen Einstellungsstopp – das finde ich interessant. Davon abgesehen sind wir in der Sache der Überzeugung, dass sich die Wachpolizei total gut eingeführt hat. Wir sind froh, dass wir diese Wachpolizei in Hessen haben. Die Wachpolizei in Hessen leistet hervorragende Arbeit.

(Beifall des Abg. Boris Rhein (CDU))

Davon sind mittlerweile auch die Fachleute überzeugt. Egal, wo wir hinkommen, jede Polizeidienststelle, in die wir kommen, die auf die Wachpolizei zurückgreifen kann, ist inzwischen – die waren ursprünglich skeptisch – begeistert und möchte nicht darauf verzichten.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Die letzte halbe Minute, Frau Kollegin Zeimetz-Lorz.

Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):

Danke für den Hinweis. Dann komme ich ziemlich punktgenau hin. Ich bin auch bei meinem letzten Satz.

Die Einzigen im Lande, die nichts von der Wachpolizei halten, sind offensichtlich ein kleiner Rest von GRÜNEN in diesem Landtag. Damit können wir leben. Deshalb – das sage ich für meine Fraktion – werden wir den Antrag ablehnen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Qualität ersetzt Quantität!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Ich darf Herrn Frömmrich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen. Sie haben acht Minuten Redezeit.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Zeimetz-Lorz, es grenzt schon ein bisschen an Satire, wenn Sie hier anfangen und sagen, den Schwerpunktbereich innere Sicherheit würden Sie beibehalten. Ich zeige Ihnen einmal, was die Polizei in diesem Lande von Ihrer Politik der inneren Sicherheit hält. Die meint nämlich, dass sie von Ihnen abgekocht wird. Das ist Ihr Schwerpunkt innere Sicherheit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Kritik an der Politik der inneren Sicherheit dieser Landesregierung kann so zusammengefasst werden: Es geht dieser Landesregierung und insbesondere dem hessischen Innenminister darum, die Freiheit als Gefahr zu sehen, zu überwachen und zu beschränken. Videoüberwachung, Schleierfahndung, Rasterfahndung, Telefonüberwachung sind Gesetzesverschärfungen, die unbescholtene Bürgerinnen und Bürger immer mehr in präventiven Verdacht und damit ins Visier der Polizei bringen.

Grundlage war die Behauptung der Landesregierung und dieses hessischen Innenministers, Hessen sei ein Paradies für Verbrecher. Als Beweis dafür wurde insbesondere die polizeiliche Kriminalstatistik herangezogen. Allerdings hat das Bild von Hessen als Paradies für Verbrecher von Anfang an nicht gestimmt. Ich möchte Sie hier und heute daran erinnern: Die rückläufige Entwicklung der Gesamtkriminalität hat sich auch 1999 mit dem Rückgang um 4,3 % fortgesetzt. Die Aufklärungsrate stieg um 0,1 %.

Meine Damen und Herren, damit lag Hessen schon 1999 bei einer Kriminalitäts situation, die vergleichbar mit der Situation von 1998 war, was die Gesamtzahl der erfassten Straftaten angeht. Herr Innenminister, Sie haben in Ihrer Zeit als innenpolitischer Sprecher der Fraktion in diesem Hause Hessen schlechtgeredet. Entsprechend Ihrem eigenen Motto „lieber handeln statt reden“ sind Sie nun in der zweiten Legislaturperiode dabei, Hessen nicht nur schlechtzurenen, sondern Sie sind mit Ihrer Politik ganz real dabei, Hessen schlechter zu machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren, erstmals seit 1998 stieg im Jahre 2002 die Kriminalität in Hessen wieder an. Für den Anstieg der Gesamtkriminalität um 5,4 % und dem Anstieg der Straßenkriminalität um 8,8 % sind Sie politisch verantwortlich, Herr Innenminister,

(Zurufe von der CDU)

und das trotz Videoüberwachung, trotz Wachpolizei und trotz des freiwilligen Polizeidienstes.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Sie wollten die Zahlen zwar zunächst durch die Nichtveröffentlichung der polizeilichen Kriminalstatistik zurückhalten. Die kam Ihnen ungelegen, weil Sie sich im Wahlkampf befanden. Aber letztlich lässt sich die Wahrheit nur kurz verschleiern. Sie kommt immer heraus. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle deutlich sagen, dass die Kriminalität wieder steigt, liegt nicht in der Verantwortung der hessischen Polizei.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein?)

– Nein. – Den hessischen Polizistinnen und Polizisten gilt es Dank zu sagen für ihre verantwortungsvolle und gefährliche Tätigkeit. Ihnen gilt es Dank zu sagen, dass sie trotz vieler nicht besetzter Stellen, trotz der Blockade der Vollzugspolizei durch Wachpolizei, trotz der vielen Überstunden, trotz der unsozialen Maßnahmen des Zukunftsverdüsterungsgesetzes, trotz der Kürzung beim Weihnachts- und Urlaubsgeld und trotz des weiteren Abbaus von Beteiligungsrechten bisher die Motivation behalten haben, ihren Auftrag zu erfüllen. Diese Motivation wurde ohne Zweifel auch durch die Verstärkung technischer Ausstattung mit neuen Wagen und mit IT-Technik getragen. Die Wahrheit liegt mit diesem Haushalt auf dem Tisch.

(Zurufe von der CDU)

Die Demonstrationen müssen auch Ihnen gezeigt haben, dass viele Bürgerinnen und Bürger begriffen haben, dass die Wohltaten auf Pump erzielt worden sind und sie die Investitionen mit Zins und Zinseszins zurückzahlen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Das ist schon sehr skurril. Wenn Sie bei der Demonstration anwesend gewesen wären, dann hätten Sie vor dem Wiesbadener Polizeipräsidium „schwarzer Block“ gesehen, also Spontis, die Überhänge mit Symbolen der Polizeigewerkschaften anhattan, die Polizeihüte aufhatten und die skandierten: Polizei und schwarzer Block machen die Politik von Koch kaputt.

Das ist das skurrile Bild dieser Demonstration. Zur Wahrheit gehört auch, Autos und IT-Technik haben die Polizistinnen und Polizisten zum Teil selber finanziert: mit nicht besetzten Stellen, mit Überstunden, die nicht in Freizeit abgegolten werden können, mit Verlängerung des Polizedienstes durch Wachpolizei, mit Plünderung einer Zukunftsoffensive, die nicht in Verbrauchsmaterialien gesteckt werden sollte, und mit verfassungswidrigen Haushalten, wie wir alle wissen.

Meine Damen und Herren, das Verschleiern von Wahrheiten hat ein Ende. Dieser Haushalt zeigt, wie unsozial diese Landesregierung ist, wie sie Klientelpolitik betreibt, wie sie Ideologiepolitik macht. Die Luxusausstattung der Staatskanzlei auf der einen Seite, Kürzungen und Streichungen des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes auf der anderen Seite, Zuschuss für den Reitklub in Frankfurt einerseits, Verlängerung der Arbeitszeit und Wegfall von Mitbestimmungsrechten andererseits – so sieht die Prioritätensetzung dieser Regierung aus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir zum konkreten Einzelplan 03. Bei der Einbringung des Haushaltes hat der Finanzminister gesagt:

Mit der gestaffelten Arbeitszeiterhöhung bei der Polizei geht eine Kapazitätserweiterung einher, welche die Chance bietet, die Polizeipräsenz in Hessen zu verstärken. In den nächsten Jahren werden so viele Polizisten in Hessen im aktiven Dienst sein wie noch nie zuvor. Diese Quote wird sich unter dieser Regierung weiter steigern.

Meine Damen und Herren, ohne viel Sprachsemantik betreiben zu wollen: Veralbern können wir uns allein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was heißt eigentlich Chance eröffnen? Von welcher Quotensteigerung redet der Finanzminister? Die Quote der unbesetzten Stellen? Die Quote der Fehl- oder mit Wachpolizisten besetzten Polizeivollzugsstellen? Meine Damen und Herren, Fakt ist: Über 500 Stellen in der Vollzugspolizei sind nicht besetzt.

(Zuruf des Abg. Boris Rhein (CDU))

Mit der Stundenausweitung ist kein einziger Polizist, kein einziger Kopf, mehr im hessischen Polizedienst.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Frömmrich, die letzte Minute läuft.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die von Ihnen angesprochenen 250 Stellen, die durch den Abbau der Mitbestimmungsrechte bei den Personalvertretungen entstehen sollten und die bei den Polizedienststellen ankommen sollten, suchen wir bis heute vergebens. Über 250 Stellen der Vollzugspolizei werden mit Wachpolizisten blockiert.

(Zuruf des Abg. Boris Rhein (CDU))

Statt, wie versprochen, 600 Anwärter im Jahr 2003 einzustellen, waren es nur 440. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht das, was Sie an Schwerpunktsetzung innere Sicherheit versprochen haben. Wenn man sich nur die ersten beiden Seiten des Regierungsprogramms durchliest und das auf die Realität in diesem Lande abklopft, mit dem vergleicht, was Sie hier als Einzelplan 03 eingebracht haben, dann kann man nur sagen: Sie leisten hier Ihren Offenbarungseid. – Deswegen werden wir den Einzelplan 03 selbstverständlich ablehnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Frömmrich. – Für die FDP-Fraktion darf ich Herrn Hahn das Wort erteilen. Herr Hahn, Sie haben fünf Minuten Redezeit beantragt. Bitte schön.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann nun wieder einmal ein Kontrastprogramm vonseiten der FDP bringen. Der Einzelplan 03 ist im Haushaltsentwurf der Landesregierung derjenige, der uns mit Abstand am sympathischsten ist.

(Beifall des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Er ist eine konsequente Fortschreibung der Innenpolitik, die im Jahre 1999 von CDU und FDP in diesem Lande begonnen wurde. Wir sind der Auffassung, dass alle die Argumente, die die verehrten Kollegen von der Fundamentalopposition vorgetragen haben, in sich selbst zusammenfallen. Es ist nun einmal so, dass man Stellen erst dann besetzen kann, wenn die Ausbildung zu Ende ist. Wenn die Ausbildung von Herrn Bökel als damaligem Innenminister derart heruntergefahren wurde, dass wir am Anfang gar nicht in der Lage waren, sie wieder so schnell hochzuziehen, so kann man jetzt nicht davon ausgehen, dass alle Stellen besetzt sind.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich vertraue der Aussage des hessischen Innenministers Volker Bouffier, dass alle ausgebildeten Vollzugsbeamten übernommen werden und dass nicht argumentiert wird, auf diesen Stellen säßen zurzeit Wachpolizisten. Das ist im Übrigen eine Aussage, die wir schon in der gemeinsamen Regierungskoalition der letzten vier Jahre gemacht haben.

Zum Thema Arbeitszeit kann ich nur sagen: 42 Stunden Arbeitszeit sind für jeden Beamten mehr als 38,5 Stunden. Es ist aber für keinen eine Körperverletzung. Das gilt genauso für den Verwaltungsbeamten, der in einem Büro arbeitet, wie für den Polizeibeamten im Schichtdienst. Er ist sicherlich in einer anderen Art und Weise einzuteilen, als das bisher der Fall ist. Die fünfte Dienstschicht ist z. B. in jeder Polizeistation in unserem Lande einzuführen. Das ist eine viel erträglichere Arbeitszeitregelung, als die Beamten das bisher hatten. Daher glaube ich, dass alle diejenigen, die meinen, in irgendeiner Weise politisches Kapital daraus ziehen zu können, dass sie sich bei diesem Thema der GdP, dem BDK oder auch der Deutschen Polizeigewerkschaft anschließen, falsch beraten sind.

Die Wachpolizei – ich bin sehr zufrieden darüber, dass die Kollegin Zeimetz-Lorz das eben auch so deutlich vorge-

tragen hat – der hessischen Polizei ist ein Erfolg. Mit aller mir eigenen Bescheidenheit weise ich darauf hin, dass der Vorschlag der FDP in der letzten Legislaturperiode zur Entlastung ausgebildeter, mit Hochschulabschluss versessener Polizisten im Lande Hessen geführt hat. Ich weiß, dass auch die Polizeigewerkschaften, egal welcher Couleur, erkannt haben, dass man einem Polizeibeamten in der zweigeteilten Laufbahn mit abgeschlossenem FH-Studium nicht immer zumuten kann, unterwertige Tätigkeiten durchzuführen, weil das die Motivationslage sehr belastet. Die Wachpolizei ist ein Teil der hessischen Polizei. Sie ist sozusagen die Hilfspolizei der Vollzugspolizei. Sie wird in den Orten und von den Polizeidirektionen, wo sie vorhanden ist, erfolgreich eingesetzt.

Herr Minister, in den Diskussionen in den letzten Monaten haben wir bereits darauf hingewiesen, dass auch der Bereich der Polizei bei Einsparungen und bei Effizienzmaßnahmen nicht per se heilig ist. Wir sind der festen Überzeugung, dass es Bereiche in der Polizei gibt, wo Kosten hereingelegt werden können. Es ist jetzt an der Zeit, dass wir uns über die Polizeikostenverordnung nicht nur heftig Gedanken machen, sondern auch zu einer Entscheidung kommen. Ich halte es für inakzeptabel, dass bei Veranstaltungen kommerzieller Art – seien sie im sportlichen Bereich, seien sie im Bereich von Kunst und Kultur, oder wie auch immer – vom Staat bezahlte Polizeibeamte kostenlos eingesetzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Das kann nicht richtig sein. Das gilt für eine Profiradtour genauso wie für ein Rockkonzert. Es ist auch nicht überzeugend, immer auf die Probleme hinzuweisen, die man sieht. Hier muss schlicht und ergreifend ein Ergebnis gefunden werden. Es kann nicht weiter auf Kosten der Steuerzahler des Landes Hessen geschehen, wenn die Millionäre, insbesondere im Sport, meinen, durch abgezäunte Straßen in Hessen fahren zu müssen – das müssen sie wohl –, um ihren Sport durchzuführen. Dann haben sie das gefälligst, das sage ich sehr drastisch, auch zu bezahlen. Das Gleiche gilt für Fußballspieler, wie auch für Stars in der Unterhaltung.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Die letzte Minute läuft.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, deshalb der letzte Hinweis. – Wir sind darüber hinaus der Auffassung, dass Teile im Bereich der Polizei zu hinterfragen sind. Die Reiterstaffel ist in die Diskussion gekommen, nicht durch uns, sondern durch sich selbst oder durch andere. Aber auch hier ist zu fragen: Ist es für einen Einsatz im 21. Jahrhundert in Hessen wirklich noch notwendig, eine Reiterstaffel zu haben? Unsere Antwort ist jedenfalls dann Nein, wenn sie nur dazu benutzt wird, vor dem Hessischen Landtag zu stehen.

Die Frage des Polizeiorchesters mit 13 Beamten und 26 Angestellten haben die GRÜNEN bereits einmal angesprochen. Wir machen das ganz bewusst wieder. Es ist richtig, dass es Werbung für die Polizei geben muss. Dafür muss man aber nicht laufend 39 Menschen in Sold und Lohn haben, sondern man kann für Veranstaltungen, z. B. auf dem Hessentag oder bei irgendwelchen Jubiläen, andere einstellen. Die Argumentation, wir bräuchten das Polizeiorchester gerade deshalb, damit es Werbung für die

Polizei macht, hinkt, jedenfalls in einer Zeit, in der wir das alles auf Kosten von neuen Schulden machen.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ansonsten ist dieser Einzelplan 03, weil er eine konsequente Fortschreibung der bürgerlichen Politik aus der letzten Legislaturperiode ist, von der FDP nicht zu kritisieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke schön, Herr Hahn. – Für die Regierung darf ich Herrn Staatsminister Bouffier das Wort erteilen. Der Regierung stehen nach Absprache der Fraktionen zehn Minuten als vereinbarte Redezeit zur Verfügung. Ich sage Ihnen gerne Bescheid, wenn diese zehn Minuten abgelaufen sind.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich möchte mich zunächst ausdrücklich bei dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion für die Anerkennung der Arbeit der Landesregierung in diesem Bereich bedanken.

(Boris Rhein (CDU): Es ist wieder wie früher! – Nicola Beer (FDP): Wenigstens ein bisschen!)

Es ist in der Tat so: Herr Kollege Hahn, die innere Sicherheit hatte Priorität, als wir gemeinsam regiert haben, und sie hat auch Priorität unter der alleinigen Regierung der Union. Sie war erfolgreich, und sie wird auch in Zukunft erfolgreich sein. Deshalb ist es richtig, was der Ministerpräsident und auch unser Fraktionsvorsitzender gesagt haben: Im Bereich der inneren Sicherheit haben wir Beispielhaftes geleistet. Deshalb können wir darauf auch stolz sein. Darauf wollen wir weiter aufbauen.

Mein Freund Horst Klee hat vorhin dazwischengerufen: In acht Minuten kann man unglaublich viel – ich will es vornehmer ausdrücken – Falsches sagen.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Um das abzuräumen, braucht man aber mehrere Stunden. Deshalb will ich mich, weil auch der Kollege Rudolph das eine oder andere Thema nur mit einem Satz beglückt hat, auf ein paar wenige Bemerkungen beschränken.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Also 15 Minuten!)

Die Opposition hätte die Chance gehabt, eine konzeptionelle Debatte zu führen und zu sagen, was Ihnen eigentlich nicht gefällt oder wie Sie es anders machen wollen. Das haben Sie nicht genutzt. Sie haben in einer Ansammlung von Polemik und falschen Behauptungen versucht, ein Bild zu zeichnen.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Was Sie bis heute ganz offenkundig nicht verstanden haben – daran kauen Sie seit Jahren –: Hinter dieser Politik der inneren Sicherheit steht ein Konzept.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Dieses Konzept der Sicherheitsarchitektur baut auf Folgendem auf: ein vernünftiger gesetzlicher Handlungsrahmen – in dieser Debatte sind wir gerade wieder –, eine hervorragende Ausbildung, eine hervorragende Bezahlung, eine Ausstattung, wie es sie in Deutschland in keiner

anderen Ecke gibt, und ein Konzept, das Repression und Prävention verbindet.

Hessen ist deshalb bei der Prävention führend. Sie werden kein anderes Land finden, das ein solch geschlossenes Konzept vorlegt. Das reicht von der Prävention auf kommunaler Ebene über das Netzwerk gegen die Gewalt und den freiwilligen Polizeidienst bis hin zu der neu geschaffenen Einrichtung der Wachpolizei. Genau das ist der Unterschied, der uns von Ihnen trennt. Das war Gegenstand der Arbeit der letzten Regierung und ist Gegenstand der Arbeit dieser Regierung. Sie können doch nicht bestreiten, dass das erfolgreich war. Alle Polizeibeamten außerhalb Hessens beneiden die hiesigen. Herr Kollege Frömmrich, Ihnen sollte ein Fehler nicht unterlaufen. Sie dürfen nicht glauben, dass das, was auf den Flyern der Gewerkschaft der Polizei steht, die Stimmung innerhalb der Polizei wiedergibt. Wir können uns nicht retten vor Bewerbungen von Polizeibeamten des Bundes und anderer Länder. Sie wollen zur hessischen Polizei. Warum ist das so? Frau Kollegin Zeimetz-Lorz hat es bereits gesagt. Die hessische Polizei ist die am besten ausgebildete, die am besten bezahlte und die am besten ausgestattete Polizei Deutschlands. Darauf können wir doch gemeinsam stolz sein.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat das denn gemacht?)

Da das so ist, sollten Sie diesen Flyer nicht so ernst nehmen. Im Übrigen habe ich hier etwas wiedergegeben, was auch Ihr Parteifreund – er ist Mitglied der GRÜNEN – gesagt hat, nämlich der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Herr Stein. Er hat das auf einer Veranstaltung gesagt, auf der wir gemeinsam waren.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja auch richtig! Aber das haben wir eingeleitet!)

Ich habe das hier schon öfter zitiert. Ich glaube, da waren Sie hier noch nicht dabei. Vergessen Sie es. Das hat den großen Vorzug, dass es stimmt.

Lieber Herr Frömmrich, das ist so. Ich spreche mit vielen Polizeibeamten. Herr Kollege Rudolph hatte sich Sorgen gemacht, ob ich noch an die Basis komme. Aber so wird das auch in der hessischen Polizei gesehen. Machen Sie sich da einmal keine Sorgen.

Die Erfolge sind nachweisbar. Sie zeigen sich darin, dass in der Summe die Kriminalität zurückgeht. Den Erfolg kann man daran erkennen, dass es bei einer ganzen Reihe besonderer Deliktgruppen zu drastischen Rückgängen gekommen ist. Ich bin guter Hoffnung, dass wir unsere Ziele erreichen, eine Aufklärungsquote von über 50 % und einen Rückgang der Straftaten zu erhalten.

Hinsichtlich des letzten Punktes mache ich eine Einschränkung. Das Erreichen innerer Sicherheit bedarf einer konsequenten Linie. Dabei darf man sich aber nicht statisch verhalten. Das muss dynamisch sein. Man muss sich auf Herausforderungen einstellen. Es gibt bestimmte Bereiche, bei denen wir uns darauf einstellen müssen, dass die Zahl der Straftaten unter Umständen zunehmen wird. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Ich habe in einem Nachbarkreis Wiesbadens kürzlich ein Gespräch mit Bürgermeistern geführt. Ein Bürgermeister zeigte sich dabei furchtbar entsetzt darüber, dass in seiner Gemeinde ein drastischer Anstieg der Straftaten zu verzeichnen ist. Um was geht es dabei? – Es geht um Internetkriminalität. Dies ist eine Form der Kriminalität, die sozusagen zu Hause

stattfindet. Man kann sie weder mit Streifendienst noch mit allgemeinen Präventionsmaßnahmen in den Griff bekommen. Man bekommt sie nur mit einer außergewöhnlich hohen Intensität der Repression in den Griff. Ich warne deshalb davor, solche Daten überzuinterpretieren

Die Zahlen, die wir haben, lassen sich sehen. Die innere Sicherheit hat Priorität. Sie wird auch prioritätär bleiben.

Da meine Redezeit beschränkt ist, will ich mich auf wenige Punkte begrenzen. Herr Kollege Rudolph, ich weiß gar nicht, was ich mehr bewundern soll: Ihre Vergesslichkeit, Ihre Impertinenz oder die Lockerheit Ihres Vortrags. Das kann es ja auch sein.

(Heiterkeit der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz und Boris Rhein (CDU) – Günter Rudolph (SPD): Wenn Sie mich loben, nehme ich alles an! – Erneute Heiterkeit der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

– Gut. Ich will dann einmal unterstellen, dass es die Lockerheit Ihres Vortrags war. – Sie haben doch tatsächlich gesagt, wir hätten nicht in ausreichendem Umfang Nachwuchs eingestellt.

(Boris Rhein (CDU): Ausgerechnet Sie!)

Das sagt ausgerechnet ein Mitglied der Truppe, die die Förderung des Nachwuchses nahezu völlig eingestellt hatte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Herr Kollege Rudolph war damals schon dabei. Herr Kollege Frömmrich, Sie waren es nicht. Sie können sich davon freisprechen und sagen, das sei alles vor Ihrer Zeit gewesen. Aber er war dabei.

(Boris Rhein (CDU): Er hat es einfach vergessen!)

Ausgerechnet diejenigen, die nicht einmal mehr 300 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt haben, wollen jetzt diejenigen kritisieren, die mehr als 600 zur Verfügung stellen.

(Boris Rhein (CDU): Das ist ungeheuerlich!)

Das ist doch geradezu ein Hohn.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es bleibt dabei. Ich will das jetzt noch einmal richtig in Stein meißeln. Sie müssen sich dann für Ihre nächste Rede eine andere Begründung ausdenken. Der Ministerpräsident hat gesagt, es werden effektiv 500 mehr sein. Das trifft zu.

(Günter Rudolph (SPD): Was hat der nicht schon alles gesagt und nicht eingehalten! – Gegenrufe von der CDU: Na, na, na!)

– Herr Kollege, Sie sollten einen Stift zur Hand nehmen, damit Sie das jetzt mitschreiben können. Dann bräuchten wir über diesen Punkt nicht mehr streiten. Das wäre doch ein Vorteil. In den nächsten drei Jahren werden im Durchschnitt 400 Beamte der hessischen Polizei in den Ruhestand gehen. Dank unserer Ausbildungsoffensive werden wir in den nächsten drei Jahren deutlich mehr Anwärter einstellen können, als Polizeibeamte in den Ruhestand gehen werden.

(Günter Rudolph (SPD): Sie hatten einmal 850 Beamtete versprochen!)

Im nächsten Jahr werden es 100 Beamte sein. Im Jahr darauf werden es 350 sein, im Jahr darauf noch einmal

60 Beamte. Damit kommt man auf eine Summe von etwa 500 Beamten. Sie sollten das anerkennen. Dann können Sie dieses Thema beiseite legen. Sie müssen sich dann allerdings einen neuen Sprechzettel schreiben.

(Manfred Schaub (SPD): Sie hatten 850 Polizeibeamte versprochen!)

– Das tut weh. Aber es ist nun einmal Fakt.

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Zweitens. Es ist unbestritten, dass die Verlängerung der Arbeitszeit zu mehr polizeilicher Arbeitskraft führen wird. Das wird kein Mensch bestreiten können. Statistisch gesehen macht das 1.100 Stellen aus. Natürlich kann man das nicht 1 : 1 umrechnen. Auch das in unbestritten. Aber richtig ist doch – das wird keiner bestreiten können –, dass, wenn die Beamten länger arbeiten, mehr Arbeitskraft bei der Polizei zur Verfügung steht. Wir könnten jetzt darüber streiten, ob es sich unter Berücksichtigung der Überstunden um einen Gegenwert von 500 oder 300 Stellen handelt. Darüber möchte ich mit Ihnen jetzt aber nicht streiten. Aber dass es dort mehr Arbeitskraft gibt, wird niemand ernsthaft bestreiten können.

Es sind also 500 Beamte, die mehr aus der Ausbildung kommen werden, als in den Ruhestand gehen werden. Hinzu kommt noch der Teil, der sich durch die Verlängerung der Arbeitszeit ergibt. Wenn Sie das in Ihren Reden zukünftig berücksichtigen würden, dann wären wir schon ein ganzes Stück weiter.

Herr Kollege Rudolph hat dann noch einen bemerkenswerten Satz gesagt. Er sagte, der Polizei stünden weniger Sachmittel zur Verfügung. Wir sollten uns das gemeinsam vor Augen führen. Wie sieht die Situation denn aus? Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2004 sind für die Polizei Sachausgaben in Höhe von 113 Millionen € vorgesehen. In dem letzten von Ihnen verantworteten Haushalt waren dafür 88 Millionen € vorgesehen.

(Frank Gotthardt (CDU): Oh!)

Im Jahr davor waren es 87 Millionen €, im Jahr davor 85 Millionen €. Wir hatten in den Jahren davor 114 Millionen € und 109 Millionen € dafür eingestellt. Das heißt: Wir haben während unserer Regierungszeit bei den Sachausgaben rund ein Drittel draufgelegt. Dann sollte man noch die Ausgaben für sonstige Investitionen dazunehmen. Die haben Sie gerade einmal unterschlagen. Hierfür sind 31,78 Millionen € im Jahre 2004 vorgesehen. Und unsere „verehrten“ Vorgänger von Rot-Grün haben es in der Spurke immerhin auf 12,3 Millionen € geschafft.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Bouffier, die letzte Minute Ihrer Redezeit läuft.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Das wollte ich zum Thema Ausstattung der Polizei sagen.

Frau Kollegin Zeimetz-Lorz hat eine Reihe einzelner Punkte genannt, die mir sehr wichtig sind. Herr Kollege Frömmrich, Sie haben das ein bisschen heruntergespielt. Die Pistolenhalfter haben hinsichtlich des Eigenschutzes eine große Bedeutung. Das, was wir dabei machen, hat viel mit dem Eigenschutz zu tun.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das bestreite ich auch nicht!)

Ich hoffe, dass wir uns da einig sind.

Ich will noch zwei abschließende Bemerkungen machen. Sie betreffen den Sport und die Feuerwehr. Wir Redner müssen uns ja kurz fassen.

Ich komme zum Sport. Ich sage Ihnen ganz schlicht eines: Wie Sie wissen, bin ich ein engagierter Förderer des Sports. Das, was wir jetzt machen müssen, macht alles keine große Freude. Aber eines ist doch auch wahr: Wir fördern immer noch um etliche Millionen € mehr, als Sie es jemals getan haben. Das ist schlicht die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Roland von Hunnius und Heinrich Heidel (FDP))

Herr Kollege Jung hat hier eben zur Eintracht Frankfurt gesprochen. Dazu will ich mich als Minister nicht äußern. Dazu habe ich eine persönliche Meinung.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist ein schlechtes Beispiel! – Weitere Zurufe)

Der Herr Präsident hat wegen der Redezeit gemahnt. Bitte geben Sie mir die Chance, zum Ende meiner Rede zu kommen.

Sie haben die Feuerwehr angesprochen. Herr Kollege Rudolph, meine Damen und Herren, Frau Kollegin Zeimetz-Lorz hat unwidersprochen und zutreffend gesagt, dass bei der Feuerwehr keine Mittel gestrichen werden. Das wissen auch Sie.

(Günter Rudolph (SPD): Anderes habe ich auch nicht behauptet!)

– Eben. Sie haben aber gesagt, ich sei auf einen neuen Trick gekommen, die Kreise sollten das jetzt prioritär machen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Sie haben das Verfahren kritisiert. – Dazu möchte ich Ihnen so viel sagen: Dass die Kreise und die Kreisbrandinspektoren eingebunden werden sollen, ist eine Forderung des Landesfeuerwehrverbands Hessen.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist gut!)

Das wurde immer wieder von den Kommunalen Spitzenverbänden gefordert. Diese Regierung setzt das jetzt um. Die SPD kritisiert das. Wir machen das jetzt. Das ist richtig.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, dass Sie sich in Zukunft für eine solche Debatte bessere Punkte suchen. Man kann über vieles streiten. Aber ich muss sagen: Die Innenpolitik, die wir hier vertreten, war erfolgreich. Ich bin davon überzeugt, dass sie auch in Zukunft erfolgreich sein wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Die haben es auch schwer!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Schade!)

Herr Bouffier blieb auch im Rahmen der vorgesehenen Redezeit.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist Zufall!)

So großzügig können wir das durchaus handhaben. Damit ist die Aussprache zu Einzelplan 03 abgehalten.

Der mit aufgerufene Dringliche Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Einstellungstopp für die Wachpolizei, Drucks. 16/1194, soll dem Innenausschuss überwiesen werden. – Kein Widerspruch, so beschlossen.

Wir kommen damit zu

Einzelplan 05 – Hessisches Ministerium der Justiz –

Es liegen Wortmeldungen vor. Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Hofmann zu Wort gemeldet. Es ist verabredet, dass Sie zehn Minuten Redezeit in Anspruch nehmen dürfen. – Frau Hofmann, bitte schön, Sie haben das Wort.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Herr Präsident, wer spricht danach?)

– Danach spricht Herr Wintermeyer fünf Minuten lang für die CDU-Fraktion.

Heike Hofmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Einzelplan 05 ist im Kern ein Haushalt des Kahlschlags und der falschen Prioritätensetzung.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Boris Rhein (CDU))

Ich möchte dies an einigen Punkten darstellen. Der Haushalt sieht zum einen eine Kürzung der freiwilligen Leistungen in Höhe von 840.000 € vor. Diese Kürzungen geschehen im Justizvollzug bei Maßnahmen, die nicht in das Weltbild und die Ideologie der CDU-geführten Landesregierung passen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Nicola Beer (FDP) – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wir haben keine Ideologie!)

Nur eines von vielen Entlassungsvorbereitenden und Haftvermeidenden Projekten hat die Streichorgie dieser Landesregierung überlebt. Die Projekte, bei denen gekürzt worden ist, leisten aber seit Jahren bzw. Jahrzehnten wichtige, fachlich unbestrittene, hervorragende präventive Arbeit mit hohen Erfolgsraten.

(Boris Rhein (CDU): Wie war das mit drei Jahren Nullwachstum?)

Das betrifft z. B. die Anlaufstelle für straffällig gewordene Frauen in Frankfurt, die im Sozialetat ressortiert und die jährlich ungefähr 80 Frauen betreut und zu einer Rückfallquote von unter 10 % beiträgt. Herr Gerling, Sie sollten zuhören. Sie als langjähriger Vorsitzender des Unterausschusses Justizvollzug wissen doch ganz genau, dass Frauen, die aus der Haft entlassen werden, eine neue Arbeitsstelle oder eine neue Wohnung suchen. Wenn sie nicht die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, dann drohen sie schlichtweg zu scheitern.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Deswegen ist es umso unverständlich, dass bei diesen Institutionen um 40 % gestrichen worden ist und damit eine anerkannte und bewährte Institution vor dem Aus steht.

Auch die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe weist in einem eindringlichen Brief an Sie, Herr Justizminister, darauf hin, dass nun neun präventive Projekte vor dem Aus stehen und damit 400 Jugendliche weniger betreut werden können. Ich darf aus diesem Brief zitieren: Historisch zeige sich, dass soziale Trainings- und Betreuungshilfen den Jugendlichen am wirksamsten helfen, ein straffreies Leben zu führen. Weiter heißt es: Den besten Beitrag für die innere Sicherheit leistet die Landesregierung, wenn sie diese Förderung nicht einfach kappt, sondern weiter ausbaut.

(Beifall bei der SPD, bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Die Streichung bei der Haftentlassungsvorbereitung und Haftvermeidung beruht auf einer Milchmädchenrechnung; denn die Folgekosten werden um ein Vielfaches höher sein als das, was Sie jetzt einsparen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Die Justiz- und die Rechtspflege werden im Haushaltsjahr 2004 und dessen Vollzug an Qualität verlieren, und das Personal wird weiter geschröpft werden. Nicht nur, dass die ungefähr 2.050 hessischen Richter und Staatsanwälte ihr Sonderopfer durch Mehrarbeit bei gleichzeitigen Einkommensverlusten erbringen sollen, nein, das Ministerium geht fälschlicherweise noch davon aus, dass mit der Mehrarbeit auch ein Produktivitätsgewinn zu erzielen sei, und will deswegen die Bemessungsgrundlage für die Zuweisung von Stellen ändern, d. h. weitere Stellen streichen.

Dabei lassen Sie völlig außer Acht, dass die Staatsanwaltschaften z. B. jetzt schon eine Geschäftsbelastung von 140 % haben, dass Gerichtsvollzieher und Rechtspfleger gar nicht mehr wissen, wie sie ihre Arbeit sinnvoll erledigen sollen,

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

und im Moment schon rein rechnerisch 268 Richterstellen fehlen.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt für den Justizvollzug. Da sind 170 Stellen unbesetzt. Nichtsdestotrotz haben Sie als Landesregierung angekündigt, im Justizbereich bis zum Jahr 2008 500 Stellen abzubauen, zunächst 337 und dann, wie es so schön heißt, flankierend weitere 274 Stellen.

(Boris Rhein (CDU): Wie war es 1998?)

Dieses „hehre“ Ziel soll durch die Stellenbesetzungs sperre, kw-Vermerke und die Nichtverlängerung von befristeten Arbeitsverträgen erreicht werden.

Herr Wagner, Sie wissen ganz genau, dass auch unter Ihrer Regierungsverantwortung die Personaldecke in der Justiz immer weiter ausgedünnt worden ist. Ich bin der festen Überzeugung, dass durch den weiteren Stellenabbau die Rechtspflege in ihrer Substanz betroffen ist.

(Beifall bei der SPD)

So kündigt der Bezirksstaatsanwaltschaftsrat in einem Schreiben vom 25. September 2003, das an den Ministerpräsidenten gerichtet ist, bereits einen Leistungsabbau an und sagt ganz klar – ich zitiere –, dass eine wirksame Strafverfolgung mit diesen Ressourcen nicht mehr möglich sei.

(Norbert Schmitt (SPD): Unglaublich!)

Alle Behörden, die wir im Moment besuchen, sagen uns übereinstimmend, dass gerade die Kürzungen bei den befristeten Arbeitsverträgen dazu führen werden, dass in dem Geschäftsbetrieb, wie er bis jetzt vorgesehen ist, die Verfahrensabläufe insgesamt nicht mehr gewährleistet werden können.

(Abg. Boris Rhein (CDU) unterhält sich mit Minister Dr. Christean Wagner. – Gerhard Bökel (SPD): Vielleicht sollte man abwarten, bis das Gespräch beendet ist!)

Konträr zu dem angekündigten Personalabbau verhalten sich die Eingangszahlen – Sie könnten ruhig einmal zuhören –, so z. B. in der Arbeits- und der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Ich nenne ein Beispiel vom Amtsgericht Darmstadt. Da haben sich die Eingangszahlen bei Strafsachen im letzten Jahr um 42 % erhöht, bei den Insolvenzsachen um 55 %.

Während am Personal gespart wird, verfahren Sie nach dem Motto „Wasser predigen und Wein trinken“ so, dass das Justizministerium bei den eigenen Verfügungsmitteln um 15,6 % zusätzlich zuschlägt. Auch die Bewirtungskosten werden um 16 % erhöht.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Darauf einen Dujardin!)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden auf jeden Fall beantragen, dass die Beschäftigungsentsgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte nicht auf null gestellt werden – aus diesen Titeln werden nämlich die befristeten Arbeitsverträge finanziert –, sondern dass sie in ursprünglicher Höhe fortgeschrieben werden. Denn nur so kann der Behördenbetrieb einer ordentlichen Justiz weiterarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Justiz droht weiteres Ungemach. Der Justizminister hat angekündigt, 10 bis 14 Amtsgerichte zu schließen. Wir als Parlament wissen, wie die Landesregierung hier mit uns verfährt. Uns liegen keinerlei Information darüber vor, welche Kriterien Sie dafür ansetzen, keinerlei Materialien über die Standortwahl und auch keine Konzeption – die hat der Justizminister wahrscheinlich selbst nicht.

(Beifall bei der SPD – Gerhard Bökel (SPD): So wird es sein!)

Ob nennenswerte Synergieeffekte erzielt werden können, ist noch völlig offen. Sicher ist, dass die Schließung der Amtsgerichte voll zulasten des Recht suchenden Bürgers gehen wird, gerade in Nordhessen.

(Nicola Beer (FDP): Das ist Quatsch!)

Hinzu kommt, dass gerade beratungsintensive Rechtsgebiete wie das Betreuungsrecht stetig höhere Fallzahlen aufweisen.

Ihr Verhalten ist insgesamt missverständlich und widersprüchlich; denn Sie haben in einem Brief Anfang 2001, den Sie an die hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise geschickt haben, damals, als es um die ZPO-Reform ging, noch darauf hingewiesen, dass die Gefahr der Schließung kleinerer Amtsgerichte und Landgerichtsstandorte drohe, und dies als Eingriff in die bürgernahen Gerichtsstrukturen vor Ort gesehen.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Herr Justizminister Dr. Wagner, außerdem lassen Sie sich regelmäßig bei jeder Modernisierung von Grundbuchabteilungen in den einzelnen Amtsgerichten persönlich abfeiern.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nachvollziehbar ist auch, dass bei der jetzigen Haushaltsslage, bei fehlendem Personal und weiterem Personalabbau das System SAP R/3, das hinsichtlich der Kosten völlig überdimensioniert ist und der Justiz aufkotriert wird, weiter so vollzogen werden soll. Aus vielen Gesprächen, die wir mit der Justiz führen, wissen wir, dass nur wenige noch ein gutes Haar an der Einführung von SAP R/3 lassen und die Mehrheit innerhalb der Justiz dieses Steuerungssystem im Hinblick auf seine Effektivität und seinen Nutzen infrage stellt und nur zähneknirschend bereit ist, für dieses System sich aus- und fortbilden zu lassen angesichts der jetzigen Arbeitsbelastung.

Wir akzeptieren deshalb nicht, dass, lediglich um die neue Verwaltungssteuerung mit der Binnenmodernisierung in Einklang zu bringen, rund 4.700.000 € zusätzlich in den Haushalt hineingepumpt werden, die aus unserer Sicht an anderer Stelle, nämlich bei den präventiven Projekten und den befristeten Arbeitsverträgen, sinnvoller eingesetzt werden können.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Hofmann, die letzte Minute.

Heike Hofmann (SPD):

Meine Damen und Herren, mithin werden wir als Sozialdemokraten dem Einzelplan 05 nicht zustimmen.

(Boris Rhein (CDU): Das ist bedauerlich!)

Wir können nur festhalten, dass der Einzelplan 05 insgesamt ein Einzelplan des Kahlschlags und ein Desaster für die Rechtspflege und die innere Sicherheit in unserem Lande ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Frau Hofmann, das war in der Zeit. – Herr Wintermeyer von der CDU-Fraktion, fünf Minuten, bitte sehr.

Axel Wintermeyer (CDU):

Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Ange-sichts der deutlichen Verschlechterung der staatlichen Einnahmen in diesem Jahr und der zu erwartenden Erosion der Einnahmesituation im kommenden Jahr ist dieser Haushaltsentwurf für das Justizministerium ein Beispiel für vorbildliche Haushaltsführung in schwieriger Zeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Nicola Beer (FDP): Hört, hört!)

– Dass Sie das alles nicht hören wollen, ist mir klar. Sie wollen irgendwo einen Krümel in der Suppe finden. – Justiz hat auch zukünftig in Hessen einen hohen Stellenwert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Haushalt des Justizministers muss im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“ wie alle anderen Ressorts auch Einschnitte hinnehmen, die in Bezug auf bestimmte Projekte schmerzlich sind und einem Juristen, der sich um diesen Bereich Gedanken macht, nicht immer gefallen.

Aber die Einsparungen sind nötig. Ihre Notwendigkeit resultiert aus den von der Bundesregierung zu verantwortenden wirtschaftlichen und finanziellen Problemen der deutschen Volkswirtschaft und damit auch des Staats. Aufgrund der Politik der Bundesregierung – daran möchte ich hier durchaus noch einmal erinnern – sind wir, was die Höhe der Steuereinnahmen betrifft, auf das Jahr 1998 zurückgefallen. Es fehlen uns 1,5 Milliarden €.

Es ist aber gelungen, die Einsparungen im Justizhaushalt gering zu halten und intelligente Lösungen zu finden, etwa durch eine effizientere wirtschaftliche Verwaltung der Mittel für Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten.

(Nicola Beer (FDP): Das bestreite ich!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Axel Wintermeyer (CDU):

Bei fünf Minuten Redezeit lasse ich keine Zwischenfrage zu. – Eine Änderung der Versorgungsstruktur ist nicht geplant. Die Umsetzung der neuen Verwaltungssteuerung und der Binnenmodernisierung der Justiz laufen weiter wie geplant, und sie laufen gut. Trotz aller Einsparungen wird es zu keinem Qualitätsverlust im Strafvollzug kommen. Der sicherste Strafvollzug Deutschlands wird auch zukünftig in Hessen vollzogen: menschlich, effizient, kostengünstig. Er wird auch weiterhin oberste Priorität haben.

(Beifall bei der CDU – Nicola Beer (FDP): Ach, ach!)

Insbesondere was die Zuwendungen an Vereine, Verbände und Gesellschaften angeht, ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Kürzungen für die einzelnen Institutionen in einem überschaubaren Rahmen bleiben. Zum Beispiel werden die wichtigen Mittel für den Täter-Opfer-Ausgleich in Höhe von 214.700 € überhaupt nicht gekürzt.

(Beifall bei der CDU)

Kriminalprävention, Opferhilfe, Untersuchungshaftvermeidungsprojekte und die Bewährungshilfe behalten ihren hohen Stellenwert, auch wenn sich die einzelnen Fördergelder etwas reduzieren. Insgesamt ergeben sich in dem Bereich, den ich eben angesprochen habe, nur Einsparungen in einer Gesamthöhe von 130.000 €. Immerhin erfolgen sie in acht verschiedenen Rubriken.

(Nicola Beer (FDP): Da hast du aber falsch gerechnet!)

Dafür wurde z. B. der Haushaltsansatz für die dringend notwendige weitere Modernisierung der Justiz gegenüber dem Ansatz 2003 um mehr als 4,7 Millionen € auf 14,8 Millionen € erhöht. Frau Hofmann, ich darf Ihnen versichern, das wird auch so bleiben.

Mehr als 14 Millionen € davon entfallen auf Sach- und Investitionsausgaben. Ich darf feststellen, dass die Landes-

regierung auch mit weniger zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen wird, die Investitionen in dieser konjunktuell schwierigen Zeit anzukurbeln und damit einen aktiven Beitrag zur Wirtschaftsförderung zu leisten.

In dieses Konzept passt auch die weitere Erhöhung der Haushaltssmittel für die EDV-Ausstattung um 4,2 Millionen € auf 28,5 Millionen €. Das verdient unsere Anerkennung. Mit den erhöhten Investitionen bringen wir die hessische Justiz voran. Sie hat wieder den Stellenwert, den sie verdient.

Ich möchte auch auf ein einfallreiches Projekt verweisen, das die Landesregierung seit dem Sommer 1999 forciert hat, nämlich die Zustellungen von Postsendungen durch Justizbedienstete im Nebenamt.

(Nicola Beer (FDP): Dadurch geht es voll raus!)

Inzwischen werden etwa 13 % aller Zustellungen der teilnehmenden Dienststellen durch Justizbedienstete selbst ausgeführt.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Die letzte Minute läuft, Herr Wintermeyer.

Axel Wintermeyer (CDU):

Auch wenn der Ansatz für die Ausgaben im kommenden Jahr etwas erhöht werden soll, ergeben sich doch noch Einsparungen in Höhe von 2,62 € pro Zustellung gegenüber der Zustellung durch die Post. Dies ist ein Beispiel für die einfallsreiche Handhabung von Einsparmöglichkeiten in diesem Bereich.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wahnsinnig!)

Auch die beabsichtigte Entflechtung der Amtsgerichtsbezirke ist angesichts der gestiegenen Mobilität der Bürgerinnen und Bürger vertretbar. Eine Verringerung des Rechtsschutzes wird dadurch keinesfalls eintreten. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir in Hessen nach wie vor die höchste Richterdichte aller Flächenländer in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Abschließend möchte ich eines klar hervorheben: Der hessische Justizminister ist nicht nur ein starker Verfechter hessischer Interessen in der Justizpolitik, sondern auch ein Verfechter der Interessen der Bürgerinnen und Bürger und der Bediensteten der hessischen Justiz. Ein effektiver Schutz vor Straftaten und Tätern, eine konsequente Strafverfolgung durch Polizei und Staatsanwaltschaft, eine Verbesserung der Unterbringungssituation im Strafvollzug, eine Eingreifreserve bei den Staatsanwaltschaften, der Neubau des Gefängnisses in Hünfeld, die Fußfessel, der Ausbau des DNA-Abgleichs: Dies sind nur wenige Beispiele für die erfolgreichste hessische Justizpolitik seit Jahrzehnten.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben bereits viel erreicht. Seien Sie sicher, meine Damen und Herren von der Opposition: Wir werden auf diesem Weg konsequent weitergehen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Wintermeyer. – Ich darf Frau Beer für die FDP-Fraktion das Wort erteilen. Frau Beer, Sie haben fünf Minuten Redezeit beantragt. Bitte schön.

Nicola Beer (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn der Kollege Wintermeyer mit der Nennung einiger erfolgreicher Projekte aus der letzten Legislaturperiode – unter einer CDU/FDP-Regierung – jetzt versucht, die Situation etwas zu verschleiern, kann man nur sagen: Herr Minister, Sie verabschieden sich mit dem Einzelplan 05 von den bürgerlich-liberalen Positionen, die wir in den letzten vier Jahren gemeinsam verfolgt haben.

Herr Kollege Wintermeyer, in der letzten Legislaturperiode gehörten die Richterstellen und der Justizvollzug zum so genannten geschützten Bereich. Das ist jetzt aufgegeben. Auch bei den Richtern und im Justizvollzug haben wir es mit einer Einstellungssperre zu tun, und wir sind mit Stellenstreichungen konfrontiert. Frau Kollegin Hofmann hat darauf hingewiesen. Der Richterwahlauschluss hängt völlig in der Luft. Wir haben mittlerweile in zweiter Lesung Leute benannt, die wir für würdig erachteten, in den Richterdienst eingestellt zu werden. Sie sind aber immer noch nicht eingestellt, und das bei einer steigenden Dauer der Verfahrenszeiten.

Herr Minister, wenn wir hier auf die so genannte Personalvermittlungsstelle verwiesen werden – ich würde eher „Personalmobbingstelle“ dazu sagen –, bin ich doch sehr gespannt, wie viele Ihrer Kolleginnen und Kollegen Personal an diese Stelle melden, das die Kriterien des Richterwahlausschusses erfüllt.

(Beifall bei der FDP)

Die Resozialisierung im Justizvollzug ist ein weiterer Bereich, in dem Sie sich von dem verabschieden, was FDP und CDU einmal gemeinsam verfochten haben. Der Justizvollzug stand in den letzten vier Jahren auf zwei soliden Beinen: Sicherheit und Resozialisierung. Hier wird, wie ich vermute, aus ideologischen Gründen einseitig gekürzt. Die Kollegin Hofmann hat schon darauf hingewiesen, wie kurzsichtig die Kürzungsmaßnahmen in einer Vielzahl von Fällen sind. Wir werden in den nächsten Jahren mit Mehrkosten konfrontiert sein, die die jetzigen – ich sage das in Anführungszeichen – „Einsparungen“ um ein Vielfaches übertreffen werden.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Frau Ministerin Lautenschläger, ich finde es traurig, dass Sie im Sozialressort noch einen erheblichen Teil dazu beitragen, straffällig gewordenen Jugendlichen und straffällig gewordenen Frauen eben diese Zukunftschancen zu verbauen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr richtig!)

Das Traurige daran ist, dass dieser Einzelplan völlig perspektivlos ist. Es fehlt nämlich jegliche Aufgabenkritik. Es gibt keinerlei strukturelle Veränderungen, die auch nur einen Funken Hoffnung aufkommen lassen, dass sich ab 2005 irgendetwas verändern wird.

Herr Minister, ich prophezeie Ihnen schon jetzt, dass Sie in den Jahren 2005 und 2006 wieder an demselben Punkt wie jetzt angekommen sein werden. Dann wird es noch schwieriger sein, in dem Einzelplan Einschnitte vorzunehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei könnte es so einfach sein. Man müsste nur die seit langem vorliegenden Verbesserungsvorschläge der FDP-Fraktion zur Kenntnis nehmen. Wir haben in unserem 45-Punkte-Programm eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht. Lassen Sie mich nur drei der wichtigsten Vorschläge für den Einzelplan 05 herausgreifen.

Der erste Punkt ist die Einführung eines zentralen elektronischen Schuldnerverzeichnisses. Das gibt ein erhebliches Einsparpotenzial bei den Sach- und Personalmitteln. Ich darf auf ein Parallelmodell, nämlich das elektronische Grundbuch, verweisen. Hier kommen wir durch die Reorganisation auf eine Einsparung von 180 Stellen. Das ist Beschlusslage in diesem Haus. Nur im Einzelplan 05 heißt es: Fehlanzeige.

(Beifall bei der FDP)

Der zweite Punkt ist die Schaffung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität. Das würde eine verbesserte Strafverfolgung bei Korruption, Börsenstraftaten, organisierter Kriminalität, Geldwäsche und Insiderhandel bringen. Es kann wohl keiner bestreiten, dass wir in diesen Bereichen von einer wirkungsvollen Strafverfolgung mit einer möglichst einheitlichen Entscheidungspraxis weit entfernt sind. Lieber Kollege Wagner, auch ein Hardliner wie Sie dürfte auf diesem Auge der Strafverfolgung nicht allzu blind sein.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hätten nicht nur eine verbesserte Strafverfolgung, sondern wir hätten auch noch mehr Einnahmen durch eine Erhöhung der Geldauflagen und der Vermögensabschöpfung.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Herr Minister, meine Fraktion hat Ihnen das vorgerechnet. Hier wäre mit Mehreinnahmen in Höhe von mehr als 11 Millionen € netto zu rechnen. Warum ergreifen Sie diese Chance nicht? Warum sind hierfür keine Mittel vorgesehen? Warum sind hier keine erhöhten Einnahmen vorgesehen? Ihre mobile Einsatzreserve ist hierfür kein vollwertiger Ersatz.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Beer, die fünf Minuten Redezeit sind gleich abgelaufen.

Nicola Beer (FDP):

Herzlichen Dank. – Drittens. Privatisierung bei den Gerichtsvollziehern. Auch hier hätten wir neben der Verkürzung der Wartezeiten für die Gläubiger und neben der Stärkung des Berufsbildes Gerichtsvollzieher erhebliche Entlastungen für den Landeshaushalt von round about 20 Millionen € im Jahr.

Daher kann ich für diesen Einzelplan nur folgendes Fazit ziehen, Herr Minister Wagner: Der Einzelplan ist völlig konzeptlos, aber keinesfalls alternativlos. Die Verbesserungsvorschläge liegen auf dem Tisch. Nutzen Sie die nächsten Wochen, um sich diese zu Eigen zu machen. Das könnte ein Stückchen sichere Zukunft bedeuten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Als nächster Redner hat Herr Dr. Jürgens das Wort. Sie haben sieben Minuten Redezeit.

Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die „Operation düstere Zukunft“ hat auch im Justizhaushalt ihre Spuren hinterlassen. Der Versuch, das konservative Weltbild mit dem Rotstift durchzusetzen, ist auch hier erkennbar. Hinzu kommt vor allem, dass einige dieser Streichungen zwingend und notwendig in vielen anderen Bereichen zu Mehrausgaben führen werden. Frau Hofmann hat bereits auf einige Beispiele hingewiesen. Ich kann daran nahtlos anknüpfen.

Sie streichen Mittel bei den Projekten zur Vermeidung von Untersuchungshaft. Wir wissen aus der kurorischen Lesung, dass jedes Jahr 35 bis 40 Beschuldigte dadurch vor Untersuchungshaft bewahrt werden, dass ihnen ein fester Wohnsitz in angemieteten Wohnungen geliefert wird. Damit entfällt der Haftgrund der Fluchtgefahr, und die Untersuchungshaft kann vermieden werden. Jetzt streichen Sie dort die Mittel für Anmietungen um etwa 30 %. Das bedeutet zwingend, dass weniger Wohnungen und weniger Plätze zur U-Haft-Vermeidung zur Verfügung stehen, und ebenso zwingend, dass die Betroffenen ihre Untersuchungshaft absitzen müssen. Das bezahlt das Land. Jeder Tag in Untersuchungshaft kostet etwa 85 €. Wenn auch nur wenige dieser 35 bis 40 Personen einige Tage länger sitzen müssen, sind die Einsparungen nicht nur aufgebraucht, sondern Sie zahlen jeden Tag bares Geld obendrauf.

Ein weiteres Beispiel. Sie kürzen beim Projekt ehrenamtliche Bewährungshelfer. Die Alternative ist nicht, dass keine Bewährungshelfer mehr bestellt werden. Die Alternative ist, dass hauptamtliche Bewährungshelfer bestellt werden. Die sind natürlich deutlich teurer. Das bedeutet auch hier – jeder Fünftklässler könnte Ihnen das ausrechnen –, dass Sie mit Ihren Kürzungen kein Geld sparen, sondern draufzahlen.

Herr Justizminister, selbstverständlich wissen auch Sie das alles. Ich sage Ihnen nichts Neues. Natürlich können auch Sie rechnen. Natürlich wissen auch Sie, welche Folgen Ihre Streichorgie hat. Sie haben aber – das ist wie bei den anderen Ministern – nicht mehr den Mut, Ihrem Chef das konkret zu sagen. Kochs Staatskanzlei befiehlt, und Sie folgen sklavisch, auch wenn Sie wissen, dass es Unsinn ist. Die kollektive Entmündigung dieses Kabinetts hat offenbar ein chronisches Stadium erreicht. Da wird lieber gestrichen, koste es, was es wolle.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Wagner, dass Sie sich an dieser Stelle selbst entmündigen, mag Ihre Sache sein. Aber dass Sie Menschen zumuten, auch nur einen Tag länger als unbedingt notwendig im Knast zu bleiben, nur weil Sie an der falschen Stelle sparen, das zeigt eine erschreckende Gleichgültigkeit gegenüber den betroffenen Menschen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dies gilt umso mehr, wenn man sich einmal die Alternativen ansieht. Es ist nicht so, dass im gesamten Justizhaushalt nur gestrichen würde, dass nur der Rotstift regieren würde. Es gibt durchaus Stellen, da wird kräftig draufgesattelt. Satte 4,8 Millionen € sollen im nächsten Jahr zu-

sätzlich für die Modernisierung der Justiz ausgegeben werden – nur allein im Justizministerium. Damit wir uns nicht missverstehen: Die Modernisierung der Justiz ist ein wichtiges Vorhaben, von Rupert von Plottnitz angestoßen und von Ihnen fortgeführt. Da ist Hessen führend und soll auch führend bleiben. Das ist gar keine Frage.

Man sollte aber einmal Folgendes miteinander vergleichen: Sie sagen den Leuten, sie müssten jetzt länger in Untersuchungshaft bleiben. Dafür wird aber der Haftbefehl vom Staatsanwalt auf einem etwas höher getakteten PC geschrieben. Ein wirklicher Trost wird das dem betroffenen Inhaftierten nicht sein.

Ein anderes Beispiel. Sie sagen den Justizbediensteten in Limburg und Frankfurt, wo Sie die Zuschüsse für Kindertagesstätten streichen: Dein Kind können wir in Zukunft nicht mehr betreuen, aber dafür wirst du mit dem Nachbarbüro vernetzt.

Ein weiteres Beispiel. Sie streichen die medizinisch-psychologische Betreuung von HIV-infizierten Gefangenen. Dafür können Sie ihnen künftig wahrscheinlich sehr viel genauer und mathematisch exakt ausrechnen, wie viel jeder ihrer Hafttage kostet und wann voraussichtlich ihre Haftunfähigkeit eintritt.

Die Modernisierung der Justiz ist wichtig. Das ist gar keine Frage. Aber wenn ausschließlich in Maschinen investiert wird und die persönlichen Hilfen gestrichen werden, dann wird Modernisierung zu einem Synonym für Unmenschlichkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb haben wir vorgeschlagen, die notwendigen Hilfen, die Sie gestrichen haben, beizubehalten, teilweise sogar maßvoll zu erhöhen. Wir wollen das zum Teil durch eine maßvolle Reduzierung der Ausgaben für die Modernisierung – um nicht einmal 5 % – gegenfinanzieren. Dadurch würden die Modernisierungsbemühungen nicht gefährdet, deswegen müsste kein Projekt gestrichen werden. Vielleicht wird der eine oder andere PC ein bisschen später gekauft. Wenn wir dadurch aber wichtige Hilfen weiterführen können, die dazu an anderer Stelle noch bares Geld einsparen, dann sind diese Mittel nach unserer Überzeugung allemal besser angelegt, als ausschließlich – ich betone: ausschließlich – in die Beschaffung von Soft- und Hardware zu investieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Strafvollzug wirkt sich die „Operation düstere Zukunft“ besonders dramatisch aus. Wir waren am letzten Freitag auf der Jahrestagung der Gewerkschaft der Vollzugsbediensteten in Hessen. Wir haben dort erfahren, dass sich im Strafvollzug inzwischen rund 250.000 Überstunden angehäuft haben. Die Arbeitszeitverlängerung schlägt natürlich auch im Vollzug zu Buche – bei gleichzeitigen Gehaltskürzungen. Das demotiviert die Vollzugsbediensteten zusätzlich. Das war bei der Veranstaltung deutlich zu spüren.

Das ist vor allem deswegen besonders dramatisch, weil der Mikrokosmos Vollzugsanstalt zu einer Zeitbombe wird, wenn Sie den Druck im Kessel ständig erhöhen – und zwar auf beiden Seiten. Besonders zynisch fand ich deshalb am Freitag Ihre Zusicherung an die Bediensteten, dass sie besser vor gewaltbereiten Gefangenen geschützt werden sollen. Ihre bisherige Vollzugspolitik ist doch nichts anderes als ein Programm zur Förderung von Unfrieden, Unsicherheit und Gewaltbereitschaft in den Anstalten. Das muss man einmal so sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Herr Dr. Jürgens, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Unter Ihrer Regierung sind Vergeltung und Verwahrung die Grundprinzipien für den hessischen Strafvollzug geworden. Ich kann das jetzt nicht weiter ausführen und möchte noch kurz und stichwortartig auf einige andere Bereiche eingehen.

Die Justiz wird künftig ihrem Anspruch als Dienstleister für die Recht suchenden Bürger immer weniger gerecht. Weniger Personal, vor allem im nicht richterlichen Bereich, bedeutet weniger Service. Die Verfahren werden länger, nicht kürzer. Die Schließung der Amtsgerichte bedeutet keine Entflechtung von Zuständigkeiten, Herr Wintermeyer – denn sie waren bisher nicht verflochten –, sondern den Rückzug aus der Fläche und mehr Bürgerferne. Wer sein Recht sucht, wird es künftig in größerer Entfernung suchen müssen.

Sie haben also weniger Service und weniger Hilfe statt wirkliche Sicherheit zu bieten. Sie bieten nur ideologische Glaubensbekenntnisse. Die hessische Justiz und die Recht suchenden Bürger gehen mit diesem Minister und dieser Landesregierung schweren Zeiten entgegen.

Sie werden vermutlich bereits angenommen haben, dass wir Ihren Haushalt ablehnen. In dieser Frage stimmen wir in der Tat überein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Meine Damen, meine Herren! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zum Einzelplan 05 vor. Damit ist dieser Einzelplan besprochen.

Ich rufe jetzt den

Einzelplan 06 – Hessisches Ministerium der Finanzen –

in Verbindung mit

Einzelplan 17 – Allgemeine Finanzverwaltung – und

Einzelplan 18 – Staatliche Hochbaumaßnahmen –

auf.

Dazu werden vereinbarungsgemäß **Tagesordnungspunkt 24** und **Tagesordnungspunkt 33** aufgerufen:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Verkaufserlöse für Landeseigentum reinvestieren – Drucks. 16/1006 –

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Erstellung eines Beteiligungs- und Privatisierungsberichtes – Drucks. 16/1164 –

Als erster Redner hat der Abg. Kahl für die SPD-Fraktion das Wort. Sie haben fünf Minuten Redezeit.

Reinhard Kahl (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir über die Einzelpläne 06 und 17 reden, dann

müssen wir auch über die Steuereinnahmen des Landes Hessen sprechen. Die Steuereinnahmen des Landes Hessen sind nach einer Vorgabe des obersten Chefs, des Ministerpräsidenten, geschätzt worden, der das angenommene Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr auf 1 % festgelegt hat. Die Forschungsinstitute gehen hingegen davon aus, dass wir im kommenden Jahr ein Wachstum zwischen 1,4 und 1,7 % haben werden.

Aus diesem Grund ist es schon interessant, dass der Ministerpräsident 1 % Wirtschaftswachstum vorgibt. Es ist wohl das Signal, dass er erwartet, dass Hessen ein unterdurchschnittliches Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland hat.

(Beifall bei der SPD)

Es war schon interessant, wie er heute Morgen über das Wachstum gesprochen hat. Er hat davon gesprochen, dass alleine dadurch, dass Feiertage auf Wochenenden fallen, schon ein Wachstum entsteht. Wie ist das dann mit dem 1 % Wirtschaftswachstum, das hier unterstellt wird, zu verbinden?

Meine Damen und Herren, wenn das eine Vorsichtsmaßnahme ist, dann versteh ich aber die nächste Einnahme position in diesem Landshaushalt nicht, denn er geht davon aus, dass dem Land zusätzliche Einnahmen durch bundespolitische Entscheidungen in Höhe von 390 Millionen € zufließen. Heute Morgen ist wiederum nicht klar geworden, aufgrund welcher Tatsachen das Land Hessen von zusätzlichen 390 Millionen € Einnahmen ausgehen kann.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es war schon interessant, dass der Ministerpräsident gesagt hat – diese Zahl war für mich sehr überraschend, weil sie sehr hoch war –, dass allein aufgrund des Bundeshaushalts von Hans Eichel das Land Hessen 800 Millionen € zusätzliche Einnahmen erwarten könnte. Wenn man das zu dem Gesetz der Bundesregierung, das Anfang dieses Jahres durch diese Landesregierung blockiert worden ist, in Verbindung setzt, zeigt sich sehr deutlich, dass die Blockadepolitik dieser Landesregierung im Bundesrat dem Land Hessen bezüglich der Einnahmen drastisch schadet. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein nächster Punkt: Gewerbesteuerumlage. Da schaut man in diesen Haushaltspunkt hinein und stellt fest, die nimmt sogar noch zu. Gleichzeitig wissen wir aber alle, dass sowohl das Sofortprogramm der CDU/CSU als auch das jetzt beschlossene Programm der Bundesregierung davon ausgehen, dass die Gewerbesteuerumlage gesenkt werden wird. Wo ist denn hier die Konsequenz? Ist das der Hinweis darauf, dass Hessen in der Frage der Gemeindefinanzreform weiterhin Blockade betreiben will? – Auch diese Frage ist noch zu beantworten.

(Beifall des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Allein diese drei Punkte zeigen, dass diese Landesregierung bezüglich der Einnahmesituation wieder konzeptionslos und widersprüchlich ist. An diesen drei Positionen kann man das sehr deutlich nachweisen.

Wenige Bemerkungen zum so genannten 1-Milliarde-€-Sparprogramm. Ein Viertel dieses Sparprogramms soll dadurch erreicht werden, dass eine Wohnungsbaugesellschaft die andere kauft, oder mit anderen Worten: Schul-

den werden vom Land auf die Wohnungsbaugesellschaft übertragen. Meine Damen und Herren, was das mit Sparen zu tun hat, das weiß keiner, wahrscheinlich noch nicht einmal der Ministerpräsident.

Wenn man die zusätzlichen Veräußerungen hinzunimmt, ist ein Viertel dieses Sparprogramms weiter nichts als ein Verkauf von Landesvermögen. Deswegen haben wir sehr klar gesagt: Wenn man Landesvermögen verkauft – das steht in unserem Antrag –, dann muss es reinvestiert und nicht zum Stopfen von Haushaltlöchern verwandt werden. Aus diesem Grund haben wir diesen Antrag gestellt.

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

Reinhard Kahl (SPD):

Einen ganz kurzen Satz noch zum Kommunalen Finanzausgleich: In der letzten Legislaturperiode haben Sie über 400 Millionen € aus dem Kommunalen Finanzausgleich herausgenommen, mit dem Ergebnis, dass der Kommunale Finanzausgleich im Jahre 2004 230 Millionen € unter dem von 2001 liegt. Dies trifft ganz besonders die Schlüsselzuweisung, die Kommunen haben 225 Millionen € weniger als im Jahr 2001. Das ist die nüchterne Bilanz Ihrer Politik bezüglich der Kommunalfinanzen.

Aus diesem Grund fordere ich Sie auf: Tun Sie etwas für die Gemeindefinanzreform, blockieren Sie nicht im Bundesrat. – Die Kommunen brauchen eine Gemeindefinanzreform, damit sie investieren können. Das ist für den Aufschwung in diesem Land von ganz entscheidender Bedeutung.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Als nächster Redner hat Herr Abg. Milde das Wort für die CDU-Fraktion. Zehn Minuten Redezeit.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir hier über die Einzelpläne 06, 17 und 18 und über die beiden Anträge reden, dann hat Herr Kahl schon Recht, dass wir erst einmal über die Steuereinnahmen reden sollten. Sie haben selbst einen grandiosen Vorschlag zur Gegenfinanzierung gemacht. Sie berufen sich darauf, dass Sie einen SPD-Parteitagsbeschluss zur Erhöhung der Erbschaftsteuer haben. Dies haben Sie als Gegenfinanzierung für Ihre Vorschläge angegeben.

Das ist das schlimmste Programm, das der Wirtschaft in Deutschland passieren kann. Schauen Sie sich doch einmal an, was der so genannte Müller-Milch gemacht hat, er ist ins Ausland gegangen.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage gar nicht, dass ich es gut finde, dass sich die Menschen in Deutschland einen Weg suchen, wie sie ihre persönliche Steuerreform machen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nun einmal Tatsache, dass sich in einer globalisierten Welt jeder dort niederlässt, wo er die günstigsten Steu-

ervoraussetzungen hat. Wir wollen genau diese Steuerzahler im eigenen Land halten – denn nur das ist gut für das eigene Land – und nicht zur Gegenfinanzierung Steuererhöhungen durchführen.

(Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Deswegen sage ich – –

(Reinhard Kahl (SPD): Wollen Sie die Erbschaftsteuer abschaffen?)

– Wir wollen die Erbschaftsteuer nicht abschaffen, aber in der heutigen Form ist sie vollkommen ausreichend.

(Reinhard Kahl (SPD): Was denn nun? – Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Das Bundesverfassungsgericht hat – weil Sie es gerade ansprechen – die Vermögensteuer an sich als verfassungswidrig erklärt.

(Zurufe der Abg. Reinhard Kahl und Gernot Grumbach (SPD))

Deswegen werden wir auch auf dieser Seite keine Einnahmen haben. – Herr Grumbach, Sie können sich aufregen, wie Sie wollen, es sind die alten Mittel, mit denen Sie versuchen, Politik zu machen. Wir werden durch die Anhebung von Steuersätzen keinen müden Euro mehr Steuereinnahmen haben, sondern wir werden unterm Strich dafür sorgen, dass die Wirtschaftskraft sinkt und wir weniger Steuereinnahmen haben. Das ist das Gegenteil von dem, was wir brauchen.

Ich möchte auf das eingehen, was Sie zum KFA angesprochen haben. Der KFA ist nicht deswegen reduziert, weil wir es mit den Kommunen in Hessen böse meinen, weil wir mutwillig gekürzt haben,

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

sondern weil die Steuerverbundmasse gesunken ist. Es ist weniger zu verteilen. Weil das so ist – da gibt es nämlich einen Zusammenhang zum Verkauf der Wohnstadt Kassel –, haben wir entschieden, dass wir keine weiteren Kürzungen vornehmen, die wir allgemein machen müssten, um den Haushalt zu sanieren. Alleine deswegen haben wir gesagt, als einzige Ausnahme wird die Wohnstadt Kassel verkauft, ohne dass das Geld in den Zukunftssicherungsfonds eingebracht wird und das Geld wieder investiert wird. Wir benötigen es einmalig, um den Kommunen in der extrem schwierigen Lage, in der sie sind, im nächsten Jahr Entlastung bieten zu können. Ich finde es schäbig, dass Sie uns vorwerfen, wir würden die Kommunen schlecht behandeln.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Sie haben die allgemeine Steuerentwicklung angesprochen. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal mein Angebot wiederholen, der Finanzminister hatte es aufgegriffen: Wenn Sie glauben, dass bei den Vermittlungsergebnissen in Berlin für das Land Hessen günstigere Ergebnisse herauskommen, dann können wir das in einer Sondersitzung des Haushaltsausschusses am 16.12. hier vor der nächsten Plenarrunde besprechen. Ich gehe davon aus, dass der Finanzminister bis zu diesem Zeitpunkt eine Aktualisierung der Steuerschätzung sowohl für das Jahr 2003 als auch für das Jahr 2004 hat und wir dann über die Ergebnisse im Vermittlungsausschuss, die wirklich finanziell relevant sind, reden können. Notfalls können wir dann auch noch über mögliche Änderungsanträge sprechen.

Mit den drei Einzelplänen, die wir hier zu besprechen haben, werden Investitionen getätigt. Ich finde, man geht darüber zu schnell hinweg. Der gesamte Hochbaubereich wird um, zugegebenermaßen, 3 % gekürzt. Das heißt, Investitionen werden weiterhin getätigt. Darauf ist auch in dieser schwierigen Finanzsituation erheblich Wert zu legen. Während Steuereinnahmen insgesamt zurückgehen, halten wir im Prinzip das Niveau an Investitionen. Auch das ist gut für unser Land.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Abschließend möchte ich zu diesen Einzelplänen nur noch einmal auf den Verkauf der Wohnstadt Kassel eingehen, der auch an sich kritisiert wurde. Er hat auch einen Teil der Haushaltsrede des Kollegen Walter heute Morgen ausgemacht.

Erstens stimmt es, dieses Geld wird einmalig nicht wieder reinvestiert, sondern es wird in den Haushalt gesteckt, damit die Kommunen von weiteren Kürzungen verschont bleiben.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Zweitens hat kein Mensch behauptet, dass dadurch, dass die Nassauische Heimstätte die Wohnstadt Kassel kauft, ein Mehrwert entsteht.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Es bleibt unterm Strich ein Verkauf. Ob die Synergien, die dadurch geschaffen werden, dazu führen, dass die Wertminderung weniger als 250 Millionen € beträgt, das wissen wir heute noch nicht. In jedem Fall sind es ohnehin zwei Gesellschaften, die sinnvollerweise zusammengeführt werden.

Das knüpft an das an, was Rot-Grün in der letzten Phase seiner Regierungszeit machen wollte: Es wird zusammengelegt.

Wenn wir bei dieser Gelegenheit noch 250 Millionen € stille Reserven heben und damit die Kommunen entlasten, so ist auch das ein gutes Signal für das Land Hessen und für die Kommunen, die – wie alle Bürger des Landes Hessen – bei uns bestens aufgehoben sind. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Als nächster Redner spricht Herr Abg. Wagner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch in den Einzelplänen 06, 17 und 18 ist das Gerede der Regierungsfaktion von der angeblichen Alternativlosigkeit der Haushaltspolitik schlicht und ergreifend falsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Spätestens seit der 13-stündigen Sitzung des Haushaltsausschusses in der vergangenen Woche ist klar: Auch in diesen Geschäftsbereichen gibt es eine Alternative zu der von der CDU hier vorgelegten Politik.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es! – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Habe ich etwas verpasst?)

Man merkt es ja auch. In der vergangenen Woche haben wir Sie in einer Pressemitteilung aufgefordert, Ihre alten Textbausteine etwas zu überarbeiten. Das hat in Ihren Reihen offenkundig für Verwirrung gesorgt. Ich weiß nicht, ob Herr Metz tätig geworden ist und Ihnen neue Sprechhilfen an die Hand gegeben hat.

Auf jeden Fall gibt es eine gewisse Verwirrung in Ihren Reihen.

(Zurufe von der CDU)

In Ihrer Argumentation schwanken Sie zwischen: „Es ist völlig alternativlos“; einige von Ihnen sagen: „Es gibt keine seriöse Alternative“; manche räumen ein: „Es gibt eine Alternative.“

Da ist also schon einiges bei Ihnen in Bewegung geraten. Es gibt nämlich eine Alternative. Aber eines lassen wir Ihnen nicht durchgehen – dass Sie sagen: „Es gibt keine seriöse Alternative.“

Sie von der CDU haben den Vater aller unseriösen Haushalte zum Finanzminister gemacht, und jetzt maßen Sie sich an, die Haushaltsvorschläge der Opposition auf Seriosität zu beurteilen. Das lassen wir Ihnen definitiv nicht durchgehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Der Vater aller unseriösen Haushalte hat wieder 564 Seiten „Weimars Welt“ vorgelegt: Im Einzelplan 06 sind es 166 Seiten „Hoffnungen“, im Einzelplan 17 dann 189 Seiten „Träume“ und im Einzelplan 18 sind es 209 Seiten „Wünsche“. 564 Seiten „Weimars Welt“ – mit seriöser Finanzpolitik hat das alles nichts zu tun.

Schauen wir uns doch einmal an, was in den Einzelplänen enthalten ist.

Natürlich ist in diesen Einzelplänen auch das Thema SAP R/3 etabliert. Jetzt kann man trefflich darüber streiten. Ich gehe nur von den Angaben des Finanzministers aus.

Im Jahr 2000 hat der Finanzminister gesagt, die Einführung von SAP R/3 kostet 50 Millionen €. Das hat der Finanzminister gesagt, das ist keine Zahl, die wir GRÜNEN uns ausgedacht haben.

In der Haushaltsberatung im letzten Jahr hat er gesagt: Na ja, gut, ich bin zwar fürs Geldzusammenhalten zuständig, aber bei SAP R/3 ist es mir etwas außer Kontrolle geraten, jetzt sind es 250 Millionen €, das Fünffache – von dem Minister, der dafür zuständig ist, das Geld in Hessen zusammenzuhalten.

In der kurSORischen Lesung dieses Jahres erfahren wir jetzt, dass die Gesamtkosten dafür in diesem Jahr schon 294 Millionen € betragen – von dem Minister, der eigentlich das Geld in Hessen zusammenhalten müsste.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Mein zweiter Punkt: 390 Millionen € „durch bundespolitische Regelungen“. Wir wissen bis heute nicht, welche bundespolitischen Regelungen die Landesregierung damit meint. Der Minister verweigert im Ausschuss jede Auskunft darüber, wie er diese 390 Millionen € erbringen möchte. – Und dann bewerten Sie die Seriosität der Haushaltsvorschläge der Opposition?

Mein dritter Punkt. Der Kollege Kahl hat es schon angeprochen, deshalb kann ich es kurz machen: die Gewerbebesteuerumlage.

Da gibt es einen CDU-Beschluss – nicht hier in Hessen; in Hessen haben Sie hierzu eine vernünftige Position, aber auf Bundesebene –, der sagt, Sie wollen ein Sofortprogramm, bei dem Sie an der Umsatzsteuer herumdrehen. Ja, das hat natürlich Auswirkungen auf den Haushalt des Landes Hessen, aber dazu finden wir kein Wort in Ihrer Haushaltspolitik. Und dann wollen Sie die Seriosität der Haushaltsvorschläge der Opposition bewerten?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Überhaupt das „größte Sparpaket in der hessischen Geschichte“. Strukturreformen machen Sie relativ wenig. Ganz viel machen Sie durch Einmaleffekte. Einmaleffekte sind definitiv keine Strukturreformen, sondern das können Sie einmal machen und nie wieder: 250 Millionen € für die Wohnstadt Kassel, Veräußerung von Dienstgebäuden 145 Millionen €, Kürzungen bei den Bauinvestitionen 60 Millionen €, teilweise Auflösung der Rücklagen der Ressorts 50 Millionen € – insgesamt 505 Millionen € durch Einmaleffekte. Reden Sie nicht von Strukturreformen. Vor allem, wenn Sie das Tafelsilber verkloppen: Beurteilen Sie nicht die Seriosität der Haushaltsvorschläge der Opposition.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Herr Kollege Wagner, Sie haben noch 30 Sekunden.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wir haben Ihnen Änderungsvorschläge auch zu den Einzelplänen 06, 17 und 18 vorgelegt. Die liegen auf dem Tisch. Sie sind allemal so seriös finanziert wie das, was der Finanzminister vorgelegt hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dreimal so seriös!)

Ich möchte sogar noch weitergehen: Wenn Sie uns nur mit der Elle der Seriosität Ihres Finanzministers messen, dann ist das wirklich eine Beleidigung für die Opposition in diesem Hause. Das, was die Opposition Ihnen vorgelegt hat, ist sehr viel seriöser.

Sie haben die Möglichkeit zur Umkehr. Nutzen Sie die. Es ist noch nicht zu spät.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Als nächster Redner hat Herr Abg. von Hunnius, FDP-Fraktion, das Wort. – Ihre Redezeit beträgt zehn Minuten.

Roland von Hunnius (FDP):

Hochverehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beschränke mich mit meinen Ausführungen auf den Einzelplan 17, weise aber vorsorglich darauf hin, dass dies nicht bedeutet, dass die Einzelpläne 06 und 18 geschlossen unsern Beifall finden.

Einzelplan 17. Die Landesregierung weist teils ein gesundes Maß an Vorsicht auf, teils aber ist sie ausgesprochen waghalsig.

Was die Vorsicht angeht, müssen wir als FDP-Fraktion ausdrücklich loben, dass die Landesregierung beim Wirtschaftswachstum für das Jahr 2004 von nur 1 % ausgeht.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Mitopposition, ich glaube, wenn Sie selbst in der Verantwortung ständen, dann würden Sie wohl auch kaum glauben, dass die Institute erstmals seit Jahren richtig liegen. Auch Sie würden kaum glauben, dass die öffentlichen Träumereien von Hans Eichel in Erfüllung gehen würden.

(Beifall bei der FDP)

Vielmehr würden Sie genauso dem Prinzip Vorsicht frönen, und das wäre auch gut so.

Die FDP-Fraktion jedenfalls ist sich zu schade, Geld nach dem Prinzip Hoffnung zu generieren – was SPD und GRÜNE tun, indem sie sagen: Wir schätzen halt einmal ein höheres Wirtschaftswachstum; dann haben wir mehr Geld, und das geben wir auch gleich aus und freuen uns über die Wohltaten, die wir dann verkünden können.

Dafür sind wir uns zu schade. Vielmehr machen wir uns, wenn wir haushaltswirksame Anträge stellen, schon die Mühe, zu sagen, wie sie durch vom Land zu verantwortende Mehreinnahmen – also nicht durch Träumereien – oder durch Ausgabekürzungen gedeckt werden können.

(Beifall bei der FDP)

Sollte die Wirtschaft tatsächlich stärker anspringen, als bei Aufstellung des Landshaushalts 2004 angenommen, wäre es völlig falsch, in einen Ausgabenrausch zu verfallen. Vielmehr gibt es dann nur eine einzige Konsequenz, und die lautet: Die Nettokreditaufnahme des Landes Hessen muss in diesem Fall verringert werden.

(Beifall bei der FDP)

Das ist die einzige Möglichkeit, die wir sehen.

So viel zum Kapitel Vorsicht. Jetzt zum Kapitel Waghalsigkeit.

Der Betrag von 390 Millionen € ist von den Kolleginnen und Kollegen schon wiederholt genannt worden. Er wird unter der viel versprechenden Bezeichnung „Globale Steuermehreinnahmen“ ausgewiesen.

Weil das noch nicht geschehen ist, möchte ich einmal zur Erläuterung die Passage vorlesen, die sich im Haushalt dazu findet. Hier heißt es:

Erwartete Mehreinnahmen durch bundespolitische Regelungen, wie z. B. aus dem „Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugetzt“ (Korb-II-Gesetz), aus dem von Hessen und Nordrhein-Westfalen erarbeiteten Subventionsabbaukonzept, unter anderem aus dem Übergang von der Halbjahres- zu einer zeitanteiligen AfA, sowie aus weiteren Steuerrechtsänderungen, die in der gegenwärtig vorliegenden Form, nicht jedoch grundsätzlich abgelehnt werden.

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Es geht also um drei Themenkomplexe: erstens das so genannte Korb-II-Gesetz, zweitens die Koch-Steinbrück-Vorschläge und drittens weitere Steuerrechtsänderungen,

die in der gegenwärtigen Form, aber nicht grundsätzlich, abgelehnt werden – was immer das heißen mag.

Die weiteren Steuerrechtsänderungen werden in der vorliegenden Form abgelehnt, aber offenbar doch prinzipiell befürwortet. Auf die zahlreichen Anregungen und Vorschläge, die in der öffentlichen Diskussion sind, will ich an dieser Stelle überhaupt nicht eingehen.

Fest steht nur: Es gibt dazu widersprüchliche Ansichten. Von einer Verabschiedung des Komplexes Koch-Steinbrück kann bisher überhaupt keine Rede sein. Es gibt teilweise unterschiedliche Vorstellungen, wie diese Steuerrechtsänderungen umgesetzt werden können, und es gibt in der gegenwärtigen Situation auch eine Debattenlage, bei der ein Teil der Ministerpräsidenten von CDU und CSU hü sagt, ein anderer Teil sagt hott; die Bundestagsfraktion sagt das eine, Landtagsfraktionen sagen das andere. Bei der Gewerbesteuerdiskussion ist die Lage völlig diffus.

(Beifall bei der FDP)

Wie man aus all dem eine Zahl von 390 Millionen € errechnet, ist in der Tat das Wunder von Weimar.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Oder kann mir irgendein Vertreter der Landesregierung sagen, mit welchem konkreten Betrag welche konkreten Änderungen aus den diskutierten Vorschlägen mit ihrem jeweiligen hessischen Anteil unter Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs in die Zahl von 390 Millionen € eingeflossen sind? Ich glaube, nicht: wenn ja, müssten wir es bitte hier noch erleben. Dieses ist – pardon – reine Kaffeesatzleserei. So vorsichtig die Landesregierung einerseits das Wachstum einschätzt, so unvertretbar waghalsig gibt sie sich bei der Schätzung von möglichen Mehreinnahmen. Dazu kommt auch noch, dass die Mehreinnahmen auf wundersame Weise gestiegen sind. In dem Papier der Landesregierung vom 1. September hieß es noch, es würde mit 300 Millionen € gerechnet, jetzt sind es 390 Millionen €.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das passt dazu! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Datum dazuaddiert!)

Auch diese 90 Millionen € Steigerung sind Bestandteil dieses Wunders von Weimar und sehr, sehr schwer zu erklären.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das Delta muss ausgeglichen werden!)

– Das ist auch meine Vermutung, Herr Kollege Hahn, genau das ist meine Vermutung, dass man gesagt hat: Wir planen einmal 1 % Wirtschaftswachstum, damit kommen wir aber nicht ganz hin. Was fehlt uns dann noch? – Und das, was fehlte, war eben dann der Effekt der Steuerrechtsänderung.

Ähnlich verhält es sich mit einer anderen, allerdings wesentlich kleineren Position, nämlich mit dem Ansatz für die Kfz-Steuer. Hier wird das Verfahren zur Erhebung der Kfz-Steuer dergestalt umgestellt, dass jemand, der sein Fahrzeug neu anmeldet, bei der Gelegenheit auch die alte Kfz-Steuer gleich mitbezahlen muss. Das wird nach dem Einzugsverfahren erhoben. Das ist alles schön und gut und sehr zu befürworten. Aber Kfz-Steuerschuldner werden nur dann herangezogen, wenn sie ein Auto im Jahr 2004 anmelden. Es ist also ein kleiner Teil derer, die Kfz-Steuern schulden. Wie man dann auf einen Betrag von

620 Millionen € kommen kann – also 60 Millionen € mehr als 2003 –, das ist, auch wenn man unterstellt, dass der Konjunkturzyklus mit dem Beschaffungszyklus von Kraftfahrzeugen zusammenfällt und alles zusammen noch getoppt wird vom Zusatzeffekt dieser Steuerrechtsänderung, verdammt waghalsig und im Grunde genommen nicht vertretbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Ich will, bevor die Zeit verrinnt, noch zu zwei Anträgen etwas sagen, zunächst zu einem Antrag, den die FDP eingebracht hat. Dieser Antrag bezieht sich auf eine neue aussagekräftige Form des Beteiligungsberichts. Wir möchten den Beteiligungsbericht zu einem Beteiligungs- und Privatisierungsbericht weiterentwickeln, dem wir dann noch weiter gehende Informationen entnehmen können, z. B. über die Motivation der Landesregierung, sich beteiligt zu haben und auch beteiligt zu bleiben, aber auch über die Chancen einer Privatisierung. Dieser Bericht soll einmal im Jahr erstattet werden. Wenn es die Landesregierung und die sie tragende CDU-Fraktion ernst meint mit der Absicht der Privatisierung, dann kann sie diesem Antrag nur zustimmen, denn er ist ein Mehr an Informationen.

(Beifall bei der FDP)

Er ist zwingende Voraussetzung dafür, dass wir gezielt Anträge auf einer soliden Datenbasis zu diesen Fragen stellen können.

Der Antrag der SPD-Fraktion betreffend Verkaufserlöse für Landeseigentum reinvestieren ist sehr schön und populär, wir werden ihm aber trotzdem nicht zustimmen, und zwar aus folgendem Grund.

(Frank Gotthardt (CDU): Oh! – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Warum nicht?)

Weil wir ehrlicherweise sagen, es wird eine Senkung des strukturellen Defizits des Haushalts nicht möglich sein, wenn wir nicht auch die Veräußerung von Landeseigentum dafür heranziehen.

(Beifall bei der FDP – Reinhard Kahl (SPD): Das ist immer nur eine einmalige Einnahme, das hat doch nichts mit struktureller Entlastung zu tun!)

Ich sage nicht, dass wir temporäre Haushaltlöcher stopfen, aber ich sage auch, dass durch die Veräußerung von Landeseigentum strukturelle Defizite gesenkt werden können und müssen; das müssen wir fairerweise eingestehen. Anders geht es nicht. Wenn man es anders sieht, dann muss man es bitte so durchbringen. Aber ich meine, das ist der Punkt, den wir sehen müssen.

Als zweiter Punkt soll erwähnt werden – und dem sind wir auch als Koalitionspartner der letzten Legislaturperiode schon gefolgt –, dass wir das Wort „Vermögen“ nicht nur in Form von Sachanlagevermögen sehen, sondern auch als Investitionen in die Bildung. Die ganze Zukunftsoffensive beruht doch auf der Unterstellung, dass wir in die Zukunft investieren, aber nicht nur in Sachen, sondern auch in Köpfen. Also muss es auch möglich sein, dass Vermögensveräußerung zur Investition in Köpfe genutzt wird, konkret in Bildung und Hochschulen. Das wollen wir erreichen, und deswegen können wir diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

Roland von Hunnius (FDP):

Ich komme zum Schluss, lasse meine beiden letzten Bemerkungen weg und stelle zusammenfassend fest, dass wir leider den hier zur Debatte stehenden Einzelplänen 06, 17 und 18 nicht werden zustimmen können, dass wir trotzdem darauf hoffen, dass unserem Antrag auch von der CDU zugestimmt wird, und dass wir den Antrag der SPD ablehnen werden.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Als nächster Redner hat Herr Finanzminister Weimar das Wort. – Bitte sehr, Herr Minister.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich, bevor ich einige grundsätzliche Dinge hier noch anfüre, zu einigen Punkten etwas sagen, die hier in der Debatte zur Sprache gekommen sind, denn das kann einfach nicht unkommentiert im Raum stehen bleiben, weil es schlichtweg falsch ist.

Das Erste ist, Herr von Hunnius, die wundersame Geldvermehrung von 300 Millionen € auf 390 Millionen €. Das kann nur daran liegen, dass Sie im ersten Stadium nicht zugehört haben. Wir haben gesagt, 390 Millionen € für den Haushalt bedeuten 90 Millionen € für den KFA und den Länderfinanzausgleich, wenn netto 300 Millionen € übrig bleiben sollen. Das ist immer so kommuniziert worden, und ich bitte Sie herzlich, das jetzt hier nicht so anzusprechen, denn Sie wissen es ja besser.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Na ja, die wundersame Geldvermehrung von Weimar, das kann doch nicht sein, das so etwas hier angesprochen wird.

Beim zweiten Punkt komme ich zu der Frage nach SAP. Auch wenn es hier ständig wiederholt wird, es ist nicht richtig. Die 50 Millionen € für die Einführung von SAP, die übrigens auf den Beschluss der vorherigen Landesregierung von Rot-Grün zurückgeht, betreffen die Software bzw. die Lizenzgebühren von SAP. Die 240 Millionen €, die für die Gesamteinführung des Projektes genannt wurden sind – übrigens extrem preisgünstig, wenn sie denn so käme, und kein Vergleich im positiven Sinne mit irgendeiner Firma oder irgendeinem Unternehmen –, werden unterschritten, wie Sie gemeldet bekommen haben. Die Zahl von 284 Millionen € ist deshalb falsch, weil sie die Betriebskosten für die Folgejahre und die Kosten im Zusammenhang mit der Einführung des Personalverwaltungsmoduls HR beinhaltet, und die kann ich Ihnen im Moment nicht in Euro und Cent nennen. Aber wenn Sie es auf die Spitze treiben, machen wir es. Die derzeitigen Betriebskosten sind viel teurer, als SAP jemals nachher im Betrieb kosten wird. Wir haben Hunderte von verschiedenen Computersystemen im Raum.

Was stellen Sie sich eigentlich vor? Wir arbeiten doch hier nicht mehr mit der Handkartei. Wir haben Hunderte von verschiedenen Computersystemen, eine entsprechende Software, die speziell geschrieben worden ist und die stän-

dig gepflegt wird, die ein Riesengeld kostet, wo keine Schnittstellen da sind, wo die Abgeordneten und die Landesregierung – alle Beteiligten – keine Informationen bekommen, wo wir in einer Gesellschaft sind, in der die Kommunikation zunehmend fast nur noch über Software und IT geschieht, wo Sie jungen Leuten heute nicht mehr erklären können, dass sie in Zukunft noch einen Brief schreiben sollen, wo Sie einer Firma nicht mehr sagen können, dass sie in irgendeiner Weise in der Form eines Briefes mit einer Behörde kommuniziert, sondern das alles im IT-Bereich geschieht, weil es sonst gar keine andere Möglichkeit mehr gibt. Das bedeutet, die Zukunft des Landes hängt davon ab, dass wir so etwas machen. Und dann höre ich ständig so ein dummes Geschwätz, dass wir das Geld nicht ausgeben sollen, um das Land auf Vordermann zu bringen. Ich kann das an dieser Stelle nicht mehr hören.

(Beifall bei der CDU)

Das ist Grundvoraussetzung, das hat schon Rot-Grün 1998 beschlossen, als gesagt wurde, das müsse so sein. Da haben Sie Vorgänger gehabt, die im Kopf offensichtlich wesentlich weiter waren, als Sie das heute noch sind. Das tun wir jetzt auch, und anstelle mitzuarbeiten und uns zu loben, höre ich ständig einen Käse in der Frage unter dem Gesichtspunkt, was das kostet usw. Wir machen das preisgünstig und optimal mit Mitarbeitern, die hoch motiviert sind, und ich bin stolz darauf, dass das in Hessen so ist – und es ist ohne Alternative.

Der dritte Punkt in diesem Zusammenhang ist die Frage nach der Strukturreform. Natürlich blenden Sie das alles aus. Natürlich bringt die Aussage, dass wir 9.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zum Ende der Legislaturperiode weniger haben werden, in der ersten Stufe nicht so viel an Einsparung, aber das wird sich natürlich im nächsten Jahr steigern und sehr viel mehr werden. Der strukturelle Effekt liegt doch gerade in dem, was wir tun.

Sie können sich hierhin stellen und sagen, strukturell würde nichts gemacht werden. Natürlich ist die Frage der Aufgabe von Standorten und der Neustrukturierung der Landesverwaltung ein zutiefst strukturierender Effekt, den wir durchführen werden und der auf die Dauer in der Spitzte weit über 500 Millionen € per anno Absenkung des Niveaus des Haushaltes bringt. Das ist hoch strukturell gedacht. Das ist genau der Punkt, wo Sie mit Ihren Anträgen einhaken, dass Sie sagen: 40 Stunden arbeiten, die ganze Situation zurückdrehen. – Das ist genau der Punkt, wo wir anders ansetzen und sagen: Wir müssen die Strukturen dieses Landes ändern. Wir werden sie ändern. Es wird den Haushalt strukturell nachhaltig entlasten – im ersten Jahr weniger als in den Folgejahren, weil es entsprechend auf Fluktuation in der Sache setzt.

(Beifall bei der CDU)

Vierter Punkt. Zu dem, was in Berlin beim Vermittlungsausschuss herauskommt und was wir an Steuern angesetzt haben. Als Erstes stelle ich Folgendes fest. Keine der Oppositionsfaktionen, die der Bevölkerung draußen im Hinblick darauf, was noch alles ginge, Versprechungen macht – zum Teil durch mehr Steuern usw. –, hat nur einen Millimeter Gedanken darauf verwendet: Wenn Sie mit den 390 Millionen € nicht einverstanden sind und sagen, die 390 Millionen € seien nicht seriös, dann hätten Sie vor jedem Antrag, mit dem Sie mehr für dieses Land wollen, erst einmal eine Gegenfinanzierung für die 390 Millionen € darstellen müssen und erst dann den Menschen draußen im Lande etwas versprechen können.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest, dass Sie bei Ihren Haushaltsanträgen immer unterstellt haben, dass diese Position richtig ist, sonst hätten Sie nicht mit Transaktionen aus dem Haushalt sagen können: Wir haben noch mehr Geld, um anschließend noch anderes machen zu können.

Ich habe mir Ihre Anträge sehr genau angesehen. Die SPD sagt: Wir erhöhen die Erbschaftsteuer. – Einmal abgesehen davon, dass es der größte Unsinn aller Zeiten ist und von niemandem, noch nicht einmal von dieser Bundesregierung, gewollt wird, höchstens von einem SPD-Parteitag mit einer zufälligen Mehrheit: Wie wollen Sie das eigentlich machen?

(Lachen bei der SPD)

Die Sache ist gar nicht im Geschäftsgang.

(Norbert Schmitt (SPD): Ja!)

– Herr Schmitt, sagen Sie es doch einmal. Worauf basieren Sie denn Mehreinnahmen im Haushalt 2004?

(Norbert Schmitt (SPD): Es ist noch mehr im Geschäftsgang, als Sie denken!)

Das ginge gar nicht. Sie können es höchstens im Laufe des Jahres 2004 einführen. Eine rückwirkende Einführung zu machen – dazu kann ich Ihnen nach unserem Steuerrecht nur gute Verrichtung wünschen. So viel zum Thema „seriös“ und zu den Vorträgen.

(Norbert Schmitt (SPD): Die sind noch seriöser als Sie!)

Ich finde, gelegentlich sollte man es einmal sagen. Eigentlich ist kaum zu beachten, was dort gesagt wird. Man sollte gelegentlich auch der Öffentlichkeit einmal sagen, wie un-seriös tatsächlich diese Punkte hier sind.

(Norbert Schmitt (SPD): Vorsicht, Herr Weimar! Der Ministerpräsident wird im Vermittlungsausschuss noch tätig!)

Jetzt zu der Frage Vermittlungsausschuss und zu dem, was vorher ist. Der Ministerpräsident hat es schon gesagt. Herr Eichel hat im Haushalt Positionen, unter anderem z. B. auch 1,2 Milliarden € für die Koch-Steinbrück-Vorschläge. Er hat das zu einem Zeitpunkt in den Haushalt eingesetzt, als die Initiative noch gar nicht präsentiert war. Das waren 1,2 Milliarden € auch im Gegenzug für uns.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darin sind z. B. Positionen wie die Frage Eigenheimzulage ganz wegstreichen, wie die Frage Kilometerpauschale von 40 Cent auf 15 Cent herabsetzen, darin ist die Frage Brücke zur Steuerehrlichkeit, also Amnestie, usw. Dies hätte, wenn ich das 1 : 1 umgesetzt hätte, für den Landeshaushalt einen wesentlich höheren Betrag ergeben. Jetzt muss ich einmal fragen: Würden Sie denn sagen, was die Bundesregierung an der Stelle macht, ist als Ausgangsposition für Sie erst einmal indiskutabel? – Wir haben es mehr als halbiert,

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil wir gesagt haben, das kommt dabei nicht heraus. Ich weise den Vorwurf an dieser Stelle ganz hart zurück. Diese Landesregierung ist bei der Frage der Vereinbarung mit der Bundesregierung und der Entwicklung von Zukunftskonzepten auch im Steuerrecht die konstruktivste

von allen Landesregierungen in Deutschland. Wir haben zusammen mit Nordrhein-Westfalen mit dem Korb II zum Steuervergünstigungsabbau Gesetz eine vernünftige Basis eingebracht. Hier steht der Initiator in der Frage Moratorium für die EK-Ausschüttung.

Meine Damen und Herren, das haben wir eingebracht. Jetzt sagen Sie einmal allen Beteiligten, warum wir bei der Körperschaftsteuer, die Sie auf Minus gebracht haben, so dass die deutschen Unternehmen überhaupt keine Steuern mehr bezahlt haben, wieder im Plus sind.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Warum ist die Gewerbesteuer wieder ansteigend, um mehr als 20 % nach den ersten neun Monaten? Weil es unser Vorschlag war, ein dreijähriges Moratorium für die EK-Ausschüttung und dann eine Sechstelzung bei den zukünftigen Auszahlungen zu machen. Das war doch unser Vorschlag, nicht der der Bundesregierung, nicht der von irgendjemandem. Diese Hessische Landesregierung hat das in die Diskussion eingebracht.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen geht es uns finanziell wenigstens einigermaßen in dieser Frage, und die deutschen Körperschaften zahlen wieder Steuern. Sie müssten sich doch in Grund und Boden schämen, dass Sie in Berlin eine Steuerreform gemacht haben, nach der die deutschen Unternehmen überhaupt keine Körperschaftsteuer mehr gezahlt haben. Ein beachtlicher Teil der Verluste, die wir in Deutschland in den öffentlichen Haushalten haben, ist weggefallen – von plus 28 Milliarden € auf minus 2 Milliarden € heruntergegangen, in Hessen von plus 2,8 Milliarden € auf minus 1,6 Milliarden € innerhalb von zwei Jahren. Das ist eine Differenz von 4,4 Milliarden €.

Dann muss ich mir von solchen Leuten sagen lassen – die so einen Unsinn machen, dass die deutsche Wirtschaft keine Steuer mehr zahlt –, wir würden einen unseriösen Haushalt machen. Was glauben Sie denn, wo wir hier sind? Das ist doch alles fürchterlich, was dort gemacht worden ist.

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Schmitt? Abgesehen davon: noch eine Minute Redezeit.

(Minister Karlheinz Weimar: Frau Vorsitzende, Entschuldigung, aber ich bin gerade so gut drauf! – Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das habe ich gemerkt, Herr Minister.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Zweiter Punkt. Natürlich sind wir im Moment dabei, im Vermittlungsausschuss darüber zu reden. Ich glaube auch, dass es Einigungschancen gibt. Es wird intensiv gesprochen über die Brücke der Steuerehrlichkeit, über den § 8a, über den § 10 Körperschaftsteuergesetz. Wir bewegen dort Räder, wenn es uns gelingt, vernünftige Kompromisse zu machen. Bei der Eigenheimzulage gehen die Beteiligten aufeinander zu. Ich bin davon überzeugt, dass bei der Entfernungspauschale ebenfalls eine Lösung gefunden wird,

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die aber den Pendlern eine vernünftige Basis schafft, damit diejenigen, die arbeiten, nicht das Geld abgezogen bekommen, und die, die derzeit nicht arbeiten, durch Lohnzuschüsse wieder in die Arbeit gebracht werden. Ich sage mir, dass die, die arbeiten und – sehr fern – pendeln, uns erst einmal näher als die anderen sind, die erst in die Arbeit hineingebracht werden können. Die können Sie nicht bestrafen, wenn Sie den anderen noch die Zuschüsse geben.

Deswegen glaube ich, dass es uns gelingen wird, im Vermittlungsausschuss einen Betrag zu erreichen, der unterhalb dessen liegt, was der Bundesfinanzminister angesetzt hat, der aber in dem Korridor liegen wird, den wir uns für den Haushalt vorgenommen haben. Ich weiß es nicht. Wir verhandeln darüber noch. Ich kann Ihnen über die einzelnen Punkte nichts sagen, weil das vertrauliche Verhandlungen sind. Wenn etwas in der Zeitung steht, ist es nicht von mir. Die Fragestellung ist absurd, dass Sie mich ein paar Tage vor dem Ende des Vermittlungsausschusses fragen, was herauskommt. Ich werde Ihnen am 16. vortragen,

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

was konkret bei der Angelegenheit herausgekommen ist. Dann werden wir sehen, was in den Haushalt eingesetzt wird. Dann werden das die Zahlen des Vermittlungsausschusses sein. Meine Damen und Herren, etwas anderes bleibt uns an der Stelle auch gar nicht übrig. Deswegen ist das alles hoch seriös, was wir machen. Wir müssen uns gemeinsam bemühen, zu einer vernünftigen Regelung in Berlin zu kommen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:

Meine Damen, meine Herren! Mir liegen zum Einzelplan 06 keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit sind die Einzelpläne 06, 17 und 18 besprochen.

Mit aufgerufen war Tagesordnungspunkt 24. Der Antrag der Fraktion der SPD betreffend Verkaufserlöse für Landeseigentum reinvestieren, Drucks. 16/1606, soll an den Haushaltungsausschuss überwiesen werden. – Kein Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Mit aufgerufen war ebenfalls Tagesordnungspunkt 33, Antrag der Fraktion der FDP betreffend Erstellung eines Beteiligungs- und Privatisierungsberichtes, Drucks. 16/1164. Auch hier ist die Überweisung an den Haushaltungsausschuss beantragt. – Es wird nicht widersprochen. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe

Einzelplan 07 – Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

auf. Als erster Redner hat der Abg. Frankenberger für die SPD-Fraktion das Wort. Zehn Minuten Redezeit.

Uwe Frankenberger (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Selten hatten politische Versprechen, Wahlprogramm, Regierungserklärung und Regierungshandeln so wenig miteinander

zu tun wie bei dieser Hessischen Landesregierung und der sie tragenden Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Wie heißt es doch in dem Regierungsprogramm vom Frühjahr dieses Jahres:

Die Wirtschaftspolitik setzt den Rahmen für erfolgreiches Wirtschaften von Unternehmern und Unternehmen. Hessen ist ein Land von hoher Standortqualität, ...

Und weiter :

Instrument der Wirtschaftspolitik auf Landesebene ist in erster Linie eine effektive Standort- bzw. Strukturpolitik mit den Säulen Mittelstands-, Gründungs- und Innovationsförderung,

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Regionalentwicklung und Qualifizierung sowie die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Meine Damen und Herren, das können wir alle unterschreiben. Richtigen Erkenntnissen sollten dann aber auch die notwendigen politischen Umsetzungen folgen.

(Beifall bei der SPD)

Kürzungen statt Konzepte – so lässt sich der vorliegende Haushaltsentwurf des Wirtschaftsministers am treffendsten bezeichnen. Es ist keine klare Linie erkennbar, wie sich diese Landesregierung angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen, die sie selbst zu verantworten hat, gestaltende Strukturpolitik, vorausschauende Investitionen und die Förderung der Regionen vorstellt.

(Beifall des Abg. Jürgen Walter (SPD) – Zurufe der Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU) und Heinrich Heidel (FDP))

Meine Damen und Herren, Entwicklung der Regionen, Regionalpolitik finden unter dieser Landesregierung faktisch nicht mehr statt.

(Beifall bei der SPD – Dr. Walter Lübcke (CDU): Was?)

Antworten, wie die Potenziale der Regionen Hessens weiter entwickelt werden sollen, wie die Chancen der Menschen in der Region Starkenburg, im Rhein-Main-Gebiet, in Mittelhessen und in Nordhessen optimal entwickelt werden können, bleiben aus. Stattdessen bringt diese Landesregierung mit einem unausgegorenem Ballungsraumgesetz eine ganze Region gegen sich auf, sodass selbst eigene Parteifreunde sich zu der Bemerkung genötigt fühlen, dass die Region nicht durch Zwangsmaßnahmen geziert werden könne.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Drohungen ersetzen in diesem Fall auch keine Konzepte. So dilettantisch, wie Sie beim Ballungsraumgesetz vorgegangen sind, so unausgegoren ist die gesamte Regional- und Strukturpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Walter Lübcke (CDU): Das müsst ihr aus Nordhessen gerade sagen!)

Ein Beispiel hierfür. Hessen muss sich auf dem Tourismusmarkt gegen starke Konkurrenz, insbesondere gegen Bayern und Baden-Württemberg, national und interna-

tional durchsetzen. Das ist eine Aufgabe, bei der die Städte und Gemeinden nicht allein gelassen werden dürfen.

(Beifall der Abg. Hildegard Pfaff (SPD) – Günter Rudolph (SPD): Sehr richtig!)

Sie können dies nur durch die Verfügung über entsprechende Investitionsmittel und ein kompetentes Marketingkonzept schaffen. Stattdessen gibt es hier Kürzungen in einer Gesamthöhe von 600.000 €, bei Hessen Touristik Service e. V., dem Verband Hessischer Heilbäder e. V., den 15 hessischen Tourismusregionen für Marketing und bei den Gemeinden für den Ausbau von Kur- und Fremdenverkehrseinrichtungen. Diese Mittel gehen ihnen verloren.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, weiter wurde die Stärkung des Handwerks in Hessen als wichtigster Wirtschafts- und Gesellschaftsgruppe verkündet.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

– Herr Kollege Lübcke, ich weiß, dass Ihnen das alles peinlich ist, dass Sie dies vertreten und verteidigen müssen. Seien Sie aber doch nicht so aufgeregt, und hören Sie am besten zu.

(Günter Rudolph (SPD): Denen ist nichts peinlich!
– Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Die Stärkung des Handwerks in Hessen als wichtige Wirtschafts- und Gesellschaftsgruppe ist für uns von hoher Bedeutung. Daher werden wir uns auch in Zukunft für die Schaffung mittelstandsgerechter Rahmenbedingungen ... einsetzen, ...

(Frank Gotthardt (CDU): Oh!)

So die vollmundige Erklärung im Regierungsprogramm.

(Günter Rudolph (SPD): Oioioi!)

Was erleben wir an konkretem Handeln? – Hier gilt die Devise: Wir haben zwar schon einmal aufgeschrieben, was eigentlich wünschenswert sein sollte; was wir aber tun müssen, wissen wir nicht so genau. Stattdessen: Kürzung des Mittelstandsprogramms um ca. 300.000 €. Hier kann doch niemand allen Ernstes behaupten, dies habe etwas mit Förderung des Mittelstandes und mit gestaltender Wirtschaftspolitik zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Auch hier gibt es kein Konzept, wie Sie unter den von Ihnen verschuldeten Rahmenbedingungen aktive Mittelstandspolitik betreiben wollen. Das ist hier alles nicht erkennbar. Sie werden Ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Na, na, na!)

Das Konzept der konzeptionslosen Kürzungen setzt sich fort. Die Investitionsbank Hessen soll nach dem vorliegenden Entwurf 2,1 Millionen € weniger erhalten. Das sind 2,1 Millionen € weniger an Mitteln für die Mittelstandsförderung in Hessen. Sie setzen dort den Rotstift an, wo Gestaltung gefragt ist. Wir haben berechtigten Grund zu der Sorge, dass diese Mittelkürzungen ohne Personalabbau oder sogar Schließung bei den Niederlassungen der IBH in Kassel und in Wetzlar nicht zu realisieren sein werden.

(Frank Gotthardt (CDU): Das ist ein mittelständisches Unternehmen?)

Meine Damen und Herren, das ist weder standortnahe Wirtschaftsförderung noch zukunftsweisende Strukturpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Gerade die Niederlassungen der IBH in Wetzlar und Kassel können aufgrund ihrer Nähe zu den in der Region verankerten Unternehmen schnell und unbürokratisch helfen, wenn es einmal brennt. Sie können die kleinen und mittleren Unternehmen – diese sind wichtig, weil sie Arbeitsplätze schaffen – zeitnah und bedarfsoorientiert bei ihren Anliegen beraten und tragen damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region bei. Es zeugt nicht gerade von politischer Weitsicht, wenn der zuständige Minister erklärt, Mittel für die Fortführung der Gemeinschaftsaufgabe West seien im Entwurf nicht vorgesehen.

(Heinrich Heidel (FDP): Was sagt Hans Eichel dazu?)

Das äußerte er zu einem Zeitpunkt, als schon längst klar war, dass es in Berlin einen breiten Konsens darüber gab, die GA West fortzuführen.

(Beifall bei der SPD – Minister Dr. Alois Rhiel: Ist das wirklich wahr? Dann schreiben Sie das einmal quer!)

Dann setzt der Wirtschaftsminister in einer Pressemeldung vom 18.11.2003 dem Ganzen noch eines drauf, und zwar die Jubelmeldung, die Pressemeldung bezüglich der GA komme zu früh. – Herr Wirtschaftsminister, soll Ihnen Berlin das Geld bar vorbeibringen, damit Sie endlich kapieren: Die GA-Förderung West geht weiter. Das haben wir den Regierungsfraktionen in Berlin zu verdanken.

(Beifall bei der SPD – Minister Dr. Alois Rhiel: Die Meldung war vom bayerischen Wirtschaftsminister!
– Lebhafte Zurufe von der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Walter Lübcke und Clemens Reif (CDU))

Wir wollen und verlangen, dass das Land Hessen endlich die notwendigen Mittel zur Fortführung der GA West bereitstellt. Wir wollen auch, dass die IBH die notwendigen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhält. Das ist gestaltende Politik für den Mittelstand, für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen, statt Kürzungen mit dem Rasenmäher.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, „die Mittel für den Straßenbau werden nicht gekürzt.“ So äußerten sich die Landesregierung und die sie tragende Fraktion noch im Frühjahr dieses Jahres. Versprochen und im Herbst gleich gebrochen.

(Günter Rudolph (SPD): Landtagswahlkampf!)

Tatsache ist: Sie kürzen die Straßenbaumittel um über 16 Millionen €.

(Günter Rudolph (SPD): Unerhört! – Frank Gotthardt (CDU): Sagen Sie etwas zum Betrag 1998! – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Das bedeutet, der Neubau von Straßen wird erheblich zurückgefahren. Bei einem Sanierungsstau in Höhe von 450 Millionen € stehen noch nicht einmal die allernotwendigsten Mittel für den notwendigen Erhalt von Straßen zur Verfügung.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Wie wollen Sie diesen Sanierungsstau je auflösen? Es ist in besonderem Maße bitter für die strukturschwachen Regionen, dass sie im Wettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen auf eine gute Verkehrsinfrastruktur angewiesen sind. Meine Damen und Herren, dem kommen Sie nicht nach.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Walter Lübcke (CDU): Was habt ihr denn gemacht?)

Wir bleiben auch bei unserer grundsätzlichen Kritik an dem Kommunalinteressenmodell. Es begünstigt die finanziestarken Kommunen, benachteiligt die finanzienschwächeren Kommunen und bürdet den betroffenen Städten und Gemeinden allein die Finanzierungskosten auf.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Durch die 15-jährige Abfinanzierung der betroffenen Maßnahmen nach Fertigstellung werden für viele Jahre immer weniger Mittel für Sanierungsarbeiten und neue Straßen zur Verfügung stehen.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Hier wird auf Dauer ein gefährlicher Schattenhaushalt etabliert, bei dem das Landesparlament immer weniger Kontrolle und Eingriffsmöglichkeiten hat. Meine Damen und Herren, jedes Jahr weniger Geld für den Straßenbau und weniger Kontrolle – das lehnen wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

„Wir wollen den Finanzplatz Frankfurt stärken.“ So heißt es in der Regierungserklärung. Auch hier gilt: Ziel in Ordnung, Umsetzung mangelhaft. Lediglich 35.000 € werden für die Förderung des Finanzplatzes Frankfurt eingesetzt. Lapidare Begründung: Programmkürzung.

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Was ist das denn für eine Botschaft an dem wichtigsten Bankenstandort in Deutschland? Es ist kein Konzept erkennbar, wie sich die Landesregierung die Zukunft dieses wichtigen Standortes unter den schneller werdenden Wettbewerbsbedingungen vorstellt.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Lieber Herr Frankenberger, eine Minute bis Buffalo.

(Heiterkeit)

Uwe Frankenberger (SPD):

Der Wirtschaftsminister verliert sich gern im Grundsätzlichen und hebt in seinen wirtschaftstheoretischen Ausführungen gern die ordnungspolitischen Vorstellungen der Landesregierung hervor. Meine Damen und Herren, hier wird nichts geordnet, hier wird gekürzt. Die Vorlage dieses Einzelplanes ist unter dem Gesichtspunkt Wirtschaftswachstum ein Offenbarungseid.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die für wirtschaftliches Wachstum so notwendigen Investitionsimpulse bleiben aus. Herr Wirtschaftsminister, Sie sprechen so gerne von Eigenverantwortung. Dann muss man aber doch auch die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Menschen, die sagen: „Wir wollen unterneh-

merische Verantwortung übernehmen“, dies auch wahrnehmen können. Die Wahrheit ist: Die Ausgaben für Existenzgründungen werden auf 1,2 Millionen € reduziert.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, viel versprochen, nichts gehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Heimatregion Kassel lag der Landesregierung in ihrem Regierungsprogramm angeblich besonders am Herzen.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Kassel-Calden!)

Außer Ankündigpolitik zum Flughafen Kassel-Calden, wo noch nicht sicher ist, wie die notwendigen Mehrkosten finanziert werden können, haben Sie für Nordhessen nichts vorzuweisen. Nein, durch die Kürzungen beim Straßenbau ist Nordhessen sogar besonders betroffen. Das hat Nordhessen wahrlich nicht verdient.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Frankenberger, Ihre Zeit ist leider um, sonst geht die Zeit von der Zeit Ihrer Kollegen ab.

Uwe Frankenberger (SPD):

Frau Präsidentin, ich komme zum letzten Satz. – So, wie in diesem Entwurf mit wirtschaftspolitischen Anforderungen umgegangen wird, kann nur festgestellt werden, dass sich die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in Hessen und für den Mittelstand und damit auch für die Arbeitsplätze weiter verschlechtern. Hessen ist im Ranking unter der Verantwortung dieser Landesregierung nicht grundsätzlich auf Mittelmaß abgerutscht. Mit der derzeitigen konzeptionslosen Wirtschaftspolitik ist Hessen weit davon entfernt, wieder einen Spitzenplatz zu erobern. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Fraktion der CDU hat Herr Kollege Reif das Wort. – Herr Reif, Sie haben zehn Minuten Redezeit.

(Frank Gotthardt (CDU): Jetzt kommt endlich einmal eine gute Rede! Darauf habe ich mich schon die ganze Woche gefreut!)

Clemens Reif (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem man die Rede des Herrn Kollegen Frankenberger gehört hat, muss man sich die Frage stellen: Herr Frankenberger, von welchem Land haben Sie hier eigentlich gesprochen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie sprachen sicherlich nicht vom Bundesland Hessen. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können Ihnen sagen: Bezuglich der Wirtschaftskraft, also dem Bruttoinlandsprodukt, belegt Hessen weiterhin den dritten Platz. So war es auch in den letzten vier Jahren. Das Wirtschaftswachstum liegt trotz der katastrophalen finanziell-

len Lage und der Wirtschaftsflaute in unserem Land immer noch über dem Bundesdurchschnitt, und zwar signifikant. Wir sind hier in Hessen Leistungsträger. Wenn das Wirtschaftswachstum in unserem Land nicht über dem Bundesdurchschnitt liegen würde, sähen die Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland noch viel schlechter aus, als sie derzeit schon sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sprechen von einem Nullwachstum und einem Minuswachstum. In Wirklichkeit stimmt das so aber nicht. Die Wirtschaftskraft geht in unserem ganzen Land zurück.

Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln ist sicherlich keine Institution der CDU oder der FDP. Dieses Institut kommt zu dem Ergebnis, dass Hessen bezüglich der Wirtschaftsdynamik den dritten Platz belegt, und zwar hinter dem Saarland und Bremen. Es liegt damit vor Baden-Württemberg und Bayern. Das festzustellen ist uns in diesem Zusammenhang wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Was bedeutet denn das? – Die Wirtschaftsdynamik wird anhand der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen bewertet. Dies betrifft also die Entwicklung der Standortfaktoren, Entwicklungen hinsichtlich des Wohlstandes und des Arbeitsmarktes, der staatlichen Strukturen und der Performance der Unternehmen. Man kann kein besseres Zeugnis über den Zustand der hessischen Wirtschaft und der Hessischen Landesregierung bekommen, als es das Institut der deutschen Wirtschaft ausgestellt hat.

Insgesamt kann man sagen, dass sich Hessens Wirtschaft trotz der von Rot-Grün in Berlin verursachten schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit hat behaupten können. Die hessischen Unternehmen haben flexibel und innovativ auf die Herausforderungen reagiert, die sich aus dieser Wirtschafts- und Finanzkrise der Bundesrepublik Deutschland ergeben. Das ist ein Beweis dafür, dass Hessen den Nährboden für eine leistungsfähige, innovative und zukunftsträchtige Unternehmenspolitik bietet.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Die Hessische Landesregierung unterstützt das von Grund auf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das stellt den Gegensatz zu dem dar, was wir 1999 vorgefunden haben. Sie haben während Ihrer Regierungszeit ganze Industriezweige aus dem Land herausgetrieben. Die Biotechnologie hatte im Land Hessen keine Chance. Hunderte von Unternehmen wurden aus dem Land herausgetrieben. Mit ihnen gingen Tausende Arbeitsplätze. Sie haben ganze Industriezweige in diesem Land zerstört. Sie haben sie ausradiert. Die Nuklearindustrie in Hanau hatte einmal 5.000 Beschäftigte und mehr. Sie existiert heute dort nicht mehr. Es wurde aber kein einziges Kernkraftwerk geschlossen. Diese Industrie hat sich woanders angesiedelt. Sie befindet sich heute in Niedersachsen, in Bayern, im europäischen Ausland und in Übersee. Meine Damen und Herren, das Einzige, was Sie erreicht haben, ist, den Standort Hessen nachhaltig geschädigt zu haben. Sie haben die Zahl der Arbeitsplätze dezimiert. Sie haben Arbeitsplätze ausradiert. Das war Ihre Politik. Die haben wir nicht fortgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Bedauerliche an der derzeitigen Situation besteht darin, dass aus Berlin keinerlei Impulse für eine Verbesserung in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht kommen. Das betrifft sowohl die Unternehmen unseres Landes als auch den Staatshaushalt und das Land selbst.

Lassen Sie mich einen Ausblick auf das wagen, was wir im Jahr 2004, also dem nächsten Haushaltsjahr, vorhaben. Aus Sicht der Landesregierung und der sie tragenden CDU-Fraktion wird im Jahr 2004 der Schwerpunkt weiterhin darauf gesetzt werden, in die Mobilität zu investieren. Zweitens wird weiterhin in Innovationen und Kreativität investiert werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Frankenberger, damit wird die Sicherung der Lebensqualität in allen Teilen unseres Landes auch weiterhin fortgesetzt werden. Es stimmt nicht, dass Teile unseres Landes, nämlich Nordhessen, Mittelhessen und auch Südosten, vernachlässigt werden. Sie wissen doch wesentlich besser als wir, dass wir gerade in Nordhessen in den letzten vier Jahren erhebliche Erfolge erzielt haben. Wir werden, auf diese Erfolge aufbauend, das konsequent fortsetzen. Das können wir hinsichtlich der Infrastruktur an vielen Beispielen nachweisen.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Ich werde Ihnen jetzt einige Beispiele aufzeigen. Ein Bereich, der von der rot-grünen Regierung Hessens sträflich vernachlässigt wurde, war die Infrastruktur. Dadurch ging viel Entwicklungspotenzial verloren. Die jetzige Landesregierung ist nicht nur bestrebt, diesen eklatant aufgetretenen Rückstand aufzuholen. Vielmehr wird sie darüber hinaus, in die Zukunft schauend, Investitionen tätigen.

Lassen Sie mich einige nennen. Als Erstes muss hier immer wieder der Ausbau des Rhein-Main-Flughafens genannt werden. Das ist das bedeutsamste Infrastrukturprojekt, das man sich in der Bundesrepublik je vorgenommen hat. Es ist ein ehrgeiziges Projekt. Das ist das wichtigste Projekt. Denn der Flughafen stellt einen wichtigen Wirtschafts- und Standortfaktor nicht nur für Hessen, aber gerade auch für Hessen und die Bundesrepublik Deutschland dar. Es wird geschätzt, dass durch den Ausbau direkt und indirekt etwa 42.000 zusätzliche Jobs am Flughafen Frankfurt entstehen werden, der schon jetzt die größte Arbeitsstätte der Bundesrepublik Deutschland ist.

Der Herr Ministerpräsident hat heute Morgen schon eindrucksvoll dargelegt, wie wir diese Investition, die in den nächsten Jahren eine Höhe von rund 3 Milliarden € oder mehr haben wird, finanzieren werden. Wir haben den Flughafen in eine Unternehmensform umgewandelt, die es ihm ermöglicht, Investitionen ohne Unterstützung des Landeshaushalts zu tätigen. Er kann Gelder von internationalen Finanzmärkten wie New York oder London erhalten. Er kann Gelder von der Börse aus Frankfurt erhalten. Er kann sich aber auch mit Geldern aus dem Fernen Osten finanzieren, ohne dass das Land einen Cent dazu beitragen muss. Dies ist eine Unternehmensform, an deren Schaffung auch Sozialdemokraten beteiligt waren. Das wollen Sie hier aber lieber nicht sagen.

Ich komme jetzt zu einem anderen Punkt, der zumindest zum Teil von den Oppositionsfraktionen von Rot und Grün bekämpft wird. Dabei geht es um die Schaffung der technischen Voraussetzungen zur Förderung des Baus einer Wartungs- und Instandhaltungshalle für den Airbus A 380 am Standort Frankfurt. Die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen ist notwendig. Denn wir können

uns der Weiterentwicklung des Flughafens und seines Umfelds nicht verschließen. Wir müssen als Technologiestandort Hessen dafür sorgen, dass solche Dinge, wie es beispielsweise die Wartungs- und Instandhaltungshalle für einen neuen Flugzeugtyp sind, in Hessen und nicht in Bayern oder sonst irgendwo errichtet werden, damit weitere Arbeitsplätze auf hohem technischen Niveau geschaffen werden können.

Damit hängt auch der Ausbau des Flughafens Hahn zusammen. Wir können heute feststellen, dass er der am schnellsten wachsende Flughafen Deutschlands ist. Das gilt sowohl hinsichtlich der Zahl der Passagiere als auch der Frachttonnage.

Dazu gehört selbstverständlich auch der Ausbau des nordhessischen Flughafens Kassel-Calden, den Rot-Grün immer vernachlässigt hat. Denn Sie hatten nicht die Kraft und nicht den Mut, in Nordhessen das Signal für einen weiteren Ausbau der Infrastruktur dieses Bereichs zu setzen. Mit der Investition von mehr als 100 Millionen € wird dort für die Zukunft ein Markstein gesetzt. Der Ausbau wird Nordhessen weiter voranbringen. Der Ausbau des Flughafens Kassel-Calden wird für die Automobilindustrie in und um Baunatal benötigt. Die Automobilzulieferindustrie in Südniedersachsen und Nordhessen benötigt den Ausbau ebenfalls. Das gilt aber auch insgesamt für die Automobilindustrie, die in Niedersachsen vorhanden ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein dummes Geschwätz!)

Sie werden feststellen, dass nach dem Ausbau die Zahl der Passagiere auch hier eine Größenordnung erreichen wird, von der man heute nur träumen kann. Das wurde aber immer wieder infrage gestellt, und zwar insbesondere von den Mitgliedern der GRÜNEN.

(Beifall des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU) – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Unsere Aufgabe besteht darin, den geographischen Standortvorteil unseres Landes, der darin besteht, im Zentrum der Bundesrepublik zu liegen, optimal zu nutzen. Dieses Land muss in Deutschland eine Drehscheibe für den Luftverkehr, den Straßenverkehr, den Bahnverkehr, das Internet und die Dinge der Infrastruktur sein und bleiben. Damit werden wir dem Standortvorteil gerecht, den dieses Bundesland hat.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Reif, die letzte Minute Ihrer Redezeit hat begonnen.

Clemens Reif (CDU):

Lassen Sie mich in den letzten 60 Sekunden meiner Rede noch etwas zum Straßenbau sagen. Sie haben Investitionsruinen in Höhe von 450 Millionen € hinterlassen.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Das sind also nahezu 1 Milliarde DM. Solche Investitionsruinen haben Sie hinterlassen. Sie haben in den letzten Jahren Ihrer Regierung nur 20 Millionen € in den Straßenbau investiert.

Wir investieren im Jahre 2004 immer noch doppelt so viel, wie Sie in den letzten Jahren überhaupt einzusetzen gewagt haben.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU) – Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Etwas zu den Aussagen im Regierungsprogramm. Ich kann Ihnen heute sagen, dass wir in der gesamten Legislaturperiode dafür sorgen werden, dass das, was wir uns hinsichtlich der Straßenbaumittel vorgenommen haben, bis 2008 auch vollständig investiert wird. Das ist eine Aussage, zu der wir stehen. Wir werden im Jahr 2004 eine Delle haben, die wir in den Jahren 2005, 2006, 2007 und 2008 wieder ausgleichen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir lassen uns von Ihnen nichts sagen, die Sie gigantische Straßenbausummen beim katastrophalen Missmanagement mit Toll Collect und der Maut verzammeln. Wir leiden unter dem Bundesfernstraßenbau von Rot-Grün, und Sie führen beim Landesstraßenbau eine Mäkelei vor. Das ist nicht aufrichtig und nicht notwendig.

(Hildegard Pfaff (SPD): Sagen Sie etwas zum Haushalt!)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Reif, Sie müssten bitte zum Ende kommen.

Clemens Reif (CDU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hessen sieht insgesamt einer guten Entwicklung entgegen. Die Prioritäten in den Bereichen Wirtschaft und Verkehr sind gesetzt und werden durch die Landesregierung und die sie tragende Partei, die CDU, strikt eingehalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das „verzammeln“ müssen Sie erklären!)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Fraktion der FDP hat Herr Abg. Denzin das Wort. Sie hatten 15 Minuten Redezeit gewünscht.

Michael Denzin (FDP):

Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! Herr Reif, wenn die Schwerpunkte in der Wirtschaft und dem Verkehr gesetzt sind und sich in diesem Haushalt widerspiegeln, dann sind sie nicht sehr gut gesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Bernd Riege (SPD): Er hat doch gar nicht vom Haushalt geredet!)

Denn dieser Haushalt, zumindest dieser Entwurf, weicht wesentlich von dem ab, was wir, CDU und FDP, einmal gemeinsam formuliert haben und was in großen Teilen auch breiter Konsens hier im Hause war. Interessanterweise weicht er auch in zwei Schwerpunkten von der Regierungserklärung ab, die wir vor etwa einem halben Jahr in diesem Haus gehört haben. Er weicht ab bei den Mitteln für den Straßenbau, das ist jetzt schon sehr häufig genannt worden. Er weicht aber auch ab im Umgang mit der Investitionsbank Hessen.

(Hildegard Pfaff (SPD): Richtig!)

Mein lieber Clemens Reif, in der Regierungserklärung hieß es ganz in der Kontinuität unserer gemeinsamen Überlegungen, dass die CDU die Konzentration aller Fördermittel auf die IBH weiter vorantreiben will. Was im Moment stattfindet,

(Hildegard Pfaff (SPD): Regionale Beratungszentren!)

bedeutet eine Verunsicherung, um nicht zu sagen: Es besteht sogar die Gefahr, dass der gegenteilige Weg eingeschlagen wird.

(Clemens Reif (CDU): Das ist eine Bündelung der Kräfte!)

Herr Minister, ich wäre dankbar, wenn Sie in Ihrer anschließenden Erwiderung darauf eingehen würden. Das ist im Übrigen einer der wesentlichen Kritikpunkte an Ihrer Amtsführung, dass wir bisher von Ihnen nichts gehört haben, wie Sie sich konzeptionell die Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik auf Landesebene – wir reden hier nicht über die Megathemen, die heute Morgen in der Generalaussprache angeklungen sind – im Einzelnen vorstellen. Ich stelle nur fest: Die pauschalen Dienstleistungsbeträge für die IBH sind deutlich zurückgegangen. Ich stelle als Mitglied des Beirats weiter fest, dass für eine Sitzung im November eingeladen war und wieder ausgeladen wurde, ohne dass es einen neuen Termin gibt. Ich vermute einmal, das hängt mit Konzeptionslosigkeit zusammen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister, ich frage Sie und wäre dankbar, wenn Sie hier einiges in dieser Richtung klarstellen könnten: Warum?

Meine Damen und Herren, Wirtschaftsförderung ist sicherlich nicht das Allerwichtigste, was eine Standortpolitik ausmacht. Im Gegenteil, Wirtschaftsförderung kann sogar hinderlich sein, weil sie eine Neigung zur Konservierung von Strukturen fördert. Wirtschaftsförderung kann auch fehlaufen und ist sehr aufwendig in der Verwaltungsabwicklung.

Aber wir sind hier nicht auf einer Insel der Glückseligen, sondern wir sind in Europa und befinden uns im Wettbewerbkonzept mit 15 anderen Bundesländern. Die reine Lehre, die ein Liberaler natürlich gerne vertritt: „Ziehen wir uns so weit wie möglich aus der Wirtschaftsförderung zurück“, lässt sich nicht durchhalten oder nur mit erheblichen Nachteilen. Ich mache das einmal deutlich an der Technologie- und der Medienförderung. Auch da kommen gleich zwei Kritikpunkte von mir.

Im Medienbereich haben wir bundesweit einen etablierten Vorsprung von München und Hamburg. Außerdem gibt es große Bemühungen in Berlin und Bemühungen in Köln. Wir haben in den letzten vier Jahren mit guten Ansätzen, die zum Teil aus der Zeit von Herrn Klemm röhren, die aber kräftig fortgeführt worden sind, in Hessen versucht, in diesem Bereich Fuß zu fassen. Es ist uns gelungen, in einigen Bereichen, z. B. bei der Post-Production, wahrscheinlich Nummer eins der Bundesländer zu werden. Bei allem, was mit Internet zusammenhängt, sind wir Nummer eins. Im Filmbereich tut sich etwas. Das wird von dieser Regierung durchaus herausgestellt.

Aber die Mittel für Hessen-Media werden um 1 Million € gekürzt, obwohl das eine der Zukunftsbranchen ist. Lieber Herr Kollege Reif, wir waren uns doch einig, dass wir

nicht bei den herkömmlichen Produktionsarbeitsplätzen eine Chance haben, auch wenn wir die nicht vergessen dürfen, sondern dass die Entwicklungschancen in den Zukunftstechnologien liegen.

Der Ministerpräsident hat heute Morgen reflektierend auf Rot-Grün und mit richtiger Kritik von der Biotechnologie geredet. Früher wurde sie aus dem Land gejagt, jetzt ist sie in Frankfurt wieder im Aufbau, aber nicht nur in Frankfurt, Gott sei Dank. Dabei hat der Ministerpräsident ein Thema ausgelassen, zu dem ich gerne etwas gehört hätte: Wie steht er als Chef dieser Regierung zur Entwicklung der Nanotechnologie, vor allem zur Umsetzung in die Anwendung? Nicht zur Forschung, sondern zur Anwendung?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD – Clemens Reif (CDU): Positiv!)

Hier gibt es zwei Kabinettsmeinungen. Die des zuständigen Wissenschaftsministers ist: Das muss man in der Forschung den Universitäten überlassen. – Ich habe den Eindruck, dann hört es auf bei ihm. Er sagt, ansonsten ist das nicht unser Bier. Auf jeden Fall hat er es abgelehnt, ein Hearing zu machen, das die FDP-Fraktion beantragt hatte.

Der Wirtschaftsminister und – das hat wohl etwas mit der Geographie der Herkunft zu tun – der Justizminister sind, wenn ich den Zeitungen Glauben schenken kann – aber ich wäre dankbar, wenn Sie, Herr Minister, ein klares Wort sagen könnten –, durchaus einsichtig und sagen: Jawohl, es wäre richtig, wenn wir ein Technologiezentrum zur Vermittlung von Forschung hin zur Anwendung im Bereich Nanotechnologie in Hessen schaffen würden.

Herr Minister, ich bin gespannt, was Sie dazu sagen. Ansonsten stelle ich fest, dass wir gerade bei diesen Ansätzen der Zukunftsinvestitionen, die wir immer so hoch gepriesen haben, Herr Reif, in Übereinstimmung waren, dass wir die Mittel, die wir aus der Veräußerung von Landeseigentum, von Beteiligungen usw. erlösen, nicht im Haushalt verpulvern, sondern dass wir einen Fonds bilden, aus dem heraus wir Gestaltungsspielräume für genau solche Entwicklungen kriegen, wie sie uns immer aus Bayern oder aus anderen Bundesländern aufgezeigt werden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Da bin ich sehr traurig. Meine Damen und Herren, es ist Ihre Sache, Ihre Politik zu machen und zu vertreten. Aber ich muss Ihnen sagen, als hessischer Bürger bin ich sehr traurig, dass eine CDU, die das vier Jahre auch so gesehen hat, in alleiniger Verantwortung das Ganze plötzlich fallen lässt und dass wir Gefahr laufen, dass wir bei aller Notwendigkeit der Konsolidierung bei dem einen oder anderen Punkt nicht hart genug auf die Bremse treten und dafür die Spielräume für die Zukunft verspielen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister, ich kann Ihnen den Vorwurf nicht ersparen. Sie sind ja ein sehr umgänglicher Mensch; deshalb fällt mir das fast schon schwer. Oder Sie klären heute hier alles auf. Dann bin ich sogar zufrieden. Dass Sie dem nichts entgegensetzen, ist genau so, als ob der Ministerpräsident – das ist klar, es ist auch dem Rang angemessen – die großen Dinge der hessischen Wirtschaftspolitik überall selbst vertrate. Dann fragt man sich: Braucht man eigentlich noch ein Wirtschaftsministerium? Vielleicht braucht man es hier und da bei der Abwicklung.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Du machst den Staatssekretär arbeitslos!)

Aber es ist nicht damit getan, z. B. die Großbanken zu konsolidieren. Es ist auch nicht damit getan, als Ministerpräsident irgendwo die Neuentwicklung einer großen Firma – eine Produktionsstraße, etwas im Technologiebereich, was auch immer – einzuweihen. Nein, 97,5 % unserer Unternehmen sind kleine und mittlere Unternehmen. Herr Minister, dafür sind Sie zuständig. Das andere ist eine Frage des Umgangs im Kabinett. Das müssen Sie untereinander regeln.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Aber genau an diesem Punkt stellen wir Sie auf den Prüfstand. Ich frage Sie: Wo liegen Ihre Schwerpunkte beim Wirtschaftsförderungskonzept? Ich erkenne sie nicht. Ich erkenne – das habe ich eben ausgeführt und möchte es daher nicht wiederholen –, dass es bei den Zukunftstechnologien zurückgeht. Wo sind Ihre Konzeptionen hinsichtlich der IBH, also der Förderung dieser Kleinbetriebe?

Sie wissen wahrscheinlich aus dem Bundesbankbericht vom Oktober dieses Jahres – der vorletzte Bericht, der vorliegt, eine Untersuchung über kleine und mittlere Unternehmen –, dass bei den Personengesellschaften, die einen maßgeblichen Anteil haben, die Eigenfinanzierung in Höhe von 2 % im Jahr 1994 mittlerweile auf 0,5 % zurückgegangen ist.

Die Rahmengesetzgebung ist woanders zu lösen. Herr Minister, darin sind wir einer Meinung. Mir geht es um das, was wir in Hessen anpacken müssen und was unsere hessische Aufgabe ist. Sie haben vorgeschlagen, bei der Eigenkapitalverstärkung z. B. mit der Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten zu arbeiten: stille Beteiligung, mittelständische Beteiligungsgesellschaft. Da hat sich nichts getan. Die mittelständische Beteiligungsgesellschaft arbeitet zwar auf demselben Level wie bisher. Nur genügt das nicht, um diesen Herausforderungen zu begreifen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister, ich will noch zwei andere Themen ansprechen. Die Vorschläge zum Sondervermögen liegen seit bald einem Jahr auf dem Tisch. Die CDU/FDP-Koalition hat vorgeschlagen, dass man aus diesen Vermögenserträgnissen bei revolvierendem Darlehenseinsatz die Wirtschaftsförderung in Richtung Zukunftsoffensive vorantreiben soll, so, wie ich es eben geschildert habe. Dazu gibt es seit fast einem Jahr Vorschläge. Es gibt aber keine Entscheidungen. Es würde mich interessieren, zu hören, wie Ihre Meinungs- und Willensbildung dazu aussieht.

Eine spannende Frage, die in der Generaldebatte schon einmal angesprochen wurde, ist, dass die Nassauische Heimstätte und die Wohnstadt Kassel zusammengeführt werden. Die Auguren sagen, das seien die Vorbereitungen für einen Verkauf des dann zusammengeschlossenen Unternehmens an die Helaba. Das kann sein. Vielleicht sagen Sie etwas dazu.

Herr Minister, dann müssen wir aber überlegen, wohin das führt. Wir hatten dazu eine spannende Diskussion. Herr Klemm hat die Vorschläge im letzten Jahr der rot-grünen Regierung vertreten, als das Sondervermögen gebildet wurde. Damals gab es eine spannende Diskussion über die Schaffung einer Landesentwicklungsgesellschaft.

Hier hat er ein Modell. Ich weiß noch, dass die CDU-Mitglieder wie auch ich als Haushaltssprecher meiner Fraktion vehement auf die Gefahren hingewiesen haben.

Das, was Sie jetzt machen, führt, wenn es so umgesetzt würde, wie vermutet, dazu, dass wir einen Wohnpark mit Pi mal Daumen 140.000 Wohnungen hätten: die GWH, also die ehemalige Neue Heimat, die Wohnungen der Nassauischen Heimstätte und der Wohnstadt – wenn man beide zusammenführt, ergibt das 120.000 Wohnungen – sowie einige Wohnungen, die die Helaba aus Tradition selbst hat. Es gibt schon Auguren, die sagen, dass dort auch die HLG hineinpasst.

Dann haben wir nicht nur den Wohnungsbestand, sondern auch die Entwicklungskapazitäten. Wir haben die FEH und andere Entwickler. Wir haben in all diesen großen Gesellschaften eigene große Entwicklungs- und Städtebauabteilungen. Wenn die HLG noch dazukommt, läuft unter der CDU das, was die SPD früher einmal als Staatsunternehmen bei der Helaba ansiedeln wollte. Das ist eine hochinteressante Aussicht. Aber, Herr Minister, Sie können diese Bedenken ausräumen, wenn dem nicht so ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Das merken die nicht!)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Abgeordneter, Sie haben noch eine Minute.

Michael Denzin (FDP):

Danke schön, Frau Präsidentin. – Sie sehen, es gibt sehr viele Einzelpunkte in diesem Bereich, über den wir in dem letzten halben Jahr eigentlich viel zu wenig diskutiert haben. Herr Minister, Sie haben sich jetzt gut eingearbeitet. Ich verspreche Ihnen, wir werden hier noch viele Punkte zu debattieren haben. Wir werden genau verfolgen, welche Richtung die CDU-geführte Landesregierung in der Wirtschaftspolitik einschlägt. Im Moment bin ich sehr skeptisch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD – Clemens Reif (CDU): Nur nach vorne!)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Schönhut-Keil das Wort. Sie haben fünf Minuten Redezeit.

Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf jeden Fall steht fest – ich kann mit dem beginnen, was der Kollege Denzin in seinem letzten Satz gesagt hat –: Bei dieser Regierung ist keine Linie in der Wirtschaftspolitik zu erkennen. Auch wir sehen das so.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Gotthardt (CDU): Das kann aber auch am Betrachter liegen, Frau Schönhut-Keil!)

Eines der wesentlichen Kennzeichen dieser Regierung ist, dass Prestigevorhaben wider alle Vernunft durchgesetzt werden. Innovative und zukunftsweisende Ansätze werden abgebaut. Die eigene Klientel wird nach Kräften bedient. Das ist derzeit die CDU-Landespolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Das haben die von euch gelernt!)

Auch noch so bemüht ausgedachte Etikettierungen können das nicht überdecken. Diese Landesregierung wird uns mit Sicherheit nicht in eine sichere Zukunft führen, ganz im Gegenteil.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: In eine düstere Zukunft!)

Wir haben mit 145 Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf bereits deutlich gemacht, dass es eine Alternative zur derzeitigen Landesregierung gibt, eine Alternative zum störrischen Festhalten an nutzlosen Prestigeobjekten, eine Alternative zum nutz- und mutlosen Bremsen alles wirklich Innovativen und eine Alternative zur einseitigen Förderung der Interessen weniger.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Politikfeld ist ohne Zweifel die Verkehrspolitik. Die Landesregierung hat den Ausbau des Frankfurter Flughafens als ihr ureigenes, zentrales Prestigeobjekt betrieben. Was kann man ganz nüchtern feststellen? Diese Planungen bestehen aus Pleiten, Pech und Pannen. Sie sind nicht in der Lage, während des Raumordnungsverfahrens ein Chemiewerk zu entdecken, das eigentlich unübersehbar ist. Die Erstellung des von der Landesregierung als zentrales Gutachten zu Sicherheitsfragen hochstilisierten Werks des TÜV Pfalz verzögert sich – angeblich wegen der Erkrankung eines Mitarbeiters – über Monate. Der Ministerpräsident erkennt trotz frühzeitiger heftiger Kritik erst nach dem Abschluss des Raumordnungsverfahrens, dass es Konflikte zwischen seinem Regierungshandeln und seiner Tätigkeit im Aufsichtsrat der Fraport geben kann.

Spätestens im Januar wird die Landesregierung zugeben müssen, dass sich die Planung für den Bau der Landebahn Nordwest aus Sicherheitsgründen nicht halten lässt und dass das Planfeststellungsverfahren abgebrochen werden muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kosten dieses Verfahrens werden wieder einmal die Steuerzahler und die Fraport-Aktionäre tragen müssen. Weitere sinnlose Prestigevorhaben – das haben wir hier schon öfter erklärt – sind die Flughäfen Kassel-Calden und Reichelsheim.

Wir sagen auch bei den beiden letztgenannten Vorhaben nicht einfach Nein. Das ist überhaupt nicht unsere Position. Nur sage ich Ihnen eines – das betrifft alle Fragen, die in der Verkehrspolitik zu debattieren sind –: Ein solches Vorhaben muss verkehrspolitisch und ökonomisch Sinn haben. Genau das ist bei diesen Vorhaben nicht der Fall.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen einen attraktiven und umweltfreundlichen öffentlichen Personennahverkehr mit modernen Fahrzeugen, geschultem Personal und einem umfassenden Service.

Wenn Sie sich unsere Anträge nur zehn Sekunden lang vor Augen halten, stellen Sie fest, dass wir das ohne eine höhere Verschuldung realisieren können. Wir wollen nicht nur den öffentlichen Personennahverkehr fördern, sondern wir wollen insbesondere die hessischen Straßen entlasten, deren Aufnahmefähigkeit durch den nationalen und internationalen Verkehr, wie Sie alle wissen, bereits

tagtäglich erschöpft ist. Wir wollen einen Mix aus innovativen Verkehrsmitteln. Wir sind der Auffassung, dass wir nur so tatsächlich neue Freiräume für die hessische Wirtschaftspolitik öffnen können.

In Ihrer Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren von der CDU, sind noch nicht einmal Ideen erkennbar. Wo Ideen fehlen, kann es natürlich erst recht keine Leitidee geben.

(Widerspruch bei der CDU)

Ohne Leitidee können Sie selbstverständlich keine Visionen und auch kein Konzept für die Zukunft der hessischen Wirtschaft vorweisen.

(Widerspruch bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Kollegin, die letzte Minute der Redezeit ist angebrochen.

Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Meine Damen und Herren, würden Sie in Zusammenhang denken, dann wüssten Sie, dass unsere Wirtschaft auf dem Wissen gut ausgebildeter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter basiert, auf die wir dringend angewiesen sind.

Meine Damen und Herren, Herr Reif, wenn Sie die Mär, dass wir in Hessen ein überdurchschnittlich hohes Wirtschaftswachstum hätten, noch länger verbreiten, dann gebe ich Ihnen gerne eine Kopie des letzten Indexberichts, wo Hessen im Bundesvergleich mit einem Wirtschaftswachstum von 0,4 % auf Platz sechs abgeschrifft ist. Tun Sie also nicht so, als sei ausgerechnet diese Landesregierung für das Wirtschaftswachstum in Hessen zuständig. Im Gegenteil, Sie drücken sich davor, Weichenstellungen vorzunehmen, z. B. für mehr Ausbildungsplätze zu sorgen, die wir für eklatant wichtig halten. Über die Frage der Ausbildungsplatzumlage werden wir morgen vertieft reden.

(Zurufe von der CDU)

Letzter Satz: Herr Wirtschaftsminister, wir vermissen in Ihrem Haushaltsentwurf jegliche zusammenhängende Konzeption. Besonders vermissen wir Ansätze eines Standortmarketings für den südhessischen, aber noch viel mehr für den nordhessischen Raum. In Nordhessen haben wir nämlich die höchste Arbeitslosigkeit. Dagegen tun Sie überhaupt nichts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Rhiel das Wort.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Aussprache über den Etat des Wirtschaftsministers hat aus meiner Sicht die Bewertung ergeben, dass trotz aller Kritik der Opposition nicht hinwegzudiskutieren ist, dass die Wirtschaft des Landes Hessen in einer guten Verfassung ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß nicht, mit wem Sie sprechen. Nach meinen Erfahrungen, beispielsweise beim Gedankenaustausch auf der Wirtschaftsministerkonferenz, höre ich immer wieder den Satz: Wir wären glücklich, wenn wir nur eure Probleme hätten.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Wirtschaft des Landes Hessen ist trotz der widrigen Rahmenbedingungen, die in der Bundespolitik herrschen, in einer guten Form. Wir sollten auch in dieser Debatte nicht hinwegdiskutieren, wie sich der Standort Hessen darstellt – nämlich mit vielen Vorzügen gegenüber anderen Standorten. In der Tat ist es so, dass auch in Hessen die Darstellung der Politik nach außen entsprechende Auswirkungen hat. Deswegen möchte ich all die Kritik, die aus parteipolitischer Sicht von der Opposition – durchaus verständlich – hier eingeführt worden ist, zurückweisen und auf nüchterne Fakten zurückführen.

Meine Damen und Herren, unsere Wirtschaftspolitik hat eine klare Orientierung. Sie macht an dem fest, Herr Denzin, was Sie als Liberaler immer wieder fordern, dass nämlich der Staat für die Rahmenbedingungen zu sorgen hat, infrastrukturelle Voraussetzungen als Vorleistung für die Unternehmen zu schaffen hat und dafür verantwortlich ist, die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die ein wirtschaftliches Handeln der Unternehmen möglicherweise behindern.

Diese Hindernisse auszuräumen ist in erster Linie Aufgabe der Bundespolitik, denn wir erleben heute in der Wirtschaft die Situation, dass die Unternehmen sehr wohl bereit sind, zu investieren, und Investitions- und Ausbauprogramme in ihren Schubladen haben. Ihnen fehlt aber die klare und verlässliche Orientierung, wohin die Wirtschaftspolitik, insbesondere die Steuerpolitik, die Arbeitsmarktpolitik und die Politik im Hinblick auf die Lohnzusatzkosten gehen. Hier fordern wir klare Entscheidungen auf Bundesebene, damit Klarheit bezüglich der Investitionsrahmenbedingungen, auch für die hessische Wirtschaft, herrscht, denn wir sind in den Rahmen der Bundespolitik gestellt.

Ich darf sagen, dass ich inzwischen sehr wohl erkannt habe, wie leistungsstark unsere Wirtschaft ist und wie gut ihre Voraussetzungen sind. Ich bin stolz darauf, für diesen Bereich Verantwortung zu tragen. Wir haben in der Tat eine klare Orientierung. Diese Orientierung heißt im Rahmen des Verantwortungsbereichs, für den ich hier stehe, dass wir zunächst einmal, wie ich eben sagte, die technische Infrastruktur weiter ausbauen. Das ist eine Landesaufgabe, aber auch eine Bundesaufgabe, die wir in Auftragsverwaltung wahrnehmen.

Bezogen auf das Landesstraßenprogramm möchte ich, allen Unkenrufen zum Trotz, wiederholen, was der Kollege Reif eben deutlich gesagt hat. Selbst nach der – ich sage das bewusst – einmaligen und vorübergehenden Kürzung des Etatansatzes für das Jahr 2004 stehen mit 38,5 Millionen € immer noch doppelt so viel Mittel zur Verfügung wie im Jahre 1999. Das war der letzte Etat, für den Sie Verantwortung getragen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Für mich noch wichtiger ist die Tatsache – deswegen kann man diese vorübergehende Kürzung durchaus akzeptieren –, dass wir zusätzlich zu dem, was wir in diesem Jahr verausgabt haben, 54 Millionen € allein für den Landesstraßenbau bis jetzt, Ende 2003, über 45 Millionen € aus

dem so genannten KIM in Auftrag gegeben haben. Das KIM ist ein Glücksfall für den Landesstraßenbau in Hessen. Das bedeutet für das nächste Jahr ganz konkret, dass wir zusätzlich zu den 38,5 Millionen € originäre Mittel für den Landesstraßenbau aus dem KIM zusätzlich 27 Millionen € umsetzen, sodass wir im Jahresvergleich 2004 zu 2003 trotz der Tatsache, dass wir im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“ sparsam handeln müssen, eine deutliche Steigerung haben werden.

(Zurufe von der SPD)

Uns tut in der Tat weh, was wir im Hinblick auf die Finanzierung der Bundesstraßen zu erwarten haben. Was sich die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Maut leistet und geleistet hat, bedeutet ein Wegbrechen von Finanzierungsmitteln. Heute lesen wir erste Spekulationen in Papieren, die unter der Hand weitergegeben und in der „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlicht worden sind, was dies für einzelne Straßenbauprojekte in einzelnen Bundesländern konkret bedeuten soll. Das Versagen der Bundesregierung bedeutet, dass wir in diesem Jahr auf Bundesebene 1 Milliarde € Mindereinnahmen allein wegen des Wegfalls der Euro-Vignette haben werden und dass jeden Monat 156 Millionen € erwarteter Einnahmen aus der Maut nicht zur Verfügung stehen. Das Schlimmste ist, dass die Mauteinnahmen nicht als zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen, sondern dass der Finanzminister in Erwartung dieser Einnahmen die Speisung des Finanzetats aus allgemeinen Haushaltssmitteln bereits rückgängig gemacht hat, sodass der Verkehrsetat deutlich reduziert worden ist. Wir dagegen halten an unserem Ausbauprogramm fest – für Nordhessen, für Mittelhessen und für Südhessen, und jeder von Ihnen weiß, wo die Maßnahmen konkret umgesetzt werden.

Herr Denzin, lassen Sie mich im Hinblick auf Ihre Anmerkung auf einen zweiten Grundsatz eingehen. So, wie es für die Unternehmen bei Investitionsentscheidungen derzeit schwierig ist, den Steuerdschungel zu durchschauen, so haben die Firmen, wenn sie eine Investition starten wollen, durchaus Probleme bei der Beantwortung der Frage: Wo gibt es welche Zuschüsse? Ich glaube zwar, dass das die falsche Frage für ein Unternehmen ist und dass die erste Frage nicht sein darf, wo es welche Zuschüsse gibt. Denn jeder Zuschuss, jede Subvention – das ist unsere grundsätzliche Haltung und Orientierung – bedeutet zunächst einmal eine Inanspruchnahme von Steuermitteln, insbesondere aber im Hinblick auf die Unternehmen selbst eine Wettbewerbsverzerrung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen haben wir Klarheit geschaffen. Wir fördern insbesondere in zwei Schwerpunktbereichen: erstens bei Unternehmensgründungen und Ausweitungsinvestitionen der bestehenden Unternehmen. Ich sage in Klammern: Uns liegen die heimischen Unternehmen bei ihren Ausweitungen mehr am Herzen als das Schielen nach Investitionsansiedlungen vermeintlich großer Fische, die wir an Land ziehen können. Wir wissen, was wir an den heimischen Unternehmen haben. Wir setzen auf den Mittelstand.

(Beifall bei der CDU)

Der Mittelstand ist der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir sollten dankbar sein, dass wir diesen Mittelstand haben.

Zum Zweiten ist es unser Ansatz, bezogen auf die Förderpolitik, Gründerunternehmen auf die Beine zu helfen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Deswegen ist Ihr Ansatz gekürzt!)

Hier gibt es sehr wohl ganz konkrete Ansätze. Ich weise darauf hin, dass wir in Kürze – und zwar Anfang des nächsten Jahres – ein Instrument vorstellen werden, das gerade für Gründer einen leichteren Zugang zu Bürgschaften ermöglicht, ungeachtet der zunächst notwendigen Zusage der Hausbank.

Ich weise darauf hin, dass wir in der Förderpolitik grundsätzlich eine Umstellung vornehmen – das ist eine Antwort auf die Frage nach der Zukunft der IBH –: Wir werden verstärkt in Darlehensfinanzierung gehen und nicht in Zuschussfinanzierung.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Minister, die Redezeit, die der Fraktion zusteht, geht zu Ende.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Eine Minute noch. – Die Zuschüsse haben leider allzu oft nur einen Mitnahmeeffekt. Die Kreditfinanzierung der IBH bedeutet auch eine Stärkung der IBH. Wir wollen die Förderpolitik so ausrichten, dass wir eine klare Trennung von monetärer Förderung über die IBH und einer nicht monetären Förderung durch die Förderinstitute vornehmen und sie jeweils zusammenfassen. Dazu gibt es eine entsprechende Arbeits- und Lenkungsgruppe, die das vorbereitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Alle Bereiche, für die das Wirtschaftsministerium steht, Verkehr, Wirtschaft, Wohnungspolitik, die wir ungeachtet der Schwierigkeiten des Haushalts kraftvoll fortsetzen, wie die Energiepolitik, stehen für Wettbewerb, für Freiheit im Markt und dafür, dass Wettbewerb Innovation schafft und die Kosten senkt.

Wir stehen in der Regierungspolitik insgesamt dafür, dass wir, ausgehend von den Hochschulen mit ihren großartigen wissenschaftlichen Erkenntnissen, den Wissenstransfer in die Unternehmen garantieren. Somit tragen wir dazu bei, dass Hessen ein fortschrittliches und technologienfreundliches Land ist. Die Erfolge bestätigen unsere Politik. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, damit ist die Lesung des Einzelplans 07, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, abgeschlossen.

Wir kommen nun zum

Einzelplan 08 – Hessisches Sozialministerium –

Als erste Sprecherin haben wir Frau Fuhrmann für die SPD-Fraktion, mit angekündigten 15 Minuten.

Petra Fuhrmann (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Kahlschlagpolitik nimmt der heutigen Generation, und nicht nur der heutigen Generation, sondern auch der künftigen, die Luft zum Atmen.

(Beifall bei der SPD)

Sie ist vollkommen verantwortungslos, sie bedeutet eine Gefahr für das demokratische Miteinander, sie ist kurz-sichtig und dumm, sie tritt das Ehrenamt mit Füßen, sie ist blind für die gesamtgesellschaftlichen Folgekosten,

(Zurufe von der CDU)

und sie wird uns – Herr Kollege, auch Sie – teuer zu stehen kommen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der heutigen Debatte über den Sozialhaushalt 2004 geht es um keinen Kurswechsel in der Haushalts- und Sozialpolitik. Es geht auch nicht darum, Hessen wieder flottzumachen und auf Kurs zu bringen. Es geht einzig und allein darum, im Wettbewerb des Ministerpräsidenten den Spar-Oscar zu erlangen. Dabei zerschlagen Sie mutwillig Strukturen im Sozialbereich, und Sie zerschlagen auch das, was andere ehrenamtlich aufgebaut haben, denn Sie wissen nicht, was Sie tun.

(Beifall bei der SPD – Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Meine Damen und Herren, diese Politik kennt nur Verlierer und keinen einzigen Gewinner. Die konkreten Lebensbedingungen für Menschen werden in Hessen schlechter. Es geht nicht um bessere Bedingungen für einen demokratischen, sozialen, ökologischen und zivilgesellschaftlichen Wandel, sondern um weniger Solidarität, weniger Fürsorge, weniger soziale Gerechtigkeit und Demokratie in Hessen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich will ganz konkret werden: Von dieser Kahlschlagspolitik sind in Hessen mindestens 300.000 Menschen betroffen: 16.000 Familien in der Erziehungsberatung – was Sie hier streichen, kostet die Kommunen in der Jugendhilfe sehr, sehr viel Geld, Frau Lautenschläger –, 90.000 überschuldete Haushalte – es gibt eine Untersuchung des Landes Berlin, dass 1 € für die Schuldnerberatung 2 € Folgekosten einspart –, 125.000 Menschen in der Stadtteilarbeit – hier wurde errechnet, dass 1 € sogar 4 € Folgekosten einspart –, 20.000 Rat suchende Menschen in Jugend- und Drogenberatungsstellen, 23.000 Arbeitnehmerfamilien. Durch Ihre Streichungen gehen zusätzlich 1,5 Millionen € Bundesmittel verloren, Frau Ministerin. Wir reden heute über den Verlust von 1.000 bis 1.500 Arbeitsplätzen bei den sozialen Trägern – Menschen, die vermutlich zum größten Teil arbeitslos bleiben werden.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, diese Regierung weiß definitiv nicht, was sie tut, sie weiß noch nicht einmal, was sie anrichtet.

Die Protestwelle in Hessen wird Gott sei Dank größer: 45.000 Menschen haben am 18. November hier in Wiesbaden gegen diesen Kahlschlag protestiert. Sie haben als soziales Gewissen Hessens protestiert, wie es der DGB-Vorsitzende Hessens sehr treffend genannt hat. Es müsste auch Ihnen zu denken geben, wenn Kirchen, Gewerkschaften, Sozialverbände, Polizei, Studenten, Schülerinnen und Schüler und Waldarbeiter, alle Hand in Hand, mit einem Ruf protestieren: Koch muss weg.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie begehen mit Ihrem Sparkurs auch einen sehr groben Denkfehler.

(Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Sie erwarten nämlich, durch diese Maßnahmen mittel- und langfristig mehr Luft und mehr Geld für Schwerpunkttaufgaben zu haben. Meine Damen und Herren, welche Schwerpunkte sollen das sein? – Familienpolitik, sagt die Ministerin.

Die ist es ganz sicher nicht. So, wie Sie mit Einrichtungen und Beratungsstellen für Frauen und Familien in Hessen umgehen, kann von Schwerpunkten keine Rede sein. Als Beispiele nenne ich das Hessische Mütterbüro. Das Hessische Mütterbüro bietet – bzw. heute muss man sagen: bot – die notwendige hauptamtliche Unterstützung für Tausende Ehrenamtliche, Beratung und Unterstützung, Qualifizierung für ehrenamtliches Engagement. Das haben Sie aus rein ideologischen Gründen zerschlagen.

Ich nenne als Beispiel die Landesgeschäftsstelle der pro familia. Diese ist nicht aus dem Himmel gefallen, sondern sie ist auf ausdrücklichen Wunsch des Landes, allerdings vor der Regierungszeit Koch, zur Verwaltungsvereinfachung entstanden. Die Folge dieser kurzsichtigen Kürzung wird sein, dass das Ministerium oder aber der RP künftig nicht mit einer Stelle in Hessen verhandeln können, sondern mit 26 Stellen verhandeln müssen. Sie werden die Berichte überprüfen, sie werden Geld bzw. Abschläge geben müssen – meine Damen und Herren, wenn das Ihr Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung ist, dann gute Nacht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das alles muten Sie jetzt ehrenamtlichen Vorständen zu – die pro-familia-Geschäftsstellen sind zumeist ehrenamtlich getragen. Sie muten ihnen zu, dass sie jetzt Personalverantwortung übernehmen müssen, Sie muten ihnen zu, Überbrückungsdarlehen zu suchen, denn das Land zahlt nie pünktlich. Ich prophezeie Ihnen: Sie richten ein Chaos an.

Ich nenne die Streichung von mindestens 85 Frauenhäusern in Hessen. Fragen Sie doch einmal die Polizei, was sie davon hält, dass jetzt immer überfüllte Frauenhäuser auch noch um ein Drittel reduziert werden sollen. Sie werden hören, dass sich ein Problem verstärken wird, das die Polizei bereits jetzt hat. Wohin mit den geprügelten Frauen, wohin mit schreienden Kindern, die im Nachthemd vor der Tür stehen? – Das werden Sie beantworten müssen.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden auch hören, dass die Polizei dringend auf den Sach- und Fachverständ der Frauen angewiesen ist, in Präventionsräten und an anderen Stellen. – Auch das zerschlagen Sie. Ich sagen Ihnen: Zynismus und gnadenlose Ignoranz.

Meine Damen und Herren, ist Familienpolitik ein Schwerpunkt einer Regierung, wenn Familien- und Erziehungsberatungsstellen auf null gestellt werden?

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

Wenn geprügelte Frauen und Kinder keine Hilfe bekommen?

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

Wenn Mütterzentren keine fachliche Unterstützung erfahren?

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

Wenn Kommunen Jahr für Jahr 50 Millionen € für die Unterhaltung von Kitas entzogen werden?

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

Wenn in ehemaligen Spiel- und Lernstuben keine Hausaufgabenhilfe für Kinder mehr geleistet werden kann?

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

Die Antwort ist Nein. – Vielen Dank. – Familienpolitik ist also kein Schwerpunkt dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage Sie weiter: Sind Ehrenamt und Prävention ein Schwerpunkt der Landesregierung – wenn die Selbsthilfegruppen Hessens komplett auf null gestellt werden?

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

Tausende Menschen sind in der Suchthilfe ehrenamtlich aktiv – Sie streichen und machen damit Prävention unmöglich.

Tausende Menschen sind in der Aidshilfe ehrenamtlich aktiv – Sie streichen und verhindern damit gerade Aufklärung und Prävention.

Allein 125.000 Menschen sind in der Stadtteilarbeit ehrenamtlich aktiv – Sie streichen den kompletten Ansatz und verhindern damit Integration.

Tausende Menschen sind in der Behindertenhilfe ehrenamtlich aktiv – Sie streichen 25 % der Mittel für die Familien entlastenden Dienste und nehmen damit vermehrte Heimaufenthalte in Kauf. Ich kann Ihnen nur sagen: Das ist teurer und inhuman für die Betroffenen und ihre Familien.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie kürzen radikal das Landesblindengeld – ein bisschen davon haben Sie jetzt zurückgenommen. Zu dem Thema möchte ich sagen: Der Ministerpräsident des Landes Bayern hat gesagt: „Bei den Blinden kürze ich zuletzt.“ – Das unterscheidet in der Tat die Regierung Stoiber von der Regierung Koch.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie streichen sogar die lächerlichen 2.100 € zur Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit der Gehörlosen in Hessen.

(Gerhard Bökel (SPD): Das glaube ich nicht, dass sie das streichen!)

2.100 € gestrichen.

(Gerhard Bökel (SPD): Da ist doch etwas nicht in Ordnung!)

Meine Damen und Herren, insofern beantworten Sie die Frage selbst: Ist Ehrenamt ein Schwerpunkt dieser Landesregierung? – Die Antwort lautet Nein.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage weiter: Sind Arbeitsmarktpolitik und Ausbildung ein Schwerpunkt dieser Landesregierung – wenn die Mittel für Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit um bis zu 50 % im Nachtragshaushalt gekürzt worden sind, z. B. die Förderung der offenen Mädchenarbeit, Qualifizierung und Beschäftigung von jungen Menschen, wenn Sie die Mittel für berufliche Orientierungskurse für Frauen nach der Familienphase komplett streichen, wenn Sie die Mittel für lokale Beschäftigungsinitiativen komplett streichen? Ist dann Arbeitsmarktpolitik ein Schwerpunkt der Landesregierung? – Die Antwort heißt auch hier Nein.

(Frank Lortz (CDU): Sehr platt!)

Meine Damen und Herren, der ganze Kahlschlag „rettet natürlich den Landshaushalt“. Er „unterstützt das Ehrenamt“. Das alles „dient der Prävention und ist vorausschauende Sozialpolitik“. Ich sage Ihnen: In Wahrheit ist das alles unverantwortlich, im wahrsten Sinne des Wortes.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Meine Damen und Herren, die Verantwortungslosigkeit wird noch viel offenkundiger, wenn künftig in Gefängnissen keine Drogen- und Aidsprävention mehr stattfindet, wenn jede Hilfe für ehemalige Strafgefangene zur Resozialisierung gestrichen wird – darunter ein einzigartiges Projekt am Frauengefängnis in Frankfurt, das 1976 von Helga Einsele gegründet wurde –,

(Frank Lortz (CDU): Von wem?)

wenn Sie die Mittel zur dringend nötigen Integration von Aussiedlerkindern und -jugendlichen streichen, aber die Kulturtage der Vertriebenenverbände ungekürzt lassen.

(Frank Lortz (CDU): Welche Vertriebenen?)

Meine Damen und Herren, das ist unglaublich. Und wirklich absolut unglaublich ist, dass Sie in diesen Zeiten, in denen Sie meinen, mit Ihrem Kahlschlag die Welt retten zu können, die Aufwandsentschädigung für den Vertriebenenbeauftragten schlachtweg verdoppeln wollen.

(Zurufe von der SPD: Unerhört! – Frank Lortz (CDU): Guter Mann!)

Meine Damen und Herren, das ist skandalös.

Es ist unglaublich, dass Sie die Integrationsberatungsstellen, die zur Integration beitragen, streichen und gleichzeitig eine neue PR-Show für die Ministerin in den Haushalt aufnehmen, nämlich einen Preis für gelungene Integration. Herr Kollege, merken Sie nicht, dass sich hier ein paar Widersprüche auftun?

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! – Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Es ist unglaublich, wenn Sie Ihre Bewirtungskosten aufstocken, Unmengen für die IT-Ausstattung des Ministeriums einstellen und die persönlichen Verfügungsmittel der Ministerin aufstocken.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist stillos, einfach stillos!)

Merken Sie eigentlich nicht, was Sie hier tun und verteidigen? Ihnen ist jedes Maß verloren gegangen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger sind nicht für den Staat da, sondern der Staat ist für die Bürgerinnen und Bürger da.

(Frank Lortz (CDU): Das musste einmal eine Sozialdemokratin sagen! Deine Rede sei: ja, ja, nein, nein!)

Dazu muss er weit mehr als seine so genannten Pflichtaufgaben erfüllen. Die freiwilligen Ausgaben sind deshalb der allerletzte Posten, der sich für eine Sparorgie eignet.

Ich sage Ihnen, Sie werden mit diesem Kurs Schiffbruch erleiden. Die Mittel, die Sie an dem einen Ende streichen, werden Sie am anderen Ende um ein Vielfaches bezahlen müssen.

(Frank Lortz (CDU): Warten wir einmal ab!)

Das ist ein Bumerangeffekt. Weniger für Prävention bedeutet ein Mehr an Kosten für stationäre Unterbringung, sei es in Heimen, Kliniken oder Gefängnissen. Diese Politik ist das Gegenteil von nachhaltiger Sozialpolitik. Sie ist brandgefährlich, denn in der Regel wehren sich Ausgegrenzte nach einiger Zeit.

Meine Damen und Herren, durch die Kürzungen werden viele Menschen arbeitslos, und es wird noch viel mehr Menschen der Wiedereinstieg in die Gesellschaft verwehrt.

(Zuruf des Abg. Helmut Peuser (CDU) – Frank Lortz (CDU): Schröder!)

Kolleginnen und Kollegen von der CDU, es ist beschämend, wie Sie das soziale Netz definieren. Das ist nachzulesen in einer Pressemeldung der Ministerin, und auch der Kollege Jung – der gerade nicht im Saal ist – hat es heute wieder so definiert. Ich möchte Ihnen das vortragen. Das soziale Netz Hessens besteht nach Aussage der Ministerin und der CDU-Fraktion also aus „der Altenpflegeausbildung, der Offensive für Kinderbetreuung, der Frühförderung Behindeter, den Arbeitsmarktprogrammen und der Deutschförderung“.

(Frank Lortz (CDU): Helmut Schmidt!)

Meine Damen und Herren, das zeigt deutlich, Sie wissen überhaupt nicht, wovon Sie sprechen und was Sie hier in Hessen anrichten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben keine Ahnung von den gesellschaftspolitischen und volkswirtschaftlichen Schäden, die Sie anrichten.

(Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Es gibt Alternativen zu Ihrer Politik, aber Sie tauchen ab. Herr Kollege Klee, Sie tun mir in dieser Debatte Leid.

(Horst Klee (CDU): Ich habe nichts gesagt!)

Warum übernimmt Frau Lautenschläger nicht das Ruder und setzt sich gegen das Diktat des Flottenkommandanten Koch zur Wehr, zum Wohle der Schwachen und Benachteiligten in Hessen? Frau Kollegin, warum lassen Sie die Menschen im Stich?

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Auch Ihre Fraktionskolleginnen und -kollegen sind in den Wahlkreisen abgetaucht.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

– Aber sicher, sie sind völlig abgetaucht, sprachlos abgetaucht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Horst Klee (CDU): Woher wissen Sie das denn? – Frank Lortz (CDU): Das ist unglaublich, so etwas!)

Die Ausnahme ist Wiesbaden, wo sich die drei Kolleginnen und Kollegen den Fragen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern stellten. Dort haben sie gesagt, sie seien auch bedrückt.

Herr Klee und Frau Zeimetz-Lorz, Ihnen als Person nehme ich das auch ab – dass auch Sie das bedrückt. Aber, meine Damen und Herren, das ist ein bisschen zu wenig.

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Sie alle sind den Menschen in Ihren Wahlkreisen verpflichtet, und zwar allen.

(Frank Lortz (CDU): Jawohl!)

Sie alle sind frei gewählte Abgeordnete,

(Frank Lortz (CDU): Richtig!)

keine Erfüllungsgehilfen der Staatskanzlei.

(Frank Lortz (CDU): Sehr richtig!)

Sie alle können das Sprechen in Textbausteinen verweigern und selbst denken.

(Frank Lortz (CDU): Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, für die SPD-Fraktion kann ich erklären, dass wir ein Sozialbudget fordern und solide gegenfinanzieren werden. Unsere Haushaltsanträge werden Ihnen zur dritten Lesung vorliegen. Sie alle haben dann als frei gewählte Abgeordnete und als frei denkende Menschen erneut Gelegenheit, den Alternativen zur kochschen Abrissbirne zuzustimmen. Ich würde es mir wünschen, im Interesse Hessens. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank. Frau Fuhrmann hat sogar um eine Minute unterschritten. – Als nächste Rednerin haben wir Frau Staatsministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen versichern, ich bin noch da. Ich habe auch nicht vor, abzutauchen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Schade!)

Liebe Kollegen von der SPD-Fraktion, ich glaube, wir können an vielen Stellen miteinander diskutieren – aber ein bisschen mehr Redlichkeit wünsche ich mir natürlich schon,

(Beifall des Abg. Frank Lortz (CDU))

wenn wir nur über das Thema Terminwahrnehmung sprechen.

Ich will es Ihnen einmal an einem kleinen Beispiel deutlich machen, weil Sie das offensichtlich ganz besonders interessiert. Die Gespräche mit dem Diakonischen Werk Hessen-Süd, aber auch Kurhessen-Waldeck hat z. B. die Ministerin geführt, die Gespräche mit den Caritas-Direktoren der Staatssekretär. An einer solchen Stelle muss sich dann ein Caritas-Direktor Manderscheid die Frage gefallen lassen, ob er denn jetzt hier über Terminkalender diskutieren möchte – wer welche Gespräche geführt hat – oder ob wir auf der sachlichen Ebene bleiben: dass wir in den letzten Wochen sehr viele gemeinsame Gespräche geführt haben. Sowohl für mich, als auch – so glaube ich – für die Kolleginnen der Fraktion gilt, dass sie das genauso gemacht und sich den schwierigen Auseinandersetzungen und Gesprächen gestellt haben.

(Jürgen Walter (SPD): Das ist nicht richtig!)

Meine Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, deswegen glaube ich, dass wir zumindest an einer Stelle – zu einer sachlichen Basis kommen müssen: Hören Sie auf, den Unsinn zu verkünden, Kürzen würde Spaß machen. Ich kann Ihnen durchaus versichern, das gilt für die Kollegen des Kabinetts, für die Kollegen aus der CDU-Landtagsfraktion und auch für mich: Es ist keine einfache Entscheidung, zu sagen, wo eine Kürzung stattfindet und was an welcher Stelle für die Konsolidierung eines Haushaltes getan werden muss.

Aber wir tragen natürlich alle eine Gesamtverantwortung, und es ist heute schon mehrmals angesprochen worden: Hessen ist keine Insel. „Aufgaben und Ausgaben müssen sich in solchen Situationen den Einnahmen anpassen und nicht umgekehrt. Auch wenn ich jedes einzelne Anliegen für berechtigt halte, kann die Landesregierung in dieser Situation nicht jedem Einzelinteresse nachgeben.“ – Meine Damen und Herren, das war im Übrigen ein Zitat des nordrhein-westfälischen Finanzministers Dieckmann, seines Zeichens SPD. Ich will Ihnen daran nur deutlich machen: Es sind keine Einzelentscheidungen, die wir in Hessen treffen, sondern auch Ihr Kollege von der SPD ist mit den gleichen Konsolidierungsmaßnahmen in seinem Haushalt beschäftigt.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da gibt es aber keinen sozialen Kahlschlag wie hier!)

„Harte Einschnitte schaffen Perspektiven und klare Akzente für die Zukunft unserer Kinder“ – das ist die Überschrift über der Pressemitteilung von Herrn Dieckmann in Nordrhein-Westfalen. Deshalb sollten Sie zumindest zu so viel Redlichkeit zurückkommen, damit wir hier tatsächlich wieder über Zahlen im Haushalt reden und uns darüber klar werden, wie die Situation momentan aussieht. Dann bleibt es dabei, dass in Hessen, in Nordrhein-Westfalen, in Baden-Württemberg und in allen übrigen Ländern momentan die gleichen Diskussionen stattfinden und wir im Jahr 2003 über Ausgaben diskutieren, die wir mit einer Einnahmesituation des Jahres 1998 bewerkstelligen müssen. Das ist die klare Ausgangslage, über die wir auch im Sozialhaushalt sprechen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wir reden über Hessen, und wir haben ein Sozialbudget vorgelegt!)

– Sehr geehrte Frau Kollegin Fuhrmann, ich unterhalte mich sehr gerne mit Ihnen über die Frage eines Sozialbudgets, vor allem über das Sozialbudget im Doppelhaushalt 1998/99. Nach Ihrem Verständnis und Ihren Kriterien haben Sie damals – bezogen auf das Sozialministerium – ein Sozialbudget von 63 Millionen € gehabt. Da müssen wir aber erst noch einmal 10 Millionen € abziehen, die Sie

in das Sozialbudget eingerechnet haben, die aber aus dem Kommunalen Finanzausgleich genommen wurden. Das heißt, ein Sozialbudget mit Staatsmitteln unter Ihrer Regierung von 53 Millionen €.

Nach den durchaus sehr schwierigen Kürzungen, die wir gemeinsam vornehmen mussten, liegen die freiwilligen Leistungen im Sozialbereich heute noch deutlich über 60 Millionen €. Allein wenn ich Ihre eigenen Kriterien des Sozialbudgets anlege, liege ich noch höher als die 53 Millionen €, über 54 Millionen € Staatshaushaltsmittel. Ich glaube, zumindest über diese Zahlen müssten wir uns an dieser Stelle einmal unterhalten, aber auch über die Redlichkeit, über die Sie an der Stelle sprechen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wenn die 30 Millionen € den Landeshaushalt retten, lache ich mich kaputt!)

Nach drei Jahren ohne wirtschaftliches Wachstum – ohne Einnahmenverbesserung – ist das für alle Beteiligten durchaus ein ganz schwer wiegendes Problem.

(Jürgen Walter (SPD): Das nützt doch den Leuten alles nichts, Frau Ministerin!)

Sie haben selbst verfolgt, dass auch die Kirchen momentan in ihren Synoden von Steuer- und Einnahmeausfällen reden, die sie verkraften müssen, von 30 Millionen €, die wegfallen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Den Baustein hatten wir heute schon ein paarmal!)

Dabei wird seitens der Kirchen über die Schließung eines Mädchenzentrums in Frankfurt, über die Schließung von verschiedenen anderen Einrichtungen – Akademie Arnoldshain – und vieles mehr diskutiert. Ich glaube, wir sollten uns das so nicht vorhalten, sondern feststellen, dass wir gemeinsam in einer Situation sind – nach drei Jahren ohne Wachstum –, wo man klar schauen muss, was an welchen Stellen noch geleistet werden kann.

(Petra Fuhrmann (SPD): Aber es wird alles teurer!
– Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie setzen die falschen Prioritäten!)

– Wir reden sofort über Prioritäten. Denn ich stehe ganz klar dazu, dass wir Prioritäten gesetzt haben, und da will ich Ihnen einige nennen. – Die Frage der Kinderbetreuung: Sie werfen uns ja immer so gerne vor, wir wollten die Frauen alle hinter den Herd zurückschicken.

(Zustimmung bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleichzeitig haben wir aber genau für die Kinderbetreuung

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben doch in den letzten vier Jahren den Kommunen 200 Millionen € geklaut!)

in Ihrem damaligen Sozialbudget 1,5 Millionen €, heute 9,89 Millionen €. Wir haben hessenweit Strukturen aufgebaut, und die wollen wir an dieser Stelle auch erhalten, weil das ein wichtiger Beitrag für diese Gesellschaft ist.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo haben Sie denn Strukturen aufgebaut?)

Das Gleiche gilt für die Frage der Altenpflege. Sie möchten es an dieser Stelle nicht diskutieren, aber die Altenpflegeausbildung, die Finanzierung der Schulen, ist eine ganz grundlegende Sache, die hessenweit aus unserer Sicht von sehr großer Bedeutung ist. Deshalb haben wir diesen Bereich ungeteilt gelassen. Das hat sowohl mit

Ausbildung als auch mit dem Arbeitsmarkt und den Möglichkeiten, wie alte Menschen gepflegt werden können, zu tun.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit Bundesrecht hat es auch zu tun!)

Meine Damen und Herren, wir können noch viele solcher Beispiele aufführen: die Frühförderung behinderter Kinder.

(Petra Fuhrmann (SPD): Es ist doch keine Frage, dass das notwendig ist!)

Ich möchte Ihnen nur die Zahlen nennen, die Sie an dieser Stelle zu verantworten hatten: in Ihrem Haushalt damals 2,4 Millionen €, in unserem Haushalt heute 2,8 Millionen €. Ich stehe dazu, dass wir in diesem Bereich nicht gekürzt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich höre auch noch sehr deutlich, dass gestern Abend der Landesvorsitzende des VdK in der Veranstaltung hier im Landtag gesagt hat, dass sie als diejenigen, die gerade im Behindertenbereich ein Sprachrohr sind, bewusst nicht zu Demonstrationen gegen die „Operation sichere Zukunft“ aufgerufen haben, weil es genau in diesem Bereich ein absolut ausgewogenes Verhältnis gibt. Er hat gesagt, wir hätten diesen Bereich klar berücksichtigt und einen Schwerpunkt auf die Behindertenpolitik gelegt. – Sie hören das nicht gern.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Sagen Sie einmal etwas zu den Familien entlastenden Diensten, zu den Gehörlosen!)

Wir reden auch weiter über den Arbeitsmarkt. Bei den Arbeitsmarktprogrammen hatten Sie in Ihrem Sozialbudget – ohne KFA-Mittel, nur Staatshaushaltsmittel – eine Summe von 17 Millionen €. Wir haben genau dort einen Schwerpunkt auf Ausbildung und Arbeitsmarkt gesetzt, weil die Lage aufgrund Ihrer Bundesregierung so ist, wie sie nun einmal ist. Wir haben dort nicht gekürzt und nach wie vor 24 Millionen € in diesem wichtigen Bereich des Arbeitsmarktes und der Ausbildungsprogramme, im Sozialatlas zur Verfügung gestellt,

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Ministerin, die letzte Minute ist angebrochen.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

weil es einer unserer Schwerpunkte ist, die Ausbildung klar in den Vordergrund zu stellen. Ich halte es für richtig, dass wir diesen Schwerpunkt der Ausbildungsprogramme und der Arbeitsmarktprogramme gebildet haben, denn sie sind entscheidend dafür, ob es junge Menschen schaffen können, über Ausbildung oder über den Arbeitsplatz in die Gesellschaft integriert zu werden. Das ist eine der entscheidenden sozialen Säulen in unserem Lande.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Sagen Sie doch einmal etwas zu den Bereichen, wo Sie gestrichen haben!)

Zur Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen: Natürlich mussten wir auch in diesem Bereich sparen und Kürzungen vornehmen. Trotzdem haben wir nach wie vor einen Schwerpunkt gebildet, weil wir wollen, dass die Kinder bessere Ausbildungschancen erhalten, weil wir

wollen, dass die Kinder und ihre Eltern Deutsch sprechen können. Die Kurse, die klar angenommen werden, an denen auch die Eltern teilnehmen, sollen fortgeführt werden. Meine Damen und Herren, ich kann es der Opposition aus Rot und Grün nicht ersparen: Die Mittel, die wir heute im Bereich der Integration trotz Kürzungen einsetzen, sind noch viel höher als die Mittel, die Sie in Ihrem Haushalt jemals hatten. Deshalb haben wir an dieser Stelle einen Schwerpunkt in der Integration von Ausländern in Hessen gesetzt und werden das auch in Zukunft tun.

Ich könnte die Liste noch an einigen Stellen fortführen, z. B. was die Frage Ehrenamt in der Jugendarbeit, bürgerschaftliches Engagement betrifft. Wo hatten Sie in Ihrem Haushalt dafür überhaupt einen Titel? Ehrenamt in der Jugendarbeit, Ehrenamtsgesetz – heute über 1,3 Millionen € im Haushalt –, das gab es bei Ihnen nicht.

Ich halte es für einen wichtigen Punkt, soziale Strukturen aufrechtzuhalten. Meine Damen und Herren, das führt nicht darüber hinweg, dass es an vielen Stellen schmerzhliche Einschnitte gegeben hat.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Ministerin, Ihre Redezeit ist überzogen. Das geht zu lasten eines anderen Ministers. Ich wollte Ihnen das nur gesagt haben.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Ich werde mich kurz fassen.

Das Thema Erziehungsberatung haben wir uns sehr genau angesehen und dafür gesorgt, dass in Hessen ein Netz erhalten bleibt, weil die Landesförderung nur einen geringen Umfang hatte. Wir haben diesen Schwerpunkt gesetzt, damit Sucht- und Drogenberatung landesweit erhalten bleibt, damit Frauen-in-Not-Rufe erhalten bleiben. In Nordrhein-Westfalen werden bis zum Jahre 2005 die Notrufe auf null gestrichen. Das haben wir gerade nicht gemacht. Das war dort unter der Regierungsverantwortung von Rot-Grün.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

An der Stelle muss man – das ist die Verantwortung, der ich mich stelle – trotz der schmerzlichen Einschnitte Schwerpunkte setzen, die deutlich machen: Hier ist kein Ausverkauf des Sozialen,

(Lachen der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

sondern wir schaffen bestimmte Strukturen. Wir schaffen es durch die Offensive für Kinderbetreuung und viele andere Maßnahmen, ein soziales Netz in Hessen aufrechtzuerhalten. Wir setzen am alles entscheidenden Punkt an, der die klare Ausrichtung für die Zukunft ist, dem Arbeitsmarkt – mit gesetzlichen Initiativen im Vermittlungsausschuss, und indem wir Geld im Landshaushalt in die Hand nehmen. Das ist ein schwieriger Prozess. Aber wir haben uns bewusst zur Schwerpunktbildung entschlossen.

Meine Damen und Herren, Sie sollen so redlich middiskutieren und feststellen, dass heute noch mehr Geld im Haushalt ist, als es unter Ihrer Beteiligung an dieser Stelle war. Mit diesen Zahlen müssen Sie sich als Opposition auch auseinander setzen und können nicht grundsätzlich sagen: irgendwo noch etwas hernehmen. – Wir haben diese Schwerpunkte gebildet, um das soziale Netz in Hessen aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Dietzel, es bleiben nach unserer Berechnung noch sieben Minuten für später. – Als nächste Rednerin für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Schulz-Asche das Wort. Zehn Minuten waren angemeldet.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ministerin Lautenschläger, der Einzelplan 08 ist auch zum Zeitpunkt der zweiten Lesung hier in diesem Haus ein Dokument Ihrer persönlichen Durchsetzungsschwäche innerhalb der Landesregierung,

(Frank Gotthardt (CDU): Oh!)

ein Dokument Ihrer fachlichen Schwäche, die soziale Landschaft in Hessen zu überblicken, ein Dokument Ihrer Unfähigkeit im Umgang mit den sozialen Organisationen in diesem Lande, ein Dokument Ihres Unwillens, für Ihr Ressort zu streiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Frau Sozialministerin, wenn Sie andere Bundesländer als Beispiel nehmen, dann gucken Sie einmal nach Niedersachsen. Da haben Sie einen Ministerpräsidenten, der seine Sozialministerin wenigstens ernst nimmt. Das ist hier nicht mehr der Fall.

Sie werden nicht müde, in diversen Pressemitteilungen zu verbreiten, Sie hätten durch intensive Prüfung, durch sorgfältiges Abwägen ein auf Sachkriterien basierendes intelligentes Sparkonzept entwickelt. Das ist bei dieser Landesregierung inzwischen zum üblichen orwellschen Neusprech verkommen. Ein Beispiel dafür: Frau Ministerin fast ohne Geschäftsbereich – Sie sind ein Paradebeispiel für orwellschen Neusprech.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In Wirklichkeit stehen wir vor den Trümmern einer sozialen Landschaft in Hessen, und zwar nicht nur, weil es Sparzwänge gäbe, sondern weil wir es mit einer Sozialministerin zu tun haben, die in den letzten Wochen das Vertrauen der sozialen Organisationen, der Wohlfahrtsverbände, der Kirchen, der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, der Betroffenen in die Landesregierung ohne jede Not verspielt hat, die mit einer Liste im Internet, mit Vordrucken, mit Textbausteinen und mit Presseerklärungen mit den vielen Menschen kommunizieren zu können glaubt, die sich seit Jahren für die Menschen in diesem Lande einsetzen, sei es beruflich oder durch ehrenamtliches Engagement.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Frau Ministerin, was Sie als intelligent bezeichnen, heißt konkret, 740 Dienste, Einrichtungen und Projekte sind betroffen. Davon müssen 545 ganz dicht machen. Sie vernichten 860 bis 1.000 Arbeitsplätze. Und wir wissen nicht, was noch folgen wird. Rund 300.000 hilfsbedürftige Menschen erhalten keine Unterstützung und Beratung mehr. Dazu gehören 16.000 Familien in der Erziehungsberatung, 90.000 verschuldete Haushalte, 23.000 ausländische Arbeitnehmerfamilien und 125.000 Betroffene in der

Stadtteilarbeit. Frau Lautenschläger, diese Wirkungen liegen in Ihrer ganz persönlichen Verantwortung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Sie haben für Ihr Sozialressort, für diese Menschen, für diese Familien, für das friedliche Zusammenleben der Menschen in Hessen nicht gekämpft, im Gegenteil. Es zogen mehr oder weniger sozialpolitisch engagierte CDU-Abgeordnete und der Meisterjongleur der Textbausteine, Staatssekretär Krämer, durch die Lande, um Ihre Politik zu verteidigen. Sie können sich hierhin stellen und das Gegenteil behaupten – alle, die in den letzten Wochen an den Protesten beteiligt waren, wissen es besser: Sie haben sich den letzten Wochen der Diskussion über Ihre Politik entzogen, ein wahrhaft schwaches Bild für eine Sozialministerin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ihre Terminplanung in den letzten Monaten – die kriegen wir regelmäßig auf den Tisch – ließ die Frage aufkommen: Wo ist eigentlich die Sozialministerin?

Die ständigen Wiederholungen in Ihren Presseerklärungen wollen wir einmal einer genaueren Betrachtung unterziehen. Sie behaupten, es habe eine intensive Prüfung gegeben. Die Wahrheit ist, bei der Festlegung der Giftliste sind die Fachabteilungen Ihres Hauses überhaupt nicht konsultiert worden. Die Wahrheit ist, es hat keine Gespräche mit verschiedenen Trägern sozialer Dienstleistungen im Vorfeld der Kürzungen und Streichungen gegeben. Die Wahrheit ist, dass die Liga der Wohlfahrtsverbände nicht gehört wurde. Die Wahrheit ist, dass Sie die Träger sozialer Einrichtungen in Standardbriefen von den Kürzungen oder Streichungen informierten.

Frau Lautenschläger, Sie haben nicht intensiv geprüft. Durch die Einstellung der Liste ins Internet hat eine ganze Reihe von Trägern erfahren, dass selbst vorherige Zusagen und Absprachen Ihrerseits nicht mehr eingehalten wurden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Frau Ministerin, durch dieses Vorgehen haben Sie die Grundlagen der sozialen Landschaft, die Subsidiarität, das Vertrauen der sozialen Organisationen und die für soziales Engagement notwendige Planungssicherheit auf Jahre verspielt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Was bei Ihnen unter intensiver Prüfung verstanden wird, hat sich gestern beim Zurückrudern der CDU zum Landesblindengeld gezeigt. Da wird ein Antrag von der CDU-Fraktion zu Ihrem Neusperek-Zukunftssicherungsgesetz eingebracht, das Blindengeld um 30 % zu kürzen, und zwei Wochen später – nach massiven Protesten – stellt sie fest, das auch 14 % Kürzung reichen würden. Was ist das eigentlich für ein Ausbund von fachlicher Inkompotenz, mit der blinde Menschen in diesem Lande verunsichert werden

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

und dieser Landtag unnötig beschäftigt wird? – Frau Ministerin, ich fordere Sie auf: Rechnen Sie doch noch einmal bei den freiwilligen Leistungen im Sozialministerium

nach. Vielleicht können Sie die 33 % Kürzung auch auf 14 % senken. Dann würden einige soziale Initiativen in diesem Lande überleben können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Frau Ministerin Lautenschläger, eine intensive Prüfung hätte dazu führen müssen, bestimmte sozialpolitische Entwicklungen zu reflektieren. Meine Kollegin Margaretha Hölldobler-Heumüller wird darauf gleich eingehen. Lassen Sie mich deswegen ein einziges Beispiel anführen.

Gestern hat die WHO bekannt gegeben, dass auch in Deutschland die Zahl der Neuinfektionen mit HIV wieder zunimmt. Zur gleichen Zeit können wir dem Haushaltsentwurf für das nächste Jahr entnehmen, dass Sie – Frau Ministerin Lautenschläger – die Landesmittel für Aids-Präventionsberatung um über ein Viertel streichen. Ich nehme dieses Beispiel deshalb, weil diese Zahlen genau zeigen, dass zunehmende Anstrengungen in diesem Bereich notwendig wären, und Sie direkt bestimmten Entwicklungen entgegenwirken.

Frau Ministerin, statt sich für ein gesundes Hessen einzusetzen, streichen Sie überproportional in den Bereichen der Prävention und Gesundheitsförderung und, aus Ihrer Sicht folgerichtig, bei der Drogen- und Suchthilfe.

Sorgfältiges Abwägen: Frau Fuhrmann ist schon auf die Vertriebenenverbände eingegangen. Deswegen will ich das jetzt nicht tun. Ich möchte auf einen Punkt eingehen, weil Herr Koch heute Morgen wieder behauptet hat, der Protest zeige, dass alle gleichmäßig betroffen seien. Meine Damen und Herren, wenn man sich die Liste im Detail anguckt, dann stellt man fest, dass dies gerade nicht der Fall ist.

Wenn man genau hinguckt, sieht man, dass von den Streichungen besonders die größeren Städte und insbesondere benachteiligte Stadtteile betroffen sind. Tatsächlich kumulieren in diesen sozialen Brennpunkten die Kürzungen und Streichungen. Ich habe hier eine ganze Liste. Ich nenne aber nur die ersten fünf: Frauenprojekte, Drogenprävention, Suchthilfe, Schuldnerberatung, wohnortnahe Beschäftigungsinitiativen, Hilfe für Randgruppen, Obdachlose usw. Alle diese Streichungen kumulieren in den sozialen Brennpunkten Hessens.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Damit die Zerstörung dieser in den letzten Jahren aufgebauten Hilfsstrukturen komplett wird, verabschiedet sich die Landesregierung aus dem Programm der sozialen Stadt. Meine Damen und Herren, mit diesen Streichungen und Kürzungen treffen Sie bestimmte Wohngebiete, bestimmte Bevölkerungsgruppen. Es ist eine Botschaft an eine ganze Generation von Kindern und Jugendlichen, die heißt: Diese Landesregierung will mit euch nichts mehr zu tun haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Bei den Mitteln für Sprachförderung wurde auf ein Angebot reagiert. Das halten wir auch durchaus für lobenswert und sinnvoll. Eine ebenso große Nachfrage besteht aber bei den Spiel- und Lernstübchen, bei der Schülerhilfe, beim Mittagstisch usw. Hier handelt es sich oft um die gleichen Zielgruppen, dieses Mal jedoch vor allem in sozial benachteiligten Stadtteilen. Diese werden gestrichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Frau Ministerin, meine Damen und Herren, Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für alle Kinder, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Dazu gehören Sprachkenntnisse im Vorschulalter. Dazu gehören aber auch eine vernünftige Betreuung während der Schulzeit und eine Hilfe bei der Berufsfindung. Aber auch hier erteilen Sie eine Absage an Kinder und Jugendliche, insbesondere in benachteiligten Stadtteilen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das nennt sich Familienpolitik!)

Sie reden von der besonderen Bedeutung der Kinder- und Familienpolitik und betonen Ihre Offensive für Kinderbetreuung. Dann streichen Sie aber Familien entlastende Maßnahmen, die Familien- und Erziehungsberatung, die Mittagstische usw. Frau Lautenschläger, weiter behaupten Sie, zu all diesem gäbe es keine Alternative. Wir haben es eben gerade wieder vorgeführt bekommen. Wir GRÜNE haben Ihnen schon kurz, nachdem Sie die Giftliste vorgelegt haben, den Gegenbeweis vorgelegt. Wir haben unser Sozialbudget neu entwickelt. Jeder kann es im Internet im Detail angucken. Damit würden Ihre angeblichen Bauchschmerzen, die Sie nicht müde werden zu betonen, mit einem Schlag behoben sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben nicht in nur über 50 Änderungsanträgen zu Ihrem Kahlschlag vorgerechnet, wie die Kürzungen und Streichungen zu vermeiden wären – –

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende. Wir haben vergessen, Sie zu warnen. Entschuldigung. Sie dürfen aber noch ordentlich zum Ende kommen.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich hätte gerne noch etwas zu unserem weiteren Schwerpunkt, der Kinderbetreuung, gesagt, wo wir zusätzliche Gelder zur Verfügung stellen wollen. Auch das ist von Ihnen abgelehnt worden.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ihr vorgelegtes Konzept ist auch nicht sehr intelligent. Ich bin darauf schon eingegangen. Die Tatsache, dass eine der ersten Gemeinden, die für die ausfallenden Landesmittel eingesprungen sind, eine der reichsten Gemeinden war, nämlich die Heimatgemeinde des Ministerpräsidenten Koch – das zähle ich unter „politisches Sahnehäubchen“ –, zeigt: Nicht einmal die CDU ist der Meinung gewesen, dass dies besonders intelligent gewesen wäre.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Frau Ministerin Lautenschläger, der Einzelplan 08 für das Jahr 2004 ist in jedem Detail ein Dokument Ihres fachlichen Versagens, Ihrer politischen Durchsetzungsfähigkeit, ein Dokument Ihrer Schwäche als Ministerin und in den Wirkungen ein Dokument Ihrer sozialpolitischen Verantwortungslosigkeit. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Fraktion der FDP hat Herr Kollege Rentsch das Wort. Es sind 15 Minuten Redezeit angemeldet.

Florian Rentsch (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, wir haben heute Morgen schon viel über Einsparungen gesprochen. Dass Einsparungen notwendig sind, ist allgemein bekannt. Das ist heute Morgen so oft beschworen worden wie nichts anderes. Ich glaube, auf diese Position könnte sich das Haus sofort einigen. Auch nach unserer Meinung kann der soziale Bereich von diesen Einsparungen nicht ausgenommen werden. Das werfen wir Ihnen auch nicht vor. Das sehen wir genauso.

Meine Damen und Herren, wer sparen will, der muss ernstes Prioritäten setzen und politische Ziele formulieren, in was er investieren will und in was er nicht investieren will. Er muss zweitens in diesen Bereichen vor allen Dingen eine Qualitäts- und Effizienzkontrolle durchführen, um zu wissen, wer in diesem Bereich Leistungen bringt und wer keine Leistungen bringt. Man könnte es auch Aufgabenkritik nennen. Wenn man dies alles getan hat, dann kann man sparen, kürzen oder auch mehr Geld ausgeben. Wir haben aber ein bisschen das Gefühl, dass Sie die ersten beiden Punkte übersprungen haben, zu schauen, was sinnvoll ist und was nicht sinnvoll ist. Frau Ministerin, das werfen wir Ihnen vor.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Frau Ministerin, das, was Sie getan haben, ist in vielen Bereichen willkürlich, für die Betroffenen sehr überraschend und nicht nachvollziehbar gewesen. Ich glaube, es war für Sie selbst teilweise nicht nachvollziehbar. Wir waren auf jeden Fall von einigen Maßnahmen sehr überrascht. Es gibt in dem ganzen Programm keine Leitlinie, keine sachlich gerechtfertigten Differenzierungskriterien. Das bringt Sie auch in den Argumentationsnotstand, in dem Sie sich befinden. Weil es keine Leitlinie gibt, ist es schwierig, den Leuten zu erklären, warum man da gespart hat und auf der anderen Seite nicht. Die Kürzungen sind in den seltensten Fällen fachlich begründet. Im Haushaltsplanentwurf heißt es ganz lapidar: „Das Programm wird eingestellt“, oder: „Kürzung infolge Einsparung“. Das ist nun wirklich keine fachliche Begründung für eine Maßnahme.

(Beifall bei der FDP, bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Petra Fuhrmann (SPD): Auch Neusperricht!)

Es ist ebenso keine fachliche Begründung, pro Kommune eine Einrichtung, z. B. ein Frauenhaus, am Leben zu erhalten.

(Petra Fuhrmann (SPD): Der Vogelsbergkreis hat keines mehr!)

Sie können die Kreise in Hessen nicht miteinander vergleichen. Nehmen Sie z. B. den Main-Kinzig-Kreis, der eine Riesenfläche hat, und vergleichen Sie damit die kreisfreien Städte. Daher ist es nicht stimmig, dass die Grenzen von Kommunen den Ausschlag geben. Ausschlaggebend muss vielmehr nach unserer Meinung sein, wie eine Einrichtung arbeitet. Es muss nach Qualitätsstandards gefragt werden,

(Petra Fuhrmann (SPD): Alle sind voll!)

danach, wie wirtschaftlich eine Einrichtung arbeitet und welche Wirkung ihre Arbeit erzielt.

Meine Damen und Herren, wenn all dies berücksichtigt ist, dann dürfen nach unserer Ansicht die Besten weitermachen und nicht diejenigen, die zufällig in der Mitte eines Landkreises liegen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vor dieser Aufgabenkritik ist das Hessische Sozialministerium zurückgeschreckt. Es hat nicht gewagt, nach der Wirkung zu fragen. Frau Ministerin, das ist es, was wir Ihnen vorwerfen. Hätten Sie eine saubere Aufgabenkritik gemacht, dann wären die Proteste vielleicht nicht geringer ausgefallen, Sie hätten aber vielleicht gute Argumente gehabt, wenn Sie mit den Leuten sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der SPD)

Ihr Argumentationsnotstand wäre demnach nicht ganz so groß gewesen, wie er es in den letzten zwei Wochen gewesen ist.

Ein weiterer Punkt ist die Frage des Stils. Das ist heute auch schon oft angesprochen worden. Ist der Stil denn richtig gewesen? Von einem „katastrophalen Stil“ ist die Rede. Das haben uns soziale Träger gesagt. Worin liegt dieser Stil? Dies hat meines Erachtens mehrere Ursachen, zum einen die Art und Weise, wie die Träger von den Kürzungen erfahren haben. Ich denke, das ist keine Art und Weise, wie man mit langjährigen Partnern umgehen kann und darf.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen Sie die Kirchen. Wir haben es verifiziert. Es ist keine Geschichte. Wenn Sie jemanden montagabends in die Staatskanzlei bestellen und derjenige grob erfährt, was auf ihn zukommt, und es dann dienstagmorgens im Detail im Internet lesen kann, dann ist das kein Stil, wie man mit Partnern umgehen kann.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, ich glaube, Sie müssen uns in diesem Punkt zustimmen. – Die Verhandlungsmasse für die Träger war null. Die Beratungsresistenz der Landesregierung war in dem Punkt 100 %.

(Petra Fuhrmann (SPD): 150 %! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Diese Diskrepanz ist es auch, die diese ganze Diskussion so schwierig macht.

(Petra Fuhrmann (SPD): Suboptimal!)

Wie ging es weiter? Der Ministerpräsident hat bis zum Ende dieses Jahres keinen Termin mehr frei. Das geht vielen Kollegen hier ähnlich. Der Ministerpräsident ist aber derjenige, der diese Einsparungen zu verantworten hat. Es ist klar und es ist eine Frage des Stils, dass die Träger und die Verbände Anspruch auf ein Gespräch mit demjenigen haben, der den großen Sparer darstellt.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den hat er ja nicht! Er hat keinen Stil!)

Die Ministerin hat ebenfalls keine Gesprächstermine mehr frei. Das will ich Ihnen nicht vorwerfen, weil ich schon glaube, dass Sie nicht abtauchen. Ich glaube aber,

dass Sie vielleicht auch teilweise nicht unbedingt dorthin gehen, wo Sie wissen, dass Sie die Höhle des Löwen erwarten. Man überlegt sich schon vorher, ob man da hingehört. Wir haben weiterhin gehört, dass Mitarbeiter des Ministeriums nicht mehr ans Telefon gehen. Wenn das wirklich der Fall sein sollte, Frau Ministerin, dann haben Sie eine Aufgabe nachzuarbeiten. Das kann sicherlich nicht die Art und Weise des Umgangs mit dem Thema sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Schaden, der vor allem durch den misslungenen Umgang mit den Betroffenen entstanden ist, fällt meines Erachtens genauso groß aus wie der Schaden, der durch die Kürzung entstehen wird.

Kritik zu den Einzelpunkten. Das Sozialministerium hat Schwerpunkte gesetzt. Das sagen Sie. Das sehen wir am Haushalt in einzelnen Teilbereichen. „Kinderbetreuung und Arbeitsmarktpolitik bleiben unangetastet“, so heißt es. Auch die Frühförderung werde von Kürzungen ausgenommen.

Frau Ministerin, das ist aber leider nicht ganz die Wahrheit. Zwar wird diese Offensive weiterhin mit 10,5 Millionen € gefördert werden. Dass dies geschieht, befürworten wir Liberale auf jeden Fall. Wir freuen uns, dass an dieser Stelle nicht auch noch mit dem Rotstift gestrichen wurde. Denn dieses Programm ist außerordentlich erfolgreich. Das Antragsvolumen überschreitet ohnehin die zur Verfügung gestellten Mittel deutlich.

Das Gleiche gilt für die Förderung der Sprachkompetenz von Kindern im Kindergartenalter. Hier wird es eine kräftige Steigerung geben. Das findet unseren Beifall.

(Beifall bei der FDP)

– Wie Sie sehen, erhalten Sie den Beifall wirklich. Das war kein hohles Versprechen.

Die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik bleiben hingegen nicht unangetastet. Das Programm HARA wurde von der FDP gemeinsam mit der Union aufgelegt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Na ja, na ja!)

Unserer Meinung nach ist es ein sehr schlagkräftiges und flexibles Instrument. – Frau Fuhrmann, wie ich höre, geben Sie mir Recht. Das freut mich.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Die Mittel für dieses Programm bleiben in voller Höhe erhalten. Aber HARA ist nicht alles. In dem Kapitel für die integrierten arbeitsmarktpolitischen Programme ist noch viel mehr vorgesehen. Dabei wird sehr wohl gekürzt. Die Mittel für die Jobcenter werden auf null gesetzt. Bei dem Programm „Ausbildung statt Sozialhilfe“ wird gekürzt. Die Mittel für Maßnahmen lokaler Beschäftigungsinitiativen werden auf null gesetzt usw. Frau Ministerin, die Aussage, dort werde nicht gekürzt, entspricht nicht ganz der Wahrheit.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Gleiche gilt hinsichtlich der Frühförderung. Nur auf den ersten Blick entspricht der Ansatz im Haushaltsentwurf für das Jahr 2004 dem Ansatz des Jahres 2003. Wenn man genauer nachschaut und den Entwurf des Nachtragshaushaltes daneben legt, dann stellt man fest, dass die Mittel für die Frühförderung mit dem Nachtragshaushalt

haltsgegesetzentwurf von 3 Millionen € auf 2,85 Millionen € gekürzt werden.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Diese 2,85 Millionen € werden auch im Jahr 2004 zur Verfügung stehen. Es handelt sich also um eine Kürzung von 3 Millionen € auf 2,85 Millionen €.

(Beifall des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Lassen Sie mich neben diesen allgemeinen Kritikpunkten einige herausgreifen, die für uns Liberale besonders wichtig sind. Normalerweise hätte ich nichts zum Thema Vertriebene gesagt. Das überlasse ich den Kolleginnen und Kollegen der anderen Oppositionsfaktionen. Aber ich muss dazu etwas sagen. Denn die Begründung, die im Haushaltsentwurf dazu steht, ist so aberwitzig, dass sie wirklich auffällt. Als wir das gelesen haben, konnten wir uns ein Lachen wirklich nicht verkneifen.

(Michael Denzin (FDP): Lass uns doch teilhaben!)

Zum einen gibt es da die Tatsache, dass da Programme wie die für die Patenschaften des Landes ausgeweitet werden. Dafür wird es über 50.000 € zusätzlich geben. Darüber hinaus soll der Beauftragte für Vertriebene auf einen Schlag die doppelte Aufwandsentschädigung bekommen.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Als Begründung dafür wird angegeben, der Behindertenbeauftragte der Landesregierung erhalte ebenfalls diese Erhöhung. Das ist richtig. Der Behindertenbeauftragte erhält diese Erhöhung. Wie Sie wissen, war der Behindertenbeauftragte bis April dieses Jahres für die Landesbediensteten zuständig. Seit April dieses Jahres ist er für alle hessischen Bürger zuständig. Die Klientel, um die er sich zu kümmern hat, hat sich also „leicht“ vergrößert. Das ist beim Vertriebenenbeauftragten aber nicht der Fall. Man kann hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Frau Ministerin, ich fand, das schrie danach, aufgedeckt zu werden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN))

Ein weiterer Punkt betrifft die Schuldnerberatungsstellen. Das haben wir in einer Ausschusssitzung schon ausführlich besprochen. Der Haushaltstitel für die Schuldnerberatungsstellen wird von knapp 2 Millionen € auf 0 € heruntergefahren werden.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wahnsinn!)

Wir wissen – das haben Sie auch als Argumentation angeführt –, dass ein großer Teil der Schuldnerberatungsstellen von den Kommunen getragen wird. Sie wissen aber auch, dass das angesichts des Bedarfs niemals ausreichen wird. Ich brauche jetzt nicht darauf einzugehen, wer für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes verantwortlich ist. Denn das interessiert hier einfach nicht. Es besteht einfach der Bedarf. Dieser Bedarf muss irgendwie gestillt werden. Es gibt dazu den gesetzlichen Auftrag.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir können darüber streiten, ob das Gutachten, das die Caritas dazu erstellt hat, richtig ist. Meines Erachtens trifft es den Kern. Das Land hat diesem gesetzlichen Auftrag nachzukommen. Es wird nicht ausreichen, dass Sie Rechtsanwälte damit beauftragen wollen, die Schuldnerberatung durchzuführen. Das können die Rechtsanwälte

überhaupt nicht. Sie sind dafür überhaupt nicht ausgebildet. Herr Kollege Jung, es geht hierbei um Sozialarbeit und nicht um Rechtsberatung.

(Beifall bei der FDP, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der alte Spruch „iudex non calculat“ trifft in diesem Zusammenhang absolut zu. Ich denke, Rechtsanwälte können so etwas abwickeln. Sie können aber keine Insolvenz verhindern.

Es werden wahrscheinlich acht Frauenhäuser dichtmachen müssen. Unter anderem betrifft dies das Frauenhaus in Schwalbach. Es wundert uns sehr, dass es gerade dieses Frauenhaus trifft. Es ist zu über 100 % ausgelastet und weist den günstigsten Tagessatz aller Frauenhäuser auf. Es ist wiederum nicht nachzuvollziehen, warum Sie dort gestrichen haben und an anderer Stelle nicht. Es gibt kein Kriterium, nach dem Sie vorgegangen sind. Es entspricht auf keinen Fall dem Leistungsprinzip, dass man ein Frauenhaus schließen will, für dessen Betrieb Bedarf besteht und das gut arbeitet. Das ist für uns nicht nachvollziehbar.

An den Familienbildungsstätten wird im Stillen eine hervorragende Arbeit geleistet. Diese Arbeit erfolgt im Vorfeld. Diese Arbeit wurde bislang zusammen mit der Elternarbeit und der Erziehungsberatung mit nahezu 4 Millionen € gefördert. Diese Förderung soll jetzt komplett eingestellt werden. Für uns Liberale ist das überhaupt nicht nachvollziehbar. Denn die Familienbildungsstätten unterstützen die Eltern im Erwerb einer Kompetenz, die seit Jahren kontinuierlich abnimmt, nämlich der Erziehungskompetenz. Wir kritisieren das hier oft im Plenum. Von Politikern wird oft gesagt, die Familie könne das nicht mehr leisten und gebe deshalb Aufgaben und die Verantwortung für die Erziehung an die Schulen ab. Jetzt soll bei den Institutionen gestrichen werden, in denen Familienförderung stattfindet und in denen Erziehungskompetenz vermittelt wird. Das kann sich kein Mensch erklären.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN))

Frau Ministerin, das ist ein Punkt, der nicht dazu beiträgt, dass das Schlagwort, Hessen sei Familienland Nummer eins, zutrifft. Das muss man einfach feststellen. Wer Schlagwörter formuliert, muss sie auch mit Leben erfüllen. Dieses Schlagwort wird an dieser Stelle nicht mit Leben gefüllt.

Mit Erlaubnis der Frau Präsidentin möchte ich aus einer Pressemitteilung vom 15. Mai 2003 zitieren. Dort steht zu lesen:

Die Hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger hat sich für mehr Eltern- und Familienbildung ausgesprochen, um die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken. Eltern müssen besser auf den Alltag vorbereitet und mit mehr Hilfsangeboten begleitet werden. Es ist deshalb erforderlich, ein breitenwirksames Angebot an Eltern- und Familienbildung zu entwickeln, das sich grundsätzlich an alle Eltern richtet und möglichst viele Eltern erreicht.

Frau Ministerin, was ist diesen Worten gefolgt? Es folgten Streichungen. Da scheint etwas nicht zu stimmen. Entweder lassen Sie solchen Pressemitteilungen die entsprechenden politischen Aktivitäten folgen, oder Sie sollten solche Pressemitteilungen bleiben lassen. Man könnte verstehen, wenn Sie im Stillen streichen würden. Das ist wirklich nicht stimmig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu der Frage, wie man mit Gesetzen umgeht, die man geschaffen hat. Als Beispiel möchte ich das hessische Gesetz zur Ausführung des KJHG nennen. Es liegt nunmehr in einer Fassung vom 22. Januar 2001 vor. Der vierte Teil dieses Gesetzes trägt die Überschrift „Landesförderung“. § 22 ist mit dem Titel „Förderung von Familienbildungsstätten“ überschrieben. Darüber hinaus gibt es noch einen Paragraphen mit der Überschrift „Förderung von Erziehungsberatungsstellen“. Sie wurden bisher aus dem gleichen Topf gefördert wie die Familienbildungsstätten. Frau Ministerin, ich frage Sie: Wie halten Sie es insbesondere mit Gesetzen, die aus Ihrem Hause stammen? Wollen Sie die Gesetze, die Sie selbst gemacht haben, vollziehen, oder wollen Sie sie nicht vollziehen?

(Beifall bei der FDP, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ähnlich ist die Fragestellung bei der Suchtberatung. In die Förderung der Suchtberatungsstellen wird besonders tief eingeschnitten werden. Wir Liberalen halten das nur für bedingt vertretbar. Einer Kürzung müsste das vorangehen, was wir auch hinsichtlich der anderen Kürzungen gefordert haben. Ich blicke dabei insbesondere auf die Ballungsräume in Hessen. Die Beratungsstellen müssten stärker miteinander kooperieren. Sie müssten ihre Angebote aufeinander abstimmen und dürften nicht nebeneinanderher arbeiten. Ich denke, es ist unstrittig, dass sich damit Synergieeffekte auch in finanzieller Hinsicht erzielen ließen.

Aus liberaler Sicht reicht das jedoch nicht aus. Wir Liberalen fordern eine Neuaustrichtung der Drogenpolitik. Es muss eine Drogenpolitik geben, die sich von hätschelnder Akzeptanz verabschiedet. Es muss eine Drogenpolitik geben, auf der in Augenhöhe mit dem Abhängigen verhandelt wird. Seine Mitwirkung muss eingefordert werden. Es muss eine Drogenpolitik geben, die die Abstinenz zum Ziel hat. Aus diesem Blickwinkel heraus muss man sagen, es ist fatal, dass gerade Arbeitsprojekte der SiT, die genau das machen, und Arbeitsprojekte des Hofgutes Fleckenbühl zurückgefahren werden, die die Abstinenz der Abhängigen zum Ziel haben. Das können wir überhaupt nicht nachvollziehen. Projekte, die eine hohe Erfolgsquote aufweisen, werden dafür bestraft, dass in ihnen gute Arbeit geleistet wird. Das kann nicht sein. Das verstehen wir nicht.

(Beifall bei der FDP, bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Abgeordneter, jetzt bricht die letzte Minute Ihrer Redezeit an.

Florian Rentsch (FDP):

Obwohl die letzte Minute meiner Redezeit anbricht, möchte ich auch hier das mit der Leistung hinterfragen. Leistung wird da bestraft. Ich möchte das noch einmal erwähnen. Es kann nicht sein, dass man die Frage, wie gut eine Leistung ist, im Sozialbereich völlig ausblendet. Leistung ist etwas, was man auch im Zusammenhang mit dem Sozialbereich diskutieren kann. Wir werden die Ebene

der Leistung immer wieder ansprechen. Wir werden daran erinnern.

Bei den geplanten Einsparungen bei der Integration vermissen wir ebenfalls die Nachhaltigkeit. Aufgrund der mir noch verbliebenen geringen Redezeit möchte ich darauf nicht mehr im Einzelnen eingehen.

Ich komme zum Fazit. Die FDP wird diesen Haushaltsentwurf nicht unterstützen können. Frau Ministerin, den Anspruch, Hessen sei das Familienland Nummer eins, haben Sie auf jeden Fall verwirkt. Die Gründe habe ich dargelegt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, wir fordern von Ihnen die Durchführung einer grundlegenden Aufgabenkritik bei den sozialen Hilfen. Wir fordern darüber hinaus eine soziale Infrastruktur, die sich an dem konkreten Bedarf vor Ort orientiert. Das zu leisten, hat das Sozialministerium nicht erreicht. Ich glaube, Sie wissen auch, dass das Sozialministerium das nicht geleistet hat. Wir werden deshalb für diesen Haushaltsgesetzentwurf nicht unsere Hand heben.

Wir Liberale werden zu ausgewählten Schwerpunkten unsere eigenen Änderungsanträge stellen. Wir werden uns dabei auf eine geringe Zahl konzentrieren. Denn wir haben die Hoffnung, Sie vielleicht doch noch vom Besseren überzeugen zu können.

(Petra Fuhrmann (SPD): Oje!)

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich noch Folgendes sagen: Bei der ganzen Diskussion muss man bedenken, dass es hierbei um Menschen und nicht um Zahlen geht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, ich bitte Sie deshalb: Seien Sie nicht zu stolz, Fehlentwicklungen, die wir Ihnen prophezeit haben und die in den nächsten Jahren eintreten werden, zu korrigieren. Ich hoffe, dass Sie dafür nicht zu stolz sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Nächste Rednerin ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Hölldobler-Heumüller. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Familienland Hessen – wie ein Banner trägt die Landesregierung diese Worthülse vor sich her. Die Politik, die Sie in Hessen machen, ist aber nicht für Familien, sondern gegen Familien gerichtet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir wissen, dass die Sozialministerin einen Familienbegriff hat, der irgendeinem Abziehbildchen aus den Zeiten entnommen ist, als Roland Koch noch im Matrosenanzug im Sandkasten gespielt hat, vermutlich Vater, Mutter, Kind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ihre Entscheidungen machen immer wieder deutlich: Sie haben keine Ahnung von den Realitäten von Familien im Jahre 2003.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Na, na, na!)

Dazu gehört eine ganz simple Tatsache – an dem Beispiel mache ich es deutlich: Kinder werden älter, und aus Kindern werden Jugendliche, und Jugendliche gehören zur Familie. In Ihrem Wahlprogramm, in Ihrem Regierungsprogramm kommen Jugendliche fast überhaupt nicht vor. Das, was Sie jetzt im Jugendbereich gestrichen und gekürzt haben, ist ein Verrat an den Familien im Lande Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das Jugendalter ist kein einfaches, nicht für die Jugendlichen, auch nicht für die Familien. Aber es ist immanent wichtig, dass diese Zeit gut bewältigt wird; denn sonst kommt es beim Übergang zum Erwachsenenleben zu Schieflagen, die fatale Auswirkungen haben. In Hessen soll es in Zukunft keine Unterstützung für Jugendliche und ihre Familien mehr geben. Keine ambulante Jugendhilfe, keine Jugendberufshilfe, keine Suchtprävention, keine Erziehungsberatung wird mehr vom Land gefördert.

Tun Sie nicht so, als ob das alles Probleme von Randgruppen wären. Es ist keine Frage von Einkommen, von Familiengröße, von Kinderzahl oder z. B. von Parteizugehörigkeit, oder was Ihnen Ihre Abziehbildchen auch immer vorgaukeln. Jugendpolitik ist eine wichtige Verpflichtung von uns für die zukünftigen Generationen.

Aber da Sie die Notwendigkeit nicht begreifen, will ich Ihnen exemplarisch ein Finanzargument vortragen: Die LAG Ambulante Jugendhilfe hat es an einem Beispiel durchgerechnet. Im kommenden Jahr werden 400 jugendgerichtliche Weisungen nicht mehr ausgeführt werden können. Das heißt, wenn diese Jugendlichen nicht sozialpädagogisch betreut werden können, können 10 % von ihnen mit einer Arreststrafe von vier Wochen Dauerarrest rechnen, 5 % mit einer Jugendstrafe von sechs Monaten. Das kostet das Land insgesamt 460.000 €, und das steht einem Fördertopf von bisher 260.000 € gegenüber. – Was Sie an dieser Stelle treiben, ist völlig unsinnig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Richten Sie sich nach dem Land Niedersachsen. Das wollte auch zuerst an dieser Stelle kürzen, und die haben diese Kürzungen zurückgenommen.

Zweiter Bereich. Frau Ministerin Lautenschläger, gehören die Frauen eigentlich nicht zur Familie? Wenn Sie hier schon erzählen, Sie hätten die Familien von Kürzungen verschont, dann müssen Sie glaubhaft machen, wie das aussehen soll, wenn Frauen die Hauptlast der Kürzungen im Sozialbereich sowohl als Betroffene als auch als Arbeitnehmerinnen zu tragen haben. Sie gehören zu der Sorte von Frauen, die selbst zu Amt und Macht gekommen sind und Ihren Geschlechtsgenossinnen die Luft zum Atmen nehmen. Brutalstmöglich gehen Sie gegen Frauen in diesem Land vor, und wirklich auch gegen Frauen, bei denen es um Gefahr für Leib und Leben geht. Ich will Ihre zynischen Bemerkungen zu den Frauenhäusern aus dem

Sozialpolitischen Ausschuss nicht wiederholen, weil sie bis zum Anschlag inkompotent waren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Je widriger die Umstände sind, unter denen Frauen leben, desto mehr werden sie gerupft, eiskalt, skrupellos, herzlos. Da weisen Sie vorhin darauf hin, es gibt noch einen Notruf für Frauen. – Frau Lautenschläger, was nützt denn das, wenn das nächste Frauenhaus 120 km weit weg ist? Das nützt gar nichts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

An dieser Stelle kann ich noch von der Metamorphose der Textbausteine, von denen wir immer so viel hören, ein kleines Beispiel liefern.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Kollegin, die letzte Minute ist angebrochen.

Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie haben bisher die Unwahrheit verbreitet, in Hessen werde ein flächendeckendes Netz von Frauenhäusern erhalten. Liest man die Presseerklärung der Kollegin Oppermann, dann taucht plötzlich die Vokabel des hessenweiten Netzes auf. – Ach, welche Veränderung. Da können Sie natürlich eines im Norden, Süden, Osten und Westen haben, dann können Sie sagen, Sie haben immer noch ein hessenweites Netz von Frauenhäusern.

(Gerhard Bökel (SPD): Stimmt, in jeder Region eines!)

Der dritte Punkt. In unserer Gesellschaft tragen das größte Armutsrisko Familien mit mehreren Kindern oder Familien, die zerbrochen sind, und da haben Sie die Schuldnerberatungsstellen auf null gesetzt. Das ist kurzfristig und ein Schlag ins Gesicht von Familien mit finanziellen Schwierigkeiten. Das ist schlicht und ergreifend schäbig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich brauche an dieser Stelle wohl nicht zu erwähnen, dass wir von allen guten Geistern verlassen wären, wenn wir dem Einzelplan 08 in irgendeiner Form zustimmen könnten. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die CDU hat Frau Abg. Oppermann das Wort.

Anne Oppermann (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es fällt mir nicht leicht, ruhig zu bleiben. Was Sie von der Opposition eben hier abgeliefert haben, war schon beachtlich und stellenweise auch unverschämt gegenüber der Ministerin. Das weise ich auf das Schärfste zurück.

(Beifall bei der CDU)

Frau Staatsministerin Lautenschläger hat Ihnen einige Zahlen dargelegt, wie es damals unter Ihrer Regierungsverantwortung war und wie es heute unter unserer Regierungsverantwortung ist.

(Gerhard Bökel (SPD): Da gibt es Unterschiede!)

Aber ich denke, gegen Ihr Wahrnehmungsdefizit ist offenbar nichts zu machen.

(Jürgen Walter (SPD): Dann leiden aber 45.000 Leute an Wahrnehmungsdefizit! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Thema Vertriebene will ich mit einer Mär aufräumen, die immer wieder kursiert. Es gibt bei den Vertriebenen Bereiche, da ist um 3 % gekürzt worden. Es gibt einen anderen Bereich, dort ist um 60 % gekürzt worden. Wenn ich das im Mittel nehme, komme ich auf die 30 %. Von daher ist das, was Sie immer erzählen, dass diese Bereiche ausgenommen würden, vollkommener Unfug.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber beim Vertriebenenbeauftragten haben Sie erhöht! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch nicht Ihr Ernst, Frau Kollegin! Das kann nicht Ihr Ernst sein! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glockenzeichen der Präsidentin)

Meine Damen und Herren,

Deutschlands Wirtschaft stagniert bereits im dritten Jahr. Die Arbeitslosigkeit ist weiter bedrückend hoch.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat die Frau Ministerin schon gesagt! – Gerhard Bökel (SPD): Das haben wir heute schon gehört!)

Die sozialen Sicherungssysteme können die Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft nur schwer erfüllen. Zu wenig oder kein Wachstum führt aber zu hoher Arbeitslosigkeit. Der Staat nimmt weniger Steuern ein.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben die sozialen Sicherungssysteme mit den Einsparungen zu tun? – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gerhard Bökel (SPD): Nun lasst die Dame einmal ausreden!)

Arbeit ist zu teuer geworden, weil die Lohnnebenkosten zu hoch sind, und auf diese gewaltigen Herausforderungen muss reagiert werden.

– Was das mit den Einsparungen zu tun hat, will ich Ihnen sagen: Die Wirtschaft stagniert bereits seit drei Jahren. – Das, was ich Ihnen gerade vorgelesen habe, ist nicht meine Einschätzung, sondern das hat uns dankenswerterweise gestern Herr Anda zukommen lassen. Ich habe gerade nur aus dieser kleinen Broschüre zitiert.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber der redet über eine andere Ebene!)

Meine Damen und Herren, Einsparungen im Einzelplan 08 sind wohl das Schmerzlichste, was Sozialpolitiker tun können. Sie sind schmerhaft, weil Einrichtungen über viele Jahre gute Arbeit geleistet haben und jetzt von Kürzungen oder vom Wegfall der Zuschüsse betroffen sind.

Frau Fuhrmann und Frau Schulz-Asche, jetzt kommt keine Platte, wie Sie, Frau Fuhrmann, sagen, es kommt auch kein Textbaustein: Wir haben im dritten Jahr kein Wachstum. Wir haben wegbrechende Steuereinnahmen und eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das hält kein Haushalt lange aus.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das kann man nicht oft genug sagen, Frau Kollegin!)

Wenn ich von Ihnen immer wieder höre, wir hätten bei unserem Sparprogramm die ideologische Brille aufgesetzt, dann sage ich Ihnen: Sie haben die finanzpolitischen Scheuklappen auf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, es liegen uns von der Opposition Änderungsanträge vor, genauer gesagt: nur von den GRÜNEN. Von den anderen haben wir es nur aus der Presse. Zusammengefasst kann man sagen: Da, wo wir Kürzungen vornehmen mussten, haben Sie den alten Haushaltstitel wieder eingesetzt. Ich habe mich bei Ihren Anträgen oft gefragt, ob Sie denn, wenn wir keine Kürzungen vorgenommen hätten, unserem Haushalt zugestimmt hätten. Von der Logik Ihrer Änderungsanträge her hätten Sie es machen müssen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie verstehen das Prinzip des Sozialbudgets nicht! Das ist das Entscheidende! Es geht nicht um einzelne Haushaltstitel!)

Zudem haben die GRÜNEN noch ein 23-Millionen-€-Programm zur Betreuung von Kleinkindern bis zum dritten Lebensjahr aufgelegt. – Meine Damen und Herren, glauben Sie ernsthaft, selbst wenn Sie das Geld über Kürzungen beim Straßenbau und bei Kassel-Calden einsparen würden, irgendeine Kommune wäre im Augenblick in der Lage, sich an diesem Programm zu beteiligen? Die Kommunen stehen doch selbst mit dem Rücken zur Wand. Sie haben selbst kein Geld.

Die GRÜNEN wollen beim Straßenbau sparen. Die SPD – so war zu lesen – will ein Investitionsprogramm, in dem 30 Millionen € für den Straßenbau vorgesehen sind. So lautet die Pressemitteilung. Die SPD will bei SAP einsparen. Die GRÜNEN sagen, bei SAP müsse nicht gespart werden.

Meine Damen und Herren, wie gut, dass die Wählerinnen und Wähler Ihnen am 2. Februar die Entscheidung abgenommen haben, eine Koalition zu bilden.

(Beifall bei der CDU)

Nun aber wieder zum Einzelplan 08. Die Einsparungen und Kürzungen tun auch uns weh. Nur, wenn Sie von einem sozialen Kahlschlag sprechen, frage ich Sie, wie Sie das bewerten, was beispielsweise Nordrhein-Westfalen mit seiner rot-grünen Regierung oder Berlin mit seiner rot-roten Regierung machten. Sie müssen genau das Gleiche machen, weil es nichts mehr zu verteilen gibt.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist mit Niedersachsen?)

Die SPD hatte vergangene Woche ihren glorreichen Parteitag in Bochum. Zum Abschluss wurden Bundeskanzler Schröder und Ministerpräsident Beck zu ihrem Fazit des Parteitags befragt. Das war am 19. November, am Buß- und Bettag. Ministerpräsident Beck sagte: Wir haben zu

lange von der Umverteilung gelebt. Wir müssen jetzt sparen. – Der Bundeskanzler sagte: Man kann nicht nur die Einnahmen verbessern, und alles wird gut. Das ist nicht die richtige Botschaft.

Ich stimme dem Bundeskanzler wahrlich nicht oft zu. Aber darin hat er ausnahmsweise Recht. Sie haben zur Finanzierung der in Ihren Änderungsanträgen enthaltenen Maßnahmen Einnahmen aus der Erbschaftsteuer eingerechnet, die Sie noch gar nicht haben. Außer Steuererhöhungen fällt Ihnen nichts ein.

(Beifall bei der CDU)

Die Steuern zu erhöhen geht nicht mehr. Das Ende der Fahnenstange ist erreicht. Ferner gehen Sie von einem Wirtschaftswachstum von 1,7 % aus. Sie machen den gleichen Fehler wie die Berliner, die ihren Haushalt auf der Grundlage eines Wirtschaftswachstums erstellen, das, wie die Experten sagen, nicht zu erreichen ist.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir gehen nicht von 1,7 % aus!)

In finanziell guten Zeiten ist es leicht, Politik zu machen. In Zeiten wie diesen ist es verflixt schwer.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir auch schon alles erlebt!)

Aber wir müssen den Menschen die Wahrheit sagen, und die ist im Augenblick sehr bitter.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kennen wir alles!)

Als Sozialpolitikerin hätte ich mir natürlich mehr gewünscht. Nur, es ist nichts mehr da. Wir müssen den Gürtel in allen Bereichen enger schnallen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es stimmt doch überhaupt nicht, dass nichts mehr da ist! Sie geben Millionen von Euro aus, nur falsch!)

Sie werfen uns immer vor, wir hätten mit dem Rasenmäher gekürzt. Aber genau das haben wir nicht gemacht.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit der Axt haben Sie gekürzt!)

Wir haben Schwerpunkte gebildet. Die Frau Staatsministerin hat das eben dargelegt. Wir haben Schwerpunkte gebildet, statt mit dem Rasenmäher zu kürzen.

Meine Damen und Herren, die Demonstrationen sind eben angesprochen worden. Ich war sehr beeindruckt von der Demonstration, die in Wiesbaden stattgefunden hat.

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage noch einmal, dass ich die persönliche Betroffenheit jedes Einzelnen sehr gut verstehen und nachvollziehen kann.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie machen nichts daraus!)

Aber es bleibt dabei: Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, werden wir handlungsunfähig und setzen die Zukunftschancen der nachfolgenden Generationen aufs Spiel.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Handlungsunfähig sind Sie doch jetzt schon!)

Wir dürfen nicht rücksichtslos auf Kosten der nachfolgenden Generationen Schulden machen.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine rasche Erkenntnis!)

Wir brauchen einen Umbau des Sozialstaats, damit auch in Zukunft den Schwächsten in unserer Gesellschaft geholfen werden kann.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage? Sie hätten noch Zeit. Sie dürfen sozusagen eine Endfrage entgegennehmen.

Anne Oppermann (CDU):

Schönen Dank, Frau Präsidentin.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Lesung des Einzelplans 08.

Ich rufe den

Einzelplan 09 – Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz –

auf. Dazu möchte ich Ihnen vorlesen, wie viel Redezeit die Fraktionen jeweils noch zur Verfügung haben: SPD 10 Minuten 26 Sekunden, CDU 14 Minuten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 18 Minuten, FDP 10 Minuten, Landesregierung 12 Minuten 16 Sekunden.

Als Ersten rufe ich für die SPD-Fraktion Herrn Grumbach auf. Sie haben 10 Minuten Redezeit.

Gernot Grumbach (SPD):

Meine Damen und Herren! Es gibt einen chinesischen Verhandlungsgrundsatz, der folgendermaßen lautet: Wenn du zu einem Verhandlungspartner kommst, an den du recht viele Forderungen hast, musst du ihn zuerst loben. – Ich habe versucht, diesem Verhandlungsgrundsatz gerecht zu werden. Es gelingt mir leider nicht.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das ist aber schade!)

Ich will deswegen ersatzweise die CDU-Fraktion loben, weil sie es geschafft hat, das schlichte handwerkliche Problem auszuräumen, wie man dafür sorgt, dass die Bundesmittel aus der Gemeinschaftsaufgabe in Hessen bleiben. Ich finde, das Ministerium sollte, wenn Einstellungen wieder einmal möglich sind, vielleicht auf den einen oder anderen Mitarbeiter der CDU-Fraktion zurückgreifen. Ich denke, das wäre ein Lob.

(Beifall bei der SPD – Dr. Walter Arnold (CDU): Das war das Ministerium!)

Ansonsten ist der Haushalt missratzen. Ich denke, das kann man relativ präzise beschreiben. Erstes Beispiel: Beratung. Wer Selbstverantwortung will, muss dafür sorgen, dass den Menschen, die ein paar Schwierigkeiten haben, Beratungsleistungen zur Seite gestellt werden. Er muss dafür sorgen, dass sie Hilfe und Informationen bekommen.

Es gibt in Hessen seit langem eine gute Verbraucherberatung mit einem guten Ruf. Sie hat nur einen Nachteil: Sie

ist unabhängig. Sie ist auch unabhängig, wenn es z. B. um die Qualität von Lebensmitteln geht. Also werden der Verbraucherberatung die Mittel massiv gestrichen, und stattdessen wird ein staatliches Verbraucherfenster geschaffen.

Das Spannende daran ist die Frage, worauf das Gewicht gelegt wird. So viel Staatsfixierung hat in Deutschland bisher nur die SED bewiesen. Eine unabhängige Verbraucherberatung ist etwas anderes.

(Beifall bei der SPD – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Das sagt ausgerechnet der Herr Grumbach! – Dr. Walter Arnold (CDU): Das war daneben!)

Zweites Beispiel: Tourismus. Wir alle wissen, dass es für viele Landwirte nötig ist, Nebenerwerbsquellen zu haben, die z. B. in handwerklicher Tätigkeit oder in einem Engagement im Tourismus bestehen. Wer in Hessen die Tourismusförderung zusammenstreicht, sorgt gleichzeitig dafür, dass Landwirte und Landwirtinnen in Hessen ein Stück weit ihrer Lebensgrundlage beraubt werden. Ich denke, auch das muss man thematisieren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir über Ihre Versäumnisse reden, möchte ich das Beispiel Hessen-Forst nennen. Die SPD-Landtagsfraktion hat das gemacht, was die Regierung versäumt hat: Sie hat nämlich die Betroffenen angehört. Das war ganz spannend – Sie werden den Bericht sicherlich schon von dem Leiter von Hessen-Forst erhalten haben –, denn in der Anhörung waren neben Förstern auch Vertreter des Waldbesitzerverbands und Vertreter des Grundbesitzerverbands anwesend.

Ich will an der Stelle nicht die Ausführungen der Gewerkschaftsseite zitieren, sondern die des Vertreters des Waldbesitzerverbands, eines Ihrer Partei nahe stehenden Bürgermeisters aus dem Rheingau, der gesagt hat:

Wenn wir die Einschränkung beim Personal im Forstbereich haben, dann müssen wir auch die forstlichen Standards zurückschrauben. Das heißt, mit diesem Personal ist nur eine reduzierte Qualität möglich.

Meine Damen und Herren, wer an dieser Stelle an der Qualität rüttelt, reduziert auch den Vermögensbestand des Landes. An der Stelle muss dagegengehalten werden.

(Beifall bei der SPD – Dr. Walter Arnold (CDU): Entschiedener Widerspruch, Herr Kollege! Unsinn!)

Bei Ihrem Umgang mit den Menschen wird es noch härter. Die Waldarbeiter sind heute schon überlastet – auch das haben sie geschildert –, weil sie mit der Holzernte faktisch 90 bis 95 % ihrer Arbeitszeit verbringen, sodass sie für die vielen Aufgaben, die wir sonst noch im Wald haben, eigentlich zu wenig Zeit haben.

Sie haben in den letzten zwei Jahren wie blöd rangeklotzt, um dafür zu sorgen, dass der Betrieb Hessen-Forst aus dem Defizit herauskommt. Für diese Arbeitsleistung werden die Beschäftigten von Hessen-Forst nicht belohnt, sondern bestraft. Die Hälfte von ihnen soll aus dem Betrieb fliegen. Das ist keine vernünftige Politik.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu der berühmten Behauptung, es gebe keine Alternative. Meine Damen und Herren, selbst in diesem zusammengestrichenen Haushalt gibt es Alternativen;

man muss nur bestimmte Dinge anders machen. Wir werden unter anderem den Änderungsantrag zum Haushalt einbringen, eine Position zu korrigieren, die wir aufgrund der Waldschäden früher einmal gemeinsam eingeführt haben. Ich meine die Jagdverpachtungen. Wenn es uns gelingt, die Mehrzahl der Jagdbezirke in Hessen zu verpachten, dann haben wir genügend Einnahmen, die Waldarbeiter weiterhin zu beschäftigen. Dafür sollten wir uns entscheiden.

(Beifall bei der SPD)

Apropos Arbeitsplätze: Herr Minister, auch Ihr Haus trägt Verantwortung für die Beschäftigung von Mitarbeitern, auch Ihr Ministerium muss seinen Haushalt ein Stück weit darauf ausrichten, dass zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse möglich sind.

Es gibt Projekte, wo wir das Vermögen des Landes Hessen mehren können. Eines dieser Projekte wird direkt vom Ministerium betreut, nämlich die Waldsanierung in Südhessen. Die südhessischen Wälder sind in einem Zustand, dass man sagen kann, diese Vermögenswerte des Landes Hessen sind bereits abgewirtschaftet. Wenn man nicht in eine vernünftige Waldsanierung investiert, dann werden die südhessischen Wälder ein negativer Bestandteil des Vermögens des Landes Hessen sein. Durch eine Investition in die Sanierung des Waldes schaffen wir Arbeit und eine bessere Umwelt.

Für das Landesvermögen in Form öffentlicher Gebäude tragen Sie zwar nur noch einen Teil der Verantwortung, aber ich habe das Gefühl, dass die Aufteilung zwischen dem Wirtschafts- und dem Umweltministerium dafür sorgt, dass in dem Bereich nichts Vernünftiges mehr passiert. Wer die öffentlichen Gebäude in energetischer Hinsicht nicht saniert, der wird, langfristig gesehen, die Unterhalts-, Heizungs- und Energiekosten dieser Gebäude nicht finanzieren können. Eine entsprechende Sanierung würde Arbeit schaffen, und sie würde für eine Entlastung der Umwelt sorgen. Auch hier könnte die Landesregierung etwas tun.

(Beifall bei der SPD)

Über einen weiteren sehr wichtigen Investitionsbereich haben wir in der Debatte über die Regierungserklärung zum ländlichen Raum schon gesprochen. Ich meine die Dorferneuerung. Es sind zwar Mittel übrig geblieben, aber wir sagen: Das ist zu wenig. Wir wollen Arbeit im ländlichen Raum schaffen. Wir wollen die Lebensbedingungen der Menschen verbessern. Wir werden den Antrag stellen, zu diesem Zweck zusätzlich Mittel in den Haushalt einzustellen.

Da wir morgen über dieses Thema reden werden, kann ich jetzt eine längere Passage weglassen, die die Grundwasserabgabe betrifft. Darüber werden wir morgen an einem Einzelpunkt streiten können.

Ich werde auch keine längeren Ausführungen über den Naturschutz machen. Das ist ein Thema, wo Sie meiner Ansicht nach die Zukunft verschlafen.

Ich will aber einen anderen Punkt ansprechen, der ebenfalls mit dem Thema Zukunft zu tun hat. Herr Minister, Sie haben es vielleicht noch nicht bemerkt: Sie sind Leiter eines Ressorts, das für die Zukunft des Landes eine wichtige Rolle spielen könnte. Längst hat ein heimliches Wettrennen begonnen, wie es nach der Erschöpfung der Erdölvorräte weitergeht. Wer in diesem Rennen vorne liegt, der wird in der Zeit nach dem Erdöl wirtschaftliche Chancen haben und Arbeitsplätze schaffen können.

Als Beispiel nenne ich den Klimaschutz. In den letzten Wochen ist in mehreren Veröffentlichungen deutlich beschrieben worden, dass die bisher unternommenen Anstrengungen nicht ausreichen und dass die Folgekosten von Umweltkatastrophen unsere Volkswirtschaft bereits jetzt mit Milliarden Euro belasten. Zur Minimierung dieser Folgekosten müssen alle Ebenen der Politik beitragen. In der Situation beim Klimaschutz die Mittel zu kürzen ist schlicht das Gegenteil von richtig. Das erhöht die Zukunftsfähigkeit des Landes Hessen nicht, sondern es vermindert sie.

(Beifall bei der SPD)

Am spannendsten sind Ihre Kürzungen in dem anderen Kernbereich, der Landwirtschaft. Da verstehe ich Sie überhaupt nicht mehr. In der öffentlichen Debatte gibt es gerade bei den Menschen, die nicht auf die Landwirtschaft spezialisiert sind, eine Meinungsumkehr dahin gehend, dass eine Chance gesehen wird, in der Landwirtschaft zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, indem Produkte für die Energiewirtschaft und die chemische Industrie erzeugt werden. In einer Situation, wo es darum geht, Arbeitsplätze in der Landwirtschaft nicht nur zu sichern, sondern die Landwirtschaft aus der Talsohle herauszuholen und wieder neu anzufangen, streichen Sie den Posten „energetische Nutzung von Biorohstoffen“. Das ist Quatsch, und damit fügen Sie der Zukunft der Landwirtschaft Schaden zu. Das sollten Sie nicht tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann meine Bemerkungen zu diesem Haushaltsplan wie folgt zusammenfassen. Sie haben ein Ressort, das für die Gestaltung der Zukunft zuständig ist. Sie schreiben aber die Vergangenheit fort. Die Konsequenz daraus ist, dass Ihr Haushalt in ein Museum, aber nicht in den Landtag gehört. Wir werden dem Einzelplan 09 nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Nächste Rednerin ist Frau Hammann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Verantwortung für heute – Visionen für morgen – unser Versprechen für Hessen“: Was Sie mit dem Haushalt vorgelegt haben, bedeutet im Grunde genommen eine Umkehrung dessen, was unter Rot-Grün von Bedeutung war. Für uns heißt Ihr Programm „Operation düstere Zukunft“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie zerschlagen mit diesem Haushalt bewährte Strukturen. Das kann man an Beispielen sehr deutlich herausstellen. Beispiel NZH, Naturschutzzentrum Hessen, eine bewährte Institution: Sie kürzen die Mittel für das NZH um 50 %. Was heißt das? Für das NZH bedeutet das, dass Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. Mehreren Mitarbeitern wurde gekündigt. Elf Stellen werden infrage gestellt. Das heißt, all das, was das NZH über viele Jahre in hervorragender Art und Weise an Aufgaben verrichtet hat, steht infrage. Das stellen Sie zur Disposition. Das werden wir

nicht akzeptieren. Das ist die falsche Entscheidung. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Beispiel ist das ISET. Auch hier findet man massive Mittelkürzungen. Es ist nicht nur so, dass hier die Zuschüsse des Landes Hessen gekürzt werden. Die Folge der Kürzungen ist, dass die Drittmittel fehlen. Das Institut für Solare Energieversorgungstechnik wird massive Finanzierungsprobleme bekommen. Das ist Ihre Vision. Das ist Ihre Politik, meine Damen und Herren von der CDU.

Ich nenne als weiteres Beispiel das Institut für Wohnen und Umwelt. Auch da gibt es massive Kürzungen. Das Institut hat sich in der Vergangenheit bewährt.

All das lässt den Rückschluss zu, dass Sie versuchen, mit diesem Haushalt Ihnen unlieb gewordenen Institutionen den Garaus zu machen, indem Sie ihnen die Mittel kürzen.

Sie wollen sich aus allen innovativen Vorhaben zurückziehen. Alle Projekte, die unter Rot-Grün Vorreiter im Bereich alternativer und erneuerbarer Energien waren, haben Sie massiv zusammengestrichen. Wo ist Ihre Vision? Was kann ich in Ihrem Haushalt für diesen Bereich überhaupt noch erkennen?

In Ihrem Haushalt kann man erkennen, dass Sie weiterhin auf die Atomkraft setzen, dass Sie weiterhin auf den Schrotreaktor Biblis setzen. Sie setzen auch ein bisschen auf Holzpellets und auf Biomasse. Und dann? Dann kommt nichts mehr. Das ist Ihre „innovative Politik“ im Bereich erneuerbarer und alternativer Energien.

Sie haben sogar an Ihr hoch gelobtes Steckenpferd Biomasse den Rotstift angesetzt. Es gibt die Mittel überhaupt nicht, die Sie versprochen hatten. Wo sind die Mittel für das Kompetenzzentrum, die Mittel, die Herr Dietzel gestern auf eine mündliche Frage hin angesprochen hat?

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das haben wir doch! 2,4 Millionen €!)

In dem Bruchteil an Geld, das Sie übrig gelassen haben, sind diese Mittel enthalten. Damit werden Sie das Projekt nicht umsetzen können. Das ist eine Tatsache.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo sind Ihre Visionen in der Klimaschutzpolitik? Auch da werden Sie nichts mehr finden. Das einzige innovative Projekt wurde im Jahre 1999 von der CDU unter dem Namen „Hessen-Tender“ eingeführt. Es ging dabei um die Erprobung des Emissionshandels. Dieses Projekt gibt es nicht mehr. Sie haben keine finanziellen Mittel dafür eingesetzt. Das heißt, Sie versagen bei einem Thema, das für die gesamte Politik eine hohe Bedeutung hat.

Klimaschutz ist ein bedeutendes Thema. Das weiß mittlerweile jedes Kind in der Grundschule. Bei der CDU in Hessen ist dieses Thema aber offensichtlich nicht angekommen. Sonst wäre nicht verständlich, warum Sie die Mittel heruntergekürzt haben und den Kommunen, die in diesem Bereich tätig sind, die notwendigen Mittel nicht mehr zur Verfügung stellen. Das ist Ihre Politik. Das sind Ihre Visionen im Bereich des Klimaschutzes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind für uns Horrorvisionen, weil Sie eine gesellschaftliche Aufgabe, die das Land Hessen zu verrichten hat, ignorieren.

Zu der allgemeinen Abwertung der Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik wird meine Kollegin Margaretha Hölldobler-Heumüller noch etwas sagen. Auch hier finden sich massive Rückschritte. In den letzten Jahren war schon erkennbar, dass dann, wenn Geld gespart werden musste, immer wieder beim Naturschutz und an der Umweltpolitik gespart wurde. Auch bei dem vorliegenden Haushaltsplänenentwurf müssen wir diese Entwicklung zu unserem Bedauern wiederum feststellen.

Mit welchen Mitteln wollen Sie das von Ihnen formulierte Ziel erreichen, bis zum Jahre 2015 den Anteil der erneuerbaren Energien auf 15 % zu erhöhen? Ich frage Sie, womit Sie das schaffen wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Diese Gelder haben Sie in keiner Weise eingestellt, und die Programme dazu fehlen auch. Die Gelder im Bereich der Biomasse, ich habe es vorhin schon einmal gesagt, haben Sie zusammengekürzt. Im Gegensatz zur CDU haben wir Alternativen. Wir wollen die Gewässerschutzabgabe, wir wollen die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie,

(Dr. Walter Arnold (CDU): Subventionen!)

wir wollen naturnahe Gewässer und Auen, wir wollen aktiv etwas dazu beitragen. Die Gelder sollen in die erneuerbaren Energien fließen, in den Klimaschutz, der uns ganz besonders am Herzen liegt. Wir wollen in Hessen ein anderes Klima, nicht nur politisch, sondern insgesamt eine Veränderung im Land Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Ihre Redezeit ist gleich abgelaufen, aber ich füge hinzu, Sie haben insgesamt als Fraktion noch erhebliche Redezeit.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Für uns sind diese Begriffe ganz wichtige Begriffe, die in der Politik Platz greifen müssen.

Ein Punkt noch: Wasser als Lebensgrundlage. Ich habe es eben mit der Gewässerschutzabgabe angesprochen. Es kann doch nicht sein, dass Sie die zweckgebundene Abwasserabgabe mit 9 Millionen € im allgemeinen Haushalt versickern lassen. Meine Damen und Herren, das ist eine falsche Politik. Gewässergüte und Gewässerqualität ist etwas, dessen wir uns annehmen müssen. Diese 10 Millionen €, die Sie für den Hochwasserschutz eingestellt haben, sind ungenügend. Es ist ganz deutlich, dass das Sofortprogramm aus diesem Topf finanziert wird und nicht umgesetzt werden kann. Wir werden diese Gelder mit unseren Anträgen, die wir vorgelegt haben, zur Verfügung stellen,

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das ist lächerlich, wo ist denn die andere Hälfte des Geldes?)

denn Sie wissen alle, Wasser ist eine Lebensgrundlage, und für uns ist das sehr bedeutend.

Kellerwald als letzter Punkt im Bereich des Naturschutzes. Die Gelder, die Sie eingestellt haben, sind halbherzig und ungenügend, was den Naturschutz und die Regionalentwicklung angeht.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Was haben Sie denn gemacht?)

Wir haben Änderungsanträge vorgelegt, und wenn Sie diese einmal mit Interesse lesen würden, worüber ich sehr froh wäre, könnten Sie erkennen,

(Dr. Walter Arnold (CDU): Ich habe sie gelesen!)

dass wir eine Mittelaufstockung um ein Drittel vorgenommen haben. Wir wollen mit den Geldern, die wir auch über das Bundesamt für Naturschutz bekommen können – als Komplementärfinanzierung –, für dieses international bedeutsame Projekt mehr tun.

Meine Damen und Herren, wir haben Alternativen, die Hessen wirklich eine Zukunft geben. Wir haben die Vision, und wir haben die Grundlagen dafür. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Christel Hoffmann (SPD))

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Nächster Redner ist Herr Kollege Arnold. Sie haben noch 14 Minuten Redezeit.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei der Frage, welche Visionen wir haben, Frau Kollegin Hammann, ist mir blitzartig die Vision durch den Kopf gegangen, dass wir vielleicht einmal einen Landtag ohne eine grüne Landtagsfraktion erleben.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf der anderen Seite haben wir viel zu viele sympathische Diskussionen, um das ernsthaft weiterzuverfolgen. Ich versuche einmal, auf das eine oder andere einzugehen.

Im Einzelplan 09 für das Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz – das möchte ich noch einmal deutlich an den Anfang stellen – haben wir einen Gesamtbeitrag von 80 Millionen € zu leisten. Fast 45 Millionen € Landesmittel werden dort als freiwillige Zahlungen erbracht.

Wir haben als Fraktion nur wenige Änderungsanträge eingebracht. Sie kennen sie: die gegenseitige Deckungsfähigkeit und zum anderen leider insgesamt 13 Anträge zu den Programmen HEKUL und AGZ. Diese haben sehr positive Auswirkungen. Herr Kollege Grumbach, ich bedanke mich für Ihr freundliches Lob, aber da würden wir uns mit fremden Federn schmücken. Es war die Kreativität der Haushaltsabteilung des Ministeriums, die eine Änderung einer Bundesregelung genutzt hat, um diese HEKUL- und AGZ-Förderung aus dem Kapitel 09 81 in das Kapitel 09 82 zu überstellen, nämlich in die Bundesländer-Gemeinschaftsaufgabe. Das hat verursacht, dass wir – weil es dort eine andere Finanzierungsart gibt: 50 % EU-, 30 % Bundes- und 20 % Landesmittel – weitere 4,6 Millionen € Bundesmittel aktivieren können, sodass ab 01.07.2003 alle Anträge für das HEKUL finanziert sind und die Kürzungen im HEKUL nur 12 % und im AGZ 10 % betragen.

Das ist für uns eine wichtige Sache, weil wir den ländlichen Raum bewusst in den Mittelpunkt des Regierungsprogramms gestellt haben. Das Bergbauernprogramm ist mit 12.000 Antragstellern sehr wichtig, ebenso die Grün-

landextensivierung mit 1.350 Betrieben und den Ökobetrieben.

Liebe Frau Kollegin Hammann, es gibt aber durchaus noch eine Reihe von Leuchttürmen in diesem Haushalt 2004, und es gibt eine Reihe von Themen, die wir mit Nachdruck verfolgen werden.

Dazu gehören die Altlastensanierung mit nahezu 40 Millionen € und die Deichsanierung mit 10 Millionen €. In diesem Zusammenhang weise ich gerne einmal darauf hin: Dabei befinden sich auch ein paar Hypotheken aus der Vergangenheit unter Ihrer Regierung, die wir jetzt abzuarbeiten haben und weiter abarbeiten.

Die Mittel für die Dorferneuerung im Kommunalen Finanzausgleich sind ungekürzt, und auch beim Landesprogramm stehen immerhin 6 Millionen € zur Verfügung.

Das Leuchtturmpunktprojekt Nationalpark Kellerwald-Edersee ist ein Bereich, den wir durchaus auch mit Stolz vermelden wollen. Es ist nicht nur ein Naturschutzprojekt, sondern auch eine Förderung für die Region, die wir in den nächsten Monaten gemeinsam voranbringen werden.

Liebe Kollegin Hammann, als letzte Botschaft zu dem, was erhalten bleibt: Auch das NZH wird erhalten bleiben, und es wird Projektförderung und neue Aufgaben bekommen.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir stellen uns der Aufgabe, dass wir auch die gesetzliche Verpflichtung haben, dass für das Ehrenamt im Naturschutz Aus- und Weiterbildung betrieben wird. Hier wird es eine neue Schwerpunktbildung für das NZH geben. Ich glaube, dass durch die Gespräche, die Minister Dietzel mit dem NZH führt, die Insolvenz und damit die Auflösung des Vereins nicht stattfinden werden.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich möchte aber noch ein paar Minuten damit verwenden, Ihnen einmal mitzuteilen, was meine Analyse der Verwendung Ihrer Gewässerschutzsteuer ergeben hat.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gewässerschutzabgabe!)

Ich bin entschieden dagegen, neue Steuern zu erfinden.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben heute mehrfach gehört: Nur Wachstum wird uns voranbringen. Jede Abgabe, jede Steuer ist kontraproduktiv, ist Gift für das Wachstum, und insofern lehne ich es entschieden ab, hier wieder diese 100 Millionen € einzuführen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was für ein Quatsch, Herr Kollege!)

Sie haben von Visionen und Alternativen gesprochen. Da hätten wir schon einmal gern die Frage gestellt: Wenn wir diesem Gedanken wirklich näher treten, dann haben wir 100 Millionen € Einnahmen im Jahr. Was würden wir damit machen?

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Was haben denn die GRÜNEN damit gemacht? – Ich habe mir Ihre Anträge sehr intensiv angesehen. Da gibt es ein paar interessante Aufstockungen: 4 Millionen €

mehr für die Sanierung der Deiche, 9 Millionen € für die Renaturierung von Bächen und Flüssen, da gibt es ein interessantes Programm mit 5 Millionen € für Bäche und Flüsse im Rahmen des Programms „Wasser als Lebensgrundlage“ – das hätte ich auch gerne.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Kollegin, das ist das einzige Neue, was Sie überhaupt haben. Ansonsten haben Sie unsere Programme aufgestockt und verändert. Auch die Kollegen in Ihrer Fraktion haben gesagt, der Nationalpark ist hoffnungslos unterfinanziert. Was haben Sie gemacht? – Sie haben gerade einmal 800.000 € zusätzlich eingestellt.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Komplementärfinanzierung!)

Den Naturpark Kellerwald-Edersee finde ich hier wieder mit 180.000 €, bei den erneuerbaren Energien haben Sie gerade einmal um einen Betrag von 1,8 Millionen €, also rund ein Drittel, aufgestockt.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch gar nicht!)

– Das kann ich Ihnen nachweisen. Nehmen Sie es einmal so entgegen. Mir ist aufgefallen, von den 100 Millionen €, die Sie dort einnehmen wollen, sind im Umweltschutzbereich gerade einmal 47,4 Millionen € eingesetzt.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt auch nicht!)

Was machen Sie denn eigentlich mit dem restlichen Geld?

– Das ist das Gleiche, was Sie mit der Ökosteuer auch machen. Sie nutzen es, um einen allgemeinen Teil des Haushalts zu finanzieren.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das müssen ausgerechnet Sie sagen!)

Herr Kollege Grumbach, abschließend noch eine Bemerkung zum Hessen-Forst. Wir sind stolz darauf, dass Hessen-Forst mittlerweile nicht nur ein Musterbetrieb, sondern auch ein Vorzeigebetrieb ist, der in anderen Bundesländern Nachahmung findet.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum machen Sie ihn dann kaputt?)

Ich sage Ihnen eines: Der Landesbetrieb Hessen-Forst wird weiterhin diesen Zweiklang erfüllen, nämlich in der Erwerbswirtschaft schwarze Zahlen schreiben und in der Gemeinwohlorientierung die gesetzlichen Aufgaben, die in der Satzung stehen, wahrnehmen. Dafür werden Sie ganz sicherlich in den nächsten Wochen und Monaten noch deutliche Hinweise finden.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur Hinweise?)

Die Forststrukturreform, die wir vorhaben, die Minister Dietzel in den nächsten Wochen näher vorstellen wird, ist unumgänglich. In einem betrieblichen Bereich, in dem durch Preisverfall im Markt die Einkünfte deutlich nach unten gehen, müssen die Kosten verändert werden. Das ist der einfache Hintergrund, dass die jetzigen Personalkosten in einer Größenordnung von 71 % auf 50 % und darunter verringert werden müssen, um hier die Dinge voranzubringen. Dies muss natürlich mit sozialverträglichen Veränderungen durchgeführt werden, was vor allem die Mitarbeiter betrifft. Ich hoffe sehr, dass die Mitarbeiter erkennen werden, dass diese Strukturreform auch

dazu dient, Hessen-Forst für die Zukunft stabil und sicher zu machen.

Meine Damen und Herren, der Einzelplan 09 für Umwelt, Naturschutz und den Bereich Forsten, für die Bereiche, um die wir uns kümmern, ist in schwierigen Zeiten, in denen gespart werden muss, so gestaltet worden, dass wir mehrere klare Leuchttürme und Zeichen für eine gute Umweltpolitik setzen können, für eine gute Politik im Naturschutz. Auch das Verbraucherschutzkonzept wird sich so auswirken, dass Sie sehen werden, dass wir dabei auch neuzeitliche Dinge wie das Internet einsetzen, was bisher nicht der Fall war.

(Zuruf des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich hoffe sehr, dass es in diesen schwierigen Zeiten im nächsten Jahr gelingen wird, deutlich zu machen, dass Umweltschutz auch für die CDU in Hessen und für Minister Dietzel einen Schwerpunkt darstellt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank. – Der nächste Redner ist Herr Häusling für die Fraktion der GRÜNEN. Sie haben insgesamt noch elf Minuten Redezeit, beide Redner zusammen.

Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie haben es heute beim Einzelplan 09 mit drei sehr kompetenten Sprechern zu tun. Ich übernehme den Bereich Agrar und Forsten.

Herr Arnold, Sie haben wieder die Gewässerschutzabgabe kritisiert. Aber ich denke, wenn wir den Haushalt betrachten, kann man erkennen, dass der Herr Minister Dietzel in den letzten Jahren sehr gut mit dieser Abgabe gelebt hat.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Er hat sie verfrühstückt, und jetzt kommen die Einnahmelöcher, die Sie mühsam zu stopfen suchen.

Bei der Debatte um die Kürzungen im Agrarhaushalt wird doch eines deutlich: Der ganze Ablauf war durch Dilettantismus geprägt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Erst hat der Minister zugestimmt, dass in seinem Ressort am heftigsten gekürzt wird, und dann haben Sie dort, wo Sie gekürzt haben, die Schwerpunkte im Bereich Umwelt gesetzt, und dort gerade bei den umweltgerecht wirtschaftenden Landwirten.

Außerdem ist es Ihnen lange nicht klarzumachen gewesen, dass durch Ihre Kürzungsvorschläge eine Menge Bundes- und EU-Mittel verloren gehen. Zugegebenermaßen haben Sie das noch in letzter Minute gemerkt: Plötzlich tauchten 4,3 Millionen € im Etat auf,

(Dr. Walter Arnold (CDU): 4,6!)

die noch umgeschichtet werden können, und plötzlich war wieder alles im Reinen.

Das zeigt aber doch, wie wenig Sie Ihre eigene Haushaltssystematik kennen und wie wenig Sie vom Umgang mit EU- und Komplementärmitteln wissen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber sind wir natürlich erst einmal froh. Herr Minister, dabei aber ist doch die Vertrauenswürdigkeit in Ihre Politik verloren gegangen. Das, was Sie unter Rot-Grün jahrelang angemahnt haben – Planungssicherheit der Landwirte –, haben Sie in diesem Moment völlig kaputtgemacht. Eigentlich müssten die Prämien schon allein aus dem Grund erhöht werden, damit Sie sich entschuldigen und Schmerzensgeld an die Bauern weitergeben können.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Ach du meine Güte!)

Überhaupt: Wieso bezeichnen Sie eigentlich HEKUL als freiwillige Aufgabe? Es ist ein Ökoprogramm, und die EU-Programme gehen ganz eindeutig davon aus, dass es eine Pflichtaufgabe ist, die Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Insofern ist das alles andere als freiwillig.

Damit kommen wir zur Ausgleichszulage. Herr Minister, Sie haben angekündigt, die Mittel im Bergbauernprogramm um 10 % zu kürzen. Wir meinen, das wäre gar nicht nötig, wenn Sie Ihre Politik zurücknehmen würden. Sie haben in diesem Bereich die Deckelung aufgehoben, und Sie haben die Verpflichtung zur Darlegung der Nebeneinkünfte abgeschafft. Beispielsweise bekomme ich jetzt die Ausgleichszulage, und ich sage ganz ehrlich: Ich bräuchte sie nicht. Wenn Sie die Deckelung wieder einführen und die Zusatzeinkommen wieder anrechnen würden, dann bräuchten Sie in diesem Bereich keine Kürzungen vorzunehmen, und alle Bauern – gerade die kleineren Betriebe – hätten mehr davon. So schustern Sie es den Großbetrieben zu.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auf den Weinkeller ist schon mehrfach eingegangen worden. Sie haben jetzt wieder 1,2 Millionen € aus Verkäufen in den Haushalt eingestellt, um den Weinkeller zu finanzieren. Wie Sie das verkaufen wollen, haben Sie nicht gesagt. Wahrscheinlich werden diese Mittel überhaupt nicht zu realisieren sein. Dass Sie immer noch an diesem Weinkeller festhalten, ist vielleicht Ihrem Fraktionsvorsitzenden gezollt, aber selbst die Winzer in dieser Gegend halten nach wie vor überhaupt nichts davon. Insofern wird das sowieso eine Luftnummer werden, und Sie sollten sich frühzeitig von diesem Projekt Weinkeller verabschieden – auch aus Gründen, die der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet sind.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum Bereich der erneuerbaren Energien. Herr Arnold, das ist keine Leuchtturmpolitik, sondern das ist eher ein Grubenlicht, das Sie dort entzünden. Das 15 %-Projekt erneuerbare Energien – ich habe das schon beim letzten Mal gesagt –: Es ist mir völlig unbegreiflich, wie der Minister das erreichen will. Heute Morgen hat er etwas zum Kompetenzzentrum gesagt. Bisher gibt es kein Umsetzungskonzept, und es wird mindestens noch bis zum Ende Ihrer Regierungszeit dauern, bis dort irgendein Stein auf den anderen gesetzt wurde und etwas zustande kommt. Damit aber verspielen Sie wichtige Einkommensalternativen, gerade für die Landwirtschaft der Zukunft.

Zum ländlichen Raum. Da hat sich ja nur der Name des Ministeriums geändert. Ansonsten hat sich Ihre Politik

dort überhaupt nicht geändert. Ganz im Gegenteil, Sie kürzen sämtliche Projekte im ländlichen Raum um 50 %. Das ländliche Entwicklungsprogramm wird um 50 % gekürzt. Auch dort gehen wichtige Einkommensalternativen verloren, gerade bei der ländlichen Entwicklung.

Eben hat es meine Kollegin Hammann schon gesagt: Der Kellerwald ist ein echtes Trauerspiel. Sie haben gesagt, wir hätten dafür zu wenig Mittel beantragt. Aber wo, bitte schön, haben Sie denn Ihre Komplementärmittel im Haushalt für die angekündigten Bundesmittel, die vom Bundesumweltministerium kommen werden? Kein einziger Euro ist dafür angesetzt.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Träumen Sie denn immer noch davon?)

Das heißt, Sie werden auch in diesem Bereich keine Komplementärmittel zur Verfügung stellen, und deswegen wird Ihnen drohen, dass Bundesmittel nicht in Anspruch genommen werden können.

Zum Forst. Ich finde es einen Skandal – das hat der Kollege Grumbach schon angesprochen –, wie Sie dort mit dem Personal umgehen. Die Gewerkschaft hat Ihnen Gespräche zur Umsetzung einer weiteren Reform angeboten, aber dazu haben Sie im Frühjahr gesagt, es gibt keinen Bedarf. Jetzt plötzlich kommen Sie mit dieser Reform, die Sie überstülpen, und Sie verweigern die Mitwirkung der Beschäftigten dabei vollkommen. Sie setzen da etwas obendrauf und sagen, ab morgen brauchen wir nur noch die Hälfte der Forstämter. Sie fragen weder die GRÜNEN noch die Beschäftigten und drücken das durch – mit einer Ignoranz gegenüber den Beschäftigten und mit einer Kaltblütigkeit, die wirklich schon ihresgleichen sucht.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege, wenn Sie Ihrer nachfolgenden Rednerin noch fünf Minuten gönnen möchten, müssen Sie jetzt zum Ende kommen.

Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Noch eine Minute.

Sie wollen hoch qualifizierte Kräfte aus dem Forst quasi zu Straßenbegleitgrünmähern machen – ich denke, das ist wirklich nicht das Konzept der Zukunft –, anstatt neue Konzepte in Angriff zu nehmen, gerade bei Hessen-Forst. Hessen-Forst/Wald ist auch ein Bereich für erneuerbare Energien. Dort sollten Sie zukunftsfähige Konzepte entwickeln und den Holzmarkt wirklich nutzen, um dort erneuerbare Energien voranzubringen. Dazu haben Sie ja die Möglichkeit, aber die nutzen Sie überhaupt nicht aus.

Ich hoffe, dass Sie in Zukunft wirklich auch das Gespräch mit den Mitarbeitern bei Hessen-Forst suchen. Wir verweigern uns nicht grundsätzlich Reformen in diesem Bereich – aber bitte schön: Reformen mit den Betroffenen, nicht gegen sie. In diesem Bereich bieten wir Ihnen sehr wohl einen Dialog an – aber nicht in der Form, wie Sie das bisher gestaltet haben. Deshalb haben wir auch beantragt, die Mittel für Hessen-Forst so zu veranschlagen, wie sie im letzten Jahr waren. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Nächste Rednerin für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Frau Hölldobler-Heumüller. Ihre Redezeit beträgt noch 4 Minuten 20 Sekunden.

Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

In Zeiten, in denen wir alle kaum eine Chance haben, die Inhaltsstoffe eines Lebensmittels ohne Lexikon und Fachkenntnisse zu verstehen, in denen Ihnen gerne Versicherungen verkauft werden, in denen Sie die Zähne Ihrer zahnlosen Großmutter verkaufen können

(Heiterkeit)

– versichern können, es ist spät am Tag –, in Zeiten, in denen Sie die Rechtmäßigkeit von Handwerkerrechnungen nicht mehr ohne fachliche Hilfe überprüfen können, in denen wir eine eklatante Zunahme ernährungsbedingter Krankheiten haben, in denen unsinnige, unverständliche Raten- und Kaufverträge Menschen in die Schuldenfalle führen, in denen das Herumklicken im Internet schnell einmal horrende Rechnungen verursachen kann – in diesen Zeiten brauchen Bürger Orientierung, Beratung und im schlimmsten Fall eben Hilfe, damit sie nicht durch Uninformiertheit ins Elend geraten oder von skrupellosen Anbietern ausgenommen werden wie eine Weihnachtsgans.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Genau deshalb ist es in Hessen wichtig, einen unabhängigen und kompetenten Verbraucherschutz zu behalten. Herr Minister Dietzel und meine Damen und Herren von der CDU, genau den aber schlagen Sie durch Ihre Kürzungsorgie kaputt.

Es ist unfassbar, dass Sie aus ideologischen Gründen die Verbraucherzentrale in den Ruin treiben wollen und den professionellen Verbraucherschutz zum Großteil durch ehrenamtliche Beratung und durch das Internet ersetzen wollen.

Ein wirksamer Verbraucherschutz ist auf sachgerechte Beratung, Kompetenz, Weiterbildung und Erfahrung angewiesen, weil die Zusammenhänge höchst komplex sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir GRÜNEN lehnen Ihren Irrweg ab. Wir wissen natürlich, dass der Regierung Koch die Produzenten immer näher stehen als die Konsumenten. Daher zeigt Ihr Vorgehen auch eine gewisse Logik.

Aber vielleicht überzeugt Sie an dieser Stelle das Argument, dass verunsicherte Verbraucher oft gar nicht investieren, dass verschuldete Bürger oft in die Sozialhilfe abrutschen, dass Fehlernährung bei Kindern immense Kosten für die Allgemeinheit verursacht. Das gilt es zu verhindern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verbraucherschutz ist ein Mischmaschposten, der Verwirrung schaffen und intransparent bleiben soll. Aber es gab ja die legendäre Pressekonferenz des Herrn Staatsministers Dietzel, die Licht ins Dunkel des neuen Verbraucherschutzkonzeptes bringen sollte. Und das tat sie dann auch. Sie machte deutlich, dass der Verbraucherschutz in Hessen in Zukunft von Internetseiten und Ehrenämtern zum Billigtarif erledigt werden soll. Fachkompetenz schadet

anscheinend eher, denn dann könnten Verbraucher sich am Ende eine kritische Meinung bilden, und kritische Bürger passen nicht in das Weltbild der CDU.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Sie hatten ja auch die Internetseiten schon einmal für Werbezwecke der CDU-Abgeordneten zur Verfügung gestellt. Wenn Sie mit der Aushöhlung der Verbraucherschutzrechte so weitermachen, können Sie auch die Internetseiten des Ministeriums zu allgemeinen Werbezwecken zur Verfügung stellen. Das macht dann auch keinen Unterschied mehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unter Minister Dietzel verkommt der Verbraucherschutz zum Etikettenschwindel. Da wird den Verbraucherzentralen ganz unverhohlen signalisiert: Wir kürzen zwar in ganz erheblichem Maße, aber machen Sie bloß keine Beratungsstelle zu. – Ihnen ist es völlig egal, wie es innen aussieht und was da geleistet wird – Hauptsache, an der Tür hängt ein Schild, und darauf steht „Verbraucherschutz“.

Wer einen effektiven Verbraucherschutz will, muss dafür auch Geld in die Hand geben. Sie schielen ja immer so gerne nach Berlin. Ich schiele an dieser Stelle gerne mit Ihnen – und was sehe ich da? Die rot-grüne Bundesregierung wird trotz der schwierigen Gesamtlage noch einmal zusätzliche Mittel für den wirtschaftlichen Verbraucherschutz bereitstellen. Aber in den Genuss dieser Gelder werden Hessens Bürger nur kommen, wenn das Land ebenfalls Geld in die Hand nimmt.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Noch wenige Sekunden.

Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wir fordern Sie daher auf, dafür die Kofinanzierungsmittel zur Verfügung zu stellen und nicht, wie bereits öfter im Agrarbereich geschehen, entweder aufgrund von Ignoranz oder aus ideologischen Gründen den hessischen Bürgern schon wieder bereitgestellte Bundesmittel vorzuenthalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herzlichen Dank, auf die Sekunde genau. – Herr Heidel hat für die FPD-Fraktion jetzt zehn Minuten.

(Michael Denzin (FDP): Mach was draus! – Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Heinrich, du bist Opposition!)

Heinrich Heidel (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Wir beraten heute über den Einzelplan 09 des Ministeriums für Umwelt und ländlichen Raum. Wer die Zahlen gesehen hat, der hat auch gesehen, dass dieses Ministerium fast ein Drittel der Kürzungen erbringen muss. Das ist aus unserer Sicht eine immense Summe und engt die Spielräume in diesem doch weit gefassten Bereich sehr ein.

Ich kritisieren nicht, dass gespart wird. Man muss nur darüber diskutieren, in welchen Bereichen wie viel gespart wird. Ich glaube, der Beitrag, den dieses Ministerium an dieser Stelle erbringen muss, ist sehr, sehr hoch und meines Erachtens zu hoch gegriffen.

(Beifall der Abg. Roland von Hunnius und Dieter Posch (FDP))

Dennoch vermisste ich eines dabei: Wenn denn gespart werden muss – und das ist unstrittig –, muss mit einer Aufgabenkritik darüber nachgedacht werden, wie man an diese dann bei verringerten Haushaltsansätzen zur Verfügung stehenden Finanzmittel herangeht und wie man sie einsetzt. Diese Aufgabenkritik fehlt uns insoweit, dass wir sagen, die Überlegung, was man anders machen kann und was ausgegliedert und privatisiert bzw. in Teilen verkauft und abgetreten werden kann, fehlt der FDP-Fraktion in diesem vorgelegten Haushalt.

(Beifall der Abg. Roland von Hunnius und Dieter Posch (FDP))

Ich will hinzufügen, dass auch Grundsätze, die in den vergangenen vier Jahren galten, über Bord geworfen werden. Wir waren uns nämlich in den vergangenen vier Jahren einig, dass wir alle Mittel, die von der EU und der Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden, in diesen Bereichen ausschöpfen und abgreifen wollten – zum Wohle der Betroffenen in unserem Bundesland. Dieses wird jetzt fallen gelassen.

Zweiter Punkt. Wir waren uns darüber einig, dass der Bereich Investitionen Vorrang haben sollte, weil es gilt, hier schlagkräftige Strukturen für die heimische Land- und Fortwirtschaft aufzubauen.

(Beifall bei der FDP – Dr. Walter Arnold (CDU): Ja, richtig!)

Ich denke, an dieser Stelle muss man anmerken, dass hier erstmals gekürzt wird.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen will, ist das Thema ländlicher Raum als Gesamtes. Jetzt geschieht das, was wir bei der Diskussion zur Regierungserklärung schon einmal angesprochen haben. Der ländliche Raum erscheint jetzt zwar mit im Titel, aber ansonsten erscheint nur schemenhaft, wo denn die Reise im ländlichen Raum eigentlich hingehen soll.

(Bernhard Bender (SPD): Gut, dass du das erkannt hast!)

Das will ich an ein paar Punkten deutlich machen. Die Diskussion, die wir im Ausschuss immer wieder sehr intensiv führen, über alternative Energien oder über Energien überhaupt, hat nicht dazu geführt, dass sich dieses relevant in der Haushaltsveranschlagung wieder findet.

(Beifall der Abg. Roland von Hunnius und Dieter Posch (FDP))

Da wird zwar zu dem Thema Biokompetenzzentrum etwas gesagt – es gab auch schon diverse Erklärungen dazu, das war allerdings vor einem halben Jahr –, aber ich vermisste hier etwas ein zügiges Handeln, und auch die Betroffenen vermissen es. Herr Dr. Arnold, im Hinblick darauf, dass wir einen eminenten Nachholbedarf aus früheren Jahren haben, der auch in den vergangenen vier Jahren nicht aufgeholt werden konnte. Ich denke, darüber sind wir uns einig.

(Beifall bei der FDP – Dr. Walter Arnold (CDU): Da hast du Recht!)

Diesen Nachholbedarf gilt es jetzt schnellstmöglich aufzuarbeiten. Das fehlt mir ein wenig, Herr Minister.

Ein zweiter Punkt: Vielleicht hätte man an dieser Stelle einmal darüber nachdenken sollen, ob diese internationale Länderkommission – unser Dauerthema –, die das Kernkraftwerk Biblis betreut und überwacht, nicht Mittel freimachen könnte, die in diesem Bereich eingesetzt werden könnten. Ich meine, das ist des Nachdenkens wert, weil ich schon der Biomasse als alternative Energie für die Zukunft eine entscheidende Bedeutung auch im Blick darauf einräume, dass sie Einkommensquellen für den ländlichen Raum schaffen kann und wird.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Nur stichpunktartig zum Thema Naturschutzzentrum. Es war schon erschreckend, wie die Debatte im Zusammenhang mit der Haushaltskürzung gelaufen ist. Wenn man ein wenig weiß, wie vieler Gespräche es bedurf hat, bis diese vorgeschlagene Lösung stand, mit der hoffentlich alle leben können – das bleibt aber noch mit den Betroffenen abzuklären –, dann war das schon etwas erschreckend.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die auf den Weg gebrachte Umweltallianz, die ja nun in vielfältiger Art und Weise von uns mitgetragen und inszeniert worden ist, dümpelt auch etwas vor sich hin. Ich habe so das Gefühl, der erste Schwung scheint weg zu sein. Ich meine, da gilt es nicht nur finanziell etwas einzusetzen, sondern auch Manpower, um eben diese Umweltallianz anzuschieben, damit sie wieder auf den Weg kommt und sich etwas bewegt.

Den Verbraucherschutz will ich kurz abhandeln. Ich denke, die Gespräche mit der Verbraucherzentrale Hessen sind noch nicht abgeschlossen. Sie werden noch zu führen sein. Die vorgeschlagenen Mittelkürzungen jedenfalls führen bei dieser Verbraucherzentrale zwar nicht zum Garaus, aber sie führen schon zu großen Problemen, und man muss sich wirklich überlegen, wenn man es denn so macht: Was stelle ich dann der Verbraucherzentrale zur Seite? Wo gibt es alternative Möglichkeiten, um das erforderliche Wissen abfragen zu können? Gerade der von der Kollegin der GRÜNEN angesprochene Bereich ist meiner Meinung nach nicht zu vernachlässigen.

(Beifall bei der FDP – Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hammann war der Name!)

Lassen Sie mich noch ein Wort zu der Diskussion über die Staatsweingüter sagen. Hier sollte im Zuge der knappen Haushaltsslage, Herr Kollege Dr. Jung, auch darüber nachgedacht werden, ob denn das, was heute in der „Bild“-Zeitung so schön beschrieben war, nicht hinterher zu einem Steinberger Millionengrab werden könnte und ob es nicht doch andere Möglichkeiten gibt.

(Beifall bei der FPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

– Herr Dr. Arnold, mein Vertrauen ist überwältigend – manchmal. Aber an dieser Stelle sollten wir noch einmal intensiv darüber diskutieren.

(Michael Denzin (FDP): Mein lieber Heinrich, da gibt es noch viel zu diskutieren! – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Heinrich, auch da diskutieren wir weiter!)

Das Thema Hessen-Forst ist ja von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon angesprochen worden. Ich bin bei diesem Thema der Meinung, dass der Weg, der eingeschlagen worden ist, der richtige ist.

(Beifall bei der FDP)

Aber ich möchte heute auch nicht in der Haut des Geschäftsführers stecken. Das ist eine sehr, sehr schwierige Aufgabe, das ist unstrittig.

Es ist nicht damit getan, dass par ordre du mufti von oben die Vorgabe kommt, ihr habt 600 Waldarbeiter und 300 Angestellt zu entlassen, sondern ich denke, hier muss ein Konzept herbei. Hier muss auch mit den Betroffenen geredet werden. Ich nehme an, dass die Landesregierung das machen will.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Konzept bedeutet natürlich, dass es wieder etwas mit dem ländlichen Raum zu tun hat, dass gerade Arbeitsplätze im ländlichen Raum daran hängen. Da muss man genau hinsehen, wo es alternative Möglichkeiten gibt, echte Alternativen in der Region, im Lande draußen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Echte!)

Der Kollege Hahn hat das schon angesprochen, wir müssen heute nicht mehr darüber diskutieren, an welchem Standort welche Dienststelle sein muss. Die kann und sollte auch auf dem flachen Lande sein.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe einen Brief des Ministerpräsidenten auf die dahin gehende Anfrage erhalten, wie er das denn sehen würde, in dem er ganz vage ausdrückt, im Rahmen des Personalabbaus würde man – –

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Heinrich Heidel, eine Minute bis Buffalo, dann ist Schluss.

(Heiterkeit)

Heinrich Heidel (FDP):

Ich habe noch so viel hier drauf stehen.

(Heiterkeit bei der FDP)

Die Antwort des Ministerpräsidenten war an der Stelle, wo man Verwaltung zurückföhre, sei die Konzentration angesagt. Ich sage: Konzentration ja, aber Konzentration muss nicht nur in Ballungsräumen sein. Konzentration kann auch an anderen Standorten sein. Das ist heute technisch alles machbar.

(Beifall bei der FDP – Dr. Walter Arnold (CDU): Richtig!)

Frau Präsidentin, einen Satz noch zu einem landwirtschaftlichen Thema. Ich will gar nicht mehr zu HEKUL und zu der Drittellösung etwas sagen, wo ja beides gekürzt wird. Ich will etwas zur Ausgleichszulage sagen. Bei der Ausgleichszulage muss man einfach wissen, dass in diesem Jahr schon 4 Millionen € gefehlt haben, dass in diesem Jahr schon 11.000 Landwirte Kürzungen ihrer Zahlungen haben hinnehmen müssen. Das soll im nächsten Jahr noch einmal verstärkt werden. Herr Dr. Arnold, mein Vertrauen in das, was in Ihren Anträgen steckt, ist erst in dem Moment befriedigt, wenn es denn gelingt. Ich

bin noch sehr skeptisch, ob es gelingen wird, diese europäischen Mittel so umzuschichten, dass die Einsparrate nicht höher wird, als Sie es vorhin angegeben haben.

Frau Präsidentin, es gäbe noch viel zu sagen, aber --

(Heiterkeit bei der FDP)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Nein, Herr Kollege, Sie sind 35 Sekunden über der Zeit. Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Als letzter Redner in der Aussprache hat Herr Staatsminister Dietzel das Wort.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute über den gesamten Haushalt diskutiert und festgestellt, dass wir ungünstige Rahmenbedingungen haben – ein Ausbleiben des Wirtschaftswachstums, Einschnitte bei der Steuerentwicklung. Ich denke, dass auch mein Haushalt ein Ausdruck dafür ist, wie man aus dieser Situation, in der wir im Augenblick sind, das Bestmögliche macht, indem man die wichtigsten Ziele der Landesregierung konsequent weiterentwickelt – trotz der Einsparvorgaben.

(Beifall des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Ein wichtiger Punkt ist für uns im kommenden Jahr die Altlastensanierung.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Wir haben diese im Umfang von 39,8 Millionen € weitergeführt, auch in Lampertheim, Herr Abgeordneter.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Ich denke, dass es wichtig und richtig war, dass wir gerade bei diesen großen Altlasten wie in Lampertheim, Hessisch-Lichtenau, Stadtallendorf, Tri-Halde weitergemacht haben, in Lampertheim, wo wir angefangen haben und 125 Häuser stehen. Wir wissen und hoffen, dass wir die großen Altlasten bis zum Jahre 2010 abgeräumt haben. Es ist ein erhebliches Gefährdungspotenzial für die Menschen, die dort leben, aber vor allen Dingen auch für das Grundwasser. Wir haben in Lampertheim gemerkt, dass eine Fahne Schadstoffe in Richtung Quellen zog. Wir haben dort eine Pumpstation eingerichtet, um dieses Grundwasser reinigen zu können. Das Gleiche gilt für die Tri-Halde in Stadtallendorf, wo etwa 40 % des oberhessischen Wassers unter dieser Tri-Halde liegt. Wir können es uns nicht leisten, dass dort eine Verschmutzung eintritt.

(Beifall des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Meine Damen und Herren, ich denke, die Veränderung, die wir auch im Verbraucherschutz vorgenommen haben, ist zielgerichtet, weil sie die Medien einschließt. Zugegeben haben wir auf 1,052 Millionen € reduziert, aber wir haben dieses neue Verbraucherschutzkonzept vorgelegt und mit Ihnen diskutiert, dass wir 100.000 € für Projektförderung vorgesehen haben, nicht nur für institutionelle Förderung. Da kann sich jeder bewerben, auch der Hausfrauenbund und die Deutsche Gesellschaft für Ernährung, die dieses genauso wie die Verbraucherschutzzentrale abrufen kann. Darüber hinaus haben wir neben die-

sen Internetangeboten und den Gesellschaften, die ich eben gerade genannt habe, Ansprechpartner in den Ämtern für Verbraucherschutz und Veterinäre. Ich glaube, dass wir einen hochwertigen Verbraucherschutz auch in den nächsten und in den folgenden Jahren zur Verfügung sicherstellen können.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit der Ausweisung der FFH-Gebiete, die wir in diesem Jahr vorbereitet haben und im nächsten Jahr abschließen wollen: Mit der Europäischen Union ist vereinbart, dass wir am 22. Januar über den Vorschlag, den wir machen, sprechen werden. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir ein Problem dadurch haben, dass die Grunddatenerhebung in Hessen im Verhältnis zu anderen Bundesländern schlecht und unvollständig ist. Nordrhein-Westfalen hat diese Grunddatenerhebung bereits im Jahre 1991 begonnen. Wir müssen jetzt vorrangig für FFH-Gebiete diese Grundlagenerhebung nachholen und werden sie danach auf das gesamte Land ausweiten, um gegenüber der Europäischen Union argumentieren zu können. Ich denke, dass in dem Zusammenhang anzumerken ist, dass wir den Vertragsnaturschutz mit der Landwirtschaft auf einem hohen Niveau weiterführen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denn auch bei den FFH-Gebieten haben wir gesagt: Der Zustand, wie er jetzt ist, wird akzeptiert. Das heißt, wenn es Ackerland ist, bleibt es Ackerland. Wenn es Grünland ist, bleibt es Grünland. Eine Umwandlung wird in der Regel nicht mehr stattfinden. Wenn Auflagen kommen, werden wir mit den Betroffenen reden und werden ihnen einen Vertrag anbieten. Deswegen ist es wichtig, dass wir die Zahlungen für die FFH-Gebiete um 20 % gegenüber anderen Gebieten erhöht haben.

Gleichfalls haben wir mit dem Waldbesitzerverband diskutiert. Wir bringen die Stiftung Natura 2000 auf den Weg, indem wir in diesem Jahr mit 2,3 Millionen € beginnen und jedes Jahr einen weiteren Schritt hinzutun, um diese Stiftung zum Laufen zu bringen.

Meine Damen und Herren, Agrarinvestitionsfördermaßnahmen sind sicher ein Bereich, auf den wir in den letzten Jahren großen Wert gelegt haben, weil wir gesagt haben, dass Landwirte, die investieren, z. B. in Ställe, Optimisten sind. Sie glauben, dass sie in den nächsten zehn oder zwanzig Jahren noch Landwirtschaft betreiben können und wollen. Sie glauben daran, dass sie durch diese Investitionen auch Gewinne erzielen.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Da muss man auch Optimist sein!)

Deswegen wollen wir sie unterstützen. Herr Abgeordneter, wir haben diesen Bereich zwar gekürzt – keine Frage –, wir sind aber noch weit über den Ansätzen der Vorgängerregierung. Wir haben ein Problem. Durch BSE, zugegeben, aber auch durch die Agrarwende sind viele Landwirte unsicher geworden, ob sie noch investieren wollen.

(Zuruf des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Unruhe)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, bitte schenken Sie – auch die Union – dem Minister mehr Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Wir stellen ausreichend Gelder für Investitionen zur Verfügung, sodass im kommenden Jahr jeder Landwirt, der investieren will, auch gefördert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich denke, man sollte auch auf eines hinweisen. Obwohl die Investitionstätigkeit in Deutschland teilweise zusammengebrochen ist, ist sie in Hessen, auch wenn die Mittel im vergangenen Jahr nicht ausgeschöpft wurden, im vergangenen Jahr etwa 10 bis 20 % größer gewesen als im Jahr davor.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das zeigt auch, dass die Landwirte bei den Investitionen eine große Zuversicht gegenüber der Politik in diesem Land haben. Das wollen wir auch in Zukunft weiter fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Arnold hat schon auf HEKUL, das Ökoprogramm und das Ausgleichsprogramm für benachteiligte Gebiete hingewiesen. Ich muss sagen, dass wir, als wir den Haushalt aufgestellt haben, noch nicht die Möglichkeit hatten, die Bundesmittel dort mit hineinzunehmen. Dann konnten wir von ATG 80 in ATG 81 umsetzen, sodass die Finanzierung, wie es eben von Herrn Dr. Arnold angesprochen wurde, umgestellt werden konnte. Die Finanzierung konnte aber erst im Herbst umgestellt werden, noch nicht zu der Zeit, als der Haushalt aufgestellt wurde, und zwar von 50 % Mittel der Europäischen Union und 50 % Mittel von Hessen auf 50 % Mittel der Europäischen Union, 30 % Mittel des Bundes und 20 % Mittel des Landes.

(Zuruf des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dadurch können die Bundesmittel voll ausgenutzt werden. Die EU-Mittel waren schon vorher voll mit eingeplant.

Die Kürzung, die bei der Ausgleichszulage in Höhe von 10 % vorgenommen wurde, ist meiner Meinung nach verkraftbar, vor allen Dingen im Vergleich zu den anderen Kürzungen, die nicht nur in meinem Haushalt, sondern auch in den anderen Haushalten vorgenommen wurden.

Bei HEKUL und dem ökologischen Landbau wurde eine Reduzierung des Ansatzes in Höhe von 12 % vorgenommen. Meine Damen und Herren, im vergangenen Jahr haben aber 162 Ökobetriebe in Hessen ihre Verträge nicht erneuert, weil sie keinen Markt mehr für sich gesehen haben. Deswegen könnte es dadurch, dass weniger Betriebe einen Antrag stellen, durchaus für den einzelnen Betrieb zu einer geringeren Kürzung der Förderung kommen.

Meine Damen und Herren, noch zwei wichtige Punkte: Kompetenzzentrum Biorohstoffe. Das war eine Anfrage von Herrn Quanz. Ich denke, dass wir hier im kommenden Jahr erste Ergebnisse haben werden,

(Zuruf des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

gerade bei Biogas, Pellets, Holzhackschnitzel, vor allen Dingen aber auch bei Biorohstoffen. Deswegen haben wir dieses Kompetenzzentrum so genannt. Witzenhausen ist

ein guter Standort, weil sich dort Büros und Institutionen angesiedelt haben, die in hervorragender Weise mit uns zusammenarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Wir haben im Knüll die Bioregion Holz ausgerufen. Hier ist der Hessen-Forst sehr aktiv, um dies weiterzuentwickeln. Ich glaube, dass wir dort in den nächsten Jahren noch einiges vorstellen können.

Meine Damen und Herren, der Nationalpark Kellerwald-Edersee kommt voran. Die Arbeit, die dort in hervorragender Weise geleistet wird, werden wir nach außen darstellen. Wir gehen davon aus, dass die Zuordnung zum 1. Januar in Kraft tritt, sodass wir die Einweihung am Tag der Parke, nämlich am 25. Mai, feiern, können. Für den Naturpark und den Nationalpark sind 2,4 Millionen € vorgesehen. Dazu kommt noch einmal Personal in einer Größenordnung von etwa 1,5 Millionen € im kommenden Jahr.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Minister, Sie müssen zum Ende kommen.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

16 bis 18 Waldarbeiter und darüber hinaus acht bis zehn Beamte. – Sie sehen, wir entwickeln unser Land weiter. Wir entwickeln den ländlichen Raum weiter. Wir haben vor allen Dingen ein Augenmerk auf die Wirtschaftsbetriebe. Deswegen gibt es auch die Diskussion über die Standorte der Forstämter. Wir reden auch über die Standortveränderung. Wir haben das mit dem Haupt- und Gesamtpersonalrat besprochen. Herr Dr. Arnold und ich werden am 6. Dezember in der Hessenhalle in Alsfeld – ich lade Sie alle recht herzlich dazu ein – mit allen Beschäftigten im Hessen-Forst diskutieren.

(Beifall des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Wir müssen über Standorte diskutieren, nicht nur bei Hessen-Forst, sondern auch bei den Veterinärämtern, bei allen Ämtern, die dem Dienstleistungszentrum nachgelagert sind.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass durch meine Rede deutlich geworden ist, dass es der Landesregierung gelungen ist, trotz externer Schwierigkeiten einen Erfolg versprechenden Schritt in eine zukunftsorientierte Politik für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu leisten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, damit ist der Einzelplan des Hessischen Ministeriums für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz gelesen.

Ich rufe nunmehr den

Einzelplan 10 – Staatsgerichtshof –

auf. Hier ist vereinbart worden, dass wir keine Aussprache halten.

(Volker Hoff (CDU): Schade!)

– Möchten Sie sich gerne melden? Irgendjemand hat angezeigt, er würde.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Der Kollege Hoff!)

– Aha. Ich merke es mir.

Das Gleiche gilt für

Einzelplan 11 – Rechnungshof –,

den ich hiermit aufrufe. Auch hier wurde vereinbart, dass keine Aussprache stattfindet.

Meine Damen und Herren, damit beenden wir die heutige Beratung dieser Einzelpläne und setzen die Beratung der Einzelpläne 04 und 15 morgen früh fort. Die Abstimmung ist, wie Sie wissen, am Ende der morgigen Beratung.

Ich möchte aber gern noch vereinbarungsgemäß **Tagesordnungspunkt 49** aufrufen:

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/876 –

Wer hierzu seine Zustimmung signalisieren will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Meine Damen und Herren, damit sind die Beschlussempfehlungen alle angenommen.

Ich bedanke mich bei Ihnen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend, schließe die Sitzung und rufe Sie für morgen um 9 Uhr wieder hierher.

(Schluss: 18.58 Uhr)

